

# AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE

Nr. 11



**IMPERIALISMUS** in den **METROPOLEN**

Zwang zur Arbeit    Neue Armut

# AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft  
NEUE FOLGE

## Bisher erschienene Hefte:

Nr. 1: Der Iran. Nr. 2: Die neuen Gefängnisse.  
Nr. 3: Die zweite Zerstörung Deutschlands.  
Nr. 4/5: AKW-Widerstand Atomstaat. Nr. 6:  
Krieg Iran - Irak. Nr. 7: u.a. Gesundheitsre-  
form in Italien, Zwangssterilisation heute.  
Nr. 8: Die Volksmodjahedin im Iran. Nr. 9:  
Fiat 1974-1981. Sonderheft 1: Sicherungsver-  
wahrung (vergriffen). 2: Medizin und National-  
sozialismus.

## Nr. 10 Antiimperialismus in den 80er Jahren



### Inhalt u.a.:

Neuzusammensetzung der Unterklassen  
in den drei Kontinenten, Ölkrise, Infla-  
tion und die Regie der Multis,  
Hunger als Politik,  
Von der neuen internationalen Arbeits-  
teilung zum Kriegsimperialismus,  
Sozialrevolte und Antiimperialismus.

## Die Alternative Leben als Sabotage



Detlef  
Hartmann  
Zur Krise  
der techno-  
logischen  
Gewalt  
iva

Raubdrucke über die Geschichte  
der „anderen“ Arbeiterbewegung

## Band 1: „DIE WOBBLIES“

238 Seiten, 5 Mark



drin sind die wichtigen Teile von L. Adamic:  
„Dynamit“ und die erste Hälfte von Gisela  
Bocks „Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung in den  
USA“.

zu kriegen durch Überweisung von 6 Mark  
auf Postscheckkonto Nr. 1 257 03-755 PschA  
Karlsruhe, Karlsruher Stadtzeitung.

Aus dem Vorwort: „In den letzten Jahren ist  
das Interesse an den ‚Industrial Workers of the  
World‘, den Wobblies, spürbar gestiegen. Die  
Gründe sind schnell aufgezählt: die Wobblies a-  
gierten und organisierten im Jahrzehnt vor dem  
Ersten Weltkrieg und sie versuchten, die ganze  
Klasse von unten her zu organisieren, wobei sie  
die Vision von einer einzigen, weltweiten Gesell-  
schaft hatten. (...)“

Heute ist sowohl die damalige Klassenzusam-  
mensetzung (flüssige, mobilisierte, dequalifizier-  
te, multinationale) der Arbeitskraft als auch die  
Wobbly-Kampfform (wilde Streiks, direkte Ak-  
tion, Sabotage, kollektive Aneignung) als auch  
die kapitalistische Krise (das Jahrzehnt vor dem  
Ersten Weltkrieg) äußerst aktuell – und so ist es  
auch kein Wunder, daß z.B. die Zeitung der Mai-  
länder Jobber „Wobbly“ heißt und daß die  
schwarze Katze (Symbol für wilden Streik, engl.  
= wildcat) in Paris, Italien, BRD . . . wieder auf-  
getaucht ist. . .

Damit wir also aus den Erfahrungen der Wobb-  
lies lernen können, haben wir angefangen, alles  
Material über sie und von ihnen zu sammeln, zu  
übersetzen usw. und wollen das wichtigste davon  
rausbringen. (...)“

Der nächste Band wird bald folgen.

# AUTONOMIE

## Inhalt

Zu diesem Heft .....	2
<b>Arbeitsmarkt und neue Klassenzusammensetzung in den Metropolen .....</b>	<b>4</b>
Die Krise der 70er Jahre und das Modell Deutschland .....	6
Die Segmentation der Arbeitsmärkte und die Zunahme prekärer Arbeit .....	20
Von der Arbeitsmarkttheorie zur Ideologie der „Dualen Gesellschaft“ .....	40
Neue Klassenzusammensetzung und Sozialrevolte .....	50
<b>Prekäre Arbeit und junges Proletariat in der Pariser Region</b>	
Krise und Restrukturierung .....	54
Die neuen Beschäftigungsformen und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterbevölkerung .....	55
Zur Vorgeschichte der prekären Arbeit in Frankreich .....	58
Zur Klassenzusammensetzung der prekären Arbeit .....	59
Einige Bemerkungen zur kapitalistischen Strategie .....	65
<b>Arbeitszwang und Zwangsarbeit</b>	
Zur aktuellen Situation von Sozialhilfeempfängern, Asylbewerbern, Behinderten und Internierten .....	68
Kein Einkommen ohne Arbeit	
Zwangsarbeit gegen Sozialhilfeempfänger .....	70
Die Arbeit der Behinderten .....	72
Zwangsarbeit in den Gefängnissen .....	78
<b>Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf</b>	
Sektoren als Waffen des Kapitals .....	89
Die Energiekrise von 1973 und 1979 als Versuch des US-Kapitals zur Reorganisation der Weltwirtschaft .....	93
Der Energiesektor als Mittel zur Neuzusammensetzung der Klasse .....	100

11/82 DM 9

### Impressum

Verantwortlich: B. Gierds  
Verlag: AUTONOMIE e.V.

Anschrift des Verlags und der Redaktion:  
Thadenstr. 130a  
D-2000 Hamburg 50  
Telefon: 040/43 00 70  
Konto: PschA Hmb. AUTONOMIE e.V. 421258-201

Druck: Druckerei St. Pauli  
Simon von Utrecht-Str. 85a  
2000 Hamburg 4  
Telefon: 040/31 01 54

Vertrieb an Buchhandlungen in Westdeutschland:  
PROLIT-Buchvertrieb  
Postfach 66 / Daubringer Str. 32  
6304 Lollar  
Telefon: 06406/51 27

Das Abo für die AUTONOMIE kostet 28,00 DM.  
Jedes Heft ist im Abo eine Mark billiger als im  
Laden. Wir liefern solange, bis das Guthaben  
aufgebraucht ist.

Probeabo AUTONOMIE  
Heft 1-3 und Sonderheft Nr.2 zusammen im Paket  
für 21,00DM incl. Versand.

Bestellungen an die Redaktionsanschrift  
Vorauszahlungen auf das Postscheckkonto Hamburg  
AUTONOMIE e.V. 421258-201

## Zu diesem Heft

Nach über zweijähriger Arbeit legen wir das erste Heft einer insgesamt zwei bis drei Ausgaben umfassenden Serie vor, der wir den Übertitel **Imperialismus in den Metropolen** gegeben haben. Damit soll die Absicht ausgedrückt werden, nach der Veröffentlichung eines globalen Thesenpapiers über Antiimperialismus in den achtziger Jahren hinter die eigenen metropolitenen Haustüren zurückzukehren.

Die kritischen Begleiter unseres Projekts werden aus der Auseinandersetzung mit unseren bisherigen Analysen längst wissen, daß die Eröffnung eines Zyklus von Untersuchungen über die sich abzeichnende neue Klassenzusammensetzung in den Metropolenländern der achtziger Jahre überfällig war. Immer wieder haben wir thematisch begrenzte Anläufe in diese Richtung gemacht. So haben wir versucht, den neuen Stellenwert des Anstaltswesens mit seiner Doppelgesichtigkeit von Hochsicherheitstrakt und 'therapeutisch-,offenem' Strafvollzug auszuleuchten. Wir haben eine Bestandsaufnahme über die Folgen der neuen Boden- und Sanierungspolitik in den Ballungszentren produziert und uns die Frage gestellt, wie es nach dieser zweiten Zerstörung Deutschlands weitergehen soll: diese Frage wurde von der Häuserkampf Bewegung der letzten Jahre zumindest zeitweilig praktisch beantwortet. Wir haben uns an die neue sozialassistive Bevölkerungspolitik herangetastet, die in voller nazistischer Kontinuität wieder offen ihr Haupt zu erheben beginnt. Mit Beiträgen über den Zusammenbruch des militantesten großbetrieblichen Arbeiterkampfzyklus in Europa – bei Fiat in Turin – haben wir den Zusammenhang mit Erfahrungen und Hoffnungen wiederhergestellt, die hierzulande schon 1973/74 zusammengebrochen waren. In einer riesigen Anstrengung, die indes fast folgenlos blieb, machten wir uns an die (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit Erfolgen und Rückschlägen in der Sozialbewegung gegen den herausziehenden Atomstaat. Eine ganze Menge von Anläufen also, die im Kontext unserer breiteren politischen Identität mit der militant-autonomen Szene manches bewirkt hat, aber gleichzeitig immer auch zeigte, daß wir auch im Hinblick auf ihre Schwächen gegenüber dem ganzen Sozialprozeß ein – hoffentlich nicht mehr so ohne weiteres verzichtbarer – Teil eben dieser Szene sind.

Wenn wir nun den Versuch machen, den bisher vorgegebenen Rahmen zu sprengen und Fragen zu erörtern, die über die praktischen Bezugspunkte und die fragmentierten Bewußtseinsstrukturen der sozialen Teilbewegungen der letzten Jahre hinausgehen, dann nicht, weil wir beabsichtigen, uns von den bisherigen Begrenztheiten zu distanzieren und in irgendwelche abstrakte und noch mehr als bisher ohnehin schon mit sprachlichen Mängeln behaftete Wolkenkuckucksheime abzuheben. Wir halten die analytische Beschäftigung mit all den großen Problemen, die aus der Sicht der kleinen Brötchen und der beschränkten Erfahrungen nicht mehr zu erfassen sind, inzwischen für eine Überlebensfrage. Das hat sich untermals unzweideutig entschlüsselt, als wir – zunächst in direkter Auseinandersetzung mit der neuen antiimperialistischen Bewegung von 1980/81 – bemerkten, wie fatal sich längst überholte 'globale' Positionen immer wieder mit den unmittelbaren Erfordernissen von Praxis/Widerstand verquicken und wie lähmend sich dies auswirkt. Auch das in seinen Begrenzungen vorhandene 'kollektive Bewußtsein' der Revolte thematisiert sehr wohl – und sei es nur im Kampf fürs Überleben seiner Hoffnungen – den Anspruch auf die gesamte gesellschaftliche Realität, und fällt notwendig falschen Mythen zum Opfer, wenn es sie nicht selbständig erarbeitet. Der Anstrengung, diesem hoffnungslosen Kreislauf zu entrinnen

und weiterreichende Handlungsdispositive zu entwickeln, verdankt sich das vorausgegangene Heft über den Imperialismus der achtziger Jahre. Von da aus versuchten wir gleichzeitig, in ersten Hypothesen die grundsätzlich neuen Probleme des metropolitenen Kampfs zu thematisieren. Das Thesenpapier ('Wir haben keine Zeit mehr') wurde diesem Anspruch nur in einer extremen Verkürzung gerecht.

Inzwischen sehen wir das Manko bei unseren bisherigen Versuchen, im Rahmen der militanten Teilströmungen ein übergreifendes soziales Terrain postulieren zu helfen, in zweierlei: – erstens darin, daß die von uns in mühsamen Debatten entwickelten neuen Begriffe ('nach-keynesianische Massenarmut', 'Bestimmung des sozialen Terrains', 'diffuses Ghetto' usw.) uns zu überholen drohen, bevor wir sie in umfangreichen Untersuchungen auf ihren Realitätsgehalt abgeklopft haben.

– zweitens, daß die Strategie des Regimes, die ausgebeuteten Klassen in ein unübersehbares Gewirr von Ghettos, Teilarbeitsmärkten und abgestufter Verarmung aufzusplittern, es zumindest aktuell unmöglich macht, allein aus den Erfahrungen einer dieser Segmente heraus eine revolutionär verallgemeinerbare Gegenlinie zu entwickeln. Gerade in einer Situation des Übergangs, in der der ausbeuterische Sozialprozeß die Klasse immer unzweideutiger in eine völlig neue Zusammensetzung umschmilzt, ist es aber wichtiger denn je, aus der antagonistischen **Vorwegnahme** dieser neuen Klassenstruktur in ihrer Gesamtheit Positionen zu erobern, die für den Kampf von unten die Nebel lichten helfen und alle Einzelerfahrungen mit einem allgemeinen Rahmen verbinden, der eine autonom-gegenläufige Homogenisierung der neu zusammengesetzten proletarischen und subproletarischen Schichten denkbar und somit auch durchsetzbar macht.

So haben wir uns vorgenommen, nach der thesenhaften Verabschiedung von Lösungsvorschlägen noch einmal von vorn zu beginnen und die Wirklichkeit selbst inmittelbar zu befragen. Wir haben dabei bewußt in Kauf genommen, daß manche der vorläufig festgeschriebenen Zusammenhänge zeitweilig wieder auseinanderfallen. Aber gleichzeitig erging an jede(n) der Verfasser(innen) der Auftrag, im Ergebnis seines / ihres jeweiligen Teilbeitrags über das große Ganze der neuen metropolitenen Klassenzusammensetzung vorzutragen, welche Vorstellungen er/sie aus ihrer/seiner Sicht zur Perspektive eines sich von unten zusammenschließenden sozialrevolutionären Angriffs für möglich hält. Die Beiträge dieses und der folgenden Hefte werden diesem Anspruch recht unterschiedlich gerecht. Es werden durchaus unterschiedliche Antworten auf die Frage spürbar, welche praktisch-organisatorischen Konsequenzen der Befund der neuen Klassenzusammensetzung habe. Bewußt haben wir auch akzeptiert, daß in der einen Untersuchung mehr die Analyse des sozialtechnischen Angriffs des Regimes überwiegt, während in der nächsten so gut wie ausschließlich von der subjektiven Konstellation in dieser oder jener Teilstruktur der neu zusammengesetzten Klasse ausgegangen wird.

Indes wollen wir diese Widersprüche keineswegs für alle Zeiten undiskutiert nebeneinander stehen lassen. Wir hoffen, im letzten (wahrscheinlich dritten) Heft dieser Serie ein weiteres zusammenfassendes Thesenpapier über die Bedingungen des metropoliten-antiimperialistischen Kampfs vorlegen zu können, das im Gegensatz zum kürzlich veröffentlichten von einer umfassend und kritisch angeeigneten Realität durchdrungen ist.

Das vorliegende erste Heft haben wir unter das Motto **Zwang zur Arbeit – Neue Armut** gestellt. Von unterschiedlichen und teilweise auch bewußt begrenzten Positionen aus wird ein Panorama der neuen Klassenzusammensetzung entworfen. Es wurden zunächst solche Untersuchungen zusammengestellt, die im wesentlichen von den Plänen und Aktivitäten des Regimes ausgehen.

Der erste und umfangreichste Beitrag konzentriert sich auf eine Analyse der aktuellen Wandlungen auf dem **Arbeitsmarkt** und sucht nachzuzeichnen, auf welche Weise sie eine **neue Klassenzusammensetzung in den Metropolen** bewirken. Er stellt in seiner Geschlossenheit und in seinem methodischen Ansatz, der von dem – sicher richtigen – Befund bestimmt ist, daß der nachkeynesianische Staat derzeit fast unangefochten einen neuen Handlungsspielraum gegenüber dem neuen Proletariat erobert, gegen den das antagonistische Subjekt sich erst noch zu definieren hat, einen Schwerpunkt innerhalb der ganzen Serie dar. Hinsichtlich der Frage, inwieweit aus der neuen Klassenzusammensetzung ein homogenisierendes Moment für eine sozialrevolutionäre Antwort zu finden sei, ist der Autor dieser Untersuchung eher skeptisch. Er rechnet am ehesten mit der Möglichkeit, daß sich ein neuer ‚roher Syndikalismus‘ seitens der sprunghaft anwachsenden pauperisierten Massen mit der keineswegs avantgardistisch gemeinten ‚Selbstorganisation‘ revolutionärer Kerne verbinden könnte. Inwieweit diese Skepsis berechtigt ist, wird sich erst aus der Aneignung der Widerstandsbedingungen diskutieren lassen, die gegenwärtig in den wichtigsten Sektoren des neuen Proletariats – ungarantierte Jobber, unbezahlte Reproduktionsarbeiterinnen und Ausländercommunities – als Antwort auf den Krisenangriff des Regimes heranreifen. Diese Beiträge, die den notwendigen Umkehrschluß zum Aufsatz über ‚Arbeitsmarkt und neue Klassenzusammensetzung in den Metropolen‘ darstellen, werden im zweiten Heft der Serie erscheinen.

Diese Untersuchung wird durch einen Aufsatz über **Prekäre Arbeit und junges Proletariat in der Pariser Region** ergänzt. Die Lektüre des Berichts demonstriert anschaulich, wie sehr sich die Überlebens- und Kampfbedingungen des neuen jugendlichen Proletariats in allen wichtigen europäischen Ballungszentren angleichen. Mit seinen umfangreichen Befragungen liefert er gleichzeitig einen ersten Versuch, die sozialen Existenzbedingungen durch ‚Selbsterforschungen von unten‘ anzueignen. Und auch hier wird in der Auseinandersetzung mit den in Frankreich nicht weniger grassierenden Ansätzen zur falschen Integration der neuen jugendlichen Jobberarmut in traditionell-sozialistische Arbeitskultur oder alternative Nischenwirtschaft dem Versuch, daraus eine neue Arbeiteridentität zu konstruieren, eine Absage erteilt. Stattdessen wird die Konstitution eines neuen, von außen kommenden Proletariats als Prozeß bezeichnet, der sich immer neue proletarische Territorien erobert, in denen der Kampf gegen die Spaltung mit den ‚Emeuten‘ der sozialen Aneignung neue Verbindungen einght.

Als dritten Beitrag haben wir eine Dokumentation „**Zur aktuellen Situation bei Sozialhilfeempfängern, Asylbewerbern und Internierten**“ abgedruckt. Wir wollten uns damit die Informationsbasis über einen Aspekt der neuen Klassenzusammensetzung sichern, über den viel in Einzelheiten geschrieben, aber umso weniger zusammenhängend nachgedacht wird. Das neue Klassenregime der achtziger Jahre gewinnt immer mehr

die Dimension eines Arbeitsstaats, der die untersten Segmente des neuen Proletariats erneut – zunächst eher dezentralisiert und verdeckt – auf Anstalten der Zwangsarbeit verteilt. Die staatliche Repressionsmaschinerie der siebziger Jahre ist kaum mehr wiederzuerkennen in dieser direkten Kopplung von offener Gewalt und Zwangsarbeit. Noch sind wir nicht in der Lage, dieses neue Fundament einer nachindustriellen Einschließung auf die Klassenzusammensetzung in ihrer Gesamtheit zu beziehen. Aber es wird dringend notwendig sein, alles, was wir in Zukunft denken und tun, im Bewußtsein zu bewerkstelligen, daß eine neue Ära des Konzentrationslagers ihre Schatten über die Kämpfe der kommenden Jahre ausbreitet.

Das vorliegende Heft der Serie endet mit einem Papier über den „**Energiesektor als strategischer Faktor im Klassenkampf**“. Wir machen damit den Versuch, an einer entscheidenden Nahtstelle aufzuzeigen, wo die neue Klassenzusammensetzung sich aus ihren internationalen Verflechtungen herleitet. Es wird herausgearbeitet, wie vordringlich es mehr denn je geworden ist, jene Zentren, in denen das Kapital sich in seiner offensten Abkopplung vom Arbeitsmarkt reorganisiert, als international bestimmte Motoren der Restrukturierung des metropolitanen Proletariats zu begreifen und entsprechend ernst zu nehmen. Dieser Aspekt, der unmittelbar vom vorausgegangenen Heft über den ‚Antiimperialismus in den 80er Jahren‘ ausgeht, wird in der zweiten Folge dieser Serie durch eine Dokumentation über den VW-Konzern als BRD-ansässigem Transnationalen ergänzt werden.



# Arbeitsmarkt und neue Klassenzusammensetzung in den Metropolen

Der Bericht und die Überlegungen, die ich hier vorlege, sind das Resultat einer Mischung aus redaktioneller Verantwortlichkeit und Ungenüge. Daran ist immerhin soviel Typisches, was den Produktionsvorgang innerhalb eines Zeitschriften-Projekts mit dem Selbstverständnis der „Autonomie“ betrifft, als daß ich die Geschichte und Mängel des folgenden Beitrags alleine verantworten müßte.

Das Redaktionsvorhaben „Arbeit in den 80er Jahren“ haben wir 1980 begründet. Es lohnt sich nicht aufzuzählen, welche Fragestellungen und Zusagen für einzelne Beiträge in den zweijährigen, wechselvollen Planungen annulliert worden sind. Denn umgekehrt haben sich diese Planungen und manche Diskussionsfortschritte zunehmend im Rahmen einer größeren politischen Debatte unter uns orientiert. Ich rede von der Grundsatzdebatte, von der wir bisher im Anhang zu den Heften 8 und 10 unter dem Titel „Die Volksmodjahedin des Iran und die sozialrevolutionäre Perspektive in der BRD“ und „Antiimperialismus und Sozialrevolte“ allererst einige Ergebnisse veröffentlicht haben, die uns aber – nachdem die Zirkulation unfertiger Begriffe und Konzepte unseren internen Wissensstand überholt hat – zur Falle zu werden droht. Innerhalb dieser Debatte war es klar, daß wir unter anderem dessen bedürfen, was die Marxisten früher „Klassenanalyse“ nannten: einer genauen Untersuchung und Einschätzung der sozialen Realität in der BRD unter dem Vorzeichen des staatlichen Krisenmanagements, der Restrukturierung der Arbeit und einer restriktiven Sozialpolitik. Ohne eine solche Analyse müßte jede Strategie mit sozialrevolutionärem Anspruch fehlerhaft sein, und sei sie noch so sehr vom globalen antiimperialistischen Zusammenhang auf die Metropolen hin gerichtet und existentiell ehrlich in ihrem Bezug auf die Unterklassen und Opfer des inneren Imperialismus hiezulande.

Nur: diese soziale Realität erschließt sich uns nicht nur nicht mehr unter dem Blickwinkel des „Kampfs der Arbeiterklasse“ oder der „Vielfalt der sozialen Teilbewegungen“, wie wir in den 70er Jahren glauben mochten. Es ist auch nicht die Fremdheit des linken Intellektuellen und Angehörigen der „educated society“ gegenüber dem Volk, ein durch die NS-Geschichte belastetes Verhältnis, was den unmittelbaren Zugang zur sozialen Realität und zum Unterlassenwiderstand verstellen würde. Vielmehr handelt es sich um ein Problem der Konstitution der Wirklichkeit (im Sinn von Gesellschaft) selbst. Bevor man diesen Zweifel für kopflastig erklärt, beantwortete man sich einmal die Frage, wieweit der eigene Horizont reicht – welche Alltagserfahrungen mit Leuten, sozialen Situationen, Arbeit, Widerstand einem verallgemeinerbar genug vorkommen, um zur Grundlage politischen Handelns herhalten zu können. Daß z.B. die Linke, wo sie noch keine Polizei-

funktion übernommen hat, in ihrer alltäglichen Beschränkung auf das Ghetto lebt, hat sicher etwas mit dem verbreiteten und dokumentierten Gefühl zu tun, es gäbe in dieser Republik einen Platz zwischen Mündungsfeuer und Aufschlag. Und daß die linksradikale, militante Szene marginalisiert ist, gehört zu den Strukturelementen des Modells Deutschland. Aber auch die anderen: die Türken und die rasch wachsende soul-community, die arbeitslosen proletarischen Jugendlichen, die Teilzeitarbeiterinnen, die Sozialhilfeempfänger, die dem Pauperismus überlassenen Alten leben in solchen Ghettos und Segmenten der sozialen Realität, als unbekannte Wesen eines metropolitanen Dschungels, von deren statistischer Existenz ein paar dem Regime als Seismologen dienende Sozialwissenschaftler, ein paar Computersysteme und das ausschwärmende Heer der Sozialarbeiter sich nähren, die aber nicht in ihrer Subjektivität und qualitativen Größe gesellschaftlich in Erscheinung treten. Uns fehlt inzwischen, da das Soziale zunehmend fragmentarisiert erscheint, jedes methodische Werkzeug für eine militante Untersuchungsarbeit, für einen „Gang ins Volk“. Kürzlich wurde der Begriff des „diffusen Ghettos“ geprägt, um die Verborgenheit (und nur mehr informatisierte Präsenz) des umsichgreifenden Elends in der BRD zu kennzeichnen. Ich will daraus nicht die Rechtfertigung für eine unvollkommene, die Verhältnisse nicht wirklich lichtende Analyse ziehen, sondern nur andeuten, welche Spannung zwischen der Notwendigkeit, eine in ihre Elemente zerfallene Klassengesellschaft und „revolutionäre Subjektivität“ zu befragen, und der Einsamkeit besteht, die Antwort vom Schreibtisch aus zu suchen.

Dem Fortgang unserer Grundsatzdebatte entsprechend ist der folgende Beitrag mit einer Entstehungsgeschichte belastet, von der ich hier einige Etappen nachträglich benennen will. Das Thema war von zwei Ausgangspunkten her bestimmt: angesichts der Entsolidarisierungskampagne innerhalb der Linken hätten die damals hoch in Kurs befindlichen alternativen Lebens- und Sozialreformkonzepte der neuen Mittelklasse als „Utopie der Arbeit“ kritisiert und auf die tatsächliche Veränderung der Arbeitsmarktlage zurückgeführt werden sollen, auf die hin die Ideologen der Alternative ihrerseits längst spekulieren. Es kam zweitens aus der Anschauung der extrem zersplitterten Arbeitsverhältnisse und -märkte in Frankreich die Aufgabe hinzu, den Stand der „prekären Arbeit“ (also der Jobberei, Zeitleiharbeit, Teilzeitarbeit, der illegalen und Schwarzarbeit) in der BRD zu untersuchen und herauszufinden, ob der über die Verunsicherung der Beschäftigungsverhältnisse und über den Arbeitsmarkt laufende Angriff des Kapitals, neben der technologischen Seite, zum entscheidenden Hebel seiner krisenhaften Restrukturierung nach dem „Ende

des Keynesianismus“ werden würde. (Zur Situation in Frankreich s. die Übersetzung des Aufsatzes von Patrick Cingolani über die prekäre Arbeit in der Pariser Region sowie des Interviews, das „Liberation“ mit Benjamin Coriat geführt hat.)

An dieser Stelle gerieten die Ausgangspunkte in den Sog einer allgemeinen Diskussion über den Charakter der gegenwärtigen Krise, die wir (im Anschluß an den richtungweisenden Aufsatz von Montano) als kapitalistische Antwort auf die Sprengung des „keynesianischen“ Zyklus von hohem Einkommen und Arbeitsproduktivität durch die Kämpfe des Proletariats auf Weltebene in den 60er und Anfang der 70er Jahren begreifen lernten. Wenn aber das Kapital in den 80er Jahren seinerseits auf die Bereitstellung einer produktiven Gesamtarbeiterklasse innerhalb seiner selbst zunehmend verzichten würde, wenn es die bisherigen rechtlichen und Lohnverhältnisse der Arbeit umwälzen würde, welche Bedeutung hätte dies für das Gesetz des Mehrwerts, der doch immer nur aus der Masse lebendiger Arbeit gezogen werden kann, von der sich das Kapital derzeit zu lösen sucht (augenfällig in der Arbeitslosigkeit und den neuen Technologien) beziehungsweise die es an der Grenze zur Armut neu verteilt? Es ist leicht zu vermuten, in welche akademische Richtung uns diese Frage brachte, obwohl doch die Krisenpolitik des Schmidt-Regimes und das Zerbrechen der Wohlfahrtsstaatsillusion handgreiflich genug eine Ära jenseits des Keynesianismus auch für die BRD ankündigte.

In unseren Diskussionen wurde, um die Dinge voranzutreiben, das (theoretische) Verhältnis zum Mehrwert und damit der Glaube an die Rekonstruktionsfähigkeit des Kapitals zur Richtschnur für das Verhältnis zu den ausgebeuteten Massen erklärt. Dies geschah in Abgrenzung von den einschlägigen franco-italienischen Thesen von der Dekomposition der Klasse und der Vorherrschaft des politischen Kommandos über die Arbeit, die in der Konsequenz zu insurrektionalistischen Strategien geführt hatten (s. das Karlsruher „Lesebuch zur Nicht-Arbeit“, dort insbesondere das 1979 mit Toni Negri geführte Interview unter dem Titel „Vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter“). In der politischen Ökonomie sind die Rekonstruktion des Kapitalkommandos, die Reorganisation des Mehrwerts und damit der politischen Macht des Kapitals stets ein- und derselbe Prozeß gewesen. Ließe sich dann, aus der Reorganisation des Mehrwerts/des Kapitalkommandos, aus der Zunahme der Volumina lebendiger Arbeit in der gegenwärtigen Krise, eine „ouvrieristische“, (was heißt das?) aus der neuen Stellung mobiler Arbeiterschichten in diesem Rekonstruktionsprozeß abgeleitete Strategie für die Massenkämpfe der kommenden Jahre ziehen?

Dies führte zu einer eigentlich politischen Differenz. Es wurde bezweifelt, daß sich – sofern das je möglich gewesen ist – die Logik kommender Sozialbewegungen aus deren Stellung im kapitalistischen Rekonstruktionsprozeß würde bestimmen lassen. Der Forderung, dem Regime der 80er Jahre eine neue, militante Massenbewegung entgegenzusetzen, deren Kerne in der laufenden Revolte zu sehen und durch eine homogenisierende Programmatik (politischer Lohn / garantiertes Einkommen) zur Gegenmacht organisierbar seien – wobei die Figur des Jobbers als des mobilen Kerns von Revolten und künftiger Organisation den Mittelpunkt bildet; dieser Forderung also stand ein Organisationskonzept gegenüber in der Perspektive von Sozialbewegungen aus der nachindustriellen Armut,

außerhalb der Fabrik und des keynesianischen Reproduktionszusammenhangs – Sozialbewegungen, die ihre Logik aus ihrer Selbstwertsetzung heraus – aus dem „Lebenswert“ und nicht aus dem Arbeitswert – entwickeln würden. Aus dieser Sicht konnte man die Diskussion um die Zukunft des Mehrwerts getrost den Marxisten überlassen; die Aufgabe, die sich von daher stellte, war die, eine synthetische Übersicht über die „neue Klassenzusammensetzung“ in der BRD und eine Bestimmung der Perspektive „revolutionärer Subjektivität“ zu liefern.

Nun war von Anfang an klar gewesen, daß wir das Projekt „Arbeit in den 80er Jahren“ zur Überprüfung und Klärung der vorläufigen Begriffe des „gesellschaftlichen Randes“, der „nachindustriellen Massenarmut“, kurz: des sozialen Terrains begonnen hatten, auf das eine jede sozialrevolutionäre Perspektive in den Metropolen sich ihrem qualitativen Anspruch nach beziehen müßte. In der Überfrachtung eines einzelnen Beitrags mit einer derartigen Aufgabenstellung kommt aber zum Vorschein, was die gegenwärtige Misere der „Autonomie/NF“ ausmacht. Die Allgemeinheit und allgemeine Richtigkeit des Konzepts (im Stadium der Hypothesenbildung) schlägt, da ihr ein Mangel an Konkretion gegenübersteht, in die Publikation fixer Ideen um. Oder, um es umgekehrt auszudrücken: was einmal ein produktiver Prozeß von Diskussion und Theoriebildung in sozialrevolutionärer Absicht hätte sein sollen, ist in dem Maß steril geworden, wie die Wirklichkeit sich zum Gedanken drängt. In diesem Sinn hat die „Autonomie/NF“ ihre eigene Grenze erreicht.

Die folgenden Passagen beruhen in ihrem Zusammenhang auf Diskussionsprotokollen und „Strategiepapieren“ des letzten Jahres. Irrtümer und Ungenauigkeiten entsprechen also dem kollektiven Stand. Ich habe mich bemüht, nach einer Einleitung über die Krise der 70er Jahre und das Modell Deutschland hauptsächlich zwei thematische Abschnitte auszufüllen: eine Übersicht zu geben über die Segmentierung der Arbeitsmärkte unter Berücksichtigung der Zunahme prekärer Arbeit; und eine Auseinandersetzung mit der Arbeitsmarkttheorie bzw. mit den Ideologen der „dualen Gesellschaft“ zu führen, soweit sie die Spaltung in mehr oder weniger garantierte Beschäftigungsverhältnisse und den Gebrauch des „informellen Sektors“ reflektieren. Daß im Spannungsfeld von nachwohlfahrtsstaatlicher Arbeits- und Sozialpolitik und neuer Armut allerdings eine „soziale Frage“ in den Dimensionen heranwächst, die der Epoche der ersten Industrialisierung in Europa vergleichbar sind, läßt wohl die Vermutung zu, die ich am Schluß formuliere, daß nämlich die 1980 einsetzenden Revolten in der BRD und Westberlin in diesem Zusammenhang ihre Bestimmung und Ausweitungsperspektive haben.

Ich möchte schließlich darauf hinweisen, daß vielen von dem, worauf ich im folgenden Anstrengung verwende, in den Heften 26 und 27 der „Karlsruher Stadtzeitung“ (Operation 82 – Regierungspolitik in der Krise u.a.) überaus anschaulich dargestellt wird. Den Karlsruhern kommt auch das Verdienst zu, die wichtigen Texte „Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die neue Klassenzusammensetzung“ aus Primo Maggio 14/1980-81 und „Die St. Simonisten der Krise“ aus Primo Maggio 18/1980 übersetzt zu haben, die in Heft 9 der Autonomie wiederabgedruckt sind und die den gegenwärtigen Stand der Analyse der Arbeitsmärkte und der Zusammensetzung der Arbeit in Italien beleuchten.

# Die Krise der 70er Jahre und das Modell Deutschland

## a. Die Kämpfe 1968-73; die kapitalistische Antwort

Grob gesagt lassen sich gegenwärtig zwei Haupttendenzen der kapitalistischen Entwicklung in den Metropolen ausmachen: die Rekonstruktion bzw. Schaffung neuer Schlüsselindustrien unabhängig vom Arbeiterverhalten; und die Wiederentdeckung und exzessive Ausbeutung informeller Arbeit, worunter ich vorläufig den Gesamtzusammenhang von nichtentlohnter Reproduktion und Niedriglohnsektoren der reorganisierten Arbeitsmärkte verstehen möchte.

Im Rückblick auf das letzte Jahrzehnt erscheint daher die Krise dieser Jahre und die Restrukturierung der gesellschaftlichen Arbeit durch das Kapital als eine begründete Antwort auf den weltweiten Kampfzyklus seit Ende der 60er Jahre, in dessen Zentrum die Massenarbeiterkämpfe in den Metropolen 1968-1973 standen. Das Charakteristische dieser Kämpfe ist oft beschrieben worden (1): Der durchgesetzte Grad der Homogenisierung der Massenarbeit – die vereinheitlichte Arbeitsplatzsituation in der taylorisierten Fabrik – wurde gerade zu einer Voraussetzung für die Vereinheitlichung der Widerstandslinien, für die Entfaltung und Politisierung der Kämpfe. Egalitäre Lohnforderungen und der Arbeiteraufstand gegen das Fließband gewannen jene gesellschaftliche Dimension, an die man sich mit den Daten des französischen Mai '68, der Studentenbewegung und der Septemberstreiks in Westdeutschland, des heißen Herbstes in Italien und der Automobilarbeiterkämpfe von 1973 erinnern mag. Die vielfältigen Formen des Kampfs gegen die Arbeit und die Arbeitsorganisation in der Fabrik (Absentismus, Sabotage, wilde Streiks, Fabrikbesetzungen, hohes turn over), die Verweigerung der Arbeitsproduktivität durch den Massenarbeiter und seine unorganisierte Kampfstärke führten zu einer fortschreitenden Entkopplung von Leistung und Lohn, zu Lohnsteigerungen über den Produktivitätszuwachs hinaus. Dieser „Krise der Massenarbeit“ entsprach im gesellschaftlichen Bewußtsein und Handeln eine weitgehende Verweigerung der Fabrik- und Lohnarbeit als Maßstab zur Bedürfnisbefriedigung, eine „kulturelle Revolution“ der Bedürfnisse, die insbesondere in der deutschen Tradition des nazistischen Leistungsfanatismus einen Bruch markierte. Ihr entsprach eine faktische Loslösung des Einkommens von der Arbeit durch den autonomen Gebrauch und die Aneignung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Einrichtungen von seiten der Arbeiter, mehr noch der schwächeren Glieder des Arbeitsmarktes: der Arbeitslosen, der Jugendlichen und Jobber-Studenten und – in immer stärkerem Maß – der Frauen. Damit weiteten sich die Kämpfe aus, ins Territorium und auf die Bereiche der sozialen Reproduktion und Ausbildung.

Montano hebt in diesem Zusammenhang die politische Qualität des internationalen Kampfzyklus hervor: „die Neuzusammensetzung der entlohten und der nichtentlohten Schichten der Klasse. Politische Neuzusammensetzung meinte eine **Lohn- und Wohlfahrtsexplosion zugleich**“. Auch A. Bihl und J.M. Heinrich, französische marxistische Sozialökonom, verweisen darauf, daß „der Kampf des Proletariats in den Zentren, vor allem der europäischen Arbeiterklasse, im Verlauf der 60er Jahre durch eine Ausweitung der den Wert der Arbeitskraft betreffenden Forderungen die kapitalistische Organisation des gesellschaftlichen Lebens immer heftiger und zielgerichteter angegriffen hat, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arbeit.“ (2)

Alle diese Ansprüche und Entlohnung von Nichtarbeit schlugen sich in der Inflation der Staatshaushalte nieder. Die Krise der Massenarbeit, die Schere zwischen den Einkommensforderungen der metropolitanen Klassen und der Arbeitsproduktivität bzw. der Verwertung, führte zur „Krise des Keynesianismus“ und zwang das Metropolenkapital, von der Ära der Massenarbeit, der Vollbeschäftigung und der Sozialleistungen Abschied zu nehmen und darüberhinaus das bisherige ökonomische und rechtliche Verhältnis von Arbeit und Lohn umzuwälzen. Die Massenarbeiterrevolte wird in der Fabrik technologisch und durch das Nebeneinander von Produktionsformen, von garantierten und marginalen Sektoren (Dezentralisierung der Produktion) neu eingekreist. Und jene Momente der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und die Vielfalt der Kultur der Nichtarbeit verkehren sich im kapitalistischen Angriff zu integralen Bestandteilen eines einzigen Rekonstruktionsprozesses.

Die Antworten und Krisenlösungsstrategien zur Wiederherstellung der Bedingungen der Rentabilität des Kapitals und des kapitalistischen Kommandos über die Arbeit unterscheiden sich in den verschiedenen europäischen Ländern voneinander. Sie stehen zugleich alle im Zeichen der Anfang der 70er Jahre auf Weltebene produzierten Währungs- (Dollarabwertung 1971) und Energiekrise und der damit durchgesetzten neuen internationalen Arbeitsteilung. Die Rückwirkungen der Energiekrise auf die Metropolen entsprechen den Erfordernissen der kapitalistischen Strategie und lassen sich – wiederum Montano folgend – einfach zusammenfassen: die Energiekrise setzt das Kapital von Arbeit frei, sie trifft die arbeitsintensiven Sektoren, von denen die vorausgegangenen Lohnkämpfe ausgegangen waren (Automobil), und sie verwandelt die Einkommen der Arbeiterklasse in Ölprofite und OPEC-Dollars, die auf dem Weg des sog. Recycling reinvestiert und für einen technologischen Sprung des Kapitals benutzt werden. (3)



„Daß das multinationale Kapital 1972-73 die Erdölkrise produzierte, um die Massenarbeiterrevolte auf Weltebene neu einzukreisen, scheint mir heute aus der Retrospektive eine gesicherte Tatsache. Der Erdölsektor ist maximal kapitalintensiv, also vom Arbeiterverhalten des vergangenen Zyklus nicht geprägt gewesen (erst der Anti-Modernismus von 1978 hat ihn im Mittelosten wieder eingeholt). Via Energiepreis garantiert er eine neue kapitaldiktierete internationale Arbeitsteilung: Diversifizierung der Energieproduktion selbst auf Weltebene, neue Schwerpunktbildungen territorial in den Metropolen wie in den Entwicklungszentren selbst, Erhöhung der Mobilität der Energieverteilung. Hohe Erdölkosten sind Vorbedingungen für standortunabhängige Energie-Erzeugung (AKW) und damit

a. für die Rekonstruktion bzw. Entwicklung neuer Schlüssel-sektoren unabhängig vom Arbeiterverhalten

– Diversifizierung der kampfgeschädigten Multis mit den Weltmarkt-Montagefabriken in den abhängigen Entwicklungszentren und Osteuropa als neuen Schwerpunkten eines neuen Kampfzyklus (Textilimperien, VW);

– Auflösung der Fabrikgiganten in den Metropolen (Blaupausenarbeit in der ‚diffusen Fabrik‘);

– Expansion der Investitions- und Elektroniksektoren, die verbilligte und mobilisierte Energieanwendung und die Abschaffung der manuellen Arbeit in den Metropolen ermöglichen (zentrale Rolle der chip-Automation, die auch die kleinen Klitschen / Serien automatisiert und damit erst die ‚diffuse Fabrik‘ ermöglicht).

b. für die Beschleunigung des Kapitalzyklus – Transportkapital. So wie die neuen Weltmarktfabriken die Kathedralen der kommenden Kämpfe auf territorialer Ebene sein werden, werden die Transportarbeiter den globalen inneren Zusammenhang zwischen metropolitaner diffuser Fabrik, segmentierten / dualen Arbeitsmärkten und den Massenarbeiterkämpfen in Polen, Brasilien und im Irak herstellen.

Diese Entwicklung ist nicht kapitalimmanent, sondern Antwort auf den Arbeiterkampfzyklus von 1968-73. Sie ist nur von daher zu verstehen. (...) Von der Tatsache, daß sie den kapitalistischen Plan für die 80er Jahre darstellt, bin ich zutiefst überzeugt. Es ist der Plan der 200 Multinationalen, die in der Linie Thatcher - Schmidt/Genscher 1980 – und zuletzt Reagan den staatlichen Spätkeynesianismus eliminiert haben.“ (4)

Die kapitalistische Krisenpolitik der 70er Jahre war in jeder Hinsicht offensiv gegenüber der Arbeiterklasse. Als Politik der „Austerität“ blockierte sie die Reallöhne in Verbindung mit Inflation. Unter dem Druck der strukturellen (Rationalisierungs-)Arbeitslosigkeit und der Entindustrialisierung der Metropolen, der Produktionsverlagerungen und der Internationalisierung der Arbeitsmärkte (im Rahmen der kapitalistischen Weltökonomie) konnte die Arbeiterklasse ihrer erkämpften Positionen und Rechte beraubt und gespalten werden in einen stabilen Sektor (professionelle Arbeiterklasse, Mittelklasse der technisierten intellektuellen Arbeit = Blaupausenarbeit) und Schichten ungarantierter, unregelmäßiger Arbeit. (5)

Im Innern der europäischen Metropolen des Kapitals wurde also eine klar erkennbare Doppelstrategie gefahren: Die Arbeiterkämpfe der 60er Jahre hatten, vor allem in Frankreich und Italien, dem Patronat als weitgehendes Zugeständnis die Neuformulierung des Arbeitsrechts, die Etablierung der Gewerkschaftsmacht in den Betrieben und eine gewisse Bereinigung der überholten Lohndifferenzierungssysteme abgerungen. In allen Fließbandindustrien Europas, vorab in der Automobilindustrie, setzten – im Zeichen der beschworenen „Krisen des Taylorismus“ – die arbeitswissenschaftlich begleiteten

Bemühungen um eine „Humanisierung“ und „Wiederaufwertung“ der Arbeit ein, die sich freilich im Nachhinein als Zwischenetappe zur Komplexautomation und Roboterisierung verstehen lassen. Was sich in den Betrieben als Manöver der gewerkschaftlich organisierten Kontrolle und Bindung der militanten Massenarbeiterbasis auswirkte, enthüllte sich als eine gesamtgesellschaftliche, über die Arbeitsmärkte und die produktiven Regionalstrukturen vorantriebene Strategie der Desorganisation des einheitlichen Widerstands – im weitesten Sinn als Angriff auf die zentrale Rolle und Macht des Massenarbeiters in der Fabrik und als ein sozialer Differenzierungs- und Zerstörungsprozeß (Dekomposition). Seither hinterläßt das Kapital einen Kern der gewerkschaftlich garantierten Fabrikarbeiterklasse, der zunehmend technologisch gebunden ist, um auf den Wegen der Dezentralisierung der Produktion (die italienische „fabbrica diffusa“) und/oder der Segmentierung der Arbeitsmärkte (= Aufsplitterung in qualitativ verschiedene Abschnitte) in die arbeitsrechtlich und gewerkschaftlich nicht geschützten Bereiche auszuweichen und von dieser Randzone ungesicherter, prekärer Beschäftigungsverhältnisse her das Kommando über die Arbeitskraft zurückzugewinnen. Der Arbeitsmarkt wird in verschiedene Segmente aufgeteilt, entsprechend einer Kombination von hochentwickelter Großtechnologie mit Sektoren von mobiler Arbeitskraft und Niedriglohnarbeit. Die Speerspitze dieser Strategie ist die Massenarbeitslosigkeit, eine Arbeitslosigkeit, deren gewandelte Funktion darin besteht, selbst zum Werkzeug der Zerstörung und Reorganisation des Arbeitsmarktes zu werden. (6)

Dies verstehen wir vor allem darunter, wenn wir von neuer Klassenzusammensetzung sprechen: die prekäre, unregelmäßige Arbeit, die jedoch im produktiven Kontext der technologischen Restrukturierung steht. Darüberhinaus schwillt der Sektor jener niedrigentlohnten und unsicheren Beschäftigungen an, denen mehr und mehr eine disziplinierende Funktion im Rahmen der restriktiven Sozial- und Bevölkerungspolitik zukommt.

Was es als ein gemeinsames Merkmal der krisenhaften Restrukturierung zu begreifen gilt, auch wenn die Entwicklung in der BRD nicht derart markant zu sein scheint, ist, daß das Kapital periodisch mit dem Instrument der Umschichtung der Arbeitsmärkte reagiert. Die vereinheitlichte Front der Massenarbeiter wird aufgebrochen, und die atomisierte Arbeitskraft, die den lebendigen Bezug zum Kollektiv der Fabrik nicht mehr hat, wird unter Einsatz von technologischen Möglichkeiten, wie sie mit den „Humanisierungs“-Strategien vorbereitet wurden und die eine weitgehende Dezentralisierung der Produktion erlauben (Roboterisierung, chip-Automation, Informatik), zu einer Manövriermasse für die Neuzusammensetzung der metropolitanen Klassen.

Die Arbeitsmarktsegmentation ist also in erster Linie das Instrument in einer historischen Situation, in der das Kapital ohne die sofortige Möglichkeit eines Sprungs in der relativen Mehrwertproduktion auf soziale Revolten, auf die Massenarbeiterkämpfe zu antworten gezwungen war. Aber zweifellos gibt es von hier aus einen Zusammenhang zu neuen investiven Zyklen. Die steigenden Rationalisierungsinvestitionen (z.B. in der Autoindustrie) laufen ebenso auf eine Kontraktion des Kapitals und der Stammebelegschaften wie auf eine stärkere Mobilität, Dezentralisierung und kurzfristige Vernutzung von Arbeitskraft hinaus. Diese Investitionsvorhaben bedürfen allerdings einer Arbeiterklasse, deren Akzeptanz und Unterwerfungsbereitschaft gegenüber der Einführung neuer Technologien allererst herzustellen ist. Die Welle der Humanisierung der Arbeit, mit der das Kapital und die Arbeitswissenschaft der Revolte der Arbeiter gegen das Fließband zu begegnen suchten, erweist sich – wie gesagt – heute als eine

bloße Episode innerhalb eines weiteren gigantischen Enteignungsprozesses der lebendigen Arbeit, als erster Schritt zur Wiederherstellung einer taylorisierten Produktion auf neuer Ebene, in der jegliches subjektive Vermögen und die Kontrolle des Arbeitsprozesses enteignet und in technologischer Form vergegenständlicht wird. Und alle Arbeitsmarktpolitik, alle betrieblichen Personalplanungssysteme, die interne (innerbetriebliche) und externe Mobilität (in Form von Zeit- und Leiharbeit, Jobberei, von Dezentralisierung und Auslagerung der Produktionsstätten oder von Migrationsarbeit) dienen dieser Forderung nach einer präventiven Unterwerfung des Arbeitsverhaltens. Die Automobilindustrie in Italien liefert den Anschauungsunterricht dafür, wie das Kapital mit der Zerschlagung der alten Massenarbeiteravantgarden der Jahre 1969-73 in den Fabriken die Segmentierung der Arbeitsmärkte zugleich dazu benutzte, den Sprung in die Komplexautomation zu vollziehen, arbeitsintensive Fertigungsschritte in Klitschen und Heimarbeit zu verlagern und Komplexautomation und Arbeit auf der Armutsgrenze miteinander zu verschweißen.

## b. Rückwirkungen auf das Modell Deutschland

Angesichts des durch die Verfünfachung des Erdölpreises Ende 1973 hervorgerufenen „Schocks“ der in ihrer Energieversorgung stark abhängigen europäischen Länder; und unter dem Druck, die mit höheren Produktionskosten belasteten Profitraten der Unternehmen und das von der Ölrechnung gestörte Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen wiederherzustellen; angesichts dieses Schocks also hat die BRD (ebenso wie Japan) eine rasche und brutale Anpassung ihrer Wirtschaft an die neuen internationalen Bedingungen gewählt. Insoweit lassen sich, bei aller Abhängigkeit von der Weltkonjunktur und innerhalb der Aufteilung der EG in vorerst relativ stabile Länder (BRD - Frankreich) und Krisenregionen (Italien - GB), auch Besonderheiten der konjunkturellen Entwicklung der BRD erklären (s. die OECD-Statistiken).

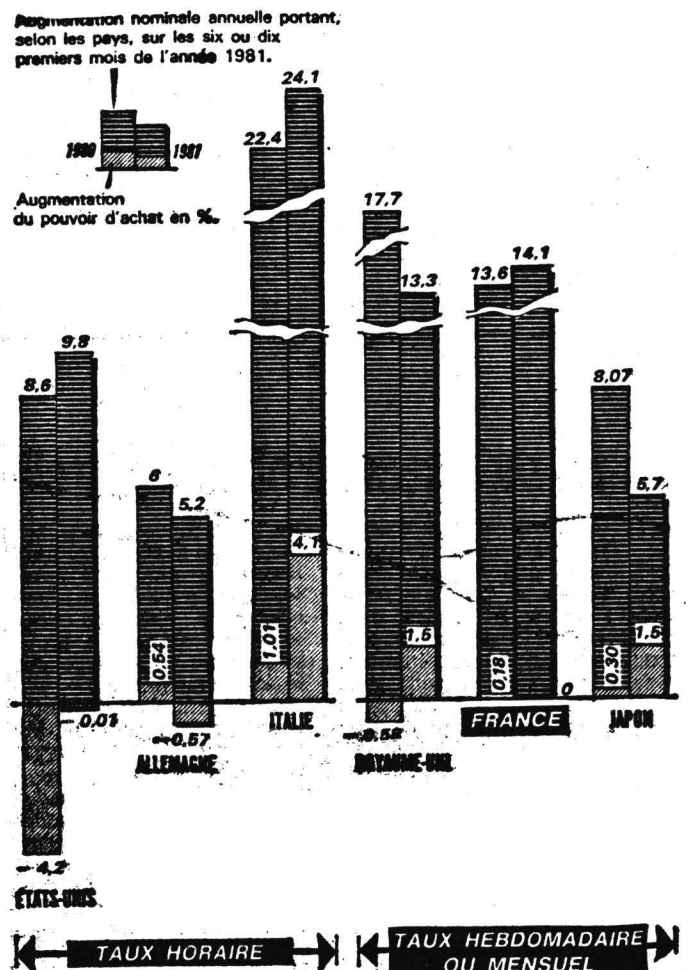
„Die Summe der von der deutschen Regierung seit fünf Jahren getroffenen Maßnahmen dreht sich um einige zentrale Achsen: ein fortwährender Druck auf die Gewerkschaften, um die Lohnforderungen zu ‚mäßigen‘; zweitens ein Widerstand gegen den internationalen Druck, der – insbesondere von den USA – auf die BRD ausgeübt wird, um sie zu einer mehr expansionistischen Politik zu veranlassen; drittens eine Ausgleiche der Außenhandelsrechnungen durch eine offensive Spezialisierung der Industrie und eine fortschreitende Anhebung der Wechselkurse, die aus dieser Spezialisierung und zugleich aus der dauerhaften Wertschätzung der D-Mark resultiert.

Man kennt die Ergebnisse dieser Politik: Deutschland ist das einzige der großen kapitalistischen Länder, das seine Außenhandelsbilanz gegenüber der OPEC seit 1977 ins Gleichgewicht gebracht hat; es ist das in der Welt führende Exportland für Industrieprodukte, hauptsächlich für Ausrüstungsgüter; seine Inflationsrate ist (die Schweiz ausgenommen) die geringste der Welt; seine Zahlungsbilanz ist überschüssig; seine Währung beweist sich als stabil angesichts des geschwächten Dollars und des Yen, dem ein Aufschwung noch fehlt; sein Produktionsapparat ist in denjenigen Sektoren (Investitionsgüter) besonders konzentriert und leistungsstark, in denen die weltweite Nachfrage ebenfalls stark geblieben ist und die von hoher Rentabilität sind.

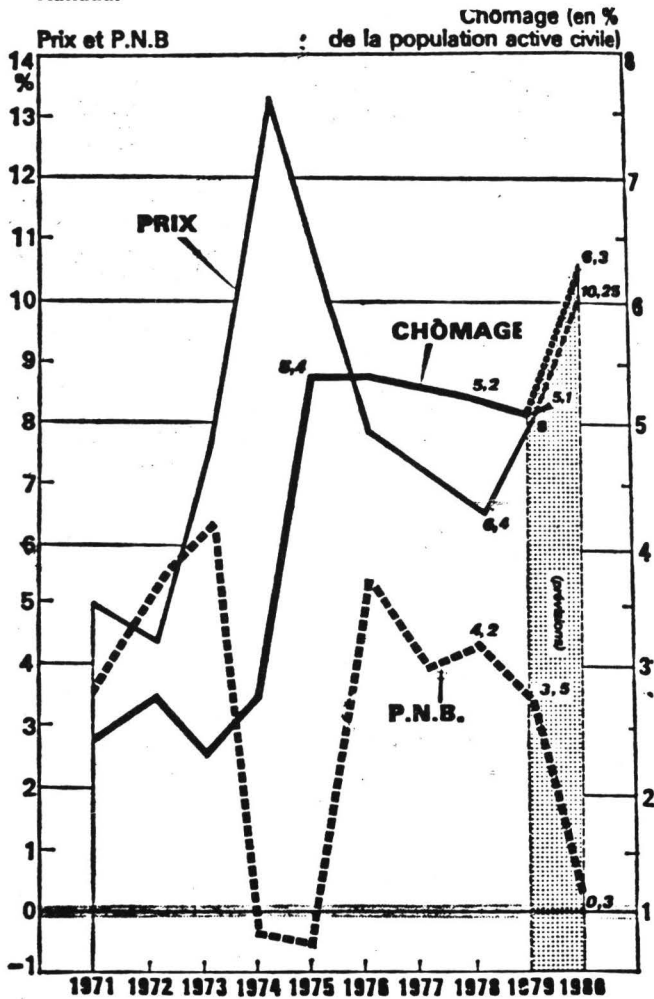
So drängt sich mehr und mehr der Eindruck auf, daß die BRD den Weg zum kapitalistischen Ausgang aus der Krise aufzeigt.

Dieser ‚deutsche Weg‘ kann in einige simple Rezepte zusammengefaßt werden: der Formel des Kanzlers Schmidt entsprechend – einer Formel, die ebenso alt ist wie der Kapitalismus – ‚werden die Profite zu Investitionen führen, und die Investitionen werden das Wachstum und die Beschäftigung nach sich ziehen‘. Absoluten Vorrang hat also die Wiederherstellung der Rentabilität des Kapitals, das allein für geeignet gehalten wird, eine dauerhafte Wiederankurbelung des Akkumulationsprozesses, der Investitionen und des Wirtschaftswachstums einzuleiten. Gleichwohl – und zweifellos erklärt das Trauma der galoppierenden Inflation, die Deutschland vor dem 2. Weltkrieg erlebt hat, hier einiges – soll diese Wiederherstellung der Profitrate nicht durch eine Inflation erkaufte werden, sondern durch eine systematische Einschränkung der Lohnkosten. Es geht also darum, im Frühstadium – im Stadium der Mehrwertbildung – die Teilung zwischen Löhnen und Profiten zu verändern; und solange diese Teilung nicht in einem für das Kapital günstigen Sinne verläuft, ist es nutzlos, sich mit aufeinanderfolgenden ‚Konjunkturplänen‘ zu verzetteln, die nur die Inflation weiter entfachen können, ohne einen wirklichen Antrieb für das Wachstum zu liefern.

## Verhältnis von Brutto- und Realverdiensten 1980-81



Jährliche Entwicklung der Produktion (Bruttosozialprodukt), der Preise und der Arbeitslosigkeit in den sieben führenden OPEC-Ländern 1971-80: USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada.



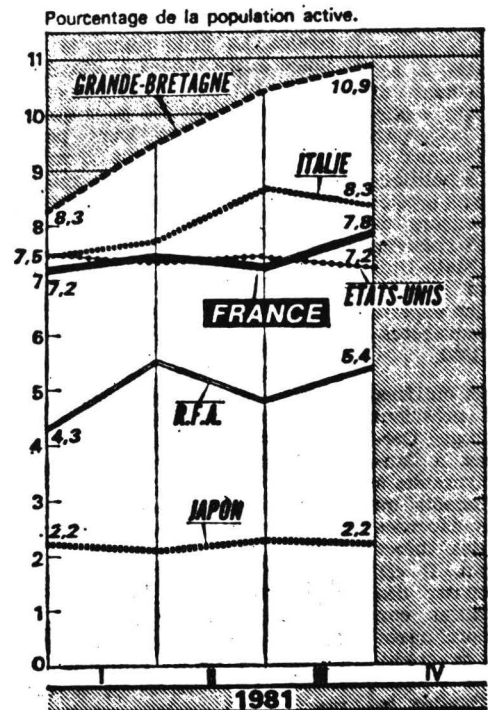
Rückgang der Beschäftigungszahlen in der europäischen Industrie 1970-1981 (BRD, Frankreich, Großbritannien, EG).

**LA DIMINUTION DES EFFECTIFS DANS L'INDUSTRIE EUROPÉENNE : DE 9 % A 23 %**

	1970	1981	Evolution en %
<b>E.F.A.</b>			
Agriculture .....	2 262 000	1 495 000	- 33,9
Industrie .....	12 902 000	11 101 000	- 13,95
Services .....	11 504 000	13 084 000	+ 13,73
Total .....	26 668 000	25 680 000	- 3,7
<b>FRANCE</b>			
Agriculture .....	2 821 000	1 800 000	- 36,2
Industrie .....	8 084 000	7 380 000	- 8,7
Services .....	10 015 000	12 362 000	+ 23,4
Total .....	20 920 000	21 542 000	+ 2,9
<b>ROYAUME-UNI</b>			
Agriculture .....	784 000	647 000	- 17,4
Industrie .....	10 913 000	8 370 000	- 23,3
Services .....	13 049 000	14 371 000	+ 10,13
Total .....	24 745 000	23 388 000	- 5,48
<b>EUROPE DES DIX</b>			
Agriculture .....	12 069 000	8 508 000	- 29,6
Industrie .....	44 879 000	39 398 000	- 12,2
Services .....	50 435 000	59 818 000	+ 18,6
Total .....	107 402 000	107 908 000	+ 0,47

L'emploi — salariés, travailleurs indépendants — dans la C.E.E.  
Source : Eurostat, 4-1982.

Der von den Arbeitern bezahlte Preis ist hoch: ein brutaler Rückgang der Beschäftigung in der Industrie von 9,4 Mill. im Jahr 1974 auf 8,5 Mill. 1976; ein noch weitergehender Rückgang der Gesamtbeschäftigung (von 26,7 Mill. 1973 auf 25 Mill. Ende 1977); die Zahl der in Deutschland beschäftigten Arbeitsimmigranten ist auf ungefähr 600 000 zurückgegangen, d.h. um ein Viertel zwischen Ende 1973 und Ende 1976; die Arbeitslosigkeit steigt von 1% zu Beginn des Jahres 1973 auf mehr als 5% Ende des Jahres 1975. Im ersten Halbjahr 1975 hat sich der Anstieg der durchschnittlichen Kosten für die Arbeitskraft stark verlangsamt; diese Kosten haben 1975 und zu Beginn des Jahres 1976 einen Tiefstand erreicht. Die niedrige Zahl der Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt, die durch die Bevölkerungsstruktur bedingt ist, hat zweifellos diese Situation weniger unerträglich gemacht; aber hauptsächlich ist es der herrschende Konsensus zwischen der Welt der Arbeit, den Gewerkschaftsorganisationen und der sozialdemokratischen Regierung, der zur Akzeptierung der Situation erfolgreich beiträgt. Selbst wenn einige Gewerkschaftsverantwortliche in der letzten Zeit so weit gegangen sind, den Nutzen der 'sozialen Marktwirtschaft' zu bestreiten oder an die Tradition der Kritik des Kapitalismus wiederanzuknüpfen; und selbst wenn im Verlauf des Jahres 1978 mehrere Konflikte



te (der Hafenarbeiter, der Drucker, der Metallarbeiter in Baden-Württemberg und der Stahlarbeiter an der Ruhr) die Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse und damit auch den wachsenden Vertrauensverlust zwischen den Arbeitern und ihren Organisationen bewiesen haben . . ." (7)

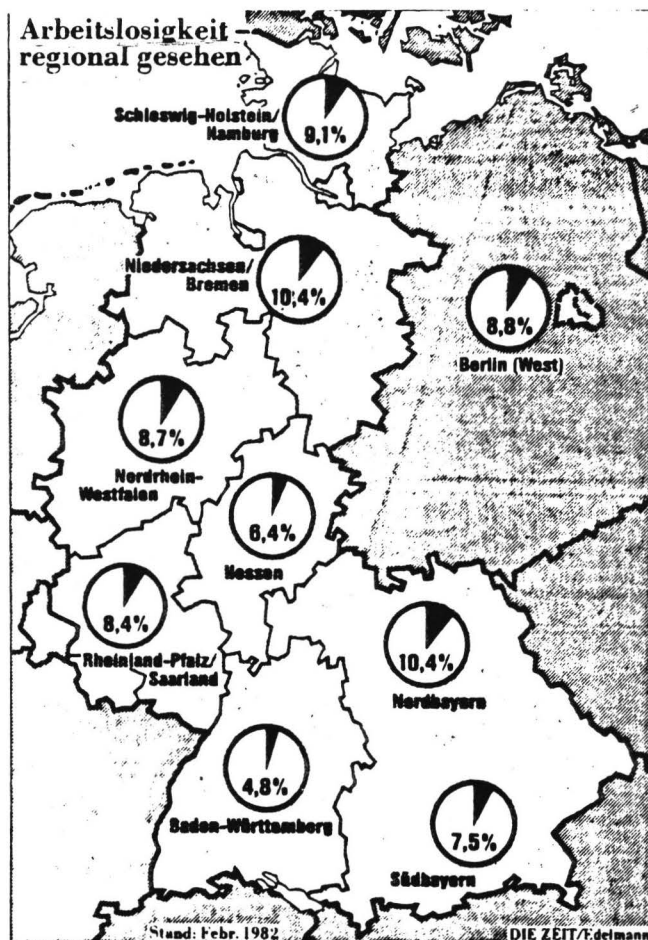
Der besondere „deutsche Weg“ aus der Krise zielt zunächst dem Anschein nach – jedenfalls was die einheimische Arbeitskraft angeht – nicht auf die Enthomogenisierung der Sozialstruktur ab, wie sie in Italien und Frankreich über die gespaltenen Arbeitsmärkte verläuft. Vielmehr verbirgt das „Modell Deutschland“ bis gegen Ende der 70er Jahre solche gesellschaftlichen Auflösungstendenzen. Das Resultat der Kämpfe von 1968/69 (Septemberstreiks 1969) war bis zu dem großen Ford-Streik von 1973 und dem Streik im öffentlichen Dienst 1974 ein keynesianisch-sozialdemokratischer Frühling der Reformen gewesen, der nun von der Administration Schmidt 1974 ff., mit der die Politik des staatlichen Krisenmanagements begann, in die Verfaßtheit und relative Stabilität des „Modells Deutschland“ überführt wird, das ebensowohl auf Konsens wie auf Repression beruht. „Wenngleich sich der SPD-Slogan vom ‚Modell Deutschland‘ Mitte der 70er Jahre noch auf die Phase der ‚Inneren Reformen‘ unter der Brandt/Scheel-Regierung bezogen hat, so steht doch dieser Begriff für eine erfolgreiche gesellschaftspolitische Krisenverarbeitung der Folgen der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der nachfolgenden Strukturveränderungen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Dabei war es nicht zuletzt die starke Bindung der Gewerkschaften an die Regierungspolitik, die es der Sozialdemokratie ermöglichte, aus dem Scheitern der keynesianischen Globalsteuerung im ökonomischen Krisenzyklus relativ konfliktlos auf eine Sanierungs- und Modernisierungspolitik umzustellen, die mit erheblichem sozialen Sprengstoff verbunden war (und ist), diesen aber durch Partikularisierungs- und Marginalisierungspolitiken neutralisieren konnte.“ (8)

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Schmidt-Regimes im unmittelbaren Gefolge der Krise 1974/75 weist bei oberflächlicher Betrachtung ein Nebeneinander von expansiven Maßnahmen, kurzfristigen Konjunkturprogrammen und Investitionssubventionierungen einerseits und restriktiven Bemühungen um Haushaltssanierung und -konsolidierung andererseits auf. Durchgängig wird eine strikte Antiinflationpolitik von der Bundesregierung verfolgt, die die Inflationsrate bis 1979 vergleichsweise niedrig hält (durchschnittlich 5 bis 7% pro Jahr, je nach Berechnungsgrundlage). Generell läßt die Kurzfristigkeit der Zyklen auf die Dysfunktionalität der keynesianischen Steuerungsinstrumente schließen. Erst im Aufschwung nach 1976 wird eine Tendenz zu einer qualitativen Strukturpolitik erkennbar, eine zwischen Staat und westdeutschem Kapital koordinierte Strategie zur „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (9), deren Ziel die Wiederherstellung der Profitrate in der Metropole und eine aggressive Eingliederung in die gewandelten Weltmarktbedingungen ist. (Die Frage bleibt freilich, welche dauerhafte Qualität dieser investive Zyklus gehabt hat und ob es die Modernisierungsförderung vermocht hat, in der BRD tatsächlich eine moderne Technologie auf breiter Ebene durchzusetzen; s.u.)

Jetzt werden die Weichen gestellt für die neue Energiepolitik der Bundesregierung, für die Neuorientierung in der Regionalpolitik und für die technologische Restrukturierung: Der Weg in den Atomstaat hinterläßt die Krise im Ruhrgebiet, an der Saar und führt zur Verschärfung regionaler Ungleichheiten und zur Industrialisierung der Unterelbe und des Oberrheins. Im Ruhrgebiet gehen bis 1977 weit über 200 000 Arbeitsplätze verloren; Neuinvestitionen, die die mit Millionengeldern begünstigte schwerindustrielle Monostruktur aufbrechen würden, werden an der Ruhr nicht mehr getätigt. An der Saar ha-

ben auch Rationalisierungen die Krise der Stahlindustrie nicht verhindert, die Arbeitslosenquote steigt von 1,2% im Jahr 1970 auf 10,2% 1978. Die industrielle Entwicklung des Nord-West-Raums der BRD, um ein anderes Beispiel zu nehmen, folgt der funktionalen Arbeitsteilung des Kapitals und der Selektion nach Führungs- und Ausführungsregionen: Großunternehmen verlagern ihre angewandte Produktion in die ländlich-peripheren, strukturschwachen Gebiete und übernehmen dabei bislang selbständige Betriebe in der Form der „Filialisierung“ (10). Der Nord-West-Raum bleibt das „Armenhaus an der Küste“.

Rationalisierungsinvestitionen von gigantischem Ausmaß, denen gegenüber die Erweiterungsinvestitionen weit zurückbleiben, Mikroelektronik und Datenverarbeitung erfassen gleichzeitig in einer zweiten Welle des Taylorismus die Fließband- und Prozeßindustrien, das Druckgewerbe und den Tertiärsektor und revolutionieren die Kapitalzusammensetzung. (11) Mit der technologischen Entwicklungsoffensive und Modernisierungsstrategie wird eine weltmarktkonforme Konzentration, eine monopolistische Spezialisierung der westdeutschen Industrie auf die Bereiche des Exports von Investitionsgütern und der Blaupausenarbeit im weitesten Sinn (Planung / Konstruktion / Management) staatlicherseits gefördert. Zugleich überleben und konsolidieren sich während der 70er Jahre in neuen regionalen Agglomerationen zahlreiche Klein- und Mittelstandsbetriebe in der Form der abhängigen Zulieferindustrie. Und hier liegen auch die Ansatzpunkte für eine verschärfte Arbeitspolitik und Arbeitsmarktpolitik, die bei allgemeinem Lohndruck und steigenden Ausbeutungsraten die stabilen Belegschaften der Unternehmen im Kern zu reduzieren und im übrigen eine hohe Flexibilität der randständigen Arbeitskraft zu erreichen sucht.



Die BRD verfügte als Immigrationsland seit den 60er Jahren über einen doppelten Arbeitsmarkt, dessen klassische Funktion jedoch mit den Revolten des multinationalen Massenarbeiters (Ford Köln 1973) zusammengebrochen war. Der anschließende Einwanderungsstopp und alle weiteren restriktiven Maßnahmen gegenüber den Arbeitsimmigranten haben, neben der neomalthusianisch-bevölkerungspolitischen Zielsetzung, wohl vor allem die Funktion gehabt, die Ausländer in die Sektoren der illegalen Beschäftigung zu drängen. Jedenfalls überschneiden sich diese Maßnahmen mit einem massenhaften kontrollierten Abbau von Arbeitskräften in den Krisenindustrien (z.B. bei VW 1975). Der geplante Beschäftigungsrückgang war dosiert, und so ging der Übergang in die Massenarbeitslosigkeit in der BRD schrittweise vonstatten. Die Arbeitslosenquote stieg von durchschnittlich 1% bis 1973 auf über 4,5% in der zweiten Hälfte der 70er Jahre; die Zahl der Beschäftigten ging 1973-77 um 6,5% zurück (1970-81 allein in der Industrie um fast 14%, das sind 1,8 Mill. Beschäftigte).

Konnten auf diese Weise die Folgen der Krise eine zeitlang abgemildert werden, so wurde der Druck doch ganz auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Das Lohnniveau wurde in den 70er Jahren eingefroren (die Realverdienste erreichten 1970 mit einem Zuwachs von 8,7% ihre Spitze seit 1960, seit Mitte der 70er Jahre liegen sie an der Grenze der Inflationsrate) – die Gewerkschaften tolerierten die Steigerung der Ausbeutung infolge der Intensifikation der Arbeit und sorgten dafür, daß die Lohnkosten im Rahmen oder unterhalb des Produktivitätszuwachses im Exportsektor blieben – und zudem wurden die Masseneinkommen über die erhöhten Energiepreise abgeschöpft.

Daß trotzdem der überwiegende Konsens gegenüber dem „Modell Deutschland“ erhalten blieb, muß im wesentlichen als ein Erfolg sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Arbeiterpolitik gewertet werden. Dieser Erfolg und die Integration der Arbeiterklasse beruhte auf zwei Eckpfeilern: zum einen verfolgte die Administration Schmidt bis Ende der 70er Jahre in der Hoffnung auf das Ende des Krisenzyklus eine Politik des deficit spending (Überforderung des Staatshaushaltes durch Verschuldung), mit der wohl auch einige der Reformen

der Brandt-Ära fortfinanziert wurden, die aber vornehmlich die Subventionen und staatlichen Forschungs- und Entwicklungskosten zur Modernisierung der westdeutschen Industrie und zugleich die Sozialfolgelasten der forcierten Rationalisierung (einschließlich eines präventiven polizeilichen Aufwands) übernahm. Zweitens war es die Weltmarktabhängigkeit des „Modells Deutschland“, wodurch die Kernarbeiterklasse – vermittelt über den Integrationskurs der Gewerkschaften – immer wieder an die vermeintlichen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten der Rationalisierung, der Konkurrenzfähigkeit und der Exportoffensive gebunden wurde.

Genau diese beiden Pfeiler des Spätkeynesianismus sind 1979/80 zusammengebrochen. Die Rückwirkungen der Krise nach dem sog. zweiten Ölchock von 1979, den die iranische Revolution auslöste, führten schließlich auch in der BRD zu einer restriktiven Gleichschaltung der Haushalts- und Geldpolitik, zu einer offen verkündeten Demontage der Fassaden des Sozialstaats und zu einer Antizipation und Inkaufnahme einer dauernden Arbeitslosigkeit in Höhe von mehreren Millionen Menschen.

*Die Eliminierung des staatlichen Spätkeynesianismus in der Linie Thatcher - Schmidt - Reagan ist ein Projekt der Multinationalen. „Die Multis haben die – sowieso nur metropolitane – Kopplung von hoher Arbeitsintensität und Sozialstaat gesprengt, weil sie die Spätkeynesianisten davon überzeugt haben, daß sie*

*a. bis heute kein Konzept entwickelt haben, das am Gipfel- und Sprengpunkt des deficit spending (BRD-Staatsschuld 1980 = 70 Mrd. DM) immanent einen Weg weist, wie hohe Mehrwertraten und Sozialkosten gleichzeitig in einen neuen Entwicklungssprung zu überführen seien (Sieg der ‚Monetaristen‘)*

*b. daß die Multis derzeit noch die einzigen funktionierenden Machtzentren des Kapitals darstellen. Die Planungsgehirne der Multis sind derzeit in einem knappen Dutzend Großbanken konzentriert. Über den Mechanismus der Euromärkte und ihre Funktion beim Petrodollar-Recycling haben die Banken auch die Erdölmultis in diese Durchbruchperspektive integriert (...)*



Zur Entwicklung der Reallohnposition<sup>1)</sup>  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

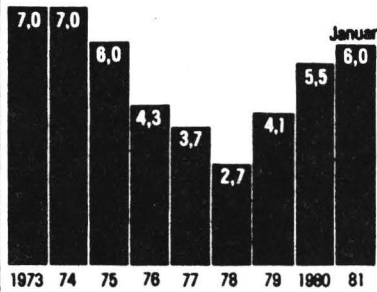
Jahr	Brutto-lohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer <sup>2)</sup>	Preis-index für die Lebenshaltung <sup>3)</sup>	Reallohnposition, alte Rechnung
	(1)	(9)	(10)
1963	+ 6,0	+2,9	+0,2
1964	+ 9,6	+2,3	-1,2
1965	+ 8,9	+3,3	+0,4
1966	+ 7,0	+3,5	+0,8
1967	+ 3,1	+1,5	-2,3
1968	+ 6,4	+1,2	-0,7
1969	+ 9,1	+1,5	+0,8
1970	+15,1	+3,4	+6,0
1971	+11,0	+5,3	+1,8
1972	+ 9,1	+5,2	-0,1
1973	+11,9	+6,6	+1,6
1974	+11,0	+7,0	+3,0
1975	+ 7,1	+6,0	-1,4
1976	+ 7,7	+4,5	-2,2
1977	+ 7,0	+3,2	-0,1
1978	+ 5,3	+2,1	-0,2
1979	+ 5,8	+3,8	-1,1
1980 <sup>4)</sup>	+ 6,4	+5,1	+0,7

## TRÜBE AUSSICHTEN

Wirtschaftsdaten der Bundesrepublik

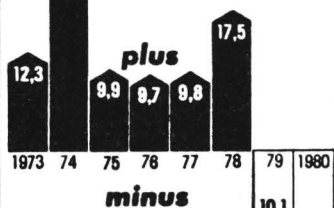
### Preise steigen

Anstieg der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr in Prozent



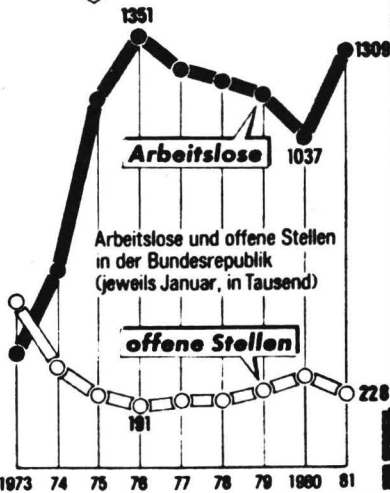
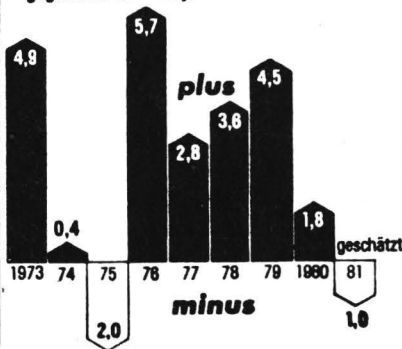
### Leistungsbilanz im Defizit

Salden der Leistungsbilanz in Milliarden Mark



### Abschied vom Wachstum

Veränderung des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



c. die sozialpolitische Befriedungsseite ihres Konzepts (Sozialgelder für alle claiming mothers, Nichtarbeiter usw.) zugunsten der parasitär-unproduktiven Vernichtungsmomente streichen müssen. Die Expansion der metropolitenen Rüstungssektoren besagt, daß die Multis den Nach-Indochina-Keynesianismus durch die Doppelgesichtigkeit der ‚Waffenhilfe‘ an die staatlichen Entwicklungsdespotien der drei Kontinente ersetzen wollen. An die Stelle der pazifistischen Befriedungs-Sozialarbeit des metropolitenen ‚Tertiärsektors‘ tritt mehr und mehr die parasitäre Figur des hochentlohnerten Rüstungsarbeiters und des Waffenanwenders / Bullen gegen einen neuen Kampfzyklus von unten.“ (13)

Demgegenüber erscheint die repressive, polizeiliche Seite des „Modells Deutschland“ während der 70er Jahre zwar spektakulär, aber noch zweitrangig. Sie gewinnt ihre eigentliche Dimension erst vor dem Hintergrund fortgeschrittener gesellschaftlicher Segmentierungs- und Auflösungsprozesse, wie sie sich in der Arbeits- und Sozialpolitik des Schmidt-Regimes jetzt abzeichnen, und für den Fall des Zerbrechens von Massenloyalität.

Auch von der anderen Seite her, so muß man nachträglich sagen, waren die Klassenkämpfe gegen das „Modell Deutschland“ in den 70er Jahren von den neuen sozialen Bewegungen überlagert. Nicht nur, daß diese Bewegungen gegen einen traditionellen Typus von Organisation und Arbeiteropposition sich wendeten, den die Klasse selbst in ihren Kämpfen längst liquidiert hatte; darüberhinaus ist die Abkehr von der Wirklichkeit der Konfrontation zwischen Regime und Unter- klassen bemerkenswert gewesen. Ihr ideologisches Paradigma: Subjektivität und erste Natur, Lebensreform und Selbstbestimmung weist diese soziale Bewegungen als Bewegungen der neuen Mittelklassen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Dienstleistungsberufe, „neue Selbständige“) aus, die zumindest solange ambivalent waren und sind, wie nicht in den Kämpfen selbst ein Klassegehalt von unten herausgearbeitet wird. Nur in einem einzigen, freilich auch dem zentralen Fall wurde die laufende Restrukturierung des Kapitals wirklich getroffen. Die Anti-AKW-Bewegung hat den Weg in den Atom- Staat ein Stück weit zu blockieren vermocht, und das Atom- programm – ein Programm der ersten Krisenjahre bis 1976 – liegt seither auf Eis.

Tatsache bleibt aber, so fassen die Herausgeber der „Prokla“ in einem Rückblick 1980 zusammen, „daß trotz schwerer ökonomischer Krise, Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Teilen des ‚Sozialstaats‘, Rücknahme der ‚Inneren Reformen‘ etc. keine politische Krise – geschweige denn eine gesellschaftliche – offen ausgebrochen ist, stattdessen ist die politische und soziale Krisenverarbeitung als ‚Modell Deutschland‘ beispielhaft geworden. (...) Das Spezifische dieses Konzepts, wie es sich im Zuge der Krisenverarbeitung Mitte der 70er Jahre herausgebildet hat, liegt u.E. in einer Trennungsstrategie zwischen dem Kern und den Rändern der Gesellschaft. Zentrale Elemente dieses in Politik umgesetzten ‚Modells‘ sind dann: a. die enge Harmonisierung von Regierungs- und Gewerkschaftspolitik (vermittelt über die Verbindung SPD-DGB); b. eine Politik der Weltmarktöffnung / Weltmarktanpassung („Modernisierung der Volkswirtschaft“) unter Wahrung der Interessen der Kernbelegschaften; c. eine Politik der sozialpolitischen Pazifizierung von ‚Problemgruppen‘ unter Wahrung eines Minimalgrades an Solidarität; d. eine Politik der Minimalisierung, Abspaltung und Repression von Systemgegnerschaft unter Wahrung eines Minimalgrades von Rechtsstaatlichkeit.“ (14)

### c. Perspektiven der Massenarbeitslosigkeit

Schaut man sich in diesen Wochen (August 1982) in der Presse nach Wirtschaftsdaten um, so ergibt sich ein uneinheitliches Bild: Schmidt erklärt in einem Brief an den DGB über den „wirtschaftspolitischen Gesamtzusammenhang“, die BRD sei gezwungen, sich an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Deshalb sei es unumgänglich, „daß ein größerer Teil unseres Bruttosozialprodukts für investive Zwecke eingesetzt wird und der Teil des BSP, der für konsumtive Zwecke verwendet wird, eingeschränkt wird“. Die Bundesregierung habe seit Mitte der 70er Jahre in erheblichem Umfang Kredite aufgenommen, „und daraus investive Aufgaben finanziert“. Dies habe dazu beigetragen, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der BRD günstiger zu gestalten (!) als in anderen Industrieländern. Allerdings führe die hohe Staatsverschuldung und Zinsbelastung dazu, daß „der Spielraum des Bundeshaushalts, gerade auch für beschäftigungsfördernde Maßnahmen, erheblich eingeschränkt“ werde. (15) Aus Nürnberg wird mit mehr als 1,7 Mill. Arbeitslosen (davon 170.000 Jugendliche und 230.000 Ausländer) der Höchststand der Arbeitslosigkeit im Sommer seit Bestehen der BRD gemeldet, und die FAZ erklärt „die Zeit der Forderungen, der hemmungslosen Ansprüche an den Sozialstaat“ für beendet. (16) Die Massenarbeitslosigkeit hat alle Branchen und Regionen erfaßt. Sie wächst gegenwärtig in der BRD rascher als in den anderen Industrieländern. Während der vergangenen zwölf Monate stieg die Zahl der Erwerbslosen in Frankreich um 15,6%, in GB um 16,1%, in den USA – die ebenfalls mit 9,8% die höchste Arbeitslosenrate seit Ende des 2. Weltkriegs erreicht haben – um 34,6% und in der BRD um 48,3%, nämlich von 5,3% auf 7,2%. (17) Die Prognose für den Jahresdurchschnitt 1982 belaufen sich auf 1,8 Millionen, für die kommenden Winter werden weit über 2 Mill. Menschen arbeitslos registriert sein; für 1983 sagt das HWWA durchschnittlich 2,1 Mill. Arbeitslose voraus – Arbeitslosigkeit in mehrfacher Millionenhöhe setzt sich fest. (18) Zugleich sorgen mäßige Lohnabschlüsse dafür, daß die Gewinne der Unternehmen 1982 um 8,5% steigen werden, die Arbeitnehmer Einkommen dagegen nur um 3,5%, was die realen Einkommensverluste schon im dritten Jahr zwischen eins und zwei Prozent hält. (Lt. WSI werden die Nettoeinkommen in diesem Jahr unter das Niveau von 1978 fallen; die Jahreswerte von 1981 zeigen, daß es bereits im vergangenen Jahr bei einem durchschnittlichen Anstieg der Tariflöhne und -gehälter von 4,8% zu einem Rückgang des Nettoeinkommens um 1,2% gekommen ist. (19) Auf der anderen Seite aber feiert die westdeutsche Industrie zur Zeit einen Exportstieg nach dem anderen, auch wenn sich die Grenzen der Aufnahmefähigkeit importierender Länder (EG, Schwellenländer, Ölstaaten) abzuzeichnen scheinen. Im vergangenen Jahr vermehrten die Exporte das Bruttosozialprodukt um 12,2 Mrd. DM, 1982 wird mit 35 Mrd. gerechnet, und für 1983 ist ein weiterer Anstieg auf 40 Mrd. DM eingeplant. Die Leistungsbilanz der BRD hat sich aufgrund dieses „Exporttausch“ sensationell schnell verbessert. (20)

Aus dem Datum, daß sich der Exportboom ungebrochen fortgesetzt hat, während der Eintritt in die Massenarbeitslosigkeit spätestens seit 1980 definitiv ist, muß man eine einzige, entscheidende Frage ziehen: Waren die 70er Jahre zureichend für eine Modernisierung des BRD-Kapitals (21), waren die Investitionsschübe und die Strategie des deficit spending,

die den Boom von 1976-79 ausgelöst haben, zureichend, um die Krisenfolgen zu dämpfen und auf eine Stabilisierung hin zu überbrücken? Oder steht der BRD nach der Verschleppung der Krise ein Einbruch von englisch-italienischen Ausmaßen bevor, den jetzt kein neuerlicher investiver Zyklus mehr aufzuhalten vermag? Steht die BRD erst jetzt – wie alle anderen westlichen Industrieländer – vor der längsten Krise seit Kriegsende? Die Antwort ist da zu suchen, wo sich die Planung und der Gebrauch der Massenarbeitslosigkeit enthüllt.

Als vor genau zwei Jahren, im Juli 1980, 853.000 Arbeitslose registriert waren, ließ der damalige Forschungsminister Hauff verlauten: „Die BRD hat sich in dieser neuen Situation“ – Stagnation in den Industriestaaten, ökonomischer Machtzuwachs der Ölländer – „nur auf den ersten Blick sehr gut behauptet“. Der Arbeitsmarkt, der in den Jahren zuvor durch den Rückgang der Arbeitsimmigration entlastet gewesen sei, werde zukünftig durch die Schere zwischen Erwerbssuche (der Zuwachs der Beschäftigungssuchenden wird bis 1985 auf mehr als eine Mill. Menschen angesetzt) und Beschäftigungsmöglichkeiten gekennzeichnet. Zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit wäre, so forderte das Hauff-Ministerium in einem Szenario für die 80er Jahre, ein staatliches (mit geliehenen Petro-Dollars finanziertes) Investitionsprogramm in Höhe von 120 Mrd. DM zur gezielten Strukturverbesserung in den Bereichen Kommunikationstechnologie, Energie, Wohnungsbau und soziale Dienstleistungen erforderlich. Wie man weiß, hat es ein solches Programm der Rekonstruktion des westdeutschen Kapitals nicht gegeben. Was heute nur mehr bemerkenswert bleibt, das ist das alternative („monetaristische“) Szenario, das vom Rückzug des Staats und der Eigengesetzlichkeit der „Reinigungskrise“ ausgeht und in dem eine Arbeitslosigkeit von über 2 Millionen bis in die 90er Jahre prognostiziert wurde. (22) Nicht allein, daß diese Zahl längst eingeholt ist und überschritten werden wird. Festzuhalten bleibt, daß seit 1980 das „Modell Deutschland“ ausdrücklich nach der Seite der **Planung eines ökonomischen „Gleichgewichts auf Unterbeschäftigungsniveau“** (Pöhl) (23) hin korrigiert worden ist.

Wie sehr die Massenarbeitslosigkeit geplant war, zeichnet sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ab. Es war, so sagt der Chef des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Mertens heute, „die genauest prophezeite Krise des Jahrhunderts“. (24) Rechtzeitig zum kurzfristigen Boom der Jahre 1976 ff wurden die Weichen gestellt: Das Kapital und seine Presse beklagten damals die „Lohnkostenexplosion“ („überzogene Ansprüche und inflatorisches Handeln“) und die „Lücke zwischen Lohn- und Leistungszuwachs“ – tatsächlich waren in den Verteilungskämpfen nach dem September 1969 Löhne und Gehälter (und auch die Sozialabgaben an den Staat) beträchtlich angestiegen, bis 1974/75 um mehr als 30% (inflationsbereinigt), während die Leistung, nach welchen Ausbeutungskriterien auch immer gemessen, im gleichen Zeitraum angeblich nur um 21% gewachsen war. Das Klagegedicht von den sinkenden Profiten bildete die Begleitmusik für die Unternehmerantwort, nämlich für den ausgesprochenen Verzicht auf Beschäftigung lebendiger Arbeit. Was als „Investitionsunlust“ und Flaute der Jahre 1974/75 gehandelt, aber im wesentlichen durch eine antiinflationistische „Stabilisierungspolitik“ der Notenbank gefördert wurde, die die Geldmenge drastisch kürzte, war nichts als der Auftakt für die Umgruppierung der Investitionen. An der Grenze der keynesianischen Globalsteuerung wurde der Weg freigemacht für eine staatliche Förderung privater Investitionen zur Produktivitätssteigerung. Die Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen wa-

# Geheimes Gutachten: Arbeitslosenzahl steigt

Bundeskanzler Helmut Schmidt hält Unangenehmes unter Verschluss: In zwei von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten über die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt wird ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosenzahlen bis 1985 vorausgesagt. Dennoch halten die beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute – zwei Projektgemeinschaften unter Führung des Münchner Ifo-Instituts und der Baseler Prognos AG – die Nutzung der Mikroelektronik aus Wettbewerbsgründen für unverzichtbar.

Mitte dieses Jahrzehnts wird laut Prognos in der Bundesrepublik 1,65 Millionen registrierte Arbeitslose geben. Bis 1990 werde ein Rückgang der Arbeitslosenzahl auf lediglich 1,2 Millionen erreichbar sein.

Die Ifo-Projektgemeinschaft erwartet noch eine etwas stärkere Arbeitslosigkeit, ohne aber konkrete Zahlen zu nennen. Das Vollbeschäftigungsziel könnte in diesem Jahrzehnt nur bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von fünf Prozent erreicht werden. Aus heutiger Sicht

zeichnet sich aber, wie Ifo feststellt, ein Wachstumstrend von durchschnittlich nur etwas über drei Prozent in den achtziger Jahren ab.

Der Prozeß zur Automatisierung verlaufe aber unterschiedlich schnell: In der industriellen Produktion werden nach dem Urteil der Gutachter die Automationsmöglichkeiten durch Einsatz der Mikroelektronik überwiegend schon bis 1985 wirksam werden. Mit fühlbaren Auswirkungen der Robotersysteme dürfte allerdings erst für Ende der achtziger Jahre zu rechnen sein. Im Bürobereich werde die Breitenwirkung der Datentechnik in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts erwartet.

Mit dem Automatisierungsprozeß steigen auch die Qualifikationsanforderungen an die Erwerbstätigen. Prognos erwartet, daß in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Arbeitsplätze für un- und angeleitete Tätigkeiten um zwölf Prozent auf 4,3 Millionen zurückgehen wird. Auch Arbeitskräfte, die für einen engen Einsatzbereich ausgebildet wurden – etwa Bürofachkräfte, Maurer

oder Drucker –, werden weniger gefragt sein. In diesem Bereich wird mit einem Rückgang der Arbeitsplätze um acht Prozent auf 9,2 Millionen gerechnet.

Dagegen gibt es Prognos zufolge im Jahr 1990 29 Prozent mehr Arbeitsplätze für Berufstätige mit Fach- und Hochschulausbildung. Die von Ifo befragten Industrieunternehmen meldeten zwar einen anhaltend hohen Bedarf an Facharbeitern, wobei allerdings weniger fachspezifische Qualifikationen als vielmehr Eigenschaften wie breites Grundwissen, Abstraktionsvermögen und Verantwortungsbewußtsein gefordert sind.

Rationalisierung und Automatisierung können durch ihre Folgewirkungen für die Beschäftigungsstruktur und für die Arbeitnehmer zu einer wachsenden Gefahr für den Arbeitsfrieden werden. So hält Prognos eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen mit negativen Auswirkungen auf den wirtschaftlich-technischen Fortschritt für möglich. Auch die Ifo-Gutachter ermittelten Anhaltspunkte für ein be-

trächtliches Konfliktpotential zwischen den Tarifparteien, auch wenn grundsätzlich davon ausgegangen werden könne, „daß die Gewerkschaften dem technischen Fortschritt weiterhin nicht unaufgeschlossen gegenüberstehen“.

Ein Arbeitskampf um die Einführung neuer Techniken – im Frühjahr 1978 im Druckgewerbe – war der Anlaß für den damaligen Kabinettsauftrag, die Konsequenzen des technologischen Fortschritts zu untersuchen. Doch Kanzler Schmidt war mit dem Ergebnis, das Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Arbeitsminister Herbert Ehrenberg und Forschungsminister Volker Hauff am Mittwoch vergangener Woche dem Bundeskabinettsvorlegten, unzufrieden. Der Regierungschef untersagte die Veröffentlichung der Gutachten, bevor das Ministertrio nicht eine gemeinsame Stellungnahme angefertigt habe. Der Kanzler bestimmte auch die Richtlinie des Ministergutachtens: Die Bundesregierung glaubt nicht an das düstere Bild der Wissenschaftler.

Wirtschaftswoche Nr. 21, 23.5.1980

ren dementsprechend rückläufig zugunsten von Rationalisierungsinvestitionen, die die Kapitalintensität erhöhten, und das bedeutete ein Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen unter dem Druck der Löhne und der Ölpreise. In der Gesamtindustrie gingen 1975/76 920.000 Arbeitsplätze verloren, davon rund 400.000 in den Erfolgsbranchen der Metallverarbeitung, des Maschinenbaus, der Automobil- und Elektroindustrie; die größte Entlassungsaktion Westdeutschlands setzte 25.000 VW-Arbeiter frei. Eine Welle von Pleiten (1973-76 schlossen 23.000 Unternehmen, allein 3400 Baufirmen gingen Konkurs) und die seitdem betriebenen Produktionsverlagerungen in die Niedriglohnländer des Ostblocks und des Fernen Ostens (Textil- und Bekleidungsindustrie, Photo, Unterhaltungselektronik) taten ein übriges für den planmäßigen industriellen Rückgang in der BRD, der schließlich alle Branchen umfaßte. Schmidt verkündete in jenen Jahren, die BRD solle „anstelle von Kraftwerken Blaupausen exportieren“. Dies war nicht nur unter dem Eindruck der sich formierenden Anti-AKW-Bewegung gesagt. Sondern damit war für die Metropole selbst zugleich eine neue Beschäftigungspolitik angezeigt, eine Unternehmensstrategie, die im krisenhaften Ausleseprozeß gegenüber einer jederzeit freisetzbaren Randbelegschaft eine dauerbeschäftigte Stammbeflegschaft (nach dem Verfahren: Facharbeiter vor An- und Ungelernten, Deutsche vor Ausländern, Männer vor Frauen) heranzüchtete. Opfer des auf diese Weise „sedierte Arbeitsmarktes“ waren in erster Linie die Arbeitsimmigranten, die der Anwerbestop für Nicht-EG-Länder betraf (zwischen Ende 1973 und Anfang 1976 gingen 400.000 Ausländer auf Rückreise). In der BRD selbst schlug die Arbeitslosigkeit – 1976/77 lag die registrierte Zahl bei 1,2 Millionen – zuerst bei den Neuzugängen auf dem Arbeitsmarkt zu, aus denen ein Subproletariat arbeitsloser Jugendlicher (11,5%) herausgefiltert wurde.

Während der Jahr 1978/79, als die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung die Arbeitsmarktlage zu entlasten schien (die durchschnittliche Arbeitslosenzahl lag bei 900.000, wobei allerdings verstärkt Problemregionen und -gruppen verzeichnet wurden: Jugendliche, Frauen auf der Suche nach Teilzeitjobs, Ungelernte; 500.000 Haushalte von Arbeitslosen in der BRD leben von einem Einkommen unterhalb der Sozialhilfe), wur-

den vom Regime verschiedene administrative Begleitmaßnahmen für die Reorganisation der Arbeit angeboten. Eine lancierte Diskussion über „Arbeitsunwilligkeit“ und „Scheu vor geregelter Arbeit“ führte zur Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes, das nicht nur 1979 80.000 Arbeitslose durch Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vermittelte, sondern die erste Fassung einer verschärften „Zumutbarkeitsordnung“ enthielt, mit der die räumliche und berufliche Mobilität der Arbeitskraft erzwungen werden sollte.

1980 könnte das Jahr der Prognosen genannt werden. Die Ölverteuerung und ölimportierte Inflation rief abermals eine strikte Geldpolitik der Bundesbank auf den Plan. Die Flaute erfaßte die Auto- und Investitionsgüterindustrie. Die Arbeitslosenzahl näherte sich zum Jahresende erstmals seit 1975 wieder der Millionengrenze, und die Kurzarbeit nahm zu. Kurz: „Eine schwere Krise zieht auf“ (IWW Kiel). Sämtliche privaten und öffentlichen Forschungsinstitute, die Bundesanstalt für Arbeit und das statistische Bundesamt, Arbeitgeber- und Gewerkschaftszentralen sind sich über den Anbruch der Massenarbeitslosigkeit einig, Abweichungen beschränken sich auf die Marge zwischen 1,65 Millionen bis 1985 (Prognose) bzw. 2 Mill. (Hauff-Ministerium, s.o.) und 4 Mill. Arbeitslosen bis 1990 (WSI/DGB) – jeweils für den Fall, daß die Arbeitslosigkeit den „Selbstheilungskräften des Marktes“ überlassen wird. Einigkeit herrscht auch über die spezifischen Ursachen dieses Einbruchs. Vor allem die von der Bundesregierung als Geheimgutachten behandelte Prognos-Studie „Technischer Fortschritt – Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ (s. Kasten) macht außer der demographischen Entwicklung – die im Verein mit der Abschiebung von Arbeitsimmigranten bis Ende der 70er Jahre trotz des Rückgangs an Beschäftigung den Arbeitsmarkt entlastet hatte, aber bis 1985 wie gesagt eine Zunahme der Erwerbsbevölkerung um 1,2 Mill. Menschen bringen soll – den zu erwartenden Einsatz der Mikroelektronik, der Daten- und Nachrichtentechnologien für die Beschäftigungseinbrüche verantwortlich. Klar ist schließlich, daß die technologische Entwicklung und der



## Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	Mai									
	1976		1977		1978		1979		1980	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt .....	954	100	946	100	913	100	776	100	767	100
Männer .....	500	52,4	465	49,1	439	48,1	345	44,5	353	46,0
Frauen .....	454	47,6	482	50,9	474	51,9	431	55,5	414	54,0
Nach Nationalität										
Deutsche .....	852	89,3	852	90,0	810	88,7	688	88,7	662	86,3
Ausländer .....	102	10,7	94	10,0	103	11,3	88	11,3	105	13,7
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß .....	429	45,0	432	45,7	406	44,5	346	44,6	335	43,8
ohne Abschluß .....	525	55,0	514	54,3	507	55,5	430	55,4	431	56,2
Stellung im Beruf										
Facharbeiter .....			128	13,5	128	14,0	97	12,5	94	12,3
Nichtfacharbeiter .....			444	46,9	444	48,6	382	49,3	381	49,7
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit .....			228	24,1	216	23,7	187	24,1	183	23,8
mit einfacher Tätigkeit .....			147	15,5	125	13,7	110	14,1	109	14,2
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit .....	787	82,4	762	80,5	730	80,0	604	77,9	610	79,5
Teilzeitarbeit .....	168	17,6	185	19,5	183	20,0	171	22,1	157	20,5
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	230	24,1	237	25,0	263	28,8	262	33,8	266	34,7
darunter: Schwerbehinderte .....	37	3,9	44	4,7	52	5,7	60	7,8	65	8,5
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit										
unter 1 Monat .....	110	11,6	123	13,0	106	11,6	100	12,9	112	14,6
1 bis unter 3 Monate .....	218	22,9	227	24,0	206	22,5	176	22,7	192	25,0
3 bis unter 6 Monate .....	199	20,8	201	21,2	214	23,5	154	19,9	160	20,8
6 bis unter 12 Monate .....	266	27,9	224	23,7	185	20,2	182	23,5	160	20,8
1 bis unter 2 Jahre .....	130	13,6	113	11,9	112	12,3	96	12,4	81	10,5
2 Jahre und länger .....	30	3,2	59	6,2	91	9,9	67	8,6	63	8,2
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre .....	85	8,9	87	9,2	77	8,4	58	7,4	55	7,2
20 bis unter 25 Jahre .....	160	16,7	164	17,3	157	17,2	127	16,4	124	16,1
25 bis unter 45 Jahre .....	445	46,6	436	46,1	418	45,8	344	44,3	339	44,2
45 bis unter 55 Jahre .....	153	16,1	148	15,6	142	15,6	122	15,8	120	15,6
55 bis unter 60 Jahre .....	60	6,3	72	7,6	84	9,2	94	12,1	95	12,3
60 Jahre und älter .....	51	5,4	39	4,1	34	3,7	31	3,9	34	4,4
Mit Sozialplan .....							18	2,4	19	2,5
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld .....	492	51,6	430	45,5	390	42,7	301	38,8	280	36,6
Bezieher von Arbeitslosenhilfe .....	149	15,6	146	15,4	146	16,0	114	14,7	102	13,3
Leistungen beantragt .....	200	21,0	223	23,5	207	22,7	188	24,2	212	27,7
keine Leistungen .....	113	11,8	147	15,5	170	18,6	173	22,3	172	22,5
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosig-keit in schulischer Ausbildung			35	3,7	28	3,1	24	3,1	23	3,1

# Im Jahr 2000 sieben Millionen Ausländer?

Wissenschaftler: Zugleich fünf Millionen Deutsche weniger

D. GURATZSCH, Augsburg

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wird weiter zunehmen, die sozialen Spannungen werden wachsen, der Wanderungsdruck auf die reicheren Länder und besonders auf die Bundesrepublik wird sich verstärken. Diese Thesen hat gestern der Bevölkerungsforscher Wolfgang Klauder von der Bundesanstalt für Arbeit bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungsforschung in Augsburg aufgestellt.

Nach den Berechnungen Klau- ders wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den 80er Jahren immer stärker von dem deutschen Geburtenberg aus den 60er Jahren und von der Zunahme der ausländischen Bevölkerung bestimmt werden. Wie der Wissenschaftler ausführte, würde der ausländische Bevölkerungsteil selbst ohne jeden weiteren Zuwanderungsüberschuss bis zum Jahre 2000 auf fünf Millionen anwachsen. Stellt man in diese Rechnung jedoch das Familienwachstumspotential aus der Türkei mit 35 000 Menschen im Jahr und eine Zuwanderung von jährlich 20 000 Asylanten ein und berücksichtigt man darüber hinaus den Zuzug von 150 000 Griechen, Spaniern und Portugiesen im Zuge der EG-Erweiterung von 1988 an, so dürfte die Ausländerzahl bis 2000 sogar sieben Millionen erreichen, von denen 40 Prozent türkischer Abstammung wären. Im gleichen Zeitraum freilich wird die deutsche Bevölkerung um fünf Millionen schrumpfen.

## Höhere Arbeitslosigkeit

Unter diesen Annahmen lautet die Prognose für den Arbeitsmarkt nach Klauder, daß bis 1990 zunächst in Auswirkung des Geburtenberges 650 000 Deutsche zusätzlich Arbeit suchen werden, und diese Zahl wird sich noch einmal um 400 000 bis 800 000 Ausländer erhöhen. Klauder: „Damit vergrößert sich die Gefahr, daß ohne Rückkehr zu einem hohen Wirtschaftswachstum oder ohne andere den Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen die Arbeitslosigkeit noch weiter zunimmt und bis weit in die 90er Jahre hinein bestehen bleibt.“

In den 90er Jahren wird das deutsche Arbeitskräftepotential dann zwar um 1,7 Millionen schrumpfen, beim Nachwuchspotential wird der deutsche Geburtenrückgang sogar schon Mitte der 80er Jahre „zu einer drastischen Tendenzwende“ führen. Aber die Zunahme des ausländischen Potentials im gleichen Zeitraum um 700 000 Personen wird nach Klauder dazu führen, daß es selbst bei einem Wirtschaftswachstum von drei bis dreieinhalb Prozent erst nach dem Jahr 2000 wieder zu einer Arbeitskräfteknappheit kommen könnte (was nach Meinung des Wissenschaftlers freilich sofort einen neuen „Nachfragesog“ nach ausländischen Arbeitskräften auslösen würde).

## Sozialer Konfliktstoff

Die Gefahren dieser Entwicklung sieht Klauder in der Tatsache, daß die Ausländer von der Arbeitslosigkeit der kommenden Jahre „überdurchschnittlich betroffen“ sein würden. Schon heute sind zwei Drittel von ihnen „ohne formale Qualifikation“. Nur die Hälfte der Ausländerkinder erreicht einen Hauptschulabschluss, nur 20 Prozent erhalten eine Berufsausbildung. Da andererseits jeder vierte der 4,6 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik ein Kind unter 16 Jahren ist und damit „seine entscheidende Entwicklungsphase in der Bundesrepublik“ verbringt, sieht der Forscher „Prozesse der sozialen Unterschichtung und Segregation“ voraus, bei denen sich „enormer sozialer Konfliktstoff“ anhäufen werde.

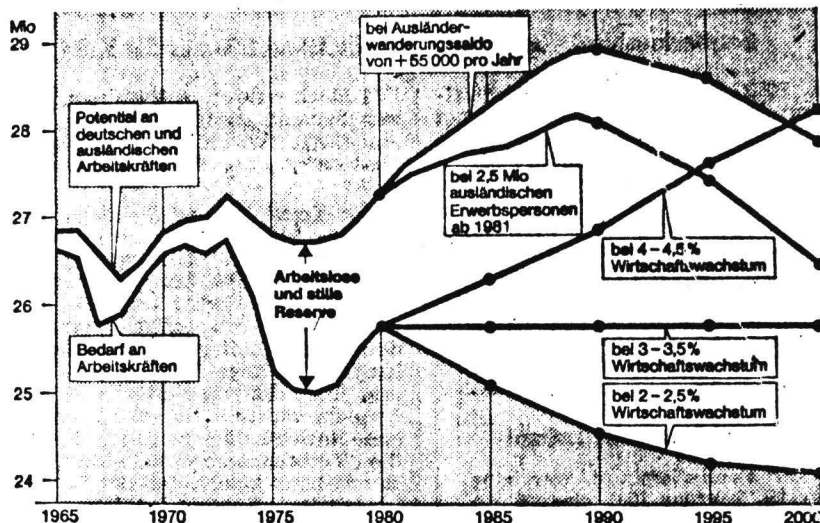
In einem zehn Punkte umfassenden Forderungskatalog verlangt Klauder, daß „schnellstens in massiver Form ein Gesamtkonzept der Ausländerpolitik in die Tat umgesetzt wird“. Danach sollen Ausländer vor ein Angebot und einen Entscheidungszwang gestellt werden, ob sie den Status von Wanderarbeitern mit zeitweiligem Aufenthalt oder den von Einwanderern „mit Ziel der vollständigen Integration, weitgehenden Assimilation und verbindlichen Einbürgerung“ anstreben. Vorbedingung für weitere Zuwanderung aus Nicht-EG-Ländern müßten Grundkenntnisse der deutschen Sprache sein.

Produktivitätsfortschritt in diesem Sinn nicht nur quantitativ, sondern strukturelle Arbeitsmarktprobleme in den 80er Jahren schaffen wird. Neben den Randgruppen, den Frauen, Jugendlichen und Ausländern, wird auch der Kern der Arbeiterklasse selbst von der Massenarbeitslosigkeit betroffen werden. (25)

Angesichts dessen und im Gefolge der Hochzinspolitik der USA und der Dollarhaussa antwortet das Regime mit einer restriktiven Geld- und Haushaltspolitik. Der „Thatcherismus“ der Bundesbank unter Pöhl ist spätestens seit 1981 sprichwörtlich. Gleiches kann vom sog. Sachverständigenrat der Bundesregierung gesagt werden. Gefordert und durchgesetzt wird von hier aus das Ende des deficit spending und die Anpassung an die außenwirtschaftliche Situation mittels produktivitätssteigernder Investitionen, an die Notwendigkeit neuer Exportschlachten einerseits (26), eine Fortsetzung der Hochzinspolitik, und im Innern eine lineare Kürzung der Sozialausgaben andererseits. In der Tat steht die BRD mitten in der weltweiten Rezession 1981 vor einem nochmaligen Exportaufschwung, begünstigt durch die DM-Abwertung gegenüber dem Dollar. Aber W. Hankel hatte wohl recht, als er von dem „in der BRD populären Ausweg aus der Krise in eine neue Exportkonjunktur, inzwischen muß man wohl sagen: in die Japanisierung der gegenwärtigen Beschäftigungsmisere“ sprach. (27) Die Kontraktion und Aussonderung von Teilen des produktiven Gesamtarbeiters, die der Arbeitslosigkeit oder den instabilen Niedriglohnbeschäftigungen überlassen werden, bilden die innere Seite eines erneuerten „Modells Deutschland“, für das Pöhl u.a. den Kurs angeben. Die Hochzinspolitik der Bundesbank und das allgemeine Haushaltsdefizit (vor allem auch die Defizite der BfA) lassen 1981 die von den Gewerkschaften vorangetragene Diskussion um ein staatliches Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm – wie es in modifizierter, modernistischer Fassung auch Hauff vertreten hatte – im Kompromiß der Regierungsparteien versanden. (Die Unternehmerlobby im Bundeswirtschaftsministerium um Schlecht / Lamsdorff weiß ein solches Programm zu verhindern und setzt die Investitionszulagen für den Exportbereich durch. Was im Februar 1982 als Bonner Beschäftigungsprogramm verabschiedet wird, ist im Kern ein Programm der Investitionszulagen.) Stattdessen greift der Restriktionskurs bei den Haushaltsberatungen 1981/82 die Unterklassen in der BRD erstmals auf ganzer Front an: mit dem Spruch, der Wohlfahrtsstaat sei nicht mehr finanzierbar, werden die Sozialleistungen einkassiert, werden das Arbeitslosengeld, die Sozialhil-

## Die Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt 1990 Vier Millionen Arbeitslose?

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei unterschiedlichem Wachstum



Die Welt, Hamburg; Nr. 77, 1.4.1982

fe und die Rente gekürzt. Die Arbeitsmarktsituation der BRD zieht im Laufe des Jahres 1981 mit den übrigen OECD-Ländern gleich. Nachdem zur Jahreswende die Millionengrenze überschritten ist (4,8%), klettert die Arbeitslosenquote im Sommer auf den bisherigen Höchststand von mehr als 5% (1,25 Mill.), im Herbst auf über 6% (1,5 Mill., dem Stand des Prognos-Gutachtens entsprechend) und Ende 1981 auf 7,3% (1,7 Mill.). Von diesem absichtsvollen Zusammenbruch der Bonner Beschäftigungspolitik, von der Arbeitslosigkeit in allen Industriezweigen und Regionen sind nicht allein die sog. Problemgruppen betroffen. Das Alarmsignal ist gesetzt, als die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter überdurchschnittlich ansteigt.

Im Chor bekunden jetzt die Bundesbank und die Bundesanstalt für Arbeit, Pöhl und Stingl, ihre öffentliche Unruhe anlässlich einer vorhersehbaren, von der Rationalisierungswelle produzierten dauerhaften Arbeitslosigkeit an der 2-Millionengrenze (die zum Jahresbeginn 1982 mit einer Quote von 8,2% erreicht wird), mit einem überproportionalen Anteil an Ausländern (250.000 = 12-13%) und Jugendlichen (Anstieg 1981 um 68,9%); einer Arbeitslosigkeit, die zudem in diesem Jahr rund 20 Mrd. DM kosten soll. Wenn nicht alles täuscht, wird 1982 das Jahr sein, in dem die Massenarbeitslosigkeit vom Regime als Hebel eines wachsenden sozial- und bevölkerungspolitischen Drucks verwendet wird. Es beginnt mit dem Druck auf die Arbeitslosen selbst. Seit Februar läuft die Planung einer Zumutbarkeitsregelung, wie sie noch 1979 nicht vollständig durchgesetzt werden konnte. Die im April verabschiedete Regelung sieht kurzerhand eine zwangsweise Degradierung der Arbeitssuchenden vor. Aus der abgedruckten Tabelle (Zur Struktur der Arbeitslosigkeit) ist zu ersehen, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen nach 1976 abnimmt, während die Zahl derer, die keine Sozialleistungen empfangen, sich verdoppelt: Mobilität und Arbeit um jeden Preis ist angesagt, für die die Massenarbeitslosigkeit nur den Umschlagplatz bildet. Dies ist das Wesen der gegenwärtigen Krise. Den eigentlichen Angriffspunkt aber stellt im Moment die Ausländercommunity der BRD dar. Mit der geschürten Feindseligkeit der Deutschen und der Schuldzuschreibung, wonach die Arbeitsimmigranten die Arbeitslosigkeit verstärken, von der sie selbst am meisten betroffen sind, wird inzwischen eine rassistische Pogrompolitik betrieben, die von der Alternative „Ausländerbevölkerungsentwicklung“ oder „Wirtschaftswachstum der BRD“ ausgeht. (s. Kasten)

#### d. Ende des Keynesianismus

Durch die Krise hindurch zeichnet sich das Ende des keynesianischen Projekts in den Metropolen ab. Für das „Modell Deutschland“ gab es und gibt es keine Modernisierungsstrategie, keine Perspektive der Rekonstruktion, die eine Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu garantieren vermöchte. Der Verzicht auf Massenarbeit in diesem Sinn und der Gebrauch der Arbeitslosigkeit ist längst Programm des Kapitals auch in der BRD.

Das ist gemeint, wenn vom Ende des Keynesianismus gesprochen wird: Im antagonistischen Verhältnis von Kapital und Arbeiterklasse ist der Zusammenhang von Maseneinkommen/Hochlohn, Steigerung der Produktivität der lebendigen Arbeit und kapitalistischer Entwicklung (von „hoher Mehrwertrate und Sozialkosten“) aufgebrochen. Die Klasse hat zu einem historischen Zeitpunkt (1968/69-1973) aufgehört, die Dynamik des Kapitals zu reproduzieren. Die Entkopplung

von Produktivität und Einkommen findet ihren Ausdruck in der Inflation. Damit versagt die staatliche Politik, die effektive Nachfrage (die Lohnnachfrage der Arbeiterklasse) anzuerkennen und vermittelt über die Staatsausgaben (deficit spending) zu lenken und zur Grundlage des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung zu machen, ebenso, wie der Wohlfahrtsstaat an der Last der inflatorischen Ansprüche scheitert. (29) Das Kapital sucht, sich vom Arbeiterverhalten unabhängig zu machen, und was als Rückzug des Staats aus der Sphäre der Ökonomie erscheint (Entstaatlichung der Gesellschaft), verstärkt die direkte politische Staatsfunktion bei der Klassenzusammensetzung und Bereitstellung von Arbeit.

Was heißt aber dann „Arbeit“ in den 80er Jahren? Zunächst einmal das Ende des bisherigen, in den Arbeiterkämpfen gesicherten ökonomischen und rechtlichen Verhältnisses von Arbeit und Lohn. Die Formen des Einkommens und der Status der Beschäftigung werden in einen neuen Bezug zueinander gebracht, die Arbeit wird entlang der Grenze von Arbeit und Nicht-Arbeit reorganisiert. Eines ist jedenfalls klar, daß nämlich die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit und ihre Perspektive sich nicht allein dadurch von allen vorausgegangenen Formen der Arbeitslosigkeit unterscheidet, daß sie systematisch geplant und herbeigeführt worden ist; sondern vor allem auch dadurch, daß die Arbeitslosigkeit zum Ansatzpunkt der Neuordnung der Arbeitsmärkte gemacht wird. Die Massenarbeitslosigkeit selbst in ihrer zyklisch und mobilisierenden Wirkung auf die Arbeitskraft ist zu einem Stadium des Kapitalverhältnisses geworden, mit fließenden Übergängen zur prekären, unregelmäßigen Beschäftigung. Und das bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeit von der Nicht-Arbeit her organisiert wird.

Indem das Kapital zunehmend wieder die Konstitution der Arbeitskraft oder (eigene oder staatliche) Sozialkosten und auf niedrigstem Lohnniveau voraussetzt, lagert es die taylorisierte Arbeit – und es besteht kein Zweifel daran, daß der Taylorismus sowohl im Sinn der Arbeitsorganisation wie als Prinzip der Organisation von Gesellschaft im Fortschritt begriffen ist – endgültig aus der keynesianischen Perspektive aus. Es verzichtet auf die (ökonomische, materielle und ideologische) Bildung der Arbeiterklasse als eines für das Kapital produktiven Ganzen im Reproduktionsbereich und treibt die Desintegration der Arbeiterklasse (eine Arbeitsteilung, die die Arbeit nicht wie in der Figur des Massenarbeiters vereinheitlicht, sondern im Gegenteil enthomogenisiert) auf der Ebene der fabrikmäßigen Organisation der Arbeit wie auf der Ebene der Taylorisierung gesellschaftlicher Lebenszusammenhänge voran, wobei der Staat die Form der Kontrolle über die Desintegration übernimmt, die das Kapital seinem Inhalt nach bildet.

Wenn man den Keynesianismus als eine Nutzenanwendung der klassischen Arbeitswertlehre verstehen will (= das Kapital zahlt – unter Vernutzung unterbezahlter Hausarbeit – die Reproduktionskosten der Arbeitskraft als direkten und indirekten Lohn, solange die Klasse selbst in ihrer Produktivität das Kapitalverhältnis nicht nur immer wiederherstellt, sondern auf erweiterter Stufenleiter wiederherstellt), dann ist also diese Anwendung und Integration durch das Kampfverhal-

ten des Proletariats selbst, durch steigende Lohnforderungen und zugleich die Verweigerung der Produktivität zerstört worden. Die Zielrichtung des Klassenkampfes wird jetzt vom Kapital gewissermaßen aufgegriffen und durch eine gedoppelte Perspektive überboten: durch die Perspektive, die Massenarbeit abzuschaffen und durch eine Produktion ohne lebendige Arbeit und ohne produktive Klasse zu ersetzen, durch den Abschied des Kapitals von der Arbeitsproduktivität und Vollbeschäftigung. (Montano spricht – etwas spekulativ und unter Rückbezug auf die Marx'schen ‚Grundrisse‘ – von einer Trennung der Arbeiterklasse von der Produktion, insbesondere der Produktion von Reichtum ohne Arbeit in den strategischen Sektoren der Energie und der Lebensmittel; von der Abschaffung der produktiven Arbeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise und durch das Kapital selbst. Ich glaube nicht, daß sich das so halten läßt. Zugleich hebt er die künftige Neuinszenierung von Arbeit als Form der Kontrolle der Klasse und allgemein ihren politischen Charakter hervor. Dieser Aspekt steckt auch hinter dem in der italienischen Diskussion eingeführten Schlagwort des „politischen Kommandos“ über die Arbeitskraft. (30) Und in einer zweiten Front richtet sich das Kapital verstärkt in Sektoren der unregelmäßigen, arbeitsintensiven Niedriglohnarbeit auf der Grenze zur Arbeitslosigkeit ein. Diese Sektoren überschneiden sich zugleich mit dem neuerlichen Gebrauch der Arbeit, des Arbeits-

zwangs, als Sozialpolitik und mit der Selektion der nichtgebrauchsfähigen Unterklassen von Staatsseite.

Ob davon die Zukunft des Wertgesetzes betroffen ist (wonach der Wert einer Ware von dem zu ihrer Herstellung aufgewendeten Quantum lebendiger Arbeit bestimmt wird und wonach dieses Wertquantum in sich die Differenz zwischen der zur Reproduktion des Arbeiters notwendigen Arbeitszeit und der Mehrarbeit für den Profit des Kapitals trägt); und welche Entwicklungsperspektive dem Kapital zur Wiederherstellung des Mehrwerts und Profits in den Metropolen eigentlich verbleibt – dies ist demgegenüber eine akademische Frage, die wir – wie auch Montano sagt – getrost den Marxisten überlassen wollen, eine Frage jedenfalls, die die Diskussion nur in Sackgassen hat enden lassen. Daß das Kapital Teil der Arbeiterklasse freisetzt, mit denen es nicht mehr gewillt ist zu produzieren; daß es aus seinen technologisch fortgeschrittensten Sektoren Arbeitskraft herausschleudert; daß es die Arbeiterpopulation seinem eigenen Kontraktionsprozeß in den Metropolen und seiner globalen Erweiterungsperspektive anpaßt, aus all dem kann nicht geschlossen werden, dies laufe auf eine Produktion von Nicht-Arbeit durch das Kapital hinaus, die nicht zugleich wieder eine Bereitstellung für neue Formen der Ausbeutung und Verwertung einschliesse.



Streik bei Ford, Köln 1973

„Metropolitan wird in den kommenden Jahren eine hohe Arbeitslosigkeit und eine kaskadenartige Segmentierung der Arbeitsmärkte in Kauf genommen, um im Kontext der angestrebten multi-monetaristisch-rüstungspolitischen Stabilisierung auf Weltebene Arbeitsintensität und -moral so effektiv wie möglich zu reorganisieren. Es ist falsch anzunehmen, daß die Ausweitung der Mehrwertkette (die Globalisierung des prozessierenden Widerspruchs) den Ausgangspunkt der Kette sozusagen lahmlege oder bedeutungslos mache. Im Gegenteil:

- Segmentierung von Arbeitsmärkten heißt zu allererst, den informellen-subkulturellen Kollektivierungsprozeß von Arbeitsverweigerung aufzusplittern, zu desinformieren, sich in Ghettos leerlaufen zu lassen;
- die neue Kaskade der metropolitanen Ausbeutungshierarchie hat vor allem die Funktion, der Blaupausenarbeit hinter Bildschirm und computergesteuertem Mehrstellenarbeitsplatz die global höchste Ausbeutungsrate auch in Zukunft zu sichern: komplexe Automationsarbeit als ‚Juwel‘ von Ausbeutungseffizienz wird bewußt von Störfaktoren abgeschottet;
- in den hierarchisch niedriger stehenden / geringer produktiven / geringer technologisch beherrschten Sektoren wird um jeden Preis nach Wegen gesucht, um durch extensive (Selbst-)Überausbeutung, Motivationstraining usw. ebenfalls die notwendige Arbeitszeit zu senken (freiwillige Senkung des Lebenswerts durch Ersatz-Sinnfälligkeit in kooperativer Arbeit usw.);
- ‚Resozialisierung‘ wird immer eindeutiger an Zwangsarbeit gekoppelt: ‚Arbeit macht frei‘ – heißt es mehr denn je für Knackis, Psychiatrisierte und Behinderte!

Es wäre falsch zu glauben, daß in dem Augenblick, wo die Unterlassen der Metropolen häretisch den ‚Lebenswert‘ gegen den Mehrwert in Front bringen (was in der marxistischen Theorie, auch der operaistischen, nicht vorkommt), das Kapital darauf verzichtete, auf maximale Ausbeutungsraten zu pochen.“ (31)

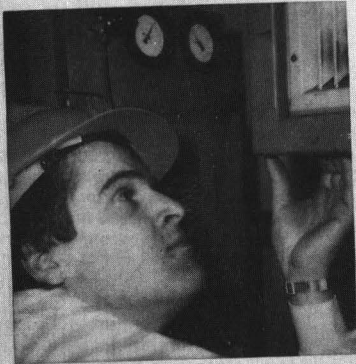
Noch mehr als schon heute wird es künftig um die Bereitstellung von Niedriglohn-Arbeitskraft für neue Formen der Ausbeutung und Verwertung gehen – Kleinbetriebe, Schwitzbuden, prekäre Arbeitsverhältnisse, Alternativen usw. eingeschlossen. Ein von der Mehrwertproduktion unabhängiger Sektor wird auch in den Metropolen nicht koexistieren. Die Perspektive liegt auch hier, wie im Weltmaßstab, im integralen Nebeneinander von Produktionsweisen, in der neuen Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung und in der Anbindung der unsicheren, schlecht entlohnten, arbeitsintensiven Sektoren an die entwickelte Großtechnologie. Das Bindeglied in dieser rekonstruierten, diversifizierten Mehrwertkette bildet die Politik des gespaltenen Arbeitsmarkts, die eine Antwort auf die Massenarbeiterkämpfe der 60er und 70er Jahre darstellt.

#### Anmerkungen zu (1)

- 1 Vgl. zum folgenden das Editorial der „Quaderni del Territorio“ 3, 1975, und M. Montano, Bemerkungen zur internationalen Krise, in: Bergmann/Janssen/Klein (Hrsg.), Autonomie im Arbeiterkampf, Hamburg-München 1978, S. 203 ff.
- 2 Montano S. 205; A. Bihl et J.M. Heinrich, La neo-socialdemocratie ou le capitalisme autogere, Paris 1979, S. 21; vgl. S. 29, 30 f.
- 3 Montano S. 213, 214 ff.
- 4 K.H.R., Bemerkungen zum Projekt Arbeit / Nichtarbeit, 1981.
- 5 Vgl. Bihl/Heinrich S. 100 ff, 103; sowie F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977; dies. (Hg.), Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek 1981.

- 6 Montano S. 218.
- 7 M. Beaud et D. Biron, Strategies politiques pour sortir de la crise, in: Le Monde diplomatique, März 1979.
- 8 Prokla 40, 1980, S. 4. Dies Heft der „Prokla“, vor allem der Aufsatz von Esser/Fach/Simonis über die „Grenzprobleme des ‚Modells Deutschland‘“, gibt die besten Anhaltspunkte zur Analyse, die ich hier aufgreifen kann, ohne doch die von J. Hirsch und R. Roth ebd. aus der Diagnose des Erosionsprozesses der westdeutschen Gesellschaft gezogenen Perspektiven für eine soziale Bewegung in den 80er Jahren und ihr Verhältnis zur institutionellen Linken irgendwo zu teilen.
- 9 Vorreiter dieses von der keynesianischen Ankurbelungspolitik abweichenden Konzepts sind das Forschungsministerium Hauff und das von F.W. Scharpf geleitete Internationale Institut für Management und Verwaltung am Wissenschaftszentrum Berlin; Scharpf vertritt dabei die Mittelstandsvariante einer auf „Humankapitalbildung“ und „Exploration neuer Marktchancen“ zielenden Förderung der Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen, an die wiederum einige Vertreter der „Alternative“ meinten, anknüpfen zu können. Vgl. V. Hauff / F.W. Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Frankfurt/M. 1975; F.W. Scharpf / G. Schmidt, Abschied von der Vollbeschäftigung? Der Arbeitsmarkt in den 80er Jahren, in: Blick durch die Wirtschaft, FAZ 16.6.1980; F.W. Scharpf, Beschäftigungsorientierte Strukturpolitik, Berlin 1980, IIM/dp 80-42; ferner das Referat von Scharpf vor Mitgliedern der SPD-Fraktion, in: FR 21.2.1981.
- 10 K. Brake in: Uni-Info 4, Oldenburg 1982.
- 11 Zu den Rationalisierungsinvestitionen der Automobilindustrie s. den Beitrag „Arbeitspolitik bei VW/Inland“ in diesem oder im kommenden Heft.
- 12 entfällt
- 13 K.H.R., Bemerkungen zum Projekt Arbeit/Nichtarbeit, 1981.
- 14 Prokla 40, 1980, S. 4 u. 3.
- 15 FAZ 7.8.1982.
- 16 FAZ 5.8.1982.
- 17 Le Monde 6.8.1982; FAZ 9.8.1982.
- 18 Spiegel 27, 1982; FAZ 13.8.1982.
- 19 FAZ 13.8.1982.
- 20 Spiegel 25, 1982.
- 21 Siehe dazu den eher skeptischen Artikel „La desindustrialisation allemande“, in: Le Monde 23.2.1982, der auf einer französischen Untersuchung und Prognose beruht und der – neben den gestiegenen Rationalisierungsinvestitionen der 70er Jahre, denen die Arbeitslosigkeit folgte – eine gewisse Überalterung des westdeutschen Produktionsapparats, einen Mangel an Forschungsaufwendungen (die zudem auf Großprojekte konzentriert seien) und ein Nachhinken vor allem im Bereich der Mikroelektronik und Informatik konstatiert, was letztlich zu Schwierigkeiten der BRD auf den Exportmärkten führen müsse. – Im gleichen Tenor stellt die „Financial Times“ fest, daß in Deutschland eine Normalisierung im Vergleich zu anderen Ländern im Gange sei, wobei zunehmend auch Insolvenzen und Arbeitslose zum Alltag gehörten (FAZ 2.9.82).
- 22 Lt. Spiegel 33, 1980.
- 23 Spiegel 27, 1982.
- 24 Lt. Hamburger Abendblatt 2.2.1982. Alle ff. Angaben sind der westdeutschen Presse 1976-82 entnommen; insbesondere verweise ich auf zwei Spiegel-Serien: „Generation der Überzähligen. Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland“, Spiegel 17-19, 1976; „Der stille Bürgerkrieg. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit“, Spiegel 14-17, 1977.
- 25 Vgl. F.W. Scharpf / G. Schmidt, Abschied von der Vollbeschäftigung? in: Blick durch die Wirtschaft, FAZ 16.6.1980.
- 26 Spiegel 41, 1981.
- 27 Spiegel 37, 1981.
- 28 entfällt.
- 29 Eine kleine Literaturauswahl: Spiegel-Serie von R. Merklein „Der Griff in die eigene Tasche – über soziale Gerechtigkeit und ihre Folgen“, Spiegel 23 ff / 1980; J. Albers, Der Wohlfahrtsstaat in der Krise? Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Sozialpolitik in der BRD, in: Zs. für Soziologie, Jg. 9, H. 4, 1980, S. 313 ff.; E. Matzner, The Future of the Welfare-State – toward a new Pattern of State Intervention. Inter. Institut of Management, Berlin 1980, IIM dp/80-74; schließlich das Interview mit M. Friedmann („Das ganze Sozialsystem ist falsch“) in: Spiegel 3, 1982.
- 30 Montano S. 226 ff.
- 31 K.H.R., Bemerkungen zum Projekt Arbeit / Nichtarbeit, 1981.

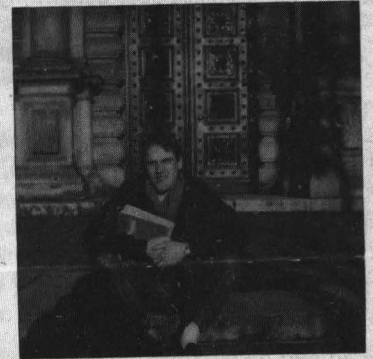
# Kann man in 2 Jahren mehr für sich tun?



Horst Wotters erster Adia-Job.  
Bei einer Firma für Kerma-  
technik.



Für Adia mit einem Montage-  
trupp in Abu Dhabi.



Alles geht gegangen. Beginn des  
Studiums an der Ingenieur-  
schule.



Als ADIA-Mitarbeiter  
sind Sie fest angestellt. Auf  
tariflicher Grundlage, mit  
vielen Sozialleistungen und  
gutem Gehalt.

**ADIA. Deutschlands**  
**Nummer 1 für Zeitarbeit.**

ADIA Interim GmbH & Co.

1000 Berlin 15  
Kurfürstendamm 46  
Ecke Bleibtreustraße  
Tel. 030/8 82 7111

1000 Berlin 20  
Breite Straße 30  
im Salamander-Haus  
Tel. 030/3 33 50 88

## Die Segmentierung der Arbeitsmärkte und die Zunahme prekärer Arbeit

Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in den Metropolen verläuft – wir haben es schon gesagt – entlang der Linie von Arbeit und Nicht-Arbeit. Die heutige Arbeitslosigkeit, wie sie allerdings durch die Freisetzung von Arbeit aus den Sektoren des Arbeiterkampfes und den strategischen Sektoren des Kapitals erzeugt wurde, ist zugleich eine einzigartige Maschinerie zur Mobilisierung der Arbeitskraft und ein verdeckter Status von Arbeit, Teil eines erzwungenen prekären Beschäftigungsverhältnisses. Kurzfristige Jobs, Teilzeitarbeit und Schwarzarbeit, ein hohes turn over, das nichts freiwilliges an sich hat, werden von der offiziellen Statistik der Arbeitslosigkeit überzogen. (Umgekehrt erscheint die Arbeitslosigkeit dort nicht, wo Bildungsinstitutionen und Bafög-Geld das Pendant der Jobberei bilden.) Nur unter diesem Blickwinkel läßt sich das, was in der neueren Arbeitsmarkttheorie die Segmentierung der Arbeitsmärkte genannt wird, also die Zersplitterung und qualitative Umschichtung des Gesamtarbeiters, richtig verstehen. Daß in einer neuen kapitalistisch bestimmten Ungleichzeitigkeit kapitalintensive Automations- und Blaupausenarbeit mit arbeitsintensiven Sektoren ausgelagerter Fertigung und mit einem Heer mobilisierbarer Zeitarbeitskraft verknüpft werden, ist nur möglich auf der Grundlage einer

Massenarbeitslosigkeit, deren innerer Widerspruch darin besteht, ein Phänomen der Umschlagsgeschwindigkeit der Arbeit und selbst ein kaschiertes Segment des Arbeitsmarktes zu sein.

Der Angriff auf die bisherige Zusammensetzung der Arbeit liegt zum einen in der Konsequenz der Taylorisierung. Nicht nur bleibt die tayloristische Arbeitsorganisation (Fließband, Arbeitstempo, Taktzeiten) in der Fabrik vorherrschend und dehnt sich auf den Distributionssektor und die Büroarbeit aus; nicht nur wird die Schichtarbeit (einschließlich Nachtschichten – fast jeder 4. Erwerbstätige in der BRD mußte 1980 nachts arbeiten) in Bereichen eingeführt, in denen eine kontinuierliche Produktion technisch nicht erforderlich wäre. Überdies stehen mit der Mikroelektronik und Datenkommunikation technologische Voraussetzungen einer weiteren, dezentralisierten Arbeitsteilung bereit. Die andere Seite ist die Arbeitsmarktpolitik. D.h. der Angriff auf die Beschäftigungsverhältnisse und die arbeitsmarktpolitische Neuzusammensetzung der Klasse werden die Arbeit in den 80er Jahren entscheidend prägen:

„Es kommt noch mehr und, mit einem Wort, noch schlimmer: die Unternehmen starten einen systematischen Angriff, um

die Arbeitswelt aufzubrechen und zu zersplittern – und zwar einerseits in relativ gewerkschaftlich geschützte und stabilisierte Kategorien von Arbeitern (unter Anerkennung der Qualifikation und mit einer gewissen Sicherheit der Beschäftigung und der Löhne) und andererseits in prekarierte Arbeiterkategorien, worunter man in der Mehrzahl die am meisten angreifbaren Arbeiter findet (Immigranten, Jugendliche, Frauen, ältere Arbeiter . . .). Die Mittel hierzu liefert die Entwicklung der Untervermietung von Arbeit, des Subunternehmens (sous-traitance; wovon in Frankreich zwei bis drei Millionen Arbeiter betroffen sind), der Zeitleihbeschäftigung (die im Verlauf des letzten Jahrzehnts einen immensen Aufschwung genommen hat und die jetzt ein Massenphänomen geworden ist) sowie der Beschäftigung mit Verträgen von begrenzter Dauer (die sich weithin bis in den Bereich der Verwaltung und der öffentlichen Dienste ausdehnt).

Auf diese Weise wird in Ländern, in denen dies – aufgrund der Tradition der Arbeiter und der sozialen Kämpfe – nicht existierte, ein doppelter Sektor geschaffen: ein Kern von Arbeitern, der von beträchtlichen Errungenschaften profitiert und an den sich die Sprache der Integration und des Konsenses richtet; und ein Flügel von prekarierten Arbeitskraft, der durch die miteinander verbundenen Mittel des ökonomischen Drucks, der alltäglichen Repression und der organisierten Zerstreuung (Fernsehen, Toto, Lotto etc.) zusammengehalten wird. Dieser doppelte Sektor existiert seit langem aufgrund historisch verschiedener Traditionen in den Vereinigten Staaten, in Italien und in Japan. Einige Anzeichen ermöglichen das Verständnis dafür, bis zu welchem Grad er in der Krise dienlich ist: in Japan ist die ‚reguläre entlohnte Beschäftigung‘ seit Mitte 1974 zurückgefallen, während andere Beschäftigungsformen progressiv voranschreiten; in den Vereinigten Staaten ist zwar die Lohnhöhe, die von kollektiven Vereinbarungen gedeckt wird, nach 1974 gleichgeblieben, aber die Höhe der übrigen Löhne ist seit 1975 deutlich zurückgegangen – muß man daran erinnern, daß die Arbeitslosenrate sich hier um 40% für die ‚Nicht-Weißen‘ unter zwanzig Jahren bewegt?

Was im Rahmen der gegenwärtigen Strategie für einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise abläuft, ist insgesamt ein frontaler Angriff auf die Welt der Arbeit: die Schaffung eines doppelten Beschäftigungssektors, die mehr oder weniger umfangreiche Ausnutzung von immigrierter Arbeitskraft, die Schaffung von Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt mit autoritären Regimes, die Arbeitslosigkeit – all das sind verschiedene Mittel ebendieser einen Strategie.“ (1)

Gewiß ist eine solche Strategie auf dem Arbeitsmarkt in der BRD nur in Umrissen zu sehen. Und es ist auch die Frage, ob die Arbeitsmarktentwicklung in den 80er Jahren mit dieser Tendenz zur Dualität nicht zu vereinfacht gefaßt wird. Immerhin ergeben im Auftrag des DGB angestellte Untersuchungen der „Perspektiven und Handlungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik“ folgendes differenziertere Bild auch für die BRD:

„Bei niedrigen Wachstumsraten des Sozialprodukts und zunächst noch steigendem Erwerbspotential ist mit einem Anwachsen des Arbeitslosensockels (sic!) in den 80er Jahren auf über 2 Millionen bei wachsender Stiller Reserve zu rechnen. Wollte man Vollbeschäftigung allein durch Abwarten auf die demographische Verminderung des Erwerbspersonenpotentials erreichen, so wäre man in etwa auf das Jahr 2000 verwiesen. (...) Eine solche Erhöhung des Arbeitslosensockels wird vermutlich auch zu erheblichen qualitativen Veränderungen der Arbeitsmarktstrukturen führen (...); die wichtigsten dieser Veränderungen sind:

(1) **Verkleinerung der Stammebelegschaften:** Bei dauerhaft niedrigen Wachstumsraten nimmt der Anteil der Stammebelegschaften mit überdurchschnittlichen Aufstiegschancen, guter Entlohnung und ausgebauter betrieblich-sozialpolitischer Schutzfunktion ab, während der Anteil von Arbeitsplätzen mit schlechten Beschäftigungsbedingungen wächst. Aufgrund der verschärften Selektion bei Einstellungen und Entlassungen werden der Personalstand ‚aufgefrischt‘ und verjüngt und das Qualifikations- und Leistungsniveau erhöht. Diese Personalration führt dazu, daß die Barrieren zwischen den (verkleinerten) Stamm- und den Randbelegschaften wachsen. Zunehmend werden auch Stammebelegschaften vom Arbeitsloskeitsrisiko bzw. vom Abrutschen auf unterwertige Arbeitsplätze bedroht. Gleichzeitig mit der Auflösung sozialpolitischer Schutzfunktionen betrieblicher Arbeitsmärkte, die in den 60er und 70er Jahren recht ausgeprägt waren, steigen die Belastungen in der Arbeit.

(2) **Anwachsen des instabilen Beschäftigungssektors:** Um einen Teil des Personalbedarfs zu flexibilisieren, unterlaufen Großunternehmen zunehmend gesetzliche und tarifliche Kündigungsschutz- und sonstige Schutzregelungen, indem verstärkt Zeitverträge, Werkaufträge, freie Mitarbeiteraufträge, Zeitarbeit, Verlagerung von normalen Betriebsaufgaben auf Drittfirmen etc. in Anspruch genommen werden. Dadurch ergibt sich ein labiler, tendenziell wachsender Beschäftigungssektor, für den die Errungenschaften der Arbeits- und Sozialgesetzgebung z.T. außer Kraft gesetzt sind.

(3) **Steigende Mobilitätsrisiken für alle Beschäftigtengruppen:** Aufgrund der Personalrotation werden einem Großteil der Beschäftigten unfreiwillige innerbetriebliche und zwischenbetriebliche Wechsel mit erheblichen Verschlechterungen (unterwertige Arbeit, Einkommenseinbußen, Schichtarbeit, Pendeln etc.) abgefordert. Dadurch sind insbesondere die betrieblich angelernten Beschäftigten gefährdet (...)

(4) **Zunehmende Strukturierung der Arbeitslosigkeit:** Mit zunehmender Dauer hoher Massenarbeitslosigkeit konzentriert sich die Arbeitslosigkeit stärker auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Anwachsen wird insbesondere der Anteil der Frauen, der Älteren, Behinderten und Angelernten (insbesondere aufgrund der erwähnten Auflösung von Teilen der betrieblichen Arbeitsmärkte) und der Unqualifizierten unter den Arbeitslosen. Bei einem höheren Niveau der Arbeitslosigkeit sinken aber die Wiedereingliederungschancen dieser Arbeitslosen ab. Dadurch wird

– der Anteil von Dauerarbeitslosen steigen, die zum Teil durch Erlöschen ihres Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung aus dem Netz der sozialen Sicherung herausfallen,

– sich die Arbeitslosigkeit von Berufsanfängern langfristig verschlechtern. Insbesondere Jugendliche ohne Ausbildung und die zweite Generation der Ausländer werden betroffen sein.

– die Wiedereingliederung von Frauen nach längerer Hausfrauentätigkeit erschwert.“ (2)

## a. Zur geschichtlichen Entwicklung des gespaltenen Arbeitsmarkts

Was in den USA, in Japan und Italien seit langem die Arbeitsmärkte gekennzeichnet hatte – die Spaltung der Arbeiterklasse oder die Koexistenz verschiedener Produktionsweisen –, ist als Antwort auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsmacht in der Krise zum unendlich verfeinerten und gezielten Instrument der kapitalistischen Herrschaft über die soziale Kooperation fortentwickelt worden. In der neueren Arbeitsmarkttheorie (3) selbst ist ausgesprochen, daß die Spaltung des Arbeitsmarkts und die Entstehung von benachteiligten Sektoren eine Reaktion auf die Stärke des Arbeiterkampfs darstellt. Um die Arbeitermilitanz bzw. deren institutionelle Verankerung zu umgehen, zieht das kapitalistische System die Arbeitskraft überwiegend aus Klassen und Gruppen, die bisher nicht der Industriearbeit unterworfen waren.

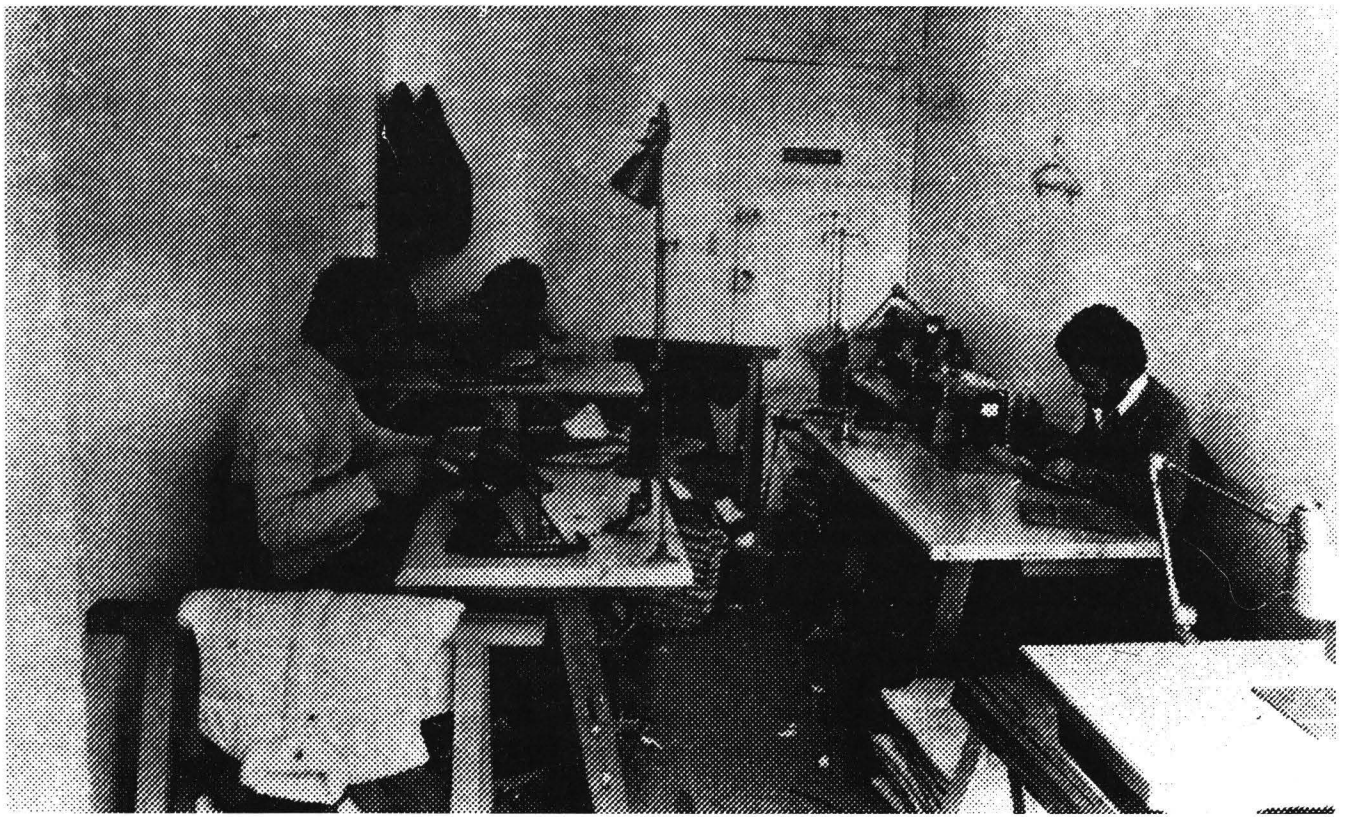
Die These vom dualen Arbeitsmarkt besagt in der einfachen Fassung, daß zwei Sektoren zu unterscheiden seien: ein primärer Sektor, der die attraktiveren und besser bezahlten Beschäftigungsmöglichkeiten enthält, und ein sekundärer Sektor, dessen Arbeitsplätze als geringwertiger und weniger attraktiv angesehen werden und dem unterprivilegierte Gruppen (ethnische und rassische Minderheiten, Frauen und Jugendliche) zugeordnet sind. In dieser Fassung findet vor allem die Situation der schwarzen Arbeiter in den großen Städten des Nordens der USA während der 60er Jahre Berücksichtigung. Die Klassenkämpfe und Streikbewegungen der 30er Jahre und ihre institutionellen Resultate: Kündigungsschutz, Syndikalisierung und – verstärkt während des Krieges – Kooperation von Gewerkschaften und Management, bilden das Panorama, vor dem sich mittels Zeitarbeit, Untervermietung und unter Umgehung von gewerkschaftlichen und Kündigungsrechten ein zweiter Arbeitsmarkt zu Lasten von bestimmten Fraktionen der US-Arbeiterklasse herausbildete, von Frauen, Jugendlichen, ländlichen Arbeitern, Einwanderern und insbesondere Schwarzen.

Diese Entstehungsgeschichte läßt sich, verkürzt auf den Zeitraum nach 1968/69, ebenso für die Arbeitsmärkte Italiens und Frankreichs nachzeichnen. Die im Herbst 1969 kulminierenden Arbeiterkämpfe in Italien hatten zu einer gesetzlichen Anerkennung und Ausweitung der Gewerkschaftsmacht geführt (statuto del lavoro), mit der die ursprünglich unorganisierte Basisbewegung integriert und zur Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Unabhängigkeit von den politischen Parteien benutzt werden konnte. Diese Gewerkschaftsmacht versetzt das Kapital scheinbar in Ohnmacht gegenüber dem Absentismus und der Disziplinlosigkeit der Arbeiter. Sie begrenzte seine Bewegungsfreiheit im Kündigungsfalle und band es an eine gleitende Lohnskala. Demgegenüber antworteten die Unternehmer, um ihre „Flexibilität“ wiederherzustellen, mit der Dezentralisierung und Rückübertragung der Produktion und Beschäftigung in einen sekundären Sektor, dessen Ursprünge in Italien frühindustriell sind bzw. in der Produktionsstruktur der unmittelbaren Nachkriegsperiode gesucht werden müssen. Zur Beschränkung der gewerkschaftlichen Rechte, der Arbeitsgesetzgebung und des Systems der sozialen Sicherheit, vor allem auch zur Senkung der Lohnkosten läßt das Kapital in Italien heute teils innerhalb eines legalen Rahmens von verstreuten Klitschen, teils aber auch auf einem grauen und schwarzen Arbeitsmarkt arbeiten. Die extreme Form davon ist die Heimarbeit, die auf der Erneuerung des Auslagerungssystems beruht und bei der die Produktion über Kontaktfirmen zur Ausführung in den Wohnstätten der Ärm-

sten weitergegeben wird. Die mangelnde soziale Sicherheit in diesem Sektor ist nur durch eine andere, vorherbestehende Reproduktionsbasis (zumeist in der Landwirtschaft) zu kompensieren. Dieser Rückgriff auf die Ausbeutungstraditionen des 19. Jahrhunderts hat es bisher überflüssig gemacht, in Italien die Zeitarbeit zu legalisieren.

In Frankreich wurden die Kämpfe vom Mai 1968 und die Lehren, die das Kapital daraus ziehen konnte, in den sog. Vereinbarungen von Grenelle (accords de Grenelle) verrechtlicht. Diese institutionelle Reform des Arbeitsrechts schränkte die Unternehmerfreiheit bei Kündigungen und Entlassungen aus konjunkturellen Gründen ein; und sie ließ – ähnlich wie in Italien – die Organisierung und Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben zu. Indem sie eine ihren Kampfformen nach „wilde“ Arbeiterbewegung in die vorhandenen Arbeiterorganisationen, in eine interne Gewerkschaftsmacht und in neue gewerkschaftliche Rechte am Arbeitsplatz überführte, veranlaßte die Reform zugleich das Patronat zum Übergang in einen sekundären, weniger gesetzlich geschützten Sektor. Dieser Sektor war im wesentlichen bereits vom ungleichmäßigen Anwendungsbereich der Vereinbarungen von Grenelle abgesteckt worden. Zudem konnten vorhandene Differenzen in der Zusammensetzung der französischen Arbeiterklasse und die nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit eines Immigrantenproletariats aus den maghrebischen Ländern ausgenutzt werden. Die Möglichkeit von Ausnahmen und Sonderregelungen der Reform, die nur die dauerhaft beschäftigte Arbeit betraf, ließ einen sekundären Markt in den Bereichen der Zeitleiharbeit (für temporär Beschäftigte galten weder die Kündigungsschutzbestimmungen noch das Personalvertretungsrecht), der Kontraktarbeit und Untervermietung (sous-traitance) und der Dezentralisierung der Betriebe zu, der für die Unternehmer jene Handlungsfreiheit wiederherstellte, die mit der Arbeitsrechtsreform aus dem primären Sektor ausgeschlossen worden war. Der sekundäre Sektor, soweit er legal ist, ist in Frankreich heute der Sektor der Arbeitsimmigration, der Jugendlichen und zunehmend der Frauenarbeit. Die Zahl der Zeitarbeitsverträge hat sich von 1975 bis 1980 auf 2 Millionen verdoppelt, entsprechend stieg die Zahl der Agenturen und Verleihklitschen uferlos an, von denen allerdings nur wenige marktbeherrschend sind; 7,8% der aktiven Bevölkerung und 16,2% der Frauen waren 1980 in Teilzeitarbeit beschäftigt. Ergänzt wird dies System durch die „sous-traitance“, eine verdeckte Form der Leiharbeit hauptsächlich in den Dienstleistungsbereichen Reinigung und Restauration. (1980 haben erstmals die von der Pariser Metro-Betriebsgesellschaft RATP über zahlreiche Kontraktfirmen beschäftigten Reinigungsarbeiter, überwiegend Immigranten, gegen diese diffuse Beschäftigungsform gestreikt.) Darüberhinaus hat sich, nachdem Anfang der 70er Jahre die illegale Einwanderung billiger Arbeitskräfte (700.000 Illegale) zunächst gefördert worden und dann unter den Druck einer ausgesprochen rassistischen Immigrationsgesetzgebung des Giscard-Regimes geraten war, ein clandestiner Arbeitsmarkt in Schwitzbuden der Pariser Textil- und Konfektionsindustrie, zu Hungerlöhnen auf trikontinentalem Niveau und zugeschnitten auf Lebensverhältnisse in Lagern oder Bidonvilles (Marseille) herausgebildet. 1981 gab es ca. 10.000 illegale Arbeiter „ohne Papiere“ in Paris, vor allem auch Türken, die z.T. unter 1000 FF für 12-15 Stunden Arbeit verdienen. Der gewerkschaftliche Kampf um eine „Regularisierung“, d.h. eine Integration in den Status der französischen Arbeiter, ist von den Sozialisten, die auch die anderen prekären Beschäftigungen mit Gesetzeswerken festgeschrieben haben, jetzt um die Variante bereichert worden, nur solche illegalen Immigranten zu regularisieren, die einen festen Arbeitsvertrag vorweisen können (100.000, während die Zahl der Illegalen z.Zt. auf 300.000 geschätzt wird) – d.h. die negativen Folgen der bisherigen Immigrationsgesetze zu legalisieren. (3a)





*Clandestine Immigrationsarbeiter in der Pariser Konfektion.*

Einen völlig anderen Entstehungshintergrund hat schließlich die duale Wirtschaftsstruktur Japans, die allerdings immer häufiger als Modell für eine Krisenlösung und Arbeitsmarktentwicklung auch in der BRD herangezogen wird. (4) Der moderne Sektor, der in Japan die Großunternehmen der überwiegend exportorientierten Produktions- und Konsumtionsgüterindustrie und des Dienstleistungsbereichs umfaßt, ist gekennzeichnet durch hohe Kapitalintensität, die Anwendung fortgeschrittener Technologien, hohe Produktivität und hohes Lohnniveau; daneben besteht ein traditioneller Sektor von Klein- und Mittelbetrieben aller Branchen des einheimischen Bedarfs und der Zulieferung, für den die umgekehrten Kennzeichen gelten und in dem das Gros der japanischen Erwerbstätigen arbeitet. Diese Arbeitsmarktpaltung ist nicht frühindustriellen Ursprungs, sondern sie entstand (der Darstellung von J. Welsch zufolge) in den 20er Jahren durch eine staatlich forcierte Entwicklung von Schwerindustrie, Großtechnologien und Massenproduktionsverfahren, mit denen das japanische Kapital in einer Art nachgeholter Akkumulation den Anschluß an das amerikanisch-europäische Industrialisierungsniveau suchte. Aus dieser Zeit stammen die spezifischen Institutionen des japanischen Beschäftigungssystems (lebenslange Beschäftigung, Entlohnung nach dem Senioritätsprinzip), die nicht auf die traditionellen paternalistischen Betriebsstrukturen in Japan zurückgehen, sondern ebenfalls vor allem für die Stammebelegschaften von Großunternehmen, Großbanken etc. reserviert sind. Die Bedeutung dieser dualistischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstruktur als Faktor kapitalistischer Entwicklung wird in folgendem gesehen: „Japan hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein großes Potential an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Aufgrund des extrem niedrigen Lohnniveaus wäre bei der privatwirtschaftli-

chen Organisation des Produktionsprozesses eine verstärkte Einführung arbeitsintensiver Produktionsverfahren zu erwarten gewesen, wie dies in den 50er Jahren z.B. in der BRD der Fall war. Die staatliche Wirtschaftspolitik hat diesen Tendenzen dadurch entgegengewirkt, daß sie den Import fortgeschrittener kapitalintensiver Technologien forcierte. Diese wurden im modernen Sektor absorbiert, der somit ein hohes Tempo des technischen Fortschritts aufweisen konnte. Ohne die Existenz des traditionellen Sektors wäre eine solche Politik kaum erfolgreich gewesen. Im traditionellen Sektor fanden nicht nur die im modernen Subsektor nicht unterzubringenden Erwerbstätigen Beschäftigung, so daß gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsprobleme hierdurch vermieden werden konnten. Dadurch, daß der traditionelle Sektor die im modernen Sektor ausrangierten Produktionsanlagen übernahm, verhalf er diesem zu hohen Amortisationsraten, die wiederum die Modernisierung des Kapitalstocks in diesem Sektor beschleunigen halfen. Weiterhin bot der traditionelle Bereich für den modernen Sektor ein Reservoir an billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräften, die bei Bedarf schnell absorbiert werden konnten. Nicht zuletzt vermochte der moderne Subsektor am niedrigen Lohnniveau des traditionellen Sektors durch Subkontrahierungsbeziehungen zu partizipieren. Immerhin liegt das Lohnniveau im traditionellen Sektor um rund ein Drittel unter dem des modernen Sektors. Gleichzeitig besteht ein erhebliches Produktivitätsgefälle zwischen beiden Bereichen. Durch die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen via Auftragsvergabe an Unternehmen des traditionellen Bereichs konnten die Unternehmen des modernen Sektors vom Zusammenwirken starker Produktivitätsfortschritte und geringer Arbeitskosten profitieren.“ (5) Modell Japan!

# Sweatshops Return to N.Y. Apparel Trade

## *New Flow of Immigrants Creates Pool of Easily Exploitable Workers*

### Wieder Schwitzbuden in der New Yorker Bekleidungsindustrie

Neuer Immigrantenstrom bildet einen Pool leicht auszubeutender Arbeiter

New York. Versteckt hinter übergemalten Schaufenstern, eingezwängt in abgeteilte Dachböden und Keller, erscheinen die Schwitzbuden wieder in der New Yorker Bekleidungsindustrie, wie Regierungsstellen und Gewerkschaftsfunktionäre berichten.

Nach Ankunft amtlicher Untersucher breiten sich die Schwitzbuden von der Chinatown her aus, wo sie sich seit langem etabliert haben, und haben nun auch viele weitere Stadtviertel erreicht. Schwitzbuden wurden auch im Norden New Jerseys und in Teilen von Westchester gefunden. „Es explodiert“, sagte Herbert Rickman, Sonderbeauftragter des Bürgermeisters Edward I. Koch.

#### Gesetzloser Status

Während die Bedingungen in den Schwitzbuden unterschiedlich sind, ist ihre grundsätzliche Erscheinung doch von erschreckender Eintönigkeit. Reihen von Frauen, über Nähmaschinen gebückt, getrennt durch schmale Gänge, die wegen Kleiderständen und Warenhaufen oft unpassierbar sind. Notausgänge und Fenster sind oft zugestellt oder gar mit Schlössern versperrt, so daß in Notfällen nur wacklige Frachtaufzüge oder unbeleuchtete Stiegen bleiben.

Selbst die windigsten Kleidungsfabriken werden mit der Zeit von den modernen Standards eingeholt. Aber in Schwitzbuden können die Gesetze bezüglich Minimallöhnen oder Arbeitszeitregelung, Kinderarbeit und Sicherheitsbestimmungen leicht umgangen werden.

Wieviele Schwitzbuden und Schwitzbudenarbeiter es in New York genau gibt, ist unmöglich zu sagen. In einem Bericht, der am Donnerstag vorgelegt werden soll, schätzt Senator Franz Leichter aus dem oberen Manhattan District, wo in der letzten Zeit zahlreiche Schwitzbuden entstanden sind, daß etwa 50000 Menschen in vielleicht 3000 Schwitzbuden beschäftigt sein mögen. Vor zehn Jahren gab es, nach Leichter, nur 200 Schwitzbuden in der Stadt, die Hälfte davon in der Chinatown. Offiziell wird die Zahl der in New York industriell Beschäftigten auf weniger als 200 000 geschätzt, trotzdem erscheint die Beschäftigungszahl für die Schwitzbuden niemandem als zu hoch gegriffen.

Diese neue Entwicklung findet statt fast 70 Jahre nach dem Brand in der Triangle Shirtwaist Fabrik, wo 146 Textilarbeiterinnen starben. An dieses gut bekannte Ereignis erinnern die Regierungsstellen, wenn sie die heutige Situation beschreiben.

Zunehmend sind die Arbeiter illegale Ausländer — aus Hongkong, Südkorea, der Dominikanischen Republik, aus Haiti oder Lateinamerika. Sie haben keine Arbeitsgenehmigung und sprechen schlecht Englisch, so daß sie ein leichtes Objekt der Ausbeutung sind. Herman Starobin, Forschungsdirektor bei der Internationalen Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen, schrieb: „Es gibt eine wachsende Textilproduktion inmitten einer völlig anderen Kultur.“

Die Regierung, Gewerkschaften und Vertreter der Industrie nennen mehrere Gründe für die Ausbreitung der Schwitzbuden:

- Budgetstreichungen haben die Regierungsstellen gezwungen, die Stellenzahl der Inspektoren zu kürzen und diese nur in den absoluten Problemsektoren einzusetzen, wozu der Bekleidungssektor aber nicht gehört;
- der große Einstrom von Immigranten, legal und illegal, hat ein beträchtliches Reservoir gelernter Arbeitskräfte geschaffen, die leicht ausbeutbar sind;
- das mangelnde Problembewußtsein und die Ineffizienz einiger Regierungsstellen und der ILGWU, der wichtigsten New Yorker Gewerkschaft auf dem Bekleidungssektor, wird von einigen Unternehmern angeschuldigt, zu dem Problem beizutragen. Viele Betriebe in der Chinatown sind gewerkschaftlich organisiert und verletzen nichtsdestoweniger bauliche Bestimmungen und Brandschutzerlasse;
- das Kontraktsystem, mit dem Firmen der Bekleidungsindustrie Teile der Produktion in kleine Kontraktfirmen und Subkontraktfirmen auslagern, wird als Grund dafür angeführt, daß ein Lohndruck entsteht, während die Firmen gleichzeitig jegliche Verantwortung umgehen.

Theoretisch sind eine Reihe von Regierungsstellen dafür verantwortlich, den Bekleidungssektor zu überwachen und straf- oder zivilrechtliche Strafen zu verhängen. Aber abgesehen von periodischen — und publizistisch breit herausgestellten — Razzien, eine letzte wurde vor 18 Monaten in der Chinatown durchgeführt, sind Inspektionen und Überwachung scharf zurückgegangen als Folge von Budgetstreichungen, wie zuständige Beamte berichten.

#### Streichung der Inspektionen

Während die städtischen Behörden nur für die Bau- und Brandschutzbestimmungen zuständig sind, soll das Bundesarbeitsministerium die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen an den Maschinen, die Mindestlohn- und Arbeitsschutzbestimmungen und den Arbeitsschutz für Minderjährige überwachen. Seit der Razzia in der Chinatown aber hat das Ministerium seine Aufmerksamkeit anderen Industriezweigen mit höherer Priorität zugewandt.

„Gewöhnlich führen wir keine Inspektionen durch, wenn keine Klagen kommen“, sagte Nicholas DiArchangel, der für Arbeitssicherheit und Gesundheit in New York zuständige Sachbearbeiter des Arbeitsministeriums. Und er fügte hinzu: „Aus den Schwitzbuden kommen nur sehr wenige Beschwerden. Dort spricht man kein Englisch und die Beschäftigten haben Angst.“

Was den Stücklohn betrifft, das in Schwitzbuden gängige Lohnsystem, so verletzen die Betriebe die Minimallohnbestimmungen nicht, wenn sie mindestens 3,35 Dollar pro Stunde zahlen. „Aber in den meisten Fällen können die Beschäftigten unmöglich einen solchen Akkord vorlegen, daß sie diesen Mindestlohn auch nur im entferntesten erreichen“, sagte Frank Mercurio, Sachbearbeiter des Arbeitsministeriums für Arbeitsverträge.

Mercurios Abteilung hat Schwitzbuden ermittelt, wo die Beschäftigten durchschnittlich 1,50 Dollar verdienen bei einer 50-Stunden-Woche. Um offiziell eine 40-Stunden-Woche vorzutauschen, lassen die Unternehmer die Arbeitskarten oft von den Stechuhren abstempeln, während die Beschäftigten weiter an den Maschinen sitzen, aber für die Überstunden nicht bezahlt werden.

(Sandra Salmans, Internat. Herald Tribune 4.3.1981)

## b. Die prekären Arbeitsmarktabschnitte

Das Wesen der gegenwärtigen Krise und der Zusammenhang von Massenarbeitslosigkeit und Reorganisation des Arbeitsmarkts enthüllt sich nirgends besser als in den jüngeren Studien über Mobilität und Arbeitszeitflexibilisierung. (6) Es ist hier zudem eine scheinwissenschaftliche Diskussion in Gang gekommen, die so verlogen ist wie nichts. Unter dem Stichwort „Zeitsouveränität“ wird die Auflösung von kollektiven, aus der 150jährigen Geschichte des Kampfs um den Normalarbeitstag stammenden Arbeitszeitregelung einem individuellen Bedürfnis nach Autonomie und flexibleren Arbeitszeiten zugerechnet. (7) Hinter diesem ideologischen Geschwätz von Vertretern der „Neuen Selbständigkeit“ liegt allerdings eine Wahrheit verborgen: Mit der Strategie einer vorgeblichen Zeitsouveränität antwortet das Kapital in erster Linie auf die Krise der Arbeitsmotivation, auf den Widerstand vor allem Jugendlicher gegen restriktive Arbeitsbedingungen. Es kommt mit dem Angebot neuer Teilzeit-Beschäftigungsformen für weibliche Arbeitskräfte deren gesellschaftlicher Doppelfunktion als Haus- und Lohnarbeiterinnen nach. Und es gebraucht, wie es bei Gensior/Wolf in aller Naivität heißt, „die Entwicklung neuer ‚Arbeits- und Lebensrhythmen‘ im Zusammenhang praktischer Perspektiven des ‚Aussteigens aus der Lohnarbeit‘ unter dem Druck der Erwerbslosigkeit“. (8)

Der Zielpunkt und das Ideal der neuen kapitalistischen Mobilitäts- und Zeitstrategie besteht aber in nichts anderem, die Identität zwischen der Biographie der Arbeitskraft, der entlohnten Arbeitszeit und dem unregelmäßigen Rhythmus des kapitalistischen Betriebs (wieder-)herzustellen, „die im Betrieb verbrachte Zeit ... von allen nicht tätigkeitsgebundenen Motivlagen zu ‚bereinigen‘“. (9) Es ist leicht zu sehen, daß eine solche Strategie aufs engste mit der Spaltung der betrieblichen Belegschaften und des Arbeitsmarkts in Kern und Randgruppen verknüpft ist. (10) Die allgemeine Mobilität und das, was im Jargon eine streng „chronometrische“ Flexibilisierung genannt wird, wird den prekären Arbeitsmarktabschnitten zugemutet: nämlich Jobberei und Frauenteilzeitarbeit; während die einer individuellen Disponibilität eher nachkommenden „chronologischen“ Regelungen (job-sharing) für die betrieblichen Mittelschichten reserviert werden.

Aber die Entsprechung zwischen der flexiblen, variablen Nutzung des Arbeitszeitvolumens durch das Kapital und der Arbeitsmarktsegmentation reicht weiter. H.G. Mendius hat diese Entsprechung dadurch zu bestätigen versucht, daß er die zunehmende Disproportionalität zwischen der tariflichen und der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit in der BRD vergleicht. Er gelangt zu dem Resultat, daß die Verbindlichkeit kollektiver tarifvertraglicher Arbeitszeitregelungen der Tendenz nach ab- und die unternehmerische Flexibilität bei der Vernutzung der Arbeitskraft fortlaufend zunimmt. Darin kommt der Widerspruch zum Vorschein, der wie gesagt das Wesen der Krise ausmacht, daß „**Mehrarbeit und Unterbeschäftigung**“ / **Arbeitslosigkeit** nicht nur „stark zyklisch geprägt“ sind, sondern „offensichtlich ... mehr und mehr kompatibel“ werden. (11) Selbst im Krisenjahr 1975 entsprach das Mehrarbeitsvo-

lumen (die übertarifliche Arbeitszeit) in der BRD umgerechnet 1,7 Millionen Vollarbeitsplätzen, 1977 waren es 1,9 Millionen; die Arbeitslosenzahl lag in diesen Jahren jeweils deutlich darunter. Welch großen Umfang die Mehrarbeit aufweist, zeigt auch der Tatbestand, daß 1980 pro Beschäftigten (!) durchschnittlich 103,7 Mehrarbeitsstunden im Jahr angefallen sind. (12) Mendius hat diese Berechnungen unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, daß die Variabilität und Zunahme des Arbeitszeitvolumens die Stammbeschaften selbst betrifft, also auf der Grundlage der in der BRD stark ausgeprägten Segmentierung und Verfestigung betrieblicher Arbeitsmärkte, während die Randgruppen der Betriebe ohnehin mit einem arbeitsrechtlichen Status versehen sind, der ihre jederzeitige Freisetzung vorsieht. („In Krisenjahren bewirken betriebliche Strategien demnach, daß die, die von der Entlassung verschont bleiben, nicht nur ihren Arbeitsplatz behalten, sondern sogar noch überbeschäftigt werden“; Überstunden sind demnach „ein Indiz für das Wirken einer Unternehmensstrategie der Spaltung der Belegschaften in eine Gruppe mit verstärktem Entlassungsrisiko in der Rezession und sich verringenden Wiedereintrittschancen bei steigender Konjunktur, da die Betriebe mehr Reagibilität über eine Flexibilisierung des Arbeitsvolumens der anderen Gruppe suchen“. (13)\*Das Phänomen der Gleichzeitigkeit von Massenarbeitslosigkeit und wachsender Unterbeschäftigung bei aktueller Zunahme der Mehrarbeit müßte aber, wie Mendius nur andeutet, wo er die negativen Rückwirkungen einer gewerkschaftlichen Strategie der Arbeitszeitverkürzung diskutiert (14), zugleich auf den äußeren, überbetrieblichen Arbeitsmarkt und die prekären Kategorien der legalen und illegalen Leiharbeit, Schwarzarbeit, Teilzeitarbeit und Heimarbeit bezogen werden, wo Doppel- und Dreifachbelastungen augenscheinlich sind.

\* (Siehe auch Kasten S. 28)

## Legale und illegale Leiharbeit

Die „Zeitarbeit“ (legale Leiharbeit / „Arbeitnehmerüberlassung“) – tatsächlich eine zeitlich befristete Beschäftigung durch Subkontrakt, bei der die Arbeitskraft ihre Arbeit nicht im Betrieb des Arbeitgebers (des Verleihers), sondern in einem entleihenden Drittunternehmen ausführt – entstand als Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt, als es noch um die Mobilisierung von Arbeitskraftreserven ging. W. Then, Randstad-Boß und Funktionär des „Bundesverbandes Zeitarbeit“, hielt noch 1974 die „Verknappung der Arbeitskräfte eindeutig (für) das Kernproblem der Zukunft jeglicher wirtschaftlichen Entwicklung“ und für die Rechtfertigung seines Gewerbes, auch wenn er bereits die ersten Erfahrungen mit einem neuen Typus von Jobbern sammeln konnte (s. Ausschnitt). (15) Zeitleiharbeit hat jedoch in den 70er Jahren nach ihrer endgültigen Legalisierung (BRD 1972, Frankreich 1973) mit den Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt eine vollständig andere Funktion bekommen, die der Flexibilisierung im Gebrauch der Arbeitskraft bei konjunkturellen und Rationalisierungssprüngen (bei Einsatz innovativer Techniken), der Schaffung betriebsexterner Randbelegschaften (Segmentation) und der Vermeidung von tarif- und sozialrechtlichen Verpflichtungen, Personalunkosten und Fehlzeiten der Dauer-

## Zeit-Arbeit. Neue Formen am Arbeitsmarkt – Neue Chancen im Beruf.

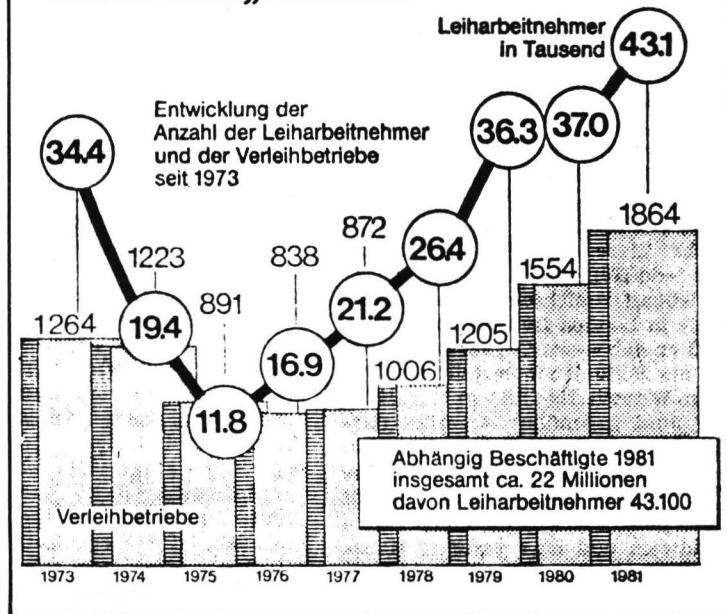
Auch wenn es manchem vielleicht nicht gefällt, so muß es doch hier berichtet werden: Viele der jungen Menschen, die den „Leistungsstreß“ und die „Überforderung unserer Leistungsgesellschaft“ einem einfachen Leben der Entbehrung als „Blumenkinder“ oder „Gammler“, wie man so schön sagt, vorziehen, finden immer wieder den Weg in die Zeit-Arbeit. Es sind mit einigen Ausnahmen nicht die Schlechten oder Faulen der Gesellschaft, wie oft zu Unrecht angenommen wird, die sich, kritisch eingestellt, einen anderen Lebensinhalt und eine andere Lebensart wünschen, als die Mehrzahl unserer Bevölkerung. Sicherlich werden diese jungen Menschen früher oder später ihre jugendliche Auffassung revidieren. Aber auch in ihrer Zeit der „Freiheiten“ gammeln sie nicht herum, denn sie brauchen in jedem Fall die lebensnotwendige Grundlage: Geld. So haben gerade Zeit-Arbeit-Unternehmen in den „Ballungszentren der Gammler“ gute Erfolge und Ergebnisse mit dem Einsatz dieser jungen Menschen, die vielfach begabt sind und zuverlässig Hand anlegen können, denn auch sie haben erkannt: „Nur gammeln ist zu teuer.“

W. Then: Düss./Wien 1974, S. 80.

beschäftigung. In Frankreich, wo die Zeitarbeit sich mit 37% auf den Produktionsbereich, mit 34% auf Büro und Verwaltung und mit 7% auf den Handel verteilt (1975), ist „der größte einzelne industrielle Benutzer die Schwerindustrie, womit sich die Hypothese zu bestätigen scheint, daß der Rückgriff auf die Zeitarbeitsfirmen eine Antwort der Großunternehmen auf die zunehmende Arbeitermilitanz im Betrieb und auf die Beschränkungen der Kündigungs- und Entlassungsmöglichkeiten darstellt.“ (16)

In der BRD wurde die Entwicklung der Zeitleiharbeit von einer konzertierten Aktion zwischen den großen Verleihfirmen, der Bundesanstalt für Arbeit und der Gesetzgebung eingeleitet. Nach dem alten „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ von 1956 war die sog. Arbeitnehmerüberlassung in das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt einbezogen worden; und als 1962 die Schweizer Firma Adia Interim in Hamburg auf dem traditionellen Terrain des Sklavenhandels und der „Shanghai-Arbeit“ ihr erstes Büro eröffnete, stellten die Arbeitsämter Strafantrag, den ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1967 zugunsten von Adia mit der sophistischen Abgrenzung des staatlichen Monopols der „Arbeitsvermittlung“ von der „Arbeitnehmerüberlassung“ und der Verfassungswidrigkeitserklärung der entsprechenden Paragraphen des AVAVG hinfällig machte; das Bundessozialgericht bestätigte dies 1970, schob aber immerhin die sozial- und arbeitsrechtlichen Arbeitgeberrisiken den Zeitarbeitsfirmen zu. Die Branche kam in Gang, nach Adia zogen Manpower, Randstad, ECCO u.a. in die BRD, die ersten Tarifverträge mit der DAG wurden geschlossen (1970). Schließlich wurde das Adia-Urteil und seine Folgen 1972 in das „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ (AÜG) gegossen. Demnach heißt legale Leiharbeit (im Unterschied zur Arbeitsvermittlung der BfA), daß der Verleiher eine Genehmigung des Arbeitsamtes haben muß; daß der Arbeitsvertrag zwischen dem Arbeitnehmer und dem Verleiher als dem juristischen Arbeitgeber unbefristet sein soll; daß aber die Überlassung an Entleihbetriebe eine Frist von jeweils drei Monaten nicht überschreiten und daß keine Deckungsgleichheit zwischen der Verleihfrist und dem Leiharbeitsvertrag bestehen darf. Wer damit nichts anzufangen weiß, mag es wieder vergessen, denn die meisten dieser Bestimmungen, zu denen noch ein Mindestmaß an arbeitsrechtlicher und sozialer Sicherung kommen soll (auf

## Immer mehr Arbeitnehmer lassen sich „verleihen“



dem Papier: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bei Nichteinsatz, solange ein Arbeitsvertrag besteht . . .), sind in der Praxis unwirksam, so daß die Grenze zur illegalen Leiharbeit völlig fließend ist, vor allem seitdem die Zeitleiharbeit sich in einem reorganisierten Arbeitsmarkt weiterentwickelt hat. Das AÜG, das die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung freigab und den Markt für private Verleiher öffnete, schlug damit zugleich die Bresche für den illegalen Verleih, für den ein Gewerbeschein als Freibrief des Menschenhandels genügt.

Zu Beginn der Krise 1973/74 gab es noch mit 1300 legalen Verleihern und durchschnittlich 34000 Leiharbeitern einen bisherigen Höchststand. Bei den Entleihern handelte es sich mit 38,9% um solche des Dienstleistungssektors, mit 26,2% war die Industrie und mit 13,8% der Einzelhandel im Geschäft; sowohl ausgesprochen kleine Betriebe (40,3%) als auch Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten (36,9%) griffen zeitweilig auf Leihpersonal zurück. Diese Entwicklung war bis 1975/76 zunächst rückläufig (700-800 Verleiher und 10-17000 Beschäftigte, davon ein Drittel Frauen und ein wachsender Männeranteil). Im ersten konjunkturellen Aufschwung 1976 ff. stellt sich dann die gewandelte Arbeitsmarktfunktion der Zeitleiharbeit klar heraus. Der legale Verleih expandiert in diesen Jahren mit Wachstumsraten von 40-50%, auch wenn seine statistische Bedeutung für den Gesamtarbeitsmarkt gering zu sein scheint. 1977 steigt die Zahl der Verleihagenturen erneut an, 1979 sind wieder 1205 Verleiher zugelassen – dabei konsolidieren sich die großen Firmen Adia, Manpower, Adhoc, Randstad, Pasit, die auch für die Einhaltung des sozialtechnischen Rahmens sorgen; im gleichen Zeitraum nimmt die Zahl der registrierten Leiharbeiter von 21000 auf über 36000 zu (mit 278000 „Überlassungsfällen“ im Jahr 1978), davon 1/4 Frauen. Die Entleihfirmen (40000 im Jahr 1979) liegen schwerpunktmäßig einerseits im kaufmännischen Bereich von Organisation, Verwaltung und Büro (1/4 bis 1/3 entsprechend dem Frauenanteil), andererseits traditionell im Hoch- und Tiefbausektor (wo der illegale Verleih allerdings ein Mehrfaches ausmacht) und in der Metallverarbeitung; die Hilfsarbeiterjobs machen 1979 16% aus. Dies Zeitarbeitsvolumen vermehrt sich, wenn man den aufblühenden illegalen Markt hinzunimmt (s.u.)

Wichtiger als die Statistik sind aber folgende Strukturmerkmale der Zeitleiharbeit: Nach der Regel „Leihkräfte im Boom sind Puffer in der Flaute“ verzichtet das Kapital jetzt unter dem Vorwand der Unbestimmtheit der Konjunktur auf neue Festeinstellungen in den Betrieben; dies führt zum Boom der Zeitleiharbeit. „Einer der Gründe für die Zunahme der Arbeitnehmerüberlassung im vergangenen Jahr (1977) liegt nach Auffassung der Bundesregierung neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung darin, daß zahlreiche Betriebe wegen der für sie schwer überschaubaren Wirtschafts- und Auftragslage darauf verzichtet haben, zusätzliche Stammarbeitnehmer einzustellen und damit langfristige Bindungen einzugehen. Der erhöhte Arbeitsanfall wurde stattdessen mit Leiharbeitnehmern bewältigt, von denen sich die Firmen jederzeit wieder trennen können.“ (17) Die Lohnkosten für die Leiharbeiter liegen oftmals kaum über denen der Stammbesellschaft, und wo sie höher sind, ersparen sie den Personalverwaltungsaufwand und Nebenkosten. Auf jeden Fall wird mit der Beschäftigung von Leiharbeitern die Tarifeinheit in den Betrieben durchbrochen.

Hinzukommt ein zweites Merkmal, daß – obwohl nach dem AÜG das Leiharbeitsverhältnis grundsätzlich unbefristet zu sein hätte – die Anstellungsdauer beim Verleiher selbst überwiegend weniger als zwei bis drei Monate und oft nur wenige Wochen beträgt, und daß sich mit einer durchschnittlichen Dauer des „Überlassungsfalls“ von 16 Tagen (1977) die Tendenz zur kurzfristigen Jobberei durchsetzt.

Die Zeitleiharbeit paßt also ziemlich genau in die gesamtwirtschaftliche Zwischenkonjunktur 1976-1980. Sie stagniert spätestens seit 1981 wieder; zwar hat sich der legale Markt inzwischen auf 1 500 Verleihfirmen, vorwiegend Klitschen und etwa 90 Firmen des BZA mit der Hälfte des Gesamtumsatzes, und auf 44 000 Beschäftigte (rund 300 000 Überlassungen) erweitert, aber der Umsatz ist insgesamt rückläufig. In dieser Situation steigen die Verleiher zunehmend in die Bereiche der medizinischen und pädagogischen Dienste ein und versprechen ihre zukünftige Leistung „etwa bei der Eingliederung von Dauerarbeitslosen (Jugend!)“. (18)

Tatsächlich aber fällt die Stagnation der Zeitarbeit 1981 mit einer Hochkonjunktur der illegalen Leiharbeit zusammen. Und es ist genau dieses Entsprechungsverhältnis, das letztlich vom „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ vorgezeichnet wurde. Indem das Gesetz grundsätzlich den privaten Verleih von Arbeitskräften ermöglicht und zugleich auf die staatlich konzessionierten Verleiher durch die Dreimonatsregelung beschränkt, läßt es Raum für flexiblere Formen der Arbeitnehmerüberlassung, die zumeist über (Schein-)Werkverträge zwischen dem Sklavenhändler, der als Sub-Unternehmer auftritt, ohne in Wirklichkeit das Arbeitgeberisiko zu übernehmen, und dem Entleiher als dem faktischen Arbeitgeber abgewickelt werden. Dadurch kommen Arbeitsverhältnisse zustande, die nur insoweit illegal sind, wie alle Beteiligten die Bestimmungen der Steuer und der Sozialversicherung hintergehen oder wie Ausländer ohne gültige Arbeitserlaubnis beschäftigt werden, für die diese Grauzone der Legalität aber die Funktion hat, die Ausbeutung der Arbeit und die Löhne, die zwischen dem Sklavenhändler und den Arbeitern halbiert werden, in brutaler Weise auf das Niveau eines dritten Arbeitsmarkts jenseits von Kern- und prekären Randgruppen zu bringen. Diese Reservearmee des Arbeitsmarkts bilden die Arbeitslosen, die Ausländer ohne Arbeitserlaubnis und die Asylanten. Der seit 1973 bestehende Anwerbepotenzial von Arbeitsimmigranten für die BRD hat einen bandenmäßig und international organisierten Verleih illegaler Arbeitskraft provoziert. Neben den Grenzgängern aus den Niederlanden und GB in Norddeutschland und Österreich und Jugoslawen im Süden, meist Kolonnen qualifizierter Bau- und Montagearbeiter, ist es vor allem der gesteuerte Zustrom von Menschen aus den Nicht-EG-Ländern (Türkei), auf die sich der Anwerbepotenzial bezog, womit diese Maßnahme unterlaufen und als ein Filter der Illegalisierung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt benutzt wird. (19)

Die Expansion des illegalen Sektors fällt direkt mit der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und dem Einbruch von 1979/80 zusammen. Die BfA und der DGB machen seither den Versuch, die Dunkelziffer der Arbeitskräfte aus illegaler Leiharbeit aufzuhellen, Ehrenberg drängt auf ein teilweises



*Anwerbung von Arbeitsemigranten: Türken vor dem deutschen Arbeitsbüro in Istanbul*

# Weniger Arbeitszeit, mehr Schichtarbeit

Die Streng Vorschriften für Schichtarbeit von Frauen könnten gelockert werden

WUPPERTAL, 21. Februar. Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit, von Wissenschaftlern für die Zukunft vorhergesagt oder erwartet, von den Gewerkschaften wiederholt gefordert, sind durch die strukturelle und konjunkturelle Situation, in der sich die Wirtschaft der Bundesrepublik nun schon über einen geräumigen Zeitraum hinweg befindet, verstärkt in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit geraten.

Bei näherer Betrachtung werden insbesondere zwei Problemkomplexe erkennbar, deren potentielle Auswirkungen auf die industrielle Schichtarbeit im folgenden zu untersuchen sind, nämlich die Entwicklungstendenzen im Bereich der tarifpolitisch bzw. arbeitsrechtlich determinierten täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit und die Entwicklungstendenzen im Bereich der gesetzlichen Arbeitszeitschriften.

1. Im Zeitraum von 1962 bis 1972 hat sich die tarifliche Arbeitszeit in der Industrie um etwa 9 Prozent verringert. Die derzeitige tarifliche Wochenarbeitszeit liegt im Durchschnitt bei 40 bis 42 Stunden und verteilt sich in der Regel auf fünf Arbeitstage. Die Arbeitszeit könnte grundsätzlich weiter verkürzt werden, in der Form einer Reduzierung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, der jährlichen Arbeitszeit durch längeren Jahresurlaub oder der Lebensarbeitszeit in Form einer Herabsetzung des Rentenalters.

Die hier vor allem interessierende Herabsetzung der tariflichen oder gesetzlichen täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit würde unter sonst gleichen Bedingungen zu einer entsprechenden Verkürzung der Betriebsmittelnutzungszeiten führen und hätte im Fall voller Kapazitätsauslastung hinsichtlich der Fixkosten zwangsläufig einen Anstieg der Leerkostenanteile zur Folge. Diese betriebswirtschaftlich unerwünschten Effekte könnten vom Absatzbereich her noch zusätzlich verstärkt werden. Muß die in einer Periode bislang erzielte Beschäftigungsmenge aufgrund verringerter Arbeits-

Betriebsmittelnutzungszeiten reduziert werden, so kann daraus zwangsläufig eine Aufgabe zuvor unter Umständen mühsam erkämpfter Marktanteile resultieren. Eine Vermeidung dieser unwirtschaftlichen Auswirkungen taglich - wöchentlicher Arbeitszeitverkürzungen erscheint insbesondere durch die Einführung von Schichtarbeiten realisierbar.

Eine Herabsetzung der tariflichen, gesetzlichen täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit wird folglich eine potentielle Zunahme von Schichtarbeiten nach sich ziehen. Bei Unterstellung langfristiger-kontinuierlicher Arbeitszeitverkürzungen dürfte von den Betrieben zunächst das 2schichtige Spätschichtsystem bevorzugt werden. Erst von einer gewissen, betriebsindividuell unterschiedlich zu definierenden Grenze ab werden auch Nachtschichtsysteme mit in der Regel 3 Schichten zum Einsatz gelangen. Kurzfristige und einschneidende Arbeitszeitreduzierungen können allerdings einen sofortigen Übergang zu dieser Schichtarbeitsform zur Folge haben.

2. Die wichtigsten gesetzlichen Regelungen der Arbeitszeit finden sich in der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938. Eine grundlegende Bedeutung für die Schichtarbeit in der Industrie muß insbesondere der vom Gesetzgeber erzwungenen Novellierung des bisher geltenden Verbots der Nachtarbeit für Arbeiterinnen beigegeben werden. Die bisherige Fassung des Paragraphen 19 der Arbeitszeitordnung schreibt vor, daß Arbeiterinnen „nicht in der Nachtzeit von zwanzig bis sechs Uhr“ beschäftigt werden dürfen. In sogenannten „mehrschichtigen Betrieben“ dürfen Arbeiterinnen dagegen bis 23 Uhr eingesetzt werden. Abgesehen von einigen ausdrücklich zugelassenen Ausnahmen laufen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf eine wesentliche Begrenzung der Einsatzmöglichkeiten von Arbeiterinnen für industrielle Schichtarbeiten hinaus.

Die vom Arbeitskreis „Novellierung der Arbeitszeitordnung“ vorgeschlagene neue Regelung der Nachtschichtarbeit sieht eine für männliche und weibliche Arbeitnehmer zusammengefaßte Vorschrift vor. Demnach dürfen sowohl

männliche als auch weibliche Arbeitnehmer in mehrschichtigen Betrieben zwischen 0 und 5 Uhr sowie in einschichtigen Betrieben zwischen 1 und 4 Uhr regelmäßig nur beschäftigt werden, wenn sie vor Aufnahme der Nachtarbeit ärztlich untersucht und für schichttauglich befunden worden sind. Nach zwei Jahren ist eine Wiederholungsuntersuchung für eine Weiterbeschäftigung während der Nachtzeit obligatorisch. Für Arbeitnehmerinnen wurde insofern eine Ausnahmeregelung vorgesehen, als eine Beschäftigung zur Nachtzeit stets dann nicht zulässig sein soll, wenn sie Kinder unter sechs Jahren im gemeinsamen Haushalt ohne ausreichende Hilfe betreiben müssen.

Dieser Neufassungsentwurf gründet auf der arbeitsmedizinischen Erkenntnis, daß für eine bislang ungestellte besondere Gefährdung weiblicher Arbeitnehmer durch Nachtarbeiten wissenschaftlich haltbares Beweismittel noch nicht vorliegt. Sollte der zitierte Novellierungsentwurf Gesetzeskraft erlangen, so könnten Frauen weit über den bisher üblichen Rahmen hinaus industrielle Schichtarbeiten auch in Form von Nachtschichtsystemen leisten. Dies würde zu einer beträchtlichen Ausweitung des für Schichtarbeiten unter Einfluß von Nachtschichtarbeiten zu gebenden Zeitpunkt verfügbaren Arbeitskräfteangebots führen. Offensichtlich liegt hier ein die Expansion von Schichtarbeiten wesentlich begünstigender Faktor.

Eine mögliche Limitierung von Schichtarbeiten dürfte nach der neuen Regelung nur insoweit eintreten, als fortan eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung für Nachtschichtarbeiten sowohl für Männer als auch für Frauen gefordert wird und weibliche Arbeitnehmer darüber hinaus bei Überlastungen im Haushalt Nachtschichtarbeiten nicht leisten dürfen. Bei Gegenüberstellung dieser die Schichtarbeit in Form sämtlicher Nachtschichtsysteme begünstigenden und der sie begrenzenden Umstände kann mit großer Wahrscheinlichkeit ein Überwiegen der einer Expansion förderlichen Tendenzen unterstellt werden.

Dr. Peter Müller-Seitz

Blick durch die Wirtschaft. Hrsg.: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt/M) Nr. 45, 22.2.1980

## illegale Leiharbeiter bei der Bundesbahn

Am 11. Juli überhörte ein Hilfsarbeiter auf einer Baustelle im Güterbahnhof Hannover-Linden das Signalhorn des Sicherheitspostens. Er wurde von der E-Lok eines Güterzugs überrollt und schwer verletzt. Die polizeiliche Untersuchung des Unfalls war eine Routinesache; doch sie förderte Überraschendes zutage: Der verunglückte Mann stand auf keiner Gehaltsliste der an dem Stellwerkbau beschäftigten Firmen. Er hatte illegal gearbeitet, ebenso wie sieben andere Arbeiter.

Die Männer standen im Dienst des Leiharbeitsunternehmens Klaus Gester aus Gelsenkirchen, der wiederum als Subunternehmer der von der Bundesbahn beauftragten Firma Friedrich Duensing KG tätig war. Gesters illegale Truppe mußte für zehn Mark je Mann und Stunde Schotter schippen und Kabel ziehen. Angemeldet hatte Gester sein Gewerbe nur für vier Mann - für die er folglich auch nur Steuern und Sozialabgaben zahlte.

Zwar hatte ein Bundesbahn-Bauwart jeden Freitag die Stundenzettel für die Männer unterschrieben. Auch hatte er, wenn er die Baustelle kontrollierte, mit den Leuten geredet. Doch daß sie dort schwarz arbeiteten, hatte er nicht gemerkt.

Für die Behörden ist es äußerst schwierig, illegale Verleihgeschäfte auf dem Bau nachzuweisen. Um dem bandenmäßig organisierten Verleihgeschäft beizukommen, will Bonn nun die Leiharbeit zumindest für die Baubranche ganz verbieten. Arbeitsminister Herbert Ehrenberg: „Auf andere Art und Weise ist Ordnung in diesem Bereich nicht wieder herzustellen.“

Die Politiker reagieren spät. Inzwischen haben die „modernen Sklavenhändler“ (IG Bau, Steine Erden) die Baustellen mit Bronnarbeitern überschwemmt. Die Angaben über den Umfang differieren allerdings erheblich:

● Offiziell gibt es in der Bundesrepublik 1200 gemeldete Leihunternehmer mit 36 318 Arbeitnehmern.

● Im vierten Bericht der Bundesregierung über „Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeit-

nehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)“ nennen Ehrenbergs Rechercheure 200 000 illegale Verleihkräfte.

● Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht von „mindestens 10 000 Verleihfirmen mit einer halben Million Arbeitskräften“.

● Andere Experten schätzen die Dunkelziffer noch höher.

Regionaler Schwerpunkt der illegalen Arbeitsvermittlung ist das Ruhrgebiet. Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelt zur Zeit gegen 350 illegale Verleihfirmen, von denen allein hundert ihren Sitz in Gelsenkirchen haben sollen.

Für Gelsenkirchens Oberstadtdirektor Heinrich Meya war das Anlaß, zusammen mit dem Arbeitsamt, der Oberfinanzdirektion Münster, der Dortmund Steuerfahndung und den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern eine 53-Seiten-Dokumentation „Das Problem der illegalen Arbeitnehmerüberlassung“ zu erarbeiten. Fazit der Fleißarbeit: „Konkrete gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Arbeitnehmerüberlassung gibt es derzeit nicht.“

„Es gibt auch keine Lücken im Gesetz, das Gesetz ist die Lücke“, stellt dazu Alfred Semsroth, Landesvorsitzender der IG Bau in Niedersachsen, lapidar fest.

Wie lukrativ das Verleihgeschäft ist, zeigt folgende Rechnung aus dem Bericht des Gelsenkirchener Oberstadtdirektors: Ein angestellter Facharbeiter kostet pro Stunde etwa 38 Mark. Als Leiharbeitergeber zahlt die Firma dem Subunternehmer nur 22 bis 28 Mark, von denen der Facharbeiter 15 bis 18 Mark erhält. Für ungelernete Arbeiter kassiert der Subunternehmer pro Stunde zwischen 18 und 22 Mark, von denen er acht bis zwölf Mark weitergibt. Illegal arbeitende Ausländer werden meist mit sieben Mark abgepeist.

Um die Behörden zu täuschen, führen viele Verleiher zwar für ein paar Leute Steuern und Versicherung ab, beschäftigen aber Dutzende von

Baukräften. Selbst mancher legale Verleiher läßt mehrere Männer schwarz mitlaufen. So bringt eine illegale Kolonne von vier Mann im Monat für den Verleiher leicht an die 10 000 Mark Profit.

Seit zwei bis drei Jahren wird das Verleihgeschäft immer mehr von Arbeitern aus dem Ausland versorgt. In Gaststätten und Hinterhöfen haben sich sogar regelrechte Börsen für Verleihkräfte organisiert, die selbst Fachingenieure und Statistiker vermitteln. Über Holland werden hauptsächlich Engländer, Holländer und Belgier auf deutsche Baustellen geschleust. Auch illegal in der Bundesrepublik weilende Polen, Türken, Jugoslawen und Pakistani wurden von der Polizei aufgespürt.

Doch noch sind es hauptsächlich deutsche Arbeitnehmer, die für Nettolöhne, die höher sind als in den „normalen“ Arbeitsverhältnissen, die Sozialversicherung in den Schornstein schreiben. Es sind Leute dabei, die sich vor Lohnpfändungen drücken, Unterstützung kassieren und daher ohne Papier arbeiten wollen.

Fast immer aber wird die Notlage der Männer ausgenutzt: So beherbergte der Subunternehmer Kaspar Amelunxen auf seinem Bauernhof im westfälischen Wickede zeitweise bis zu hundert Leute, die er mit sicherem Blick vor der Schnellendiensten der Arbeitsämter, vor Gefängnissen, auf Hauptbahnhöfen oder ganz einfach auf der Straße aufgelesen hatte.

Der Dortmund Nordbert Kuhn, der gegen den Großbauern vor Gericht zog, schilderte die Abhängigkeit der Männer: „Amelunxen zahlte

neun Mark, von denen er drei angeblich für Sozialabgaben für sich einstrich. Jeder mußte pro Woche im voraus für Unterbringung und Verpflegung zahlen und durfte nur an Amelunxens Privatkiosk kaufen. Da fast alle anfangs kein Geld hatten, ließen sie anschreiben. So bekamen viele monatelang kein Geld zu sehen, manche standen mit über tausend Mark in der Kreide.“

Verbot im Bereich der Bauwirtschaft, was die Lambsdorff-Clique zu verhindern und der Bundesverband Zeitarbeit – nachdem ab Januar 1982 ein „Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung“ erlassen ist – mit einer Verfassungsbeschwerde in bewährter Manier rückgängig zu machen versucht. Den vorsichtigsten Schätzungen zufolge beträgt das Verhältnis von legalem und illegalem Arbeiterverleih 1 : 10. Der DGB setzt die Zahl der illegalen Firmen 1980 mit 10000 und die Zahl der von ihnen vermarketen Arbeitskräfte mit 500000 an, was eher noch für zu gering gehalten wird. (20) Im 4. Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des AÜG, der auf Angaben der BfA für die Jahre 1978-1979 beruht (s. Kasten), wird allein für das Baugewerbe mit 200000 illegalen Arbeitskräften gerechnet. Der Menschenhandel mit Pflegepersonal floriert in den Kliniken. Paria-Arbeiter werden – auch dies hat in Deutschland Tradition – beim Eisenbahnbau und Kasernenbau eingesetzt. 1981 sollen in Bayern 500 000, davon in München 30 000, in Nordrhein-Westfalen 80-120 000 und in Hamburg 70 000 Illegale arbeiten (hier unter Aufsicht der Kripo, denn Hamburg besitzt ab 1.10.79 eine neue Fachdirektion für „Wirtschaftsdelikte und Verstöße gegen Ausländergesetze“); in Bremen werden 20 000 Polen mit staatlicher Billigung, jedoch unter Umgehung des AÜG mit Werkverträgen ohne Sozialversicherung usw. halblegal beschäftigt. (21)

## Schwarzarbeit

Die Krise und Arbeitslosigkeit zerstört das Verhältnis der Lohnarbeit in einem doppelten Sinn. Einerseits bricht das Kapital mit der Strategie der „Flexibilisierung“ und Anpassung Regelungen des Lohnarbeitsverhältnisses auf; andererseits nimmt das Bedürfnis, einen Ausweg aus der Lohnarbeit

zu finden, immer mehr die Form der Notwendigkeit des Überlebens an. Von dieser Doppelheit ist die Schwarzarbeit geprägt, wie sie sich im Spektrum von illegaler Überausbeutung, Institutionalisierung der Illegalität und undeklariertem / un- versteuertem Einkommen, cash-Ökonomie und Feierabendarbeit in den verschiedenen europäischen Ländern während der Krise entwickelt hat. Unter dem mehrdeutigen Begriff der „Untergrundökonomie“, die gegenwärtig 4% des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrienationen ausmachen soll, werden inzwischen so unterschiedliche Arbeits- und Einkommensverhältnisse gefaßt wie die Tauschökonomie, der organisierte Steuerbetrug, der Drogenhandel und die Prostitution in den USA; die clandestine Immigrationsarbeit und Schwarzarbeit in Frankreich (800000 Beschäftigte und ein Umsatz von 90 Mrd. Francs 1980, der dem Umsatz der französischen Automobilindustrie gleichkommt) (22); die Schwarzarbeit und „economia sommersa“ in Italien, wo der illegale Teil der in Heimarbeit ausgelagerten Fabrikproduktion quasi institutionalisiert ist und mit 6 Mill. Beschäftigten 25-30% des BSP erwirtschaftet; und der illegale Arbeiterverleih der BRD ebenso wie die hier am weitesten verbreitete Schwarzarbeit ohne Steuer und Sozialabgaben, als Doppelbeschäftigung oder in Überstunden, als Zuverdienst oder Dauerjob. In der BRD wurden 1980 2 Mill., 1981 3 Mill. Schwarzarbeiter vermutet, die mit 20-30 Mrd. DM und mehr als 2% am Bruttosozialprodukt beteiligt sind und 10 Mrd. DM Sozialabgaben und Steuern hinterziehen; den Hauptanteil bilden das Handwerk (Bau mit 10% Schwarzarbeit, Maler, KfZ) und private Putzhilfen (80% schwarz), darin sind aber auch die Leiharbeiter, Maurerkolonnen und Asylanten enthalten, die illegal beschäftigt werden.

Die lancierte These, diese 2 bis 3 Mill. Schwarzarbeiter würden mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze wegnehmen und die Arbeitslosigkeit verstärken, macht den funktionalen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und neuen Ausbeutungsformen vergessen. Ebenso zweifelhaft sind jene anderen An-



*Arbeitsemigranten werden in ihre Heimat zurückgeschickt.*

sätze, die auf der Grundlage der Berechnung sei es der Eigenproduktivität (23) oder der monetären Mechanismen der Untergrundökonomie (der Ökonom M. Gutman setzt aufgrund der Differenz zwischen Geldumlauf und Bankdepots das Volumen des US-Schwarzmarkts, den er als cash-Ökonomie begreift, für 1979 auf 10% des BSP an (23a)) das Zeitalter der einfachen Warenproduktion und des Tauschhandels, eine „duale“ / informelle und von der kapitalistischen Verwertung unabhängige Ökonomie heraufziehen sehen. (24) Auf diese Ideologen eines neuen Kleinbürgertums werde ich noch zurückkommen. Die Tatsache aber, daß immer mehr der Beschäftigten des Schwarzmarkts zugleich arbeitslos gemeldet sind und oftmals auch Arbeitslosengeld zu beziehen versuchen, erklärt sich vielmehr aus der Zielrichtung des kapitalistischen Angriffs auf dem Arbeitsmarkt: Schwarzarbeit ist eine Komplementärfarbe für die anderen Niedriglohnsektoren (Teilzeitarbeit usw.) und die Arbeitslosigkeit, die zur Annahme von irregulären Nebenverdiensten nötigen. Und es sind – wie Delerozoy, Verfasser des Regierungsberichts über die Schwarzarbeit in Frankreich, Präsident der Industrie- und Handelskammer, feststellt – die „Zwänge des Arbeitsmarkts, die sozialen Lasten und der Steuerdruck, die zwingende Arbeitsgesetzgebung“, die die Entwicklung der Schwarzarbeit begünstigen und aus der Sicht des Kapitals wünschenswert machen. (25) Desgleichen kann „im gegenwärtigen Klima der Krise und Arbeitslosigkeit die Tatsache, daß Arbeiter die Möglichkeit zur Beschäftigung in der Untergrundökonomie haben, als ein Sicherheitsventil für Unzufriedenheit und soziale Spannungen dienen“ (ILO-Mitarbeiter R. De Grazia). (26) Das Programm lautet, die Schwarzarbeit und ihre verschiedenen Möglichkeiten der Ausbeutung in der Illegalität, der Doppelarbeit oder der Selbstverwertung als Selbstüberausbeutung und pauperistische Einkommensperspektive voll auszunutzen, ohne die soziale Kontrolle darüber zu verlieren. Wie sehr der Ausstieg aus der keynesianisch-regulierten Ökonomie und das Abtauchen des Kapitals in die Illegalität zum Programm der Krise gehören, hat Milton Friedman dem „Spiegel“ verraten: „Ich hätte es lieber offen und legal. Aber die Untergrundwirtschaft ist ein Sicherheitsventil, das den Schaden staatlicher Mißwirtschaft reduziert – vor allem in den sozialistischen Wohlfahrtsstaaten Westeuropas ...“ (27)

Bundesanstalt für Arbeit  
Der Präsident  
Ia4 - 5160

Nürnberg, den 12. Nov. 1980

V 269/80

Diskussionsunterlage

Sitzung des Vorstandsausschusses  
für Planungs-, Rechts- und Verwaltungsfragen am 21. November 1980

Betreff: Illegale Beschäftigung

Eine der Ursachen für die zunehmende illegale Beschäftigung von Ausländern ist zunächst in dem starken Gefälle der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik verglichen mit denen der Herkunftsländer zu sehen, so daß trotz Anwerbestoppes und einer auf Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung gerichteten Politik die Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor attraktiv erscheint. Hinzu kommt, daß auch den im Rahmen des Familiennachzuges legal einreisenden Familienangehörigen durch die Wartezeitregelung bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis der Zugang zum Arbeitsmarkt – zumindest für eine gewisse Zeit – versperrt ist.

Auf der anderen Seite läßt sich die Bereitschaft von Arbeitgebern, illegal Ausländer zu beschäftigen, nur zum kleinen Teil auf Diskrepanzen in der Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt zurückführen. Personelle Engpässe bestehen in Teilbereichen der Wirtschaft in erster Linie auf der Facharbeiterebene, einer Qualifikationsstufe, der die illegal beschäftigten Ausländer zumeist auch nicht entsprechen. Viel entscheidender für die illegale Ausländerbeschäftigung dürfte die Bereitschaft sein, auch Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, unter denen Deutsche und ihnen gleichgestellte Arbeitnehmer nicht gewonnen werden können. Diese Bereitschaft entspringt einmal dem Zwang, den Lebensunterhalt bestreiten zu müssen, um in der Bundesrepublik verbleiben zu können. Zum anderen wirkt sich auch insoweit das Gefälle in den Lebens- und Arbeitsbedingungen aus.



Arbeitslose und Schwarzarbeiter warten jeden Morgen auf Schlepper und einen Job.



ERFAHRUNGEN

der Bundesanstalt für Arbeit (BA)  
bei der

Durchführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes - AÜG -  
in der Zeit vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1979

I. Die Situation auf dem Leiharbeitsmarkt

Die Situation auf dem Leiharbeitsmarkt war im Berichtszeitraum, stärker noch als im Jahre 1977, vor allem durch eine erhebliche Zunahme der Verleihtätigkeit - sowohl im legalen als auch im illegalen Bereich - gekennzeichnet.

1. Umfang der Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) im legalen Bereich

Die Zahl der erlaubt tätigen Verleiher stieg von 815 (31.12.1977) über 968 (31.12.1978) auf nunmehr 1.205 (31.12.1979) und damit innerhalb des Berichtszeitraumes um knapp 50 %. 179 Verleiher (15 % der Erlaubnisinhaber) hatten am 31.12.1979 eine unbefristet erteilte Erlaubnis.

Danach lag die Zahl der Leiharbeitnehmer (jeweils Ende Juni) 1978 mit 26.408 um 24,6 % und 1979 mit 36.318 um 71,4 % höher als 1977 (21.186). Der seit Inkrafttreten des AÜG höchste Stand an Leiharbeitnehmern mit 34.379 (30.6.1973) wurde damit am 30.6.1979 um 5,6 % übertroffen.

Der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit (Stichtag 30.6.1979) lag bei den Männern zu 22,2 % im Baubereich und fast gleich stark mit 21,8 % bei den Schlossern, Mechanikern und den diesen zugeordneten Berufen, bei den Frauen jedoch eindeutig mit 74,6 % bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen.

Der Ausländeranteil (jeweils am 30.6.) ist von 14,5 % im Jahre 1977 über 17,2 % 1978 auf 23,1 % 1979 gestiegen.

2. Umfang der ANÜ im illegalen Bereich

Über den Umfang der illegalen ANÜ gibt es kein aussagefähiges Zahlenmaterial.

Zur Zahl der illegal verliehenen Leiharbeitnehmer lassen sich überhaupt keine Angaben machen. In einer Reihe von Fällen illegalen Verleihs, die durch die Landesarbeitsämter aufgedeckt wur-

den, lag die Zahl der verliehenen Arbeitnehmer erheblich über der durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 40 pro Verleiher im legalen Bereich. Andererseits wurden auch Fälle aufgedeckt, in denen nur wenige Arbeitnehmer verliehen wurden.

Aufgrund der Beobachtungen der LAÄ und insbesondere der Hinweise auf illegale Verleiher, die sie im Rahmen der Zusammenarbeit von anderen Stellen erhielten sowie aller weiteren im Berichtszeitraum gewonnenen Erfahrungen der Dienststellen der BA muß festgestellt werden, daß der Umfang der illegalen ANÜ den der legalen erheblich übersteigt.

Die Schwerpunkte des illegalen Verleihs lagen im gewerblichen Sektor und hier - wie bei der legalen ANÜ - vor allem im Bau- und Metall-(Montage-)Bereich. Hauptorte für den illegalen Verleih waren nach wie vor die wirtschaftlichen Ballungsgebiete und Großstädte. Aber auch in weniger industrialisierten Gebieten nahm der illegale Verleih zu. Die illegalen Verleiher arbeiteten vermehrt direkt vom Ausland aus oder wählten ihren Sitz möglichst in einem Ort eines anderen Landesarbeitsamtsbezirks, der außerhalb des Zentrums ihrer Verleihtätigkeit liegt. Besonders ausgeprägt war diese Situation im Hamburger Raum. Hier haben sich zahlreiche (vermutete) illegale Verleiher in den niedersächsischen und holsteinischen Randgebieten niedergelassen, während das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in Hamburg liegt.

Die im Berichtszeitraum illegal überlassenen Arbeitnehmer waren zu einem großen Teil Ausländer. Besonders der Anteil der Arbeitnehmer aus Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Italien und Österreich ist gestiegen.

3. Gründe für die Zunahme der Verleihtätigkeit

Wie auch in früheren Jahren stand die Situation auf dem Leiharbeitsmarkt in engem Zusammenhang mit dem Geschehen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und der dieses bestimmenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Die verbesserte konjunkturelle Lage steigerte auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Insbesondere wegen struktureller Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt und der sich daraus ergebenden Ungleich-

~~gewichts konnte sie nicht immer befriedigt werden. Besonders galt dies für den Baubereich. Hier waren vor allem Facharbeiter in der Zeit der Resession in andere Wirtschaftsbereiche abgewandert. Sie standen damit der Arbeitsvermittlung für die Bauwirtschaft nicht mehr zur Verfügung (s. Anlagen 1 und 2).~~

Vielfach haben Unternehmen wegen Erfahrungen der Vergangenheit und ihrer Einschätzung der Zukunftsaussichten - insbesondere im Bausektor - sich zu der grundsätzlichen Entscheidung veranlaßt gesehen, nur noch einen kleinen Teil von Stammarbeitern zu behalten und im übrigen je nach Auftragslage das Angebot der Verleiher zu nutzen. Einige größere Unternehmen haben betriebliche Umstrukturierungen vorgenommen, nach denen nicht nur bestimmte Arbeiten, sondern die Aufgaben ganzer Betriebsabteilungen in die Hände von Fremdfirmen gegeben wurden. Bei den dabei abgeschlossenen Verträgen handelte es sich teilweise um echte Werk-, teilweise um Scheinwerk- und zum Teil auch um echte Arbeitnehmerüberlassungsverträge.

Viele Firmen paßten angesichts der für sie schwer übersehbaren wirtschaftlichen Entwicklung nur zögernd ihre Belegschaft der Auftragslage an. Auftragspitzen wurden durch Überstunden oder den Einsatz von Leiharbeitnehmern abgedeckt. Dabei war nach ihren Angaben der Einsatz von Leiharbeitnehmern vielfach kostengünstiger als die Überstundenbezahlung der Stammarbeitnehmer.

Diese Entwicklung der ANÜ im Berichtszeitraum und die hierfür maßgebenden Gründe bestätigen, daß die vorrangige Bedeutung der ANÜ für die Unternehmen in ihrer Pufferfunktion liegt, die es ermöglicht, im Personalbereich konjunkturell bedingte Belastungsschwankungen relativ schnell abzufangen und Beschäftigungsrisiken auf andere (Verleiher) abzuwälzen.

Die für die Entwicklung der ANÜ im Berichtszeitraum maßgeblichen Faktoren haben sich vor allem bei der illegalen ANÜ ausgewirkt.

Von den Betrieben wurden in einigen Bereichen in großer Zahl "Leiharbeiter" überwiegend für eine Tätigkeit von über 3 Monaten gesucht. Da die Verleiher ihre Erlaubnis vielfach nicht auf Spiel setzen wollten,

zogen es die Entleiher vor, statt mit Erlaubnisinhabern mit sog. Subunternehmen zusammenzuarbeiten, weil sich die mit diesen abgeschlossenen Überlassungsverträge generell leichter als Werkverträge tarnen ließen.

Fördernd für den illegalen Verleih wirkte sich ferner aus, daß im Verlauf eines Lernprozesses die Scheinwerkverträge immer perfekter werden und ihr Umgehungscharakter erst bei genauer Prüfung der tatsächlichen Durchführung erkannt werden kann. Auch stimmen die Beteiligten ihr Verhalten immer besser aufeinander ab

Die Tarnung von Überlassungsverträgen als Werkverträge ist für die Entleiher nicht nur im Hinblick auf die Dreimonatsfrist von Bedeutung. Sie ermöglicht auch die Beschäftigung von arbeitserlaubnispflichtigen ausländischen Arbeitnehmern, die im Hinblick auf § 6 Abs. 1 Satz 2 AEVO keine Arbeitserlaubnis nach § 1 AEVO für eine Tätigkeit als Leiharbeiter erhalten.

Neben der immer perfekter werdenden Tarnung illegaler Überlassung durch Scheinwerk- und andere Umgehungsverträge, auf die bereits oben unter I. 3. hingewiesen wurde, wirkte sich vor allem die starke Zunahme des illegalen Verleihs aus dem Ausland im Berichtszeitraum sehr erschwerend auf die Arbeit der Dienststellen der BA aus.

Ausländische Verleiher kamen vor allem deshalb gut ins Geschäft, weil die inländischen Verleiher die erforderlichen Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stellen konnten. Ausländische Arbeitnehmer werden zudem von hohen Nettolöhnen, die in der Bundesrepublik Deutschland zu erzielen sind, angezogen.

Die Einschleusung und Beschäftigung der illegal überlassenen Arbeitnehmer ist gut organisiert und abgesichert, so daß sie kaum zu kontrollieren und zu unterbinden ist.

(Angehörig)

# Wir haben etwas gegen den Alltagstrott!



Für Adia bei einer Party im Kammersaal.



Für Adia bei einer Party in der Regentkammer.



Für Adia bei einer Party im Kammersaal als Party-Schreiberin.



Sommertage auf dem kanarischen Inseln.



Für Adia als Fließbandistin bei einem Versandhaus.



Für Adia in einem Sekretariat als Mitarbeiterin.



8 Monate Sprachkurs in Paris, wobei bei jeder Party.



Für Adia als Sekretärin in der Auslandsabteilung der Bank.

Als ADIA-Mitarbeiter sind Sie fest angestellt. Auf tariflicher Grundlage, mit vielen Sozialleistungen und gutem Gehalt.

## ADIA Deutschlands Nummer 1 für Zeitarbeit.

ADIA Interim GmbH & Co.  
2000 Hamburg/City 1  
Rathausstraße 12  
2000 Hamburg 50 (Altona)  
Neue Große Bergstraße 6  
2050 Hamburg 80 (Bergedorf)  
Weidenbaumsweg 4  
2100 Hamburg 90 (Harburg)  
Bremer Straße 27  
2000 Hamburg 70 (Wandsbek)  
Wandsbeker Marktstraße 113

# ADIA

Arbeit nach Maß

## Teilzeitarbeit für Frauen

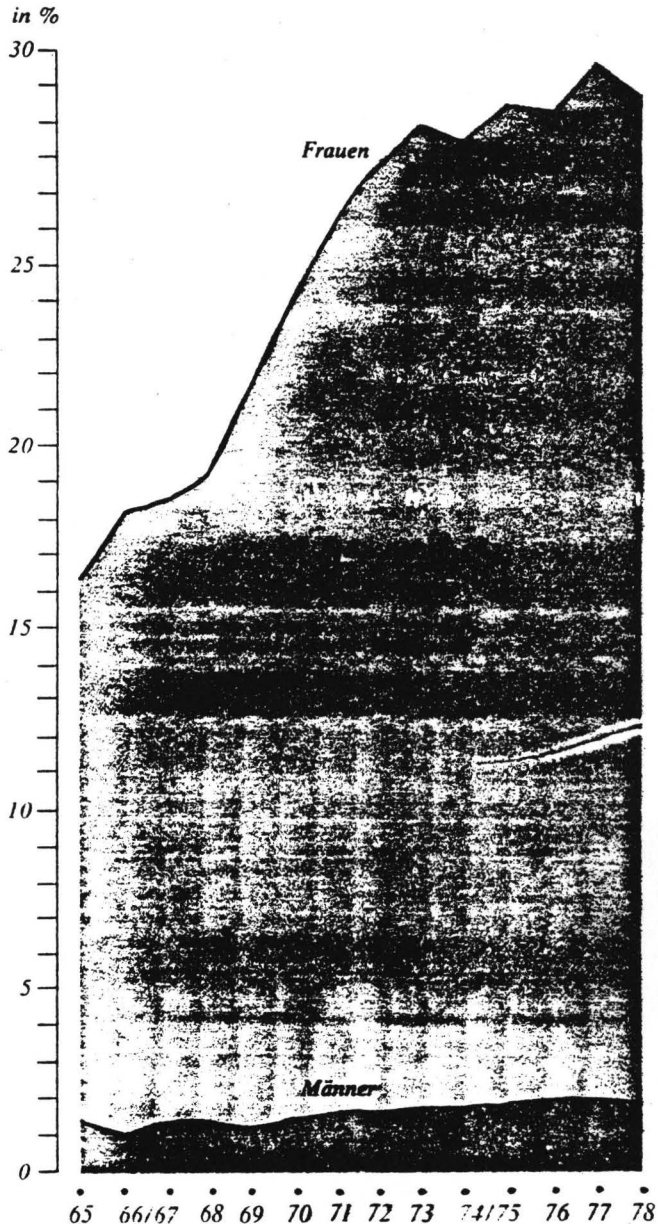
„Die Arbeitszeitform ‚Teilzeitarbeit‘ wird als ein elastisches und wirksames Instrument der Arbeitsmarktpolitik angesehen, mit dem sowohl eine Erhöhung wie auch eine Verminderung des Arbeitsvolumens erreicht werden kann“ (28) – ein Instrument, das in der Konjunktur fehlende Arbeitskräfte aus dem Reservoir der Problemgruppen, größtenteils Frauen, anziehe, wie es in der Rezession den Arbeitsmarkt entlaste und für eine Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze Sorge. Diese Wunderwaffe des Kapitals wird vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) definiert als „ein regelmäßiges, unbefristetes, freiwillig eingegangenes (!) Beschäftigungsverhältnis, das sich von anderen nur durch eine kürzere als die allgemein übliche Arbeitszeit (BRD: Weniger als 36 Wochenstunden) unterscheidet“. In der Realität handelt es sich um die hauptsächlichste Form der „Flexibilisierung“ auf dem Arbeitsmarkt, um eine Kategorie der Beschäftigung von sekundären, vergleichsweise unqualifizierten Arbeitskräften: 1977 waren 50% der Putz-

frauen, 25% der Verkäuferinnen und 19% der Schreibkräfte teilzeitbeschäftigt. Obwohl die Teilzeitarbeit grundsätzlich den gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen wie die Vollzeitbeschäftigung unterliegen soll, also auch im Prinzip sozialversicherungspflichtig ist (es gibt jedoch die Versicherungsfreigrenze von 390 DM monatlich, die offensichtlich nicht wie geplant 1982 abgeschafft wurde, weil die Unternehmer Sturm gelaufen sind und weil damit nur der Bereich von Schwarzarbeit zugenommen hätte), vermindert sie doch die Sozialversicherungsansprüche geschlechtsspezifisch (benachteiligt die Frauen in der Rente) und ist sie das vorzügliche Instrument für eine Unternehmerstrategie gewesen, die Teilzeitarbeiterinnen unterhalb der Sozialversicherungsgrenze zu beschäftigen und von tarifrechtlichen Leistungen auszuschließen. Vorreiter einer solchen „Prekariisierung“ der Frauenlohnarbeit ist in der BRD ähnlich wie in Frankreich der öffentliche Dienst gewesen, der schon 1977 jede zweite Lehrerin nur mit Zeitvertrag anstellte und wo sie bei Post, Bahn und Kommunen die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten von 1962-75 auf 8,7% aller Beschäftigten verdoppelte.

## Entwicklung der Teilzeitquoten

(Arbeitszeit normalerweise 36 Stunden oder weniger  
- Mikrozensus und eigene Berechnungen -)

### Teilzeitquoten



Der eigentliche Vorteil der Teilzeitarbeit aus der Sicht des Kapitals wird aber in folgendem gesehen: daß „Teilzeitkräfte aufgrund ihrer verhältnismäßig kurzen Arbeitszeit in der Lage sind, pro Zeiteinheit wesentlich ergebnisreichere Arbeitsleistungen zu erbringen, als dies ganztags beschäftigten Arbeitnehmern möglich ist; daß bei unregelmäßigem Arbeitsanfall, Arbeitsspitzen (etwa im Einzelhandel) und Saisonarbeit Teilzeitbeschäftigte einen flexiblen Ausgleich ermöglichen können; daß aufgrund der geringeren Arbeitszeit Teilzeitarbeitskräfte monotone Tätigkeiten besser ertragen. Aus dieser Tatsache ergeben sich positive Impulse auf die quantitative Leistungsfähigkeit der Teilzeitarbeitskräfte.“ (29) Dies ist eine Erwartung, die vollständig auf die weibliche Arbeitskraft zugeschnitten ist, auf minderqualifizierte Tätigkeit (Reinigung etc.), monotone und stark ermüdende Arbeiten und Arbeiten mit Spitzenbelastungen, in denen eine komprimierte Arbeitszeit „kontraproduktive Verhaltensweisen“ (30) einschränkt (Fließband, Bildschirm, Kasse) und auf Aushilfskräfte, die kurzfristig verfügbar und leicht zu entlassen sind. Als Niedriglohnarbeit ist die Teilzeitarbeit der Beitrag der Frauen zum reduzierten Familieneinkommen und schreibt zugleich deren Doppelrolle in der Gesellschaft fest. Als sekundäre Kategorie macht die Teilzeitarbeit die Frauen in ihrer Doppelrolle und in Hilfsfunktionen zu Arbeitsmarktpuffern.

In all dem – und nicht in der angeblich geringeren Konjunkturanfälligkeit des Dienstleistungssektors – liegt das Geheimnis für den Anstieg der Zahl teilzeitbeschäftigter Frauen seit den Rezessionsjahren 1974/75 ff. Daß der Teilzeitarbeitsmarkt durch die negative Konjunktur hindurch expandiert, läßt darauf schließen, wie sehr er selbst das Instrument der Krise und nicht das Heilmittel dagegen ist. Die Vertreter des westdeutschen Kapitals, die DAG-Frauen, Lambsdorff und Hauff rufen nach dem Ausbau der Teilzeitarbeit und verschiedene Bundesländern fördern sie mit Modellprojekten. 1960-1975 steigt die Teilzeitarbeit von 2,9% auf 8,3% (7% Frauen) bei konstantem Männeranteil; 1975 waren 22% aller abhängig beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt; 1973-1981 gab es zwischen 2 und 3 Mill. Teilzeitarbeitsplätze, davon entfielen fast 95% auf Frauen (von den 1981 rund 8,5 Mill. erwerbstätigen Frauen der BRD arbeiteten 30% in Teilzeit). Zugleich überträgt sich die steigende Arbeitslosenzahl ab 1980 nicht proportional auf den Teilzeitarbeitsmarkt (die Zuwachsquote betrug 1979-80 5%, während die allgemeine Arbeitslosigkeit um 11,5% stieg), vielmehr wird die Frauenarbeitslosigkeit auf diesen Markt gerichtet: mehr als die Hälfte der rund 600000 arbeitslos registrierten Frauen suchten eine Teilzeitarbeit.

Unter diesem Druck stehen die Frauen, die als Aushilfen von den modernsten Methoden der Taylorisierung des Arbeitstages („Kapovaz“, s. Kasten) und der elektronisch gesteuerten Personalpolitik erfaßt sind. Sie bilden eine anwachsende Pariaschicht und das unterste Segment der Teilzeitarbeit – zusammen mit einem nach Hunderttausenden, wenn nicht Millionen zählenden Heer der niedrigstentlohnten Jobber, Schüler, Studenten, Hausfrauen und Asylanten, die von Fast-Food-Konzernen, im Einzelhandel und für Botendienste, auf dem Bau und in Klitschen des verarbeitenden Gewerbes „teilzeitbeschäftigt“ werden.

Diese Übersicht über Kategorien prekärer Arbeit in der BRD ist unvollständig in zweierlei Hinsicht. Wir verfügen nur über wenige Anhaltspunkte, was den tatsächlichen Einsatz der Leiharbeit, Teilzeitarbeit etc. in Branchen und Betrieben angeht. Wir haben die Tatsache ausgeblendet, daß auch in der BRD die traditionell niedrigkapitalisierten und arbeitsintensiven Branchen, Klein- und Mittelstandsbetriebe sich unterdes-

## Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit

### Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit

Die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit — kurz „Kapovaz“ oder auch „Arbeitszeit auf Abruf“ genannt, gehört zu den derzeit diskriminierendsten Teilzeitarbeitsformen.

Dieses Teilzeitarbeitssystem funktioniert so: Mit dem Arbeitnehmer werden im allgemeinen Arbeitsverträge abgeschlossen, die lediglich die jährlich oder monatlich zu leistenden Arbeitsstunden und das für diese Arbeitszeit vereinbarte Gehalt festlegen. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, dem Unternehmen jederzeit abrufbereit zur Verfügung zu stehen.

An welchen Tagen, zu welcher Zeit der Arbeitnehmer arbeiten soll, seine Arbeit vom Unternehmen „gebraucht“ wird, erfährt er kurzfristig per Telefon. Bezahlt wird nur die geleistete Arbeit, nicht aber die ständige „Arbeitsbereitschaft“.

Wie der Name ausdrückt, soll mittels „Kapovaz“ dem jeweils unterschiedlichen Arbeitsanfall des Unternehmens (im Einzelhandel z. B. die unterschiedlichen Kundenfrequenzen während einer Woche / eines Tages durch eine variabel gehaltene personelle Besetzung entsprochen werden.

Unternehmen, die diese Teilzeitarbeitsform anwenden, beschäftigen häufig nur so viele Arbeitnehmer „voll“, daß mit diesem Personal die Zeiten des geringsten Arbeitsanfalls notdürftig „abgedeckt“ sind. Für diese „Vollzeit“ im Unternehmen anwesenden Arbeitnehmer hat „Kapovaz“ ganz spezielle Folgen:

Mit Einführung von „Kapovaz“ werden freierwerbende „Vollzeitarbeitsplätze“ häufig allenfalls durch Teilzeitarbeitskräfte ersetzt, die, wie beschrieben, nur in Zeiten hohen Arbeitsanfalls eingesetzt werden. In der übrigen Zeit erledigen die weiterhin im Betrieb beschäftigten Vollzeitbeschäftigten zusätzlich die Arbeit der ausgeschiedenen, nicht ersetzten Vollzeitarbeitskräfte. Darüber hinaus wird von den Vollzeit-

arbeitskräften im allgemeinen dieselbe Arbeitsintensität abverlangt, die die Teilzeitbeschäftigten aufgrund ihrer kürzeren Arbeitszeit leichter leisten können.

Das Unternehmen kommt mit diesem Teilzeitmodell voll auf seinen „Gewinn“: Die Personalkosten werden so niedrig wie möglich gehalten, bei gleichzeitiger „Höchstleistung“ der Arbeitnehmer. Für die Beschäftigten bedeutet „Kapovaz“ jedoch:

— Arbeitsintensivierung sowohl für die Teilzeitbeschäftigten als auch die Vollzeitbeschäftigten,

— Druck auf Gehälter und Löhne,  
— Unterlaufen der tarifvertraglichen Rechte wie Überstundenzuschläge, Sparrförderung, Urlaub sowie  
— Abbau sozialer Leistungen und vieles mehr.

### EDV-unterstützte Personaleinsatzplanung

Der Einsatz elektronischer Datenbanken, EDV-unterstützte Warenwirtschaftssysteme im Einzelhandel ermöglichen genaue und schnelle Erfassungen von z. B. Umsatzvolumen, Umschlaghäufigkeit, Umsatz pro qm / Filiale / Abteilung, Kundenfrequenzen, Zeitpunkt von Arbeitsanfällen / Arbeitsvolumen. Die erfaßten Daten können auf Monat / Jahr hochgerechnet werden und erlauben Zukunftsprognosen.

Aufgrund dieser Daten ist es darüber hinaus möglich, entsprechend dem erwarteten Arbeitsanfall den dafür notwendigen „Personaleinsatz“ pro Betrieb und Abteilung exakt auf Stunden, Tage und auch Wochen im voraus zu planen.

Die Umsetzung einer solchen EDV-unterstützten Personaleinsatzplanung

### Aushilfen

Die Arbeitsverträge für Aushilfen sind im Gegensatz zu den Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverträgen auf eine bestimmte Dauer befristet (in der Regel: 1 — 3 Monate). Die Arbeitszeiten der Aushilfen werden entsprechend dem Arbeitsanfall im Unternehmen von wenigen Stunden bis zur Höchstgrenze der tariflichen Arbeitszeit vereinbart (ca. 10 — 160 Stunden im Monat).

Mit Ablauf des Vertrages endet das Arbeitsverhältnis, ohne daß es einer Kündigung bedarf. Diese Form des Arbeitsvertrages bedeutet für den Arbeitnehmer (vor allem im Einzelhandel) oft

— kein Anspruch auf bezahlten Urlaub  
— kein Anspruch auf zusätzliches Urlaubsentgelt  
— kein Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen  
— kein Kündigungsschutz  
— keine Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses (sonst hat der Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz Mitbestimmungsrechte bei Kündigung).

In der Vergangenheit haben die Unternehmer häufig Aushilfsarbeitsverhältnisse aneinandergereiht, somit rechtlich nicht zulässige Kettenarbeitsverträge mit den betroffenen Arbeitnehmern vereinbart. Um rechtlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, sind die Unternehmen inzwischen dazu übergegangen, zwischen den jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen „Pausen“ von einem bis mehreren Monaten einzulegen. So wird weiterhin festen unbefristeten Arbeitsverhältnissen aus dem Weg gegangen. Im allgemeinen verfügen die jeweiligen Unternehmen über einen festen Stamm von Aushilfen, die quasi im „rollierenden Einsatz“ immer wieder beschäftigt werden.

stützt sich im wesentlichen auf den gezielten Einsatz von Teilzeitkräften. Teilzeitkräfte werden kapazitätsorientiert und variabel eingesetzt. Vollzeitarbeitsplätze werden in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt.

Im Unterschied zu „Kapovaz“ erfolgt nach diesem System der Personaleinsatz nicht auf telefonischen Abruf, sondern dem Arbeitnehmer wird sein individueller Einsatz einige Wochen vorher mitgeteilt.

### Wem nutzt die Teilzeitarbeit?

#### Problem: Rationalisierung

Die Ausweitung der Teilzeitarbeit kommt den Rationalisierungsstrategien der Arbeitgeber sehr entgegen. Eine weitere Zerstückelung der Arbeitsabläufe bietet sich geradezu an. Die bisherige Entwicklung zeigt, daß primär Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden. Keinesfalls werden dadurch, wie häufig angenommen wird, zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze geschaffen. Parallel zu diesem Umwandlungsprozeß findet eine Dequalifizierung von qualifizierten Tätigkeiten statt. Die schon bis jetzt bestehenden geringen Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen werden sich weiter verschlechtern. Die gesamte Problematik trifft natürlich auch auf neu einzustellende Teilzeitbeschäftigte zu.

#### Problem: Leistungsverdrängung, schlechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die Ausweitung der Teilzeitarbeit wird von den Arbeitgebern u. a. mit dem Ziel verfolgt, weitere Leistungssteigerungen zu erzielen.

Teilzeitbeschäftigte: erbringen im Arbeitsprozeß höhere Leistungen, da ihre Arbeitskraft eine kürzere Zeit eingesetzt ist. Der biologische Rhythmus eines Menschen, verbunden mit natürlichen, Leistungshöhen und Leistungstiefen, wird bei Teilzeitbeschäftigten in Zeiten höchster Leistungsfähigkeit zugunsten der Unternehmer voll ausgenutzt. In einer Studie, die im Auftrag des Rheinland-Pfälzischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport erstellt wurde, wird offen zugestanden: Teilzeitkräfte können bei insgesamt kürzerer täglicher Arbeitszeit höhere Leistungen pro Zeiteinheit erbringen als Ganztagskräfte. Die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft von Teilzeitkräften wird besonders bei monotonen Tätigkeiten nicht so leicht gestört.

Die Erhöhung der Arbeitsintensität hat zur Folge, daß die Leistungsnorm der Teilzeitbeschäftigten zur allgemeinen Leistungsnorm erhoben wird.

aus: FR 14.9.1981

## Die Jobber-Ballade von La Hague

ECCO, SOGETT, Societe Interservice Personel, R.M.O. . . . man kann auf dem Marktplatz von Cherbourg keine zwei Schritte tun, ohne mit der Nase auf ein Unternehmen für Zeitarbeit zu stoßen. Das erweckt den Eindruck, als müsse man in seiner Einkaufstasche einen Arbeitsvertrag vom Markt mitbringen. Überall in der Stadt, die mit Leiharbeitsklitschen vollgestopft ist, kündigen Plakate Stellenangebote an. Selbst noch im Hotel, für eventuelle Besucher, die sich in der Gegend niederlassen wollen. Und im Polizeirevier sieht man durch das Fenster den Jahreskalender von ECCO: die Allgegenwärtigkeit der Zeitarbeit ruft zur Ordnung! Eine Ordnung, die die Arbeiter hauptsächlich in das Militärgelände des Arsenal von Cherbourg oder in Richtung der dauernden Gefahren radioaktiver Verseuchung von La Hague treibt.

Unter all diesen Zeitarbeitsfirmen sticht die SOGETT hervor, eine Filiale der Reinigungsgesellschaft ONET, die das Monopol auf dem Entseuchungsmarkt hält. Von den vierzig auswärtigen Unternehmen, die ungefähr 1200 Personen auf der Anlage von La Hague beschäftigen, ist die ONET mit Abstand das bekannteste. Sie rekrutiert sogar noch Studenten von der Universität Caen als Jobber in der radioaktiven Zone. Weil SOGETT nur ein Deckname ist, nennt jeder man die jungen Zeitleiharbeiter auf der Baustelle die „Typen von der ONET“. Es werden etwa 100 sein.

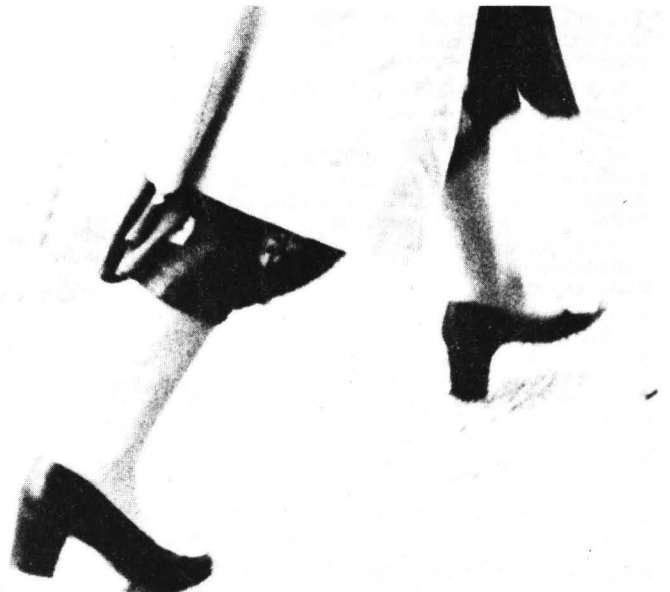
Aber was sind das für Leute, die sich einverstanden erklären, sich dem „radioaktiven Tod“ auszusetzen? Weder die Gewerkschaften noch das Komitee gegen die Atomverseuchung von La Hague haben sich ihrer in bemerkenswerter Weise angenommen, und schließlich haben sie wohl oder übel die Hände in den Schoß gelegt. Nicht, daß man es nicht versucht hätte: die CFDT-Gruppe hat wohl den Versuch gemacht, ein Kollektiv der nicht-festangestellten Arbeiter auf überbetrieblicher und territorialer Ebene zustande zu bekommen, so wie es die Regionalversammlung der Nichtfestangestellten im November 1979 in Caen empfohlen hatte; das Kollektiv ist bis heute eine Fiktion geblieben.

Nur zufällig gibt es ein Typ, der in La Hague arbeitet, ein oder zwei Hinweise weiter, dann verliert er sich wieder in der Menge. Dennoch verkehren einige von ihnen regelmäßig in den Umschlagplätzen der „Scene“ von Cherbourg und pendeln zwischen dem ‚Bistingo‘ und der ‚Brasserie du Commerce‘ hin und her, „Treffpunkten zwischen den Scene-Typen und den Subproletariern“, wie man mir erklärt. Einst waren sie AKW-Gegner, jetzt gehen sie in La Hague jobben: das wird doppelt so gut bezahlt wie anderswo. Sie sprechen von ihren vergangenen und zukünftigen Reisen und machen sich über den Arbeiter mit seiner garantierten Beschäftigung lustig, der über den Unfall von La Hague noch nicht einmal mit seiner Frau zu sprechen wagt. (...) Der Unfall? „Ich fühl mich in La Hague sicherer als auf vielen anderen Baustellen, wo ich viel Unangenehmes mitbekommen hab.“ Nicht etwa, daß sich mein Gesprächspartner zum Advokaten des Teufels machen würde, aber er regt sich über die Seelenverfassung derer auf, die er „AKW-Gegner mit Anzug und weißem Hemd“ nennt. Seine Freunde, die ihren Prinzipien treuer geblieben sind, sind jetzt arbeitslos und verschwinden zumeist aus der Gegend. (1980 gab es mehr als 5000 Stellungs-suchende in der Region Cherbourg, wovon 65% unter 25 Jahre alt waren; ein Arbeitsloser von dreien hat einen Zeitarbeitsvertrag hinter sich.) Er aber findet, wie viele der Jungen vom Arsenal, es sei keine Lösung, wenn man sich sperre. Und er erinnert daran, daß es hauptsächlich die Arbeiter der Unternehmen von außerhalb waren, die die Arbeit unterbrochen haben, als sie von der Verstrahlung ihres Kollegen erfuhren. (...) Andere Zeugen berichten von einem fortgesetzten Widerstand im Innern der La Hague-Fabrik.

(aus: Gueule hebdomadaire No. 5 / Januar 1981.)

sen, wo sie nicht von der Pleitewelle erfaßt werden, ökonomisch als konjunkturell abhängige Zulieferer oder im Subkontraktssystem und durch die technologische Aufhebung ihrer Planungskompetenzen im Status von Filialen einer diffusen Fabrik befinden, der die Möglichkeit unkontrollierter Überausbeutung neueröffnet. Zugleich ist, aber auch darüber fehlen Untersuchungen, die prekäre Arbeit in hochtechnisierten bzw. kapitalstrategisch wichtigen Branchen etabliert. Der Transport- und der Energiesektor leben vom Nebeneinander garantierter und unständiger Arbeitskraft. Und die Reinigung von AKWs durch Jobber ist nicht nur ein französisches Phänomen (s. Kasten).

Unvollständig bleibt die Übersicht auch ohne Berücksichtigung all jener Arbeitsverhältnisse, in denen direkt oder indirekt ein staatliches Kommando vorherrscht. Mit der Auflösung des Verhältnisses von Arbeit und Reproduktionskosten in der kapitalistischen Ökonomie, mit dem Verzicht des Kapitals auf die Perspektive der Massenarbeitskraft und damit auf die Reproduktion der Arbeiterklasse innerhalb seiner selbst, muß zugleich die außerökonomische Gewalt der Arbeit zunehmen. Gerade in Deutschland ist Arbeit immer auch ein soziales Verhältnis zwischen Kapital und Unterklassen und ein Verhältnis zum Staat gewesen; Arbeitsmotivation, Disziplin und Staatsloyalität waren stets synonym. Je mehr die Arbeit als solche entwertet wird, desto mehr wird künftig die Verfügung über die Nichtarbeitszeit, die Kontrolle sozialer Situationen und Vollzüge, kurz jede zeitlich-räumliche Einordnung in die kapitalistische Gewaltlogik die Form der Arbeit annehmen können, ob im Lohn ausgedrückt oder unentlohnt. (31) Im Mittelpunkt dessen steht die Arbeitstherapie und Zwangsarbeit als staatliche Organisation der Arbeit (s. den Beitrag über „Zwangsarbeit“ in diesem Heft). Aber auch der Zusammenhang von Arbeit und Sozialhilfe- bzw. Armenprogrammen und die staatliche Inszenierung und Abgrenzung des Bereichs von Illegalität, in dem Arbeit gesondert ausgebeutet werden kann, gehören hierher. Alle Arten der Lagerhaltung potentieller Arbeitskraft, die Verbindung von Bestrafung, Internierung in Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten, von sozialer Rehabilitation oder Fürsorge mit Arbeitsauflagen, schließlich die Motivationskurse der Arbeitsämter und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (32) übernehmen die Funktion, Arbeitskraft außerhalb des Arbeit-Lohn-Verhältnisses zwangsweise bereitzustellen. Zugleich sind sie auf einen Bezug zum produktiven Zyklus und zur Mehrwertabpressung – und sei sie noch so gering – hin eingerichtet. Der Übergang zwischen den verstaatlichten Arbeitsverhältnissen und den untersten Segmenten des „freien“ Arbeitsmarktes bleibt fließend.



## Hetze

Irmgard Blättel: „Die Arbeit im Büro ist ‚Maloche‘ geworden, wie es früher in der Arbeitersprache hieß. ... Häufig treten Lärm-, Klima- und Beleuchtungsprobleme auf. Schlecht lesbare Texte erschweren die Arbeit. Muskelschmerzen in Rücken und Nacken, Augenbeschwerden wie Augenbrennen, Augenflimmern, Rötungen und Ermüdung der Augen nehmen zu. Deshalb fordern wir u.a. auch eine Begrenzung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten, ausreichende Pausen und den Wechsel mit anderen Tätigkeiten.“

Die Strategie der Arbeitgeber sei dagegen, die schwer belasteten Arbeitsplätze vorrangig mit Teilzeitarbeitskräften zu besetzen. „Das hat für die Arbeitgeber den Vorteil, daß sie diese Arbeitskräfte noch effektiver nutzen – nein ich sage ausnutzen – können. Sie sparen zusätzliche Erholungszeiten, weil die notwendige Erholung ja bei Teilzeitarbeitskräften ganz auf die Nichtarbeitszeit hinausgelagert wird.“

Die Steuerung der Teilzeitarbeit im Lebensmitteleinzelhandel erfolgt heute bereits automatisch durch die Kassen, die Umsatz, Kundenzahl und Lagerbestände registrieren. Bei starkem Kundenandrang oder sich leerenden Lagern werden die Teilzeitkräfte, die sich zu Hause ständig bereithalten müssen, abberufen. In den Supermärkten und Kaufhäusern, wo die Rationalisierung unter dem Motto ‚Verlagerung der Arbeit auf den Kunden‘ stattgefunden hat, hatte eine Verkäuferin 1973 12,5 qm Verkaufsfläche zu betreuen. 1981 waren es schon 19,4 qm.

Extreme Auswirkungen von Teilzeitarbeit wurden von einer Vertreterin der HBV beschrieben: „Seit 15 Jahren arbeite ich bei C&A Brenninkmeier. In diesem Unternehmen werden schon seit vielen Jahren Teilzeitarbeitsverträge mit Frauen ausgestellt. Die Frauen an der untersten Hierarchie der Teilzeitarbeiterinnen sind die sogenannten Aushilfen. Aushilfen erhalten einen Arbeitsvertrag über 3 Monate. Der Vertrag garantiert lediglich eine 4stündige Arbeitszeit in der Woche. Und innerhalb dieser 3 Monate kann der Vertrag jederzeit wieder gelöst werden. Und Kolleginnen und Kollegen, das passiert sehr oft. Nach einer Aussetzzeit von 5 Wochen bekommen die Frauen dann vielleicht wieder einen neuen Arbeitsvertrag. Ich habe Kolleginnen, die schon 30 Jahre unter diesen Bedingungen arbeiten. Aushilfe sein bedeutet, immer bereit zu sein. Morgens bekommt sie einen Anruf, in dem ihr mitgeteilt wird, daß sie um 11 Uhr im Betrieb sein soll. Für die Frauen bedeutet das: die Kinder in der Schule wissen nichts davon, sie muß dem Mann Bescheid sagen, Essen vorbereiten, Waschmaschine ausstellen, Haare waschen, damit man dann auch noch fit ist, umziehen und dann zur Arbeit. Und wenn die dann Pech hat, wird ihr mitgeteilt, daß sich das mit der Arbeit geregelt hätte, die erkrankte Kollegin sei vom Arztbesuch zurück und sie brauche jetzt nicht mehr zu kommen. Ist aber viel Arbeit im Betrieb, so arbeitet die Kollegin bis zu 40 Stunden in der Woche.“

(Courage 7/1981)

## Datenübertragung: Die Revolution in der Heimarbeit

In Großbritannien beschäftigt eine Beratungsgesellschaft für Computersysteme sechshundert Personen zu Hause, darunter 95% Frauen. Nur 10% der Gesamtzahl beziehen ein festes Einkommen, die anderen arbeiten im Stücklohn. Die Unternehmensleitung schätzt, daß das Personal „bei sich zu Hause in fünfundzwanzig Stunden eine Arbeit verrichtet, die fünfunddreißig Stunden Büroarbeit entspricht“, was einer wirklichen Arbeitszeitverkürzung gleichkommt ... der entlohnten Zeit wohl gemerkt. Zahlreich französische Unternehmen werden davon träumen!

Die Erneuerung der Heimarbeit wird durch die Entwicklung der Telematik erleichtert. Dank der Verbindung zwischen einem Rechner und dem Fernsprechnetzen erlauben die neuen Technologien es, von heute an bestimmte Sekretariatstätigkeiten (durch Maschinen zur Textverarbeitung, Tätigkeiten der Datenerfassung (durch Terminals), der Planung (durch rechnergestützte Zeichner oder Reißbretter), kurz alle die Beschäftigungen zu verlagern, bei denen Datenbanken oder letztlich sogar automatische Maschinen eine Rolle spielen – obwohl es schwierig sein dürfte, einen Roboter im Wohnzimmer zu halten.

Diese Veränderung betrifft demnach ebensowohl den Angestellten wie den Ingenieur oder den Direktor eines Unternehmens. Aber die Einsätze sind doch verschieden: die Situation des leitenden Angestellten, der einige Stunden während des Wochenendes den Terminal in seiner Privatwohnung in Neuilly dazu benutzt, um sich mit dem zentralen Rechner seiner Firma in New York zu unterhalten, ist nicht vergleichbar mit der einer Versicherungsangestellten, die dazu verurteilt ist, einen Raum ihrer 3-Zimmer-Sozialwohnung in Aubervilliers für die Installierung einer Textbearbeitungsmaschine herzugeben.

Die Tatsache, daß die Heimarbeit wieder auf die Tagesordnung kommt, mag paradox erscheinen, denn die Behörden sehen darin eine archaische und zum Untergang verurteilte Arbeitsform. Am Vorabend der großen Streiks von 1936 zählte man in Frankreich eine Million Heimarbeiter. 1980 blieben nach amtlicher Statistik nur 34 061 Personen übrig, wovon 42% im Textil- und Bekleidungsbereich beschäftigt sind – 87% der Gesamtzahl wiederum sind Frauen. Doch diese Zahlen liegen sicherlich weit unterhalb der Wirklichkeit, denn sie berücksichtigen nicht die illegal Arbeitenden, die in diesem Bereich besonders zahlreich sind.

Das Auftreten dieser Form von Arbeit im tertiären Sektor ist ebenfalls überraschend. Wird man nicht, wenn sie sich weiterentwickelt, eine Zersplitterung der Arbeitsteams erleben, während man seit mehreren Jahren im Gegenteil eine sehr starke Konzentration beobachten konnte? Wird der ge-



stiege Quadratmeterpreis der Büros einige Unternehmen dazu drängen, der Lösung der Heimarbeit den Vorzug vor der Vergrößerung ihrer Räumlichkeiten zu geben? Die Erscheinung des „Büros in der Wohnung“ entspricht einer Epoche der Reorganisation der Tätigkeiten im tertiären Sektor, um die Kontrolle der Personalführung zu verändern und die Produktivität zu steigern, wie das auch in den Fabriken der Fall ist.

Zahlreiche Firmenchefs verfolgen mit Interesse die laufenden Versuche der Generaldirektion des Fernmeldewesens, insbesondere das Experiment Teletel, das jüngst in Velizy begonnen wurde. Gegenwärtig werden die Möglichkeiten des Austauschs von Videotexten nur in Bereichen mit großem Publikumsverkehr ausgenutzt (Verwaltungs- und Bankauskünfte, Fahrplanhinweise etc.), obwohl der zuständige Minister bei der Einweihung der Versuchsreihe am 9. Juli 81 die Notwendigkeit einer „verstärkten Entwicklung der professionellen Anwendungsfirmen“ des Videotextes betont hat, was sicherlich die Aufmerksamkeit zahlreicher Industrieller und Firmenchefs im tertiären Sektor auf sich gezogen hat.

Die Senkung der Anschaffungskosten für einen professionellen Terminal (unter 5000 F) und der Telefonkosten könnten zahlreiche Firmen dazu veranlassen, mit einer Dezentralisierung der Beschäftigung zu beginnen. Altbekannte Argumente könnten zugunsten dessen sprechen: die Verringerung des Energieverbrauchs, die ein Rückgang des Pendelns zwischen Wohnort und Arbeitsstätten mit sich bringen würde, und die Wiederbelebung von benachteiligten Regionen durch Schaffung von Heimarbeitsplätzen.

In einem soeben erschienenen Bericht über „Telematik und Raumordnung“ plädiert der Verfasser (Huet) für die Einrichtung von 10000 Terminals für Videotext an den Schulen. „Diese Verbreitung der Telematik“, so schreibt er, „entspreche der Tatsache, daß eine umfassend unterrichtete und sozusagen überinformierte Jugend den Arbeitsmarkt betritt. Diese neue Generation macht eine Organisation denkbar, wo jederman oder jede Gruppe von Menschen zu einem Verantwortlichen wird (in autonomen Gruppen z.B.), der

folglich jeden Tag relativ vielschichtige Entscheidungen zu fällen hat, von denen wiederum andere Gruppen von Menschen gleichfalls betroffen sind.“ Im Klartext gesprochen heißt das, daß diese Generation sicherlich höchst geeignet für die Heimarbeit sein wird. Diese „verantwortlichen“ Einzelnen werden sich also einen Terminal zu vernünftigen Preis kaufen können, wie sich heute die „selbständigen“ Arbeiter in der Konfektion ihre eigene Nähmaschine für 5000 bis 10000 Francs kaufen.

Manche treiben die Analyse noch weiter voran, so namentlich zwei mit dem Versuch „Teletravail“ (Fern-Arbeit) beauftragte Forscher, Norbert Alter und Elsbeth Monod, die schreiben: „... der Wert der Arbeit befindet sich in der Krise: viele neigen dazu, ihre Eingliederung in ein Unternehmen zu verweigern; sie führen eine Rückzugsstrategie in Bezug auf die Berufswelt (Marginalisierung, prekäre Arbeit ...). Kann man sich nicht vorstellen, daß eine einigermaßen ‚bescheiden‘ (pauvre) Telearbeit diese Bevölkerungsgruppen befriedigen könnte, indem sie ihnen eine Berufstätigkeit ohne Verkehrsprobleme erlaubt, die sie auf dem Lande ausüben können?“

Gegenwärtig haben die Heimarbeiter im traditionellen Sektor keinen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung im Fall eines Beschäftigungsrückgangs; dagegen können sie aufgefordert werden, zwölf Stunden täglich zu arbeiten, wenn ihr Unternehmen angesichts eines wachsenden Auftragsbestandes in Bedrängnis kommt. Das Wettbewerbsniveau von solcherart Unternehmen beruht gerade auf dieser Marginalisierung eines Teils des Personals. Sollte sich die informatisierte Heimarbeit in diesem vorgegebenen Rahmen entwickeln, dann wäre sie nichts als ein zusätzliches Instrument der Verunsicherung der Beschäftigungsverhältnisse. Einige Regierungsmitglieder sind sich dieser Probleme bewußt, insbesondere der Wirtschaftsminister Jacques Delors, der letzten Oktober anläßlich einer Tagung über die Telearbeit erklärte: „Wird die Heimarbeit zur Verstärkung jenes informellen Sektors (um nicht den Begriff der Schwarzarbeit zu gebrauchen) führen, der sich in vielen Ländern, in Japan, in den Ostblockländern und selbst in Frankreich entwickelt? ... Wir müssen Mittel finden, um den Bestand gemeinsamer arbeitsrechtlicher Vereinbarungen zu sichern.“

Ein Soziologenteam hat seit 1980 im Auftrag des Arbeitsministeriums Untersuchungen über die Heimarbeit angestellt. Es werden Arbeitsverhältnisse aufgezählt, die „eine ganze Reihe von Allgemeinplätzen über die Vorzüge der ‚Heimarbeit für Frauen‘ widerlegen, insbesondere ‚den Gedanken, daß die Heimarbeit einen Beitrag zur Verbesserung des Familienlebens darstellen könnte‘. Die befragten Arbeiterinnen betonten häufig ‚die Anspannung und Nervenbelastungen, die durch eine solche Arbeit im Rahmen des Familienlebens hervorgerufen werden.“

Als in Elbeuf die weiblichen Angestellten eines Versicherungsunternehmens Ende 1979 aus der Presse erfuhren, daß die Unternehmensleitung beabsichtigte, sie in Heimarbeit zu beschäftigen, waren die Reaktionen durchweg ablehnend. Stattdessen, so berichtet die Zeitschrift „Revue-menage“, waren ihre Ehemänner damit einverstanden: „Das ist gut so, sie wird bei den Kindern bleiben können, verstehen Sie, jetzt geht das schlecht.“ Wird es sich, wie die Gewerkschaft CGT geäußert hat, darum handeln, „die Frauen an den Herd zurückzuschicken, um den Mängeln in der sozialen Versorgung (an Kinderkrippen, Aufsichten etc.) abzuhelpfen?“

Das hindert nicht, daß viele Frauen diese Situation freiwillig auf sich nehmen und wie eine Befreiung erleben. „Fast alle sind froh darüber, weder Chef noch Vorarbeiter im Rücken zu haben und sich an die Arbeit zu begeben, wann sie wollen, die Arbeit nach eigenem Belieben zu organisieren“, schreibt Monique Haicault, Soziologin an der Universität Toulouse, und fügt hinzu: „In der Praxis wechseln sie lediglich die Art der Tätigkeit und der Körperhaltung. Der Übergang von der sitzenden Beschäftigung zum Stehen erzeugt einen ‚Erholungseffekt‘. Die Frauen ruhen sich von der Maschine aus, während sie das Essen zubereiten.“

(Richard Clavaud, Le Monde 9.8.1981)





## Anmerkungen zu (2)

- 1 M. Beaud et D. Biron in: *Le Monde diplomatique*, März 1979.
- 2 WSI-Mitteilungen 2/1982, S. 59 f.
- 3 Ich beziehe mich hier auf S. Berger u. Michael J. Piore, *Dualism and Discontinuity in Industrial Societies*, Cambridge 1980, S. 49 f, 15, 17; diesem Buch entnehme ich auch eine Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung in den USA, Italien und Frankreich, S. 28 ff., 33 ff., 41 ff.; dazu ferner M. Reich, D.M. Gordon, R. Edwards, *Arbeitsmarktsegmentation und Herrschaft*, in: W. Sengenberger (Hg.), *Der gesplittete Arbeitsmarkt*, Frankfurt/M. 1978, S. 55, und G. Celletti, *Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktstruktur in Italien*, ebd. S. 257 ff.
- 3a Zur Situation in Frankreich s. den Beitrag von P. Cingolani in diesen Heft sowie J.P. de Gaudemar, *Usines et ouvriers. Figures du nouvel ordre productif*, Paris 1980.
- 4 Siehe WSI-Mitteilungen 6/1981 („Modell Japan' für die Bundesrepublik Deutschland?"), insbesondere den Beitrag von J. Welsch, dort S. 338 ff.
- 5 Ebd. S. 342 f.
- 6 Zu nennen ist vor allem das Projekt „Qualifikationsverwertung und berufliche Mobilität", das vom Bundesinstitut für Berufsbildung und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BfA 1979 begonnen wurde; s. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 12. Jg., 1979, S. 270 ff.
- 7 Siehe u.a. B. Teriet, *Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität*, in: *Technologie und Politik* 8, Reinbek 1980, S. 75 ff.; S. Gensior / F.O. Wolf, „Zeitsouveränität' und Normalarbeitszeit. Zur neuen Diskussion über ‚Arbeitszeitpolitik', in: *Leviathan*. Jg. 8, 1980, S. 106 ff. — die Autoren zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich das Hirn des Kapitals zerbrechen und die kapitalistische Aggression auf dem Arbeitsmarkt in das Vokabular der linken Sozialwissenschaft übersetzen („chronometrisch bestimmte neue Arbeitszeitformen" = Frauenteilzeitarbeit); aufschlußreicher sind die Arbeiten von Heinze / Hinrichs / Hohn / Offe / Oik, *Arbeitszeitflexibilisierung als beschäftigungspolitisches Instrument. Wirkungen und Grenzen Neuer Arbeitszeitpolitik*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 3, 1979, S. 276 ff.; von G. Bäcker u. H. Seifert, *Arbeitszeitverkürzung durch individuelle Flexibilität oder tarifvertragliche Regelungen?* in: WSI-Mitteilungen 2/1982, S. 123 ff.; und von H.G. Mendius, *Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Zu Voraussetzungen und Möglichkeiten beschäftigungswirksamer Interessenvertretung*, in: WSI-Mitteilungen 4/1978, S. 202 ff.; ders., *Vollbeschäftigung durch gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik?* in: *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80*, Berlin 1980, S. 88 ff., worauf ich im folgenden zurückkomme.
- 8 Siehe Gensior / Wolf, S. 109 f.
- 9 Heinze u.a. S. 280.
- 10 Ebd. S. 281, 285.
- 11 H.G. Mendius in: WSI-Mitteilungen 4/1978, S. 210 f., 204, 206, 207; vgl. H.U. Bach, H. Kohler, L. Reyher, B. Teriet, *Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960-75*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 1, 1977, S. 19 ff.; dies., *Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Volumeberechnung, Auslastungsgrad und Entlastungswirkung*, in: ebd. 3, 1979, S. 381 ff.
- 12 Lt. Bäcker / Seifert in: WSI-Mitteilungen 2/1982, S. 125.
- 13 Mendius in: WSI-Mitteilungen 4/1978, S. 211.
- 14 Ders. in: *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80*, S. 92.
- 15 W. Then, *Zeit-Arbeit. Neue Formen am Arbeitsmarkt — Neue Chancen im Beruf*, Düsseldorf/Wien 1974, S. 241, 80; vgl. zum folgenden auch P. Hürtner, U. Wagner, *Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Leiharbeit*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1977.
- 16 Berger/Piore, *Dualism and Discontinuity in Industrial Societies*, 1980, S. 38.
- 17 *Handelsblatt* 25.8.1978; *Süddeutsche Zeitung* 5.9.1978; *Frankfurter Rundschau* 5.9.1978; s. auch das dokumentierte BfA-Papier. Auch die übrigen Informationen zur Lage auf dem Leiharbeitsmarkt entnehme ich der damaligen Presse.
- 18 Lt. *Die Welt* 27.5.1982.
- 19 Anhaltspunkte für den Umfang der illegalen Ausländerbeschäftigung ergeben sich aus folgenden von der BfA genannten Zahlen: Allein im Jahr 1979 wurden vom BGS insgesamt 211 283 Ausländer an den Grenzen der BRD zurückgewiesen, davon allein 18 256 wegen des „konkreten Verdachts der Arbeitsaufnahme". Von den Dienststellen der BfA sind im gleichen Jahr 27 609 Fälle der Tätigkeit ohne Arbeitserlaubnis durch ausländische Arbeiter und 29 544 Fälle der Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis durch Arbeitgeber aufgegriffen worden (FAZ 28.3.81).
- 20 Lt. *Wirtschaftswoche* 9.5.1980; vgl. ebd. 14.5.1979.
- 21 *Die Welt* 27.5.1982.
- 22 *Liberation* 23.4.1980; vgl. das Dossier u.d.T. „Le Travail noir en Europe et aux U.S.A." in: *Intersocial*, No. 61, 1980, S. 3-16; ebd. S. 31 ff. zur Teilzeitarbeit.
- 23 Nach J.I. Gershuny, *The Informal Economy. Its role in post-industrial Society*, in: *Futures*, Vol. 11, 1979, S. 3 ff. wären die (unbezahlte!) Hausarbeit, die Nachbarschaftshilfe im Bereich sozialer Dienste und die Schwarzarbeit zusammenzufassen.
- 23a P.M. Gutman, *The Subterranean Economy*, in: *Financial Analyst's Journal*, Nov./Dec. 1977.
- 24 Um seine Stellungnahme zur Erhebung über die Schwarzarbeit in Frankreich gebeten, sagt Andre Gorz lt. *Liberation* vom 23.4.1980, er leugne nicht, daß mittels der Schwarzarbeit „die Gewerkschaftsmacht abgewendet, die Belastungen verringert und die Profite erhöht" würden; aber solcherlei Berichte spiegelten auch eine spezifische Beunruhigung wider: „Der Bericht von Delorozoy vermengt die entlohnte Schwarzarbeit mit dem Austausch von Dienstleistungen. In der Tat befürchten die Unternehmer, daß eine ganze Dimension von Tätigkeit den Warenbeziehungen ihnen entgehen könnte. Das wäre ja ein Skandal! Außerdem liegt manchmal in der Schwarzarbeit eine Form von Revolte der Arbeiter. Das Monopol der Ausbeutung der Arbeit entgeht dem Unternehmer. Was die Formen von Arbeit betrifft, die auf einer freiwilligen Kooperation beruhen, so nehmen sie eine Gesellschaft vorweg, in der der Maßstab der Tätigkeit nicht vom Geld beherrscht wird."
- 25 *Liberation* 23.4.1980
- 26 *International Herald Tribune* 6.3.1981.
- 27 *Spiegel* 3, 1982; vgl. R. Hickel ebd. 5, 1982; ferner *Spiegel* 46, 1981, wo von Friedman die Meinung zitiert wird, die Italiener hätten die gesündeste Wirtschaft Europas — „ich spreche nicht von der offiziellen Wirtschaft, die auf der Stelle tritt, sondern von der anderen, der parallelen und heimlichen. Diese Untergrund-Wirtschaft, sehr erfindungsreich, ist dabei, sich prächtig zu entwickeln."
- 28 Hürtner/Wagner, *Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Leiharbeit*. IAB der BfA, Nürnberg 1977; vgl. Chr. Brinkmann, *Der Wunsch nach Teilzeitarbeit bei berufstätigen und nicht berufstätigen Frauen*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 3, 1979, S. 403 ff.; und ebd. S. 268 f.
- 29 Hürtner/Wagner, a.a.O.
- 30 Heinze u.a. in: *Mitt. AB* 3, 1979, S. 283.
- 31 Dies ist ein Gedanke, den wir M. Montano (a.a.O., S. 228 f.) entnommen haben.
- 32 Das jüngste Beispiel: „Zur Beschäftigungspolitik, einem Hauptpunkt der Kontakte mit der GAL, hat Dohnanyi jetzt seinen schon älteren Gedanken (!) einer Ausbildungspflicht für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche unter 18 Jahren für Hamburg neu in die Diskussion eingeführt. (...) Es sei daran gedacht, gegenwärtig Erwerbslosen eine Teilzeitbeschäftigung in ihrem Beruf anzubieten. Der Bürgermeister erwähnte als mögliche Beispiele für solche Wege der staatlichen Arbeitsbeschaffung den Einsatz von derzeit stellenlosen Lehrern im Unterricht für ausländische Schüler oder von arbeitslosen Bauarbeitern für die Renovierung von Schulen. Auch bei sozialen Diensten, etwa in der Krankenpflege, würden dringend Arbeitskräfte gebraucht. Hamburg plant nach den jüngsten Haushaltsbeschlüssen des Senats, 200 Mill. Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzusetzen." FAZ 25.8.1982.

# Von der Arbeitsmarkttheorie zur Ideologie der „dualen“ Gesellschaft

## a. Der Gehalt der These der Arbeitsmarktsegmentation

Die neuere, in Abgrenzung von der „neoklassischen“ Arbeitsmarkttheorie (d.h. dem Markt- und Gleichgewichtsmodell) formulierte Literatur zur Theorie der Segmentation bzw. der „Dualisierung“ des Arbeitsmarktes ist sich über den Charakter der ungleichmäßigen Entwicklung industrieller Gesellschaften und vor allem über die Bedeutung des sog. sekundären Sektors als eines letztlich globalwirtschaftlichen Fundus und Steuerungsinstruments vollkommen klar. Wenn ich einige Aspekte dieser Literatur meine aufgreifen zu können, dann tue ich das nicht aus dem Grund, weil ich die Anschauung der Klassik für falsch hielte, wonach die „Allokation“ (Zuordnung) von Arbeitskräften letztlich nach Angebot und Nachfrage dem (Lohn-)Mechanismus des Marktes folgt, oder weil ich den Übergang von der Marx'schen Werttheorie zu den Erscheinungen des Arbeitsmarktes nicht zu konstruieren wüßte (das auch); noch weniger habe ich die Absicht, mich sozusagen „kritisch“ an die These vom dualen Arbeitsmarkt anzuhängen, wie es Mode geworden ist. Die Segmentationsthese hat, weil sie empirische Erscheinungen klassifiziert und der gegenwärtigen Restrukturierung der Arbeitsmärkte deskriptiv nachkommt, die Vorteile und Grenzen instrumentellen Denkens an sich. Für entscheidend halte ich aber, daß sie – wenigstens in der Fassung von Piore u.a. – einen sozialhistorischen Gehalt hat, der sich erst dort verflüchtigt, wo die Beschreibung in ein ausdifferenziertes und formalisiertes mikroökonomisches Schema übertragen wird (1) oder zum ideologischen Konzept der „Nicht-Klasse von Nicht-Arbeitern“ (Gorz) und zu einer linksalternativen Krisenstrategie verkommt.

Genug der Vorrede. Ich habe die Grundzüge der Segmentationsthese, die überaus banal erscheint, schon oben referiert. „Die Grundhypothese der dualen Arbeitsmarkttheorie war, daß der Arbeitsmarkt in zwei grundsätzlich verschiedene Sektoren untergliedert ist, in den primären und sekundären Sektor. Der primäre bietet Arbeitsplätze mit relativ hohen Löhnen, guten Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, Fairness und Respektierung der individuellen Rechte bei der Anwendung von Arbeitsbestimmungen sowie vor allem stabile Beschäftigung. Arbeitsplätze im sekundären Sektor dagegen sind eher schlecht bezahlt, weisen ungünstigere Arbeitsbedingungen auf und bieten geringe Aufstiegschancen; sie sind durch ein stark personalisiertes Verhältnis zwischen Arbeitern und Vorgesetzten geprägt, was einen breiten Spielraum für Günstlingswirtschaft läßt und eine hart und willkürlich gehandhabte Arbeitsdisziplin fördert; und sie sind charakterisiert durch beträchtliche Instabilität der Beschäftigung und eine hohe Fluktuation unter den Arbeitnehmern. Diese Hypothese sollte die Probleme der benachteiligten, insbesondere der schwarzen Arbeiter in Ballungsgebieten erklären, die bis dahin der Arbeitslosigkeit angelastet worden waren.“ (2)

In einer historischen Situation, der das Anwachsen der Arbeitermilitanz voraufgeht, antwortet das Kapital mit einer Spaltung des Arbeitsmarktes und mit einer Ausweitung des „sekundären“ Sektors von Beschäftigung unterprivilegierter Arbeitskraft, die aus einem im weiteren Sinne vor-industriellen Milieu rekrutiert wird. Nicht allein wird damit die Entstehung von „Segmenten“ / Barrieren auf dem Markt und die Verfestigung sei es geschlechtsspezifischer, rassisch-ethnisch-kultureller oder bildungsmäßiger, klassenspezifischer Benachteiligungen konstatiert, die eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitskräfte auf dem Markt verhindern. Sondern das Modell berücksichtigt die historische Ungleichzeitigkeit und den Schnittpunkt des Kapitals, worin es auf fortgeschrittener Stufe des Klassenantagonismus seine ursprüngliche Akkumulation stets von neuem reproduziert. (2a)

Piore führt als Kriterium der sekundären Arbeitssituation das niedrige Lohnniveau, den unsicheren Status und das Fehlen von Aufstiegsmöglichkeiten an (sagen wir: die Kriterien der nicht-keynesianischen Arbeitskraft); und er fügt hinzu: „Diese Arbeitsplätze sind im wesentlichen unqualifiziert, entweder weil sie überhaupt keine Ausbildung erfordern oder weil sie menschliche Grundkenntnisse und Fähigkeiten ausnutzen, die von allen erwachsenen Arbeitskräften virtuell geteilt werden. (...) Die Arbeitskraft in diesen Beschäftigungsverhältnissen setzt sich aus verschiedenen Gruppen zusammen, deren hauptsächliche Identität aus sozialen Rollen außerhalb des Arbeitsplatzes herrührt: Frauen, Heranwachsende, Bauernarbeiter oder vorübergehende Migrationsarbeiter. Solche Arbeiter sind typischerweise unstetig, mit einer hohen Rate an turn over und häufigen Bewegungen in die Arbeitskraft hinein und wieder heraus.“ (3) Was hier als Mobilität und Wechsel zwischen sozialer Subjektivität und der Rolle als Arbeitskraft beschrieben wird, entspricht dem historischen Vorgang, **daß das Kapital die Arbeitskraft für sekundäre Jobs sowohl schafft als auch vorfindet.** Diese Arbeitskraft wird, wie Piore verallgemeinernd auch sagt, aus „vorindustriellen Gruppen und Klassen“ gezogen. (4) Es handelt sich also um eine Arbeitskraft, deren Eigentümlichkeit darin besteht, daß sie in einem kulturellen und ökonomischen Milieu außerhalb des Kapitals gebildet (und reproduziert) und vom Kapital mobilisiert und vernutzt wird. Als Beispiel für einen solchen fortgesetzten Prozeß der Rekrutierung von Arbeitskraft durch das Kapital auch in den Metropolen ist in erster Linie die Migrationsarbeit zu nennen. Deren Bedeutung für den sekundären Sektor des metropolitanen Arbeitsmarktes wird von Piore unter kulturellem Aspekt gesehen: „Der Migrationsprozeß, durch den das Angebot an Arbeitskräften in Amerika traditionell aufgefüllt wurde, wirkt zerstörend (...) Wanderarbeiter kamen im allgemeinen aus ländlich-agrarischen Gemeinwesen in Europa, in Lateinamerika oder, besonders in letzter Zeit, aus

dem schwarzen Süden. Diese Gemeinwesen setzten sich zusammen aus einem Netz von ausgedehnten Familien- und ‚peer-group‘-Beziehungen (...) Manchmal, obwohl dies weniger wichtig ist, wenn ein Wanderungsstrom einmal begonnen hat und man am Zielort Verwandte antrifft, geht das ausgedehnte Netz familiärer Beziehungen überhaupt verloren.“ (5) Es sind die Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt, die Piore zufolge die Perspektive einer Arbeiterkultur (mit der Präferenz stabiler Beschäftigungsmuster) für die migrierenden Unterklassen ausschließen. Dahinter aber liegt die Perspektive des Kapitals, den Zusammenhang des sekundären Sektors von Beschäftigung mit einer informellen Reproduktionsweise auszubeuten – die Perspektive der Vernutzung einer nicht innerhalb des Kapitals reproduzierten Arbeitskraft.

Dieser Versuch einer sozialgeschichtlichen Begründung der Segmentationsthese wird durch die Interpretation des **Nebeneinanders von Arbeitslosigkeit und sekundärem Sektor** gestützt. Die ganze Theorie ist, wie gesagt, vor dem Hintergrund der Armut, Arbeitslosigkeit und Ghettobildung der Schwarzen in den nordamerikanischen Großstädten entwickelt worden, und zwar zu einem Zeitpunkt, als sich das Scheitern der keynesianischen ‚big-society‘-Programme der Kennedy-Johnson-Ära abzeichnete und das US-Armenprogramm reorganisiert zu werden anstand. Die Spaltung des Arbeitsmarktes wurde (von Reich, Gordon u.a.) als ein Produkt des Klassenkampfes und eine Antwort auf die Proletarisierung und Homogenisierung der US-Arbeiterklasse begriffen. (6) Und der Arbeitslosigkeit kam demzufolge die völlig neue Funktion zu, ein Ausdruck und Hebel der Mobilität / Instabilität der Arbeitskraft des sekundären Sektors zu sein. Es gab „nebeneinander hohe Kündigungsquoten, hohe Arbeitslosenquoten und hohe Quoten an offenen Stellen, da die Arbeitnehmer zwischen Arbeitsplätzen und zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbsleben hin und her pendeln.“ (7) Dies Nebeneinander funktionierte aber zugleich nur, insoweit das Niedriglohnsystem durch externe Zuschüsse zu den Lohnkosten kompensiert blieb; d.h. die Gelegenheitsarbeit im sekundären Sektor war abhängig von den unterstützenden Sozialleistungen des Wohlfahrtssystems, das von daher die Aufgabe der Armutsregulation übernahm, oder von anderen Einnahmequellen und der Teilhabe an der „Ghettoökonomie“ (Familienwirtschaft und Illegalität). (8) Untersuchungen ergaben, „daß Arbeitnehmer auf dem Sekundärmarkt häufig zwischen Arbeit auf dem schlecht zahlenden Sektor und dem Sozialhilfesektor und auch zwischen diesen beiden Sektoren und der ‚irregulären Wirtschaft‘ der illegalen und halblegalen Arbeit pendeln. Je höher die staatlichen Sozialleistungen, desto weniger Zeit müssen die Arbeitnehmer auf sekundären Arbeitsplätzen verbringen.“ (9)

In der Umkehrung dessen liegt die Strategie der Regulation der Armut durch prekäre Arbeit, wie sie sich inzwischen im ‚US-Workfare-State‘ durchgesetzt hat (s. Kasten). Vietorisz und Harrison stellten fest, daß „das Wohlfahrtssystem ein integraler Bestandteil dieses Teufelskreises ist. Einerseits stellt es den Lohntütenersatz für sekundäre Arbeitnehmer dar; andererseits hält es das Lebensniveau niedrig genug, um zu erzwingen, daß dem Sekundärmarkt ein beständiges Arbeitskräfteangebot zufließt.“ (10)

Angesichts dieser Resultate bürgerlicher Wissenschaft scheinen mir die Grenzen und Einwände unerheblich, daß die Segmentationsthese nämlich über keine werttheoretische Verankerung verfüge. B. Coriat, der diesen Einwand macht und aus der technologischen und wertmäßigen (d.h. die Zusammensetzung der Kapitalbestandteile betreffenden) Entwicklung

## Modell USA: Der Arbeitsstaat

(...) Der Gesetzentwurf über die Vollbeschäftigung, den Humphrey und Hawkins vorgelegt haben und der schließlich von Präsident Carter unterstützt wurde, hat überhaupt keine Chance, auch in abgemilderter Fassung nicht, vom Kongreß verabschiedet zu werden, der davon überzeugt ist, daß die Vollbeschäftigung – selbst eine relative Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosengrenze von 4% – ein Faktor für Inflation sei. Der Lohndruck wäre „unerträglich, läge die Arbeitslosigkeit unter 5 bis 5,5%“. Arbeitslosigkeit wird nicht mehr als ein vorübergehendes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, sondern als eine der Grundvoraussetzungen des normalen Wirtschaftsablaufs angesehen. Von daher sind auch die Praktiken der Unternehmer gerechtfertigt.

Der strukturelle Rückgang des primären Arbeitsmarktes (Arbeiter in der Industrie und Lohnempfänger der Großunternehmen) und die parallel dazu verlaufende Ausweitung eines sekundären Marktes von Beschäftigung (für Saisonarbeiter, Emigranten, nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter) vergrößern die – in den Vereinigten Staaten traditionelle – Spaltung unter den Arbeitern und folglich ihre Angreifbarkeit. Die zwiespältige Haltung der Gewerkschaften angesichts der illegal aus Mexiko eingewanderten Arbeit ist ein Zeichen dafür. (...)

Man hätte erwarten können, daß das Programm zur Unterstützung der Armen, wie es Carter bei seiner Kandidatur versprochen hatte, die Lebensbedingungen der ärmsten Amerikaner verbessern würde. Das Programm ist in seiner Gesamtheit vertagt worden, obwohl der Präsident eine Versuchsreihe in einigen Städten angeordnet hat. Worin besteht das Programm? Es trifft eine Unterscheidung zwischen den Armen und Bedürftigen, die unfähig sind zu arbeiten (Behinderte, Mütter mit Kleinkindern), und solchen, die arbeitsfähig sind. Die ersten sollen 4 200 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie erhalten. Die übrigen nur 2 300 Dollar, und dies mit der Auflage, bei Strafe der Streichung des Basissatzes an Unterstützung, eine Beschäftigung im Privatbereich (als ob es dort welche gäbe) oder im öffentlichen Sektor zu finden (aber der Haushaltsentwurf für 1979 sah eine Kürzung um 60% bei den jährlich von der Regierung neu geschaffenen Stellen im öffentlichen Dienst vor.) Das Ziel ist, die Armen an die Arbeit zu bringen. Ob sie nun eine Beschäftigung (zum niedrigsten Stundenlohn) finden oder ob sie keine finden, wesentlich ist die zusätzliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch diese neuen Anwärter. Nach dem „Welfare State“ und dem „Welfare-warfare-State“ erleben wir das Heraufziehen des „Workfare State“ – des Arbeitsstaats. Die Institutionalisierung des ehernen Lohngesetzes durch den Staat . . .

(Pierre Dommergues in: Le monde diplomatique, März 1979)

der kapitalistischen Arbeitsorganisation in den Fließband- und Prozeßindustrien selbst die Kriterien für primäre und sekundäre Arbeitsplätze (Kontrolltätigkeiten / Mehrstellenarbeitsplätze und Bandarbeit), für die interne-betriebliche Segmentation und für den Einsatz prekärer Arbeit in der Komplexautomation ableitet, findet keine entsprechende Begründung für die Strategie des Kapitals, zunehmend gerade sekundäre Sektoren außerhalb der traditionellen Fabrik an die Mehrwertkette anzuschließen. (11)

## b. Die Entdeckung des „informellen Sektors“

Arbeit tritt zunehmend wieder als ein reines Element der Sozialkontrolle, und zwar nicht mehr hoher Einkommen (wie im Keynesianismus), sondern niedriger Einkommen hervor. Dies gilt nicht nur gegenüber der Delinquenz gesellschaftlicher Randschichten, die mit der Zwangsarbeit konfrontiert werden, sondern auf breiter Front für das Verhältnis des Staats zu dem Potential an Armut, welches aus dem gegenwärtigen Industrialisierungsprozeß ausgefällt wird. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor einer neuen Etappe der Lösung der sozialen Frage von oben. Die Sozialpolitik jenseits des keynesianischen Wohlfahrtsstaats wird, je nach Stärke der nationalen und internationalen Klassenkonstellationen, auch in den Metropolen die Frage zu regeln versuchen, wieweit die Unterklassen zu verelenden sind, um sie zugleich noch aus der Arbeitslosigkeit in die prekären Arbeitsmarktabschnitte hineinzupressen. Denn das Ziel der kapitalistischen Restrukturierung und der scheinbaren Freisetzung von Arbeitskraft bleibt, wir haben es gesagt, die Einbeziehung aller Formen von Arbeit und Ausbeutung in den Mehrwertzyklus des Kapitals – eben der „Workfare State“. Allerdings sind die Grenzen des Abbaus von Sozialleistungen, wie man gerade in der BRD weiß, nicht beliebig verschiebbar, aber die neue Sozialpolitik wird auf das Gefälle der Arbeitsmärkte hin zugeschnitten sein. Eine langfristige Vernutzung von prekärer Arbeit schließt daher notwendig die Rekonstruktion von Subsistenzmöglichkeiten außerhalb des Kapitals ein.

Einen bisher einzigartigen Versuch einer historischen und wertmäßigen Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Niedriglohnarbeit im sekundären Sektor des kapitalistischen Arbeitsmarktes und einer für das Kapital kostenlosen Reproduktion der Arbeitskraft im nicht-kapitalistischen Sektor hat Claude Meillassoux vorgelegt. (12) Soweit ich sehe, ist dies zugleich der wichtigste Ausgangspunkt für eine Kritik der Marx'schen Wert- und Lohntheorie, von dem ausgehend der eigentliche Antagonismus des Kapitals (die subjektive Existenz des „Nicht-Werts“) zu bestimmen wäre, der **nicht** in dessen Selbstverwertung aufgeht. Meillassoux' Ansatz, der über den Marxismus hinausreicht, berücksichtigt, daß der Kapitalismus nicht nur in seiner Entstehungsphase in Europa (der Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ als der Freisetzung der Arbeitskraft durch Expropriation und Trennung von den bisherigen Produktions- und Lebensmitteln an Grund und Boden) keinen endogenen Charakter hat, sondern in weltweiter Ungleichzeitigkeit immer weitere, von ihm selbst nicht geschaffene und unterhaltene Voraussetzungen / Naturgrundlagen der Arbeitskraft aufgreift und ausbeutet: die agrarisch-häusliche Produktion, die weibliche Produktivkraft, die Subsistenzökonomie des Slums. Die Reproduktion der bereits vom Kapital erfaßten Arbeitskraft in der häuslichen Produktionsweise sei, so sagt Meillassoux, eine Fortsetzung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und eine

Form der kontinuierlichen Wertabschöpfung, die – insbesondere im Fall der Migrationsarbeit, der Rotationswanderung von Arbeitskräften zwischen kapitalistischen Arbeitsmärkten und traditioneller Familienwirtschaft – als „Arbeitsrente“ zu bezeichnen wäre (Differenz zwischen dem Wert der Reproduktion der Arbeitskraft und den Lohnkosten). Dies ist ein Ansatz, der sich in der Erklärung der koexistierenden Widersprüchlichkeit zwischen verschiedenen Produktionsformen – einer zerstörten / zerfallenden und zugleich fortdauernden Subsistenzökonomie als Reservoir billiger Arbeitskraft und einem nicht-keynesianischen Verhältnis von Kapital und Klasse (Vernutzung der Arbeitskraft ohne wertmäßige Reproduktion) – als aktuelle Imperialismusanalyse versteht; wie er auch für die neuerliche Verbindung von doppeltem Arbeitsmarkt, prekärer Beschäftigung und Niedriglohn mit ausgelagerter bzw. zurückverlagerter Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, andere Formen des Einkommens und der Subsistenz) in den Metropolen zur Erklärung herhalten kann. (13)

Wir haben im letzten Heft der „Autonomie“ (Anti-Imperialismus in den 80er Jahren) die Dimension der Ausbeutung der Armen in den drei Kontinenten ausführlich dargestellt. Hierbei ist, über die bloße Abschöpfung billiger Arbeitskräfte aus der untergehenden dörflichen Subsistenzökonomie hinaus, die Entdeckung und Förderung des städtischen „informellen Sektors“ ein entscheidender Hebel gewesen. Vermittels dieses Sektors des peripheren Kapitalismus und Arbeitsmarkts, der nicht durch formelle juristische oder staatliche Arbeitsbeziehungen und die Modernität des städtisch-industriellen Sektors der drei Kontinente, sondern durch die arbeitsintensiven, niedrig bezahlten, illegalen bis kriminellen Einkommensbeziehungen der neuen städtischen Unterklassen geprägt war, konnte ebensowohl auf Restbestände der traditionell vorkapitalistischen Produktionsweise und Subsistenz in den Slums (auf die „Ghettoökonomie“) zurückgreifen, wie zugleich die Produktivität und Arbeitsleistungen der „arbeitenden Armen“ im Rahmen zumeist illegaler Ausbeutungs- und Lebensverhältnisse auf den modernen kapitalistischen Sektor bezogen werden. (14) Der Lage der Arbeit nach ist der „informelle Sektor“ also ein Arbeitsverhältnis, das im wesentlichen unfrei ist und das, weil niedrigstentlohnt und nicht wertförmig reproduziert, auf eine außerkapitalistische Reproduktion und Subsistenzweise angewiesen bleibt. Diese globale nachkeynesianische Ausbeutungsperspektive ist bislang, soll man sich darüber wundern, nur in der feministischen Diskussion oder in einer ideologischen Variante auf die Metropolen übertragen worden, die sie bis zur Unkenntlichkeit verdreht.

Carola Jacobi und Ilse Lenz vergleichen in den „Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis 3“ die „Überlebensproduktion“ und Subsistenzarbeit in den trikontinentalen Slums (also den „informellen Sektor“ nach der Seite der Reproduktion hin) und die Hausarbeit in den Metropolen in ihrer jeweiligen Kombination mit bezahlten Arbeitsverhältnissen. Sie beantworten, im Anschluß an Meillassoux, die Schlüsselfrage nach der Reproduktion der entlohnten Arbeitskraft mit dem Verweis auf die Gratisarbeit der Frau, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingeht und insoweit die objektive Funktion habe, die Lohnkosten zu senken, weil nicht der volle Wert der reproduzierten Arbeitskraft bezahlt werde. (15) Nicht diese mittlerweile allgemein anerkannten Thesen machen den Beitrag vor allem von I. Lenz über den Feminismus hinaus diskussionsbedürftig, sondern weitergehende Überlegungen zur Einebnung des Unterschieds zwischen der Kombination von Subsistenzarbeit und „informellem Sektor“ in der Dritten Welt einerseits, von Hausarbeit und metropolitaner Lohnarbeit andererseits: „Trotz der großen Unterschiede in Lohnniveau und Arbeitsbedingung zeigt die innere Differenzierung der Lohnarbeiterschaft keine grundlegend qualitativen Unterschiede zwischen Metropolen und Peripherie. Ge-

genwärtig überwiegt in den Metropolen zwar nach der ‚Frühphase‘ des Kapitalismus die Verbindung Lohnarbeiter / Hausfrau, und in der Peripherie ist heute die Verbindung Lohnarbeiter / marginale Masse (= Massenarmut und ‚Überlebensproduktion‘ im obigen Sinn; d.V.) vorherrschend. Doch die neue internationale Arbeitsteilung bringt einige dem entgegengesetzte, wenn auch in sich widersprüchliche Tendenzen mit sich, die durch die letzte industrielle Revolution der Mikroprozessoren verstärkt wurden. Neue internationale Arbeitsteilung heißt in den Metropolen neben Auslagerung der arbeitsintensiven Produktion sowohl Konzentration auf qualifizierte Arbeit (Domäne der Männer der dominierenden ethnisch-rassischen Gruppen) als auch Massenerwerbslosigkeit für Frauen, Jugendliche, Ältere, Arbeitsemigranten – all die, die Problemgruppen genannt werden und denen damit in der Sprachschöpfung das Problem zugeschrieben wird. Im nationalen Rahmen bedeutet dies eine Marginalisierung dieser Gruppen: Jugendliche und Ältere werden (ob mit oder ohne Sozialprogramm) beschäftigt gehalten, wobei Beschäftigung und Erwerbsquelle voneinander getrennt sind. Frauen werden in die Hausarbeit geschickt, um Mann und Kinder zu versorgen und um sich um die anderen Problemgruppen verstärkt zu kümmern, werden also unbezahlte oder schlechtbezahlte Gegenspielerinnen der Sozialpolitik. (...) Es gibt kaum kapitalimmanente wirksame Lösungskonzepte; die möglichen Folgen könnten in den Metropolen industrielle Beschäftigung einer Gruppe hochqualifizierter Arbeiter (überwiegend weiß und männlich, s.o.), einer weiteren Gruppe weniger qualifizierter Arbeiter und Marginalisierung der anderen Schichten sein. Dabei könnten Frauen vom Arbeitsmarkt gedrängt werden, so daß ihnen nur die Möglichkeiten der Reproduktionsarbeit als Hausfrau eines Erwerbstätigen oder in der Marginalität bleiben.“ (16) Ob die Frauen ganz aus den segmentierten Arbeitsmärkten abgezogen werden, ist zweifelhaft. Entscheidend ist die Neubestimmung der weiblichen Reproduktionsarbeit bezogen auf den Niedriglohnsektor. Lenz deutet zumindest an, daß in einer gewissen Angleichung an die Überlebensproduktion der drei Kontinente die sekundären, niedrigentlohnenden Sektoren der metropolitanen Arbeitskräfte eingebettet sein werden in eine Reproduktionsarbeit, die in ganz neuem Maß unentlohnt, d.h. auch nicht mehr indirekt (wie im Keynesianismus) in den Lohnkosten repräsentiert ist. (17)

Dieser Zyklus von prekärer, männlicher und weiblicher Lohnarbeit und der Ausbeutung der nicht-wertmäßigen Reproduktion der Arbeitskraft, sei es durch Frauenarbeit im Haus oder in Sozialhilfefunktionen, sei es durch andere Einkommensquellen und Überlebensstrategien (Sozialgelder und Bafög, solange sie zu haben sind, Schwarzarbeit, Eigenarbeit und kleine Zirkulation, Umverteilung und Aneignungsformen der Szene, des Ghettos . . .) – dieser Zusammenhang ist in der Krise von der „Dritten“ auf die „Erste“ Welt zurückprojiziert worden. Die Aufmerksamkeit und Propaganda, die sich hierzulande auf die informelle „Untergrundökonomie“ richtet, und die Wiederentdeckung der Naturressource bzw. der kostenlosen Reproduktion der Arbeitskraft, welche im sekundären Sektor der Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Jobberei beschäftigt ist, lassen den Schluß zu, daß neben der Ausnutzung der Subsistenzökonomie und des Überlebens in den trikontinentalen Slums auch in den Industrieländern eine neue Epoche der Arbeit ins Haus steht, in der diese zwar nicht im Kern, aber vom Rand her immer stärker wieder mit massenhafter (und sozialpolitisch regulierter) Armut verknüpft wird. Das Ende des Keynesianismus ist geprägt von bewußter, exzessiver Ausbeutung der informellen Arbeit. Wie in den 70er Jahren das Kapital weltweit die Bedeutung der Subsistenzsektoren wiederentdeckt hat, die den Lohn unterhalb der Reproduktionskosten zu halten ermöglichen, so wird diese Entdeckung nun für die Reorganisation und Sementierung der metropolitanen Arbeitsmärkte herangezogen.



**André Gorz:**

## Die Arbeit ist zum Mittel geworden

Was mir entscheidend zu sein scheint für die kommenden Jahrzehnte, das ist das Verschwinden der Arbeit als hauptsächlich Beschäftigung, als Quelle der persönlichen Identität und als Weise der Eingliederung in die Gesellschaft. Ohne zu wissen, sind wir gegen Ende der 60er Jahre in die post-industrielle Revolution eingetreten, in eine Gesellschaft, in der für eine zunehmende Anzahl von Leuten – insbesondere von Jugendlichen – offenkundig und erlebbar wird, daß ihre Arbeit und „die Arbeit“ nicht länger eine gesellschaftliche Notwendigkeit im Sinn der gesellschaftlichen Ganzzeitbeschäftigung ist. Diese Klarheit hat sich 1973 durch eine unerhörte Steigerung der Arbeitslosenrate und gleichzeitig durch ein ebenso unerhörtes Anwachsen der unnützen Beschäftigungen, also durch eine doppelte, ökonomische und ethische Entwertung der Arbeit hergestellt.

Die Mehrheit der Leute, die eine entlohnte Arbeit verrichten, kann nicht sagen, welcher Klasse sie angehört. Sie bildet die Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter. Eine weitere Konsequenz liegt darin, daß die Gesellschaft in Richtung einer dualistischen Organisationsweise auseinanderfällt. Einerseits haben wir einen produktiven Sektor und andererseits einen Sektor von autonomen Tätigkeiten, in dem die Kriterien der Rentabilität und des wirtschaftlichen Nutzens überhaupt keine Anwendung finden.

*Frage: Was verstehen sie unter „Nicht-Arbeitern“?*

Der Begriff der post-industriellen Ökonomie hat Ende der 60er Jahre von den USA seinen Ausgang genommen. Er wurde im wesentlichen von den „Black Panthers“ propagiert: die unbeschäftigte Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter machte in den amerikanischen Großstädten zwischen 20 und 60% aus.

In den gleichen Jahren hatte Ladislav Dowbar, ein brasilianischer Revolutionär, Texte geschrieben, in denen er sagte, daß die traditionelle industrielle Arbeiterklasse eine privilegierte Minderheit sei und daß die Mehrheit der Bevölkerung dazu verdammt sei, eine flottierende Masse zu werden, die von Selbsthilfe lebt (*vivant d'expédients*) und die ihre Ghettos nur verlassen könne, wenn sie selbstproduktiv würde.

Seitdem ist das Konzept der Prekarisierung der Lohnarbeit geschmiedet worden: die garantierte, stabile Lohnarbeit bildet eine anspruchsvolle Minorität. Ich will nicht sagen, daß die Nicht-Arbeiter keine Arbeit haben oder ihre Arbeit nicht gerne machen, aber sie identifizieren sich nicht mit ihrer Arbeit: die Arbeit ist für sie zu einem äußerlichen Mittel (*un expedient*) geworden.

(*Libération* 28.4.1980)

## Keine Selbstverwaltung in megatechnologischen Komplexen

In der Analyse, auf die sich Edmond Maire bezieht, zeige ich, daß die Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiter allerdings eine Unmöglichkeit ist, solange man im Rahmen der bestehenden Technologie und industriellen Organisation verbleibt. Für ein Kollektiv von Arbeitern oder für eine Arbeiterklasse ist es unmöglich, sich zum Herren solcher Industriekomplexe wie der Regie Renault, der Kernenergie und ihrer Kraftwerke, der Fabrik in La Hague oder des petrochemischen Komplexes von Fos zu machen und sie ihren eigenen Zwecken zu unterwerfen.

Ich sage und ich wiederhole, daß die Selbstverwaltung von megatechnologischen Einheiten unmöglich ist, die in transnationale Verflechtungen eingebunden sind und die notwendigerweise eine weit vorangetriebene Teilung, Hierarchisierung und Militarisierung der Arbeit haben.

Man stößt hier auf ein grundsätzliches Problem: die Selbstverwaltung läßt sich nicht auf die Gesamtheit der sozialen Tätigkeiten ausdehnen. Bestimmte unter ihnen verlangen zwangsläufig eine zentrale Planung. Diese wiederum erlaubt nur eine Selbstbestimmung der Arbeiter über die Ausführungsbedingungen des Plans, nicht aber über dessen Ziele.

## Die Konzeption der dualistischen Gesellschaft

In der Tat weist Edmond Maire das zurück, was er duale Gesellschaft nennt und wobei er sich auf den Bericht bezieht, den Françoise Giroud für den Planungskommissar vorbereitet hat. Nun umfaßt der Begriff der dualen Gesellschaft – die man übrigens dualistisch nennen müßte, denn „dual“ ist entweder ein Markenzeichen für Plattenspieler oder ein Amerikanismus – zwei grundverschiedene Dinge, ebenso wie man mit Sozialismus so verschiedene Dinge bezeichnet, wie die osteuropäischen Regimes, das Regime von Nordkorea oder der Sozialismus der Selbstverwaltung, auf den die CFDT sich bezieht.

Es gibt einerseits die Konzeption einer dualistischen Gesellschaft, wie sie von Christian Stoffaes vertreten wird und die im großen und ganzen dem gleicht, was in Japan oder in Italien existiert: nämlich zwei Sektoren, wovon der eine hochtechnologisch und wettbewerbsfähig ist und die großenteils für den Export gedachte Warenproduktion sicherstellt, während der andere die Industrieproduktionen oder Dienstleistungen abdeckt, die ausschließlich für den inneren Konsum bestimmt sind und auf die die internationale kapitalistische Konkurrenz keinen Einfluß hat. Dieser Konzeption nach gehören die Arbeiter dem einen oder dem anderen Sektor an, was für sie verschiedenartige Zwänge, Anstellungsverhältnisse/Statusunterschiede und Lohnniveaus mit sich bringt; dies umso mehr, als der konkurrenzorientierte Sektor selbst wiederum eine Arbeiteraristokratie gesicherter und hochqualifizierter Arbeiter und zugleich ein Subproletariat aus Zeitleiharbeitern und mobilen Lohnabhängigen beschäftigt, die ihm als regulierender Puffer dienen. Edmond Maire hat allen Grund, diese Form des Dualismus zurückzuweisen, insofern die Einheit der Arbeiterklasse eine notwendige und grundsätzliche Aufgabenstellung für die Arbeiterbewegung ist. Nun gibt es eine andere Konzeption der dualistischen Gesellschaft, die ebenfalls in dem Bericht von Giroud genannt wird und die sich im übrigen auf meine eigene These bezieht. Diese andere dualistische Gesellschaft kann nicht eine kapitalistische sein, und ich habe sie ausdrücklich als eine Perspektive für die Vorkämpfer der Selbstverwaltung, für Libertäre, Ökologen und für Feministen vorgeschlagen. Ein zentral geplanter Sektor erscheint mir unerläßlich und er könnte nicht gänzlich selbstverwaltet werden. Zur Entschädigung dessen erlaubt die Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in allen Bereichen den Aufschwung der eigenproduktiven Tätigkeiten, mit deren Hilfe die Leute in Großfamilien, Gemeinschaften, Genossenschaften/Kooperativen, Wohnvierteln etc. eben das herstellen können, was sie individuell oder kollektiv verbrauchen, ob es sich nun um materielle Güter oder um Dienstleistungen handelt. Diese eigenproduktiven Tätigkeiten bilden den Hebel, mit dem der Markt, die Lohnarbeit und der Geldaustausch zum Absterben gebracht werden könnten, ohne selbstverständlich ganz zu verschwinden. Dies Absterben ist die Grundlage und die Bedingung für eine Abschaffung des Kapitalismus, wie Marx schon bei der Bestimmung des Kommunismus gesagt hat.

(*Libération* 26.8.1980)

c. Die Ideologie der „dualen“ Gesellschaft – André Gorz und Konsorten

Die Tendenz zur Segmentierung des gesellschaftlichen Arbeiters und der Arbeitsmärkte verbirgt sich eher als daß sie sich widerspiegeln würde in der ideologischen Aufbereitung durch die Wortführer einer „dualen Gesellschaft“ und Wirtschaft. Von allen Ideologien, die die westdeutsche Alternativ-Szene begleiten (18), unterscheidet sich Andre Gorz („Abschied vom Proletariat“, 1980) in seinem diagnostischen Bezug auf die prekären Elemente der Klasse. Seine Kritik richtet sich gegen die zentralen Bestimmungsstücke des alten Marxismus, gegen die fragwürdige Verknüpfung von Produktivkraftentwicklung und proletarischer Emanzipation: eine kollektive Aneignung der entwickelten Produktionsmittel sei heute weder machbar noch wünschenswert und die Arbeiterklasse funktioniere nur mehr in Bezug auf deren kapitalistische Rationalität. Zugleich vergewissert sich Gorz jedoch der von eben diesen Produktivkräften in einer „postindustriellen Revolution“ freigesetzten Nicht-Arbeit (der Abschaffung der Arbeit als gesellschaftlicher Notwendigkeit), und zwar in der Form der Aufnahme der Themen der Revolte – Verweigerung der Arbeit, Subjektivismus und Autonomie – in das ideologische Konzept einer „Nicht-Klasse von Nicht-Arbeitern“, das sind all jene Schichten, die im Prozeß der Kontraktion des Kapitals und der sozialen Zersetzung an den Rand oder in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. (19) Aus dem Mißverständnis, die Freisetzung von Arbeit komme der Schaffung von „disponibler Zeit“ (im Marx'schen Sinne) gleich, leitet Gorz die Konzeption einer dualistischen Gesellschaft ab, die er nicht mit der Japanisierung der Beschäftigungsverhältnisse (eher mit der Ökonomie des Ghettos) verglichen wissen möchte, von der er aber grundsätzlich sagt, daß in ihr das Reich der Freiheit mit dem der Notwendigkeit, d.h. des Staats und der Arbeit im kapitalintensiven Sektor, koexistieren müsse, in dem „keine Selbstverwaltung möglich“ sei. Der Gorz'sche Entwurf greift aber nicht nur die Sprache der Revolte gegen die Arbeit auf. Er bewegt sich auf einer Welle von Literatur zur Wiederaufwertung der Arbeit als „informeller“ und Einbeziehung der „Untergrundökonomie“ in eine dualistische Entwicklungsperspektive „nachindustrieller Gesellschaften“ – einer Literatur, auf die ich nur verweisen will und die eines gemeinsam hat: die Utopie eines neuen Mittelstands zu sein. Entweder wird offen die Prekarität als Konzept propagiert (Dezentralisierung und Mobilität der Beschäftigung, Niedriglohn, Legalisierung der Schwarzarbeit, also die Aufhebung der staatlich-gewerkschaftlichen Schranken auf dem Arbeitsmarkt – so A. Minc (20) und J.H. Gershuny). Oder es wird die Modernität des „informellen Sektors“ der drei Kontinente im Rahmen des Weltimperialismus aufgenommen und – um die Folgen des kapitalistischen Angriffs auf die metropolitanen Arbeitsmärkte und die sozialen Risiken der Prekarität, Überausbeutung und Gewalt von unten abzuwenden, ohne doch die Instrumente zur Krisendämpfung in den Metropolen zu verlieren – in ein Konzept der staatlich geförderten Entwicklung „pluralistischer“ Wirtschaftszyklen übertragen (Untergrundwirtschaft als Sphäre der Autonomie – so P. Rosanvallon (21)). Und man empfiehlt die Zurücknahme des keynesianischen Welfare und der indirekten Lohnfunktion öffentlicher Dienstleistungen in den Bereich der „informellen“, d.h. unbezahlten Hausarbeit, Familienproduk-

## NETZBAU –

eine Initiative des Netzwerk' Selbsthilfe e.V.  
zur Lösung von Wohnungs-Problemen in Berlin  
sucht Frau/Mann für



## GESCHÄFTSFÜHRERTÄTIGKEIT

Der Job ist als halbierte Stelle ausgeschrieben und wird bei kargem (halbem) BAT III-Gehalt liegen. Deshalb sollte das Interesse an dem »Ding« größer sein als an »angemessener Entlohnung«.

Das gilt auch für die als ganze und halbe Stellen (BAT III) ausgeschrieben

## ALL-ROUND-POSITIONEN

für die harte Arbeit an der Häuser-Front. Diese Menschen sollten nicht nur Interesse, sondern Kenntnisse in Stadtplanung, Architektur und Sozialpädagogik haben, gruppenerfahren sein und auch Erfahrungen in/mit oder über die »Scene« haben.

Last not least:

**FRAU/MANN** gesucht, die/der gut Schreibmaschine (auch nach Band) schreibt, gut organisieren kann und einen streckenweise chaotischen Bürobetrieb im Griff behalten kann.

Nochmals: wir brauchen wirklich professionell arbeitende Leute und daher auch die üblichen Bewerbungsunterlagen an NETZBAU, Gneisenastraße 2 (Mehringhof), 1000 Berlin 61

.. Aus der „Zeit“ vom 30.9.1982 ..

tion und Nachbarschaftshilfe als vorhandener Ressource (Eignung des feministischen Diskurses über Hausarbeit und Geld – so J.J. Gershuny, der davon ausgeht, daß der self-service in der „informellen Ökonomie“ außerhalb des Geldzyklus zunehmen und deshalb die „technologische Arbeitslosigkeit“ im formellen Tertiär- / Dienstleistungssektor nicht aufgefangen werde (22)).

Man könnte all diese schlechten Utopien der Dualität und friedlichen Koexistenz von „Megamaschine“ und dezentralem Sonnenstaat, der Förderung von „Alternativen“ der Arbeit mit Sinn und Selbstverwaltung, eines zweiten Arbeitsmarkts auf handwerklich-postindustriellem Niveau neben dem megatechnologisch-kapitalistischen Komplex als ein Projekt der Mittelklassen – und der „Neuen Selbständigen“ hierzulande – abtun. Aber es kommt ihnen eine sozialintegrative Funktion gegenüber der Revolte der Unterschichten zu. Und zudem haben sie eine Entsprechung in den Krisenstrategien des Kapitals selbst, sowohl auf dem Arbeitsmarkt wie im Bereich der sozialen Reproduktion. Die Realität der Konzeption einer dualistischen Gesellschaft liegt in der Segmentierung und Diffusion der Arbeit in Bezug auf die Megamaschine. Die Kern- und Randsektoren werden nach ihrer klassenmäßigen und sozialen Seite hin zunehmend ineinander übergehen, und in der Gleichzeitigkeit von Entwicklung und Unterentwicklung, von garantierter und prekärer Arbeit wird das Kapital der Metropolen keinen Sektor zulassen, der seinem Hunger nach Mehrwert auf die Dauer entzogen wäre. Chip-Automat und diffuse Fabrik, die Kaskade der Arbeitsmärkte und die Zirkulation der prekären Arbeitskraft machen einen alternativen und selbstverwalteten Sonnenstaat vollkommen illusorisch. Der Anspruch des Kapitals auf Planungsarbeit und Mehrwert in den Metropolen, der aus der internationalen Arbeitsteilung herrührt, ist ohnehin nicht auf den Alternativsektor zu projizieren. Die dualistische Konzeption von Gorz und Konsorten abstrahiert aber von alledem und geht stattdessen von der Seite der Nicht-Arbeit und der Reproduktion aus.

## Yona Friedman: Ein Drehbuch über die Verarmung der industrialisierten Welt

Der quartäre Sektor in der Dritten Welt besteht im allgemeinen aus den Bewohnern der Elendsviertel, deren quartäre Aktivitäten einfach zum Überleben notwendig sind. Sie bauen ihre Häuser, bestellen einen winzigen Acker, halten einige Hühner oder eine Ziege und sorgen auf diese Weise selbst für einen großen Teil ihres Überlebens. Ohne Geld, denn sie verdienen so gut wie gar nichts. Wenn sie einen kleinen Überschuß produzieren, gehen sie ihn auf dem Markt verkaufen. In einer der größten Städte der Dritten Welt verdienen ca. 45% der Bevölkerung weniger als das Minimum, um nicht zu verhungern. Dies ist die offizielle Zahl, die Wirklichkeit sieht schlimmer aus. Trotzdem werden sie einigermaßen von ihrer quartären Landwirtschaft ernährt. Sie wird nicht in der Statistik erwähnt.

Natürlich hat (oder wird) das Phänomen der Quarternalisation in so hohem Verhältnis in den Ländern der Dritten Welt einen wichtigen Einfluß auf ihre Politik (haben). Die Regierungen dieser Staaten haben eine zeitlang gehofft, von diesem Prozeß Abstand gewinnen zu können. Sie wollten eine industrielle Entwicklung beginnen, indem sie die Quartären zugunsten der Sekundären (Industrie) und der Tertiären (Dienstleistungen) im Gewinn kürzten. Die Nichtigkeit dieser Hoffnung wird immer offensichtlicher. Diese Regierungen mußten sich also mit dem Gedanken des Überlebens bei quartärer Mehrheit (in einer Unterhaltswirtschaft) abfinden. All diese Regierungen merken jetzt, daß sie nur dann an der Macht bleiben können, wenn sie sich auf diesen quartären Teil der Bevölkerung stützen, d.h. wenn dieser sie zu unterstützen bereit ist.

Diese Unterstützung können die Regierungen nur erhalten, indem sie die Interessen der Majorität (quartäre Bevölkerung) verteidigen und ihnen zugleich eine Verbesserung ihrer Lage anbieten.

In Anbetracht der Situation haben die meisten Länder der Dritten Welt kein Interesse daran, irgendwelche Waren aus industrialisierten Ländern zu importieren.

Wie wir es zuvor gesehen haben, ist dieser Tausch für die Industrieländer nützlich und notwendig, da sie damit ihr Wirtschaftssystem ausgleichen. Doch dieser Austausch ist für sie noch nützlicher, weil sie dabei für ihre Industrie unentbehrliche Rohstoffe bekommen. Rohstoffe, die es oft nur in den Ländern der Dritten Welt gibt. Der Austausch, vor allem auf der Währungsebene, ist also lebenswichtig für die Industrieländer.

Gegenüber einer solchen Situation ist es durchaus möglich, daß einige dieser Länder den Austausch mit Industriestaaten in naher Zukunft stoppen und vielleicht sogar das Weltwährungssystem verlassen. Wir haben beobachten können, daß diese Austausche für sie nicht lebenswichtig sind. Sie sind eher schädlich, da das Einkommen, das sie vom Verkauf von nicht zu erneuernden Quellen erhalten, nicht ausreichend für den Start ihrer Industrialisierung ist. Außerdem haben wir noch feststellen können, daß ihr nationales Überleben immer mehr auf dem Überleben ihrer quartären Bevölkerung beruht. Ein Überleben, das unabhängig von internationalen Austauschen ist. Die zur Zeit bestehenden Regierungen werden vielleicht nicht „die Hähne zudrehen“, aber angesichts der explosiven Lage werden diese Regierungen sehr wahrscheinlich eines Tages von anderen abgelöst werden; von weniger empfindlichen, die sich, um Herr der Lage zu werden, auf den quartären Sektor stützen und dadurch die Austausche stoppen werden.

Wenn sich diese Aussichten bewahrheiten, bleibt den Industriestaaten nur noch die Wahl zwischen zwei großen Strategien.

Die erste wäre die Gewaltanwendung, d.h.: militärischer Angriff gegen alle, die sich weigern, ihre natürlichen Erzeugnisse gegen Geld zu verkaufen. Eine Strategie, die, von jeder Menschenachtung abgesehen, so gut wie unmöglich ist, wenn man die demographischen Dimensionen der Dritten Welt betrachtet.

Was die zweite Strategie anbelangt: die empfehlenswerteste und annehmbarste wäre natürlich die „Quarternalisation“ der Ökonomie der Industrieländer. Eine sehr unterschiedliche Quarternalisation gegenüber der Dritten Welt: die „modernisierte Quarternalisation“.

Das typischste dieser Beispiele, genauso wie in der Dritten Welt, ist die Quarternalisation, die aus der Arbeitslosigkeit resultiert. Ein Arbeitsloser, auch wenn er vom Staat unterstützt wird, sucht quartäre Beschäftigungen. Er fängt an, selber einen Teil seiner Nahrung zu produzieren, wenn die äußeren Beschaffenheiten seines Wohnortes es erlauben. Er versucht, kleine Handwerke auszuüben, wenn sich die sozialen Gruppen seiner Nachbarschaft damit zufrieden geben.

Wie das Dualwirtschaftskonzept eine verzerrte, umgewendete Darstellung der faktischen Arbeitsmarktsegmentation und der Japanisierung ist (s. Kasten A. Gorz), so liegt ihre wirkliche Bedeutung und Antwort auf die sozialen Bewegungen im Bereich der Reproduktion in der Aufbereitung eines verbilligten, nichtwohlfahrtsstaatlichen Reproduktionsmodells, das auf die subkulturellen Überlebensstrategien der Verweigerer, der Prekären und der Arbeitslosen zugeschnitten ist. Im neodarwinistischen Krisenprojekt des „Volksüberlebens“ (sic!), wie es Y. Friedman aus dem Szenario eines konterrevolutionären Weltverteilungskriegs entwickelt (s. Kasten), schließt sich der Kreis von prekärer Arbeit und Subsistenzökonomie des informellen Sektors, der als Regelkreis des Weltimperialismus längst funktioniert. Das Slum als Vorbild der Alternative.

Aber die Arbeitsutopien von links zur Verschleierung der Prekarität vermögen immer weniger zu greifen. Mehr als anderswo haben sich die sozialen Kämpfe und Teilbewegungen in der BRD nach dem Ende des Massenarbeiterzyklus Mitte der 70er Jahre in den Nischen der Reproduktion und der Alternative verloren. Als in den sog. Alternativprojekten die Arbeit als Arbeit zur Kenntnis genommen wurde, stellte sich dann heraus, daß hier der keynesianische Zusammenhang von Arbeit und Lohn gleichfalls entkoppelt worden war – aber im negativen Sinn und um den Preis einer experimentellen

Verbindung von Arbeit und Leistungsmotivation. Dies: die Aufwertung, Intensifikation und hohe Bereitschaft zur Arbeit, das explizite Programm des Konsumverzichts bei oft hoher Reproduktionsfunktion schien die alternativen Lebens- und Arbeitsformen eine Zeitlang als Puffer und Alternative zur Massenarbeitslosigkeit, als Baustein einer entstaatlichten und selbstverwalteten Sozialkontrolle und als Gegenstück des kapitalistischen Plans zu empfehlen. Inzwischen ist der Lack etwas abgeblättert, und es geht um die direkte Konfrontation und Angrenzung: die Ideologie der Alternative wird solange wirksam bleiben, wie die Hegemonie der Mittelklassen über die sozialen Bewegungen reicht.

### Exkurs: Staat, Mittelklassen und neue soziale Bewegungen

Die Konzeption der dualistischen Wirtschaftsentwicklung, so unrealistisch sie für sich genommen ist, lebt von der Auflösung der keynesianischen Verfassung der Gesellschaft und dem Bedürfnis nach Ökonomisierung der Sozialpolitik vor allem im Bereich der Reproduktion. Unter dem Gesichtspunkt künftiger Klassenallianzen bieten sich die Anhänger des small-is-beautiful zugleich für die Erneuerung der Staatsfunktion an.



Wenn wir akzeptieren, daß die Arbeitslosigkeit in unserer Zeit noch größere Ausmaße erreicht, was sich leicht erklären läßt, wenn wir uns auf vorgenanntes Bild berufen; und wenn wir akzeptieren, daß die Quaternalisierung eine Lösung bedeutet, die wenigstens teilweise die klassische Arbeitslosigkeit aufzuheben würde, dann müßten wir zulassen, daß sich der Schlüssel unserer Zukunft in der Quaternalisierung befindet.

Andere Beispiele dieses Verfahrens, außerhalb der nicht industrialisierten Welt, sind auch sehr lehrreich. So die „Schwarzarbeit“, deren Antrieb die nicht ausreichenden offiziellen Gehälter sind. Oder der „Tauschhandel“ von Dienstleistungen oder Waren, der in manchen Ländern von der Flucht vor dem Steuersystem motiviert ist. Der Tauschhandel ist in wenigen Fällen schon eine quaternisierte Form des Handels.

Man könnte folgern, daß die Quaternalisierung, die von diesen Beispielen abstammt, nur aus „Randbemerkungen“ besteht. Das stimmt, aber die sich am Rande befindlichen können sehr schnell zur Mehrheit werden. In diesem Fall könnten sie nicht mehr als „am Rande Stehende“ bezeichnet werden, sondern als die, welche einer klassischen Tätigkeit nachgehen.

Nehmen wir z.B. den Zweiten Weltkrieg. Während dessen arbeiteten mehr als 60% der aktiven Bevölkerung nur in oder für die militärische Maschinerie. Die restliche Bevölkerung, die nicht nur für den Krieg gearbeitet hat, wurde quaternalisiert und hat trotz mangelnder Mittel überlebt. Wir durchfahren heute eine Periode, die sehr der Kriegszeit ähnelt (von der Sicht des bevorstehenden Mangels an Mitteln), obwohl unsere Krise keinen militärischen Charakter trägt.

Wir haben gesehen, daß der Quaternalisierungsprozeß schon begonnen hat. Es liegt nun an den Behörden, welche Haltung sie dem gegenüber einnehmen wollen. Ferner sehen wir, daß es gegenüber der künftigen Entwicklung der Weltwirtschaftslage unwahrscheinlich ist, die Vollbeschäftigung und das System der gegenseitigen Unterstützung noch lange aufrecht zu erhalten. Es sieht so aus, als wäre folgende Lösung, die den Behörden vorgeschlagen werden kann, die vernünftigste: der zur Quaternalisierung führende Weg muß geebnet werden, damit die schwere Explosion vermieden wird, die die Arbeitslosigkeit, die die annehmbaren Grenzen

überschreiten könnte, nach sich zieht.

Ziehen wir also die zu empfehlenden Optionen zusammen, um diese Haltung bestimmen zu können.

1. Man sollte die Arbeitslosigkeit in den „sozial unnützen“ Sektoren, vor allem im tertiären, akzeptieren. Dafür dann keine neuen „Anstellungen“, sondern eher neue „quartäre Beschäftigungen“ schaffen (Möglichkeiten nicht-ländlicher Landwirtschaft, kleine Handwerke etc.).

2. Der unvermeidbare Anstieg der Nahrungsmittelpreise könnte einen Teil der Arbeitslosen dazu führen, sich entweder einzeln oder in Gruppen für die nicht-ländliche (quartäre) Landwirtschaft zu interessieren.

3. Diese Maßnahmen würden dazu führen, den freien Verkauf von Nahrungsmitteln zu erlauben, auf den Straßen, auf den Märkten. Es handelt sich also um eine Legalisierung der sogenannten „freien Verkäufe“. Dieses System, einmal erlaubt, würde auch noch andere Arbeitslose beschäftigen.

4. Die Legalisierung der kleinen Handwerke (Schwarzarbeit) zieht nicht weniger wichtige Vorteile nach sich, als die, wie oben genannt. Diese Maßnahme führt nämlich ganz natürlich einen Teil der Tertiären zur Quaternalisierung.

5. Die Form der im Quartären anzuwendenden Steuerbestimmungen erfordert ein teilweises Umdenken des geltenden Steuersystems. Eine Steuer in Naturalien hingegen wäre zugleich gerecht und realisierbar. Diese Steuer sollte entweder die Abgabe eines Teils ihrer Erzeugnisse an das Kollektiv bedeuten oder in einem „nationalen Zivildienst“ geleistet werden. Ein Klempner oder ein Schlosser z.B. müßte 3 Wochen (ca. 6% seiner Arbeitszeit) für den Staat, die Stadt oder die Gemeinde arbeiten.

6. Mit Ausnahme von kurzfristigen Maßnahmen, die wir schon genannt haben, wären langfristige Maßnahmen erforderlich. Vor allem auf dem Gebiet der Erziehung: Lehren von einfachen Überlebenstechniken, Lehre der Ökologie und der zu quaternalisierenden Berufe. Dieses Lehrprogramm sollte der Grundschule angehören, ist aber auch für Erwachsene angebracht.

(aus: H.J. Harloff (Hg.), Bedingungen des Lebens in der Zukunft . . ., Berlin: TU 1978, S. 2 ff.)

Die verschiedenen sozialen Teilbewegungen des letzten Jahrzehnts haben – und dies gilt nicht nur für die BRD – immer auch die neuen, mit der Entwicklung des keynesianischen Staats eng verknüpften Mittelklassen repräsentiert: Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, die jetzt von der Taylorisierung geistiger Arbeit betroffen werden, Pädagogen, Sozialarbeiter, Gesundheitsarbeiter und „neue Selbständige“/Kleingewerbetreibende etc. und deren Forderungen in der Krise (oftmals im ideologischen Gewand der Autonomie und Subjektivität). Ihr bisheriger Einfluß auf die Sozialbewegungen macht diese Mittelschichten, wo sie sich politisch zu formieren verstehen, zugleich zum möglichen Partner eines präventiven konterrevolutionären Bündnisses mit dem Staat der Multis, das gegenüber der Erosion der Leistungsverweigerung und den Revolten aus der nachindustriellen Armut abgeschotet ist. Was wir in der BRD zuerst als Entsolidarisierung der Linken hinsichtlich verschiedener Widerstandsformen von unten und dann als parlamentarische Konsolidierung grün-alternativer Listen vorgeführt bekommen haben, hat eine Grundlage in deren Angebot, die sozialpolitische Kontrolle marginaler gesellschaftlicher Gruppen mit zu tragen. Die Utopie des Kapitals, der Workfare-State, und die Zunahme der repressiven, polizei-technologisch hochgerüsteten Staatsfunktionen zeigt nur eine Richtung an. Die andere Tendenz verbirgt sich hinter den Schlagworten der „Entstaatlichung“, Dezentralisierung und Selbstregulation der Gesellschaft, die ja nicht nur

auf den ökonomischen Mechanismus des Marktes in einem Moment abzielen, in dem dieser ganz dem Plan des multinationalen Kapitals ausgesetzt wird, sondern wozu auch eine Diversifikation und Vorverlagerung des Staatsschutzes und die Ausbreitung diffuser Internierungstechniken zu rechnen sind. Welche der Optionen für die Erneuerung der Staatsapparate sich durchsetzen wird, hängt in erster Linie von den Chancen einer umfassenden kapitalistischen Rekonstruktion beider Arbeitsmarktzyklen und von der Polarisierung der Klassenkämpfe in den Metropolen ab, damit aber auch vom Versagen der Zwischenschichten und Grenzträger des Regimes. Angesichts der sozialen Erosionsprozesse, der Massenarbeitslosigkeit und einer faktischen materiellen Grenze, die sich in der Streichung von Staatsgeldern für alternative Sozialarbeitsprojekte ausdrückt, ist die Chance der Alternativen in der BRD, ihre Hegemonie nach unten nicht zu verlieren und sich gleichzeitig als Mittelstandspartei zu etablieren, deutlich geringer geworden.

In Frankreich wurde die Verbindung der neuen Mittelklassen mit dem Staatsapparat noch vor dem Wahlsieg der Sozialisten als „neo-sozialdemokratisches“ Projekt diskutiert. Was als ein französischer Ausweg aus der Krise angeboten worden war – eine Mischung von Verstaatlichungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eines spätkeynesianischen Regimes mit politisch-sozialer Dezentralisierung – hat sich allerdings inzwischen

über eine Etappe intensiver Kämpfe der multinationalen Arbeiter zu einem Regime der staatlichen Lohnregulation und der nachgeholtten Zentralisierung polizeilich-repressiver Befugnisse entwickelt. Die folgenden Passagen von Alain Bihr aus dem Jahr 1980 nehmen jenes konterrevolutionäre Dispositiv vorweg, das wirksam wird, wenn die Grenzlinie zwischen den befriedeten Ansprüchen der sozialen Bewegungen der 70er Jahre und der aktuellen Revolte der Unterklassen erst einmal überschritten ist. (23)

„Zwischen 1930 und 1960 führten die erweiterten Reproduktionsanforderungen des Kapitals als eines sozialen Verhältnisses in den meisten westlichen kapitalistischen Gesellschaftsformationen zur Herausbildung machtvoller Staatsapparate, die auf allen Ebenen und in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens direkt eingriffen: Ankurbelung und Regulierung der nationalen Wirtschaft; Mobilisierung und Unterordnung der Gesellschaft als ganzer unter das Gebot des ‚wirtschaftlichen Wachstums‘; Übernahme der wichtigsten ‚Sozialaufgaben‘ wie Gesundheit, Erziehung, Wohnungsbau, Kultur; zugleich übernahm der Staat eine stabilisierende Rolle in den Klassenbeziehungen und -auseinandersetzungen. Während der Jahrzehnte sind die Staatsapparate aufgrund ihrer Funktionsfülle zu wirklichen Zentren der gesellschaftlichen Praxis geworden.

Gegen Ende der 60er Jahre nun ist diese erste Form der Verstaatlichung des westlichen Kapitalismus zunehmend in die Krise geraten. (...) Sie wurde immer weniger anpassungsfähig, sei es nun gegenüber den Ursachen und tieferen Gründen der gegenwärtigen strukturellen Krise des Kapitalismus oder gegenüber den sich abzeichnenden Veränderungen, wie sie vom weiteren Fortgang der Kapitalreproduktion in Zukunft verlangt werden. (...)

Die Verstaatlichung der Gesellschaft hatte zu einer Überlastung des Staates geführt, die sich ebensowohl an der Vermehrung bürokratischer Instanzen wie am exponentiellen Wachstum des Staatshaushalts verdeutlichen läßt und die auf der einen Seite zu einer wachsenden Ohnmacht des Staats gegenüber der Vielfalt der Veränderungen und sozialen Problemen geführt hat. Auf der anderen Seite wurde dadurch eine zunehmend massivere und entschiedener – wenn auch im Grunde zweideutige – Kritik an der ‚Staatlichkeit‘ hervorgehoben, in der sich ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Autonomie ausdrückte.

Dies Bedürfnis hat sich in den meisten westlichen Gesellschaften mit Beginn der 70er Jahre stark ausgebreitet: es trat zugleich in den neuen Kampf- und Organisationsformen der Arbeiterklasse außerhalb und selbst gegen die klassischen politischen und gewerkschaftlichen Apparate, die als Integrationsfaktoren ihrerseits in die staatliche Ordnung integriert sind, und in der Entwicklung der verschiedenen ‚neuen Sozialbewegungen‘ in Erscheinung – des Feminismus, der städtischen, ökologischen und regionalistischen Bewegungen, wie sie als Reaktion auf die Unterwerfung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens unter die Erfordernisse der kapitalistischen Entwicklung entstanden und die sich gegen den Staat als ausführendes Organ dieser Erfordernisse richteten.

Gleichzeitig unterlag ebendieser Staat einer explosionsartigen Veränderung, deren Wirkungen erst mit der Entwicklung der Krise im Verlauf der 70er Jahre zunehmend sichtbar werden sollten. Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die aus dem Wirtschaftswachstum und der gesellschaftlichen Entwicklung unter der Vorherrschaft des Staates folgte, tendiert heute dazu, den nationalstaatlichen Rahmen zu sprengen. Das ist übrigens der tiefere Sinn der gegenwärtigen Strukturkrise des Kapitalismus. (...)

Auf diese Weise übt die gegenwärtige Krise der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse einen doppelten Druck auf die westlichen Staaten aus, der ‚von unten‘ und ‚von oben‘ kommt und sie dazu veranlaßt, eine scheinbare Entflechtung und staatliche Dezentralisierung des gesellschaftlichen Lebens zu betreiben. Damit ist das umrissen, was wir das ‚neo-sozialdemokratische Projekt‘ nennen wollen. (...)

Die Gesamtbewegung wird sich nicht auf eine Entzerrung des Verwaltungsapparats oder eine politische Dezentralisierung beschränken, wie sie in den westlichen Staaten schon weitgehend erreicht worden ist (Frankreich hat hier einen Rückstand aufzuholen). Sie wird auch die Privatisierung der öffentlichen Dienste einschließen, von denen die meisten im kapitalistischen Sinne unrentabel geworden sind, sei es in Form des Abbaus des öffentlichen Sektors (der in der vorausgegangenen Wachstumsphase eine Vorreiterrolle gespielt hatte), sei es in Form einer Konkurrenz zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die den ersteren zur Anpassung an den Privatsektor zwingt.

Schließlich und vor allem wird sie die bevorzugte Mystifikationsform für die Institutionalisierung und vertragliche Einbindung aller gesellschaftlicher Aktivitäten, aller Sozialbewegungen und Gruppierungen abgeben, in denen und durch die sich seit dem Ende der 60er Jahre jene lautstark vorgetragene Forderung nach sozialer Autonomie ausgedrückt hat. (...)

Darin wird die Eigentümlichkeit dieser Form der Verstaatlichung des Kapitalismus im Vergleich zu der vorangehenden bestehen: anstatt die ganze politische Macht innerhalb stark zentralisierter, hierarchisierter und bürokratisierter Apparate zu konzentrieren, die von der bürgerlichen Gesellschaft getrennt sind, wird sie in gewisser Weise einen Teil der Macht im Innern ebendieser bürgerlichen Gesellschaft ‚ausbreiten‘ und sie in ihrer Gesamtheit in ein Abbild der politischen Gesellschaft verwandeln, indem sie die Organisationen und ‚autonomen‘ Aktivitäten, die aufgrund der Überalterung der früheren Verstaatlichungsform entstanden waren, als Vermittlungsinstanzen integriert: Assoziationen, Verbraucherkomitees, Gruppen mit spezifischen Forderungen, alternative Arbeits- und Lebensformen. (...) Unter der wechselnden Bezeichnung der ‚community action‘ in den USA, des ‚self help‘ in England oder des ‚sozialen Experiments‘ in Frankreich wird eine ‚nachbarschaftliche‘, auf der ‚Beziehungsebene‘ liegende Lösung für die sozialen Probleme zu fördern versucht, die die westlichen Staaten nicht länger mit Haushaltsmitteln oder mit bürokratischen Maßnahmen zu lösen imstande sind. (...)

Diese grundlegende Reform der Organisation der politischen Macht in den westlichen kapitalistischen Gesellschaftsformationen wird natürlich die Einrichtung neuer Formen der staatlichen Kontrolle über das und innerhalb des gesellschaftlichen Lebens erfordern. Die alten bürokratischen Kontrollformen (Finanzen, Justiz, Polizei) werden zwar nicht verschwinden, aber sie werden mit neuen Formen vermittelt werden, die der Zentralgewalt eine Kontrolle des Ganzen erlauben werden, ohne alles zu kontrollieren. Diesem Zweck entspricht vor allem das Projekt einer Vernetzung der Gesellschaft durch Datenübertragung (telematique): ‚Die Information zu vergesellschaften, bedeutet, Verfahren zu schaffen, vermittels derer sich Zwänge und Freiheiten, der staatliche Planungsanspruch und die Erwartungen autonomer Gruppen harmonisch ausgleichen. Es bedeutet, vorwiegend Daten zur Verfügung zu stellen, aufgrund derer die Strategie des Zentrums und die der Peripherie in Übereinstimmung gebracht werden können: in eine Übereinstimmung, in der sich Gesellschaft und Staat nicht allein unterstützen, sondern sich gegenseitig produzie-

ren.' (Nora/Minc) Zu dieser ‚soft-control‘, die durch die Datenvernetzung ermöglicht wird, kommt die Selbstkontrolle hinzu, die die Zentralgewalt den ‚autonomen Gruppen‘ abverlangen wird, um ihnen Macht zu übertragen, und die insbesondere durch die Verbreitung einer doppelten ideologischen Thematik wirksam wird: der kollektiven Verantwortung und der öffentlichen Sicherheit.“

### Anmerkungen zu (3)

- 1 Selbstverständlich liegt in der Vorstellung der „Dualität“ eine Übersimplifikation: „Es wäre richtiger, in Begriffen einer multiplen Arbeitsmarktsegmentation zu sprechen. Die Arbeitsmärkte in den OECD-Ländern sind durch fließende Segmente gekennzeichnet.“ H.C. Jain, *Disadvantaged Groups on the Labour Market*, Paris: OECD 1979, S. 31; zur Akademisierung der Segmentations-these s. einige Beiträge in dem Reader von W. Sengenberger (Hg.), *Der gesplattene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation*, Frankfurt/M.-New York 1978; dort S. 31-34, 37 ff. zur westdeutschen Ausprägung der betriebspezifischen Segmenta-tion und der regional peripheren Arbeitsmärkte; vgl. auch W. Sengenberger, *Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit – auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarkts*, Frankfurt/M. 1978, insb. S. 29 ff. („Arbeitsmarktsegmentation und Struktur der Unterbeschäftigung“). Die Arbeit von H. Biehler und W. Brandes, *Arbeitsmarktsegmentation in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M.-New York 1981, ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurde.
- 2 M.J. Piore in: Sengenberger (Hg.), *Der gesplattene Arbeitsmarkt*, S. 69.
- 2a Wir zielen hier weniger ab auf die Segmente des Arbeitsmarkts, die lediglich formell unter das Kapitalverhältnis subsumiert sind, als vielmehr auf jene Aspekte der „Produktionsdiskussion“, welche die Reproduktion der Arbeitskraft in einem „informellen“ Sektor betreffen (s.u.); jedenfalls in dieser Hinsicht reproduziert das Kapital die Bedingungen seiner ursprünglichen Akkumulation – freilich sind dies auch die Bedingungen seiner „Blütezeit“ im 19. Jahrhundert gewesen. Die sozialhistorische Parallele zur ursprünglichen Akkumulation liegt in der neuerlichen Schaffung einer „sozialen Frage“ und deren geplanter Lösung von oben.
- 3 S. Berger, M.J. Priore, *Dualism and Discontinuity in Industrial Societies*, Cambridge 1980, S. 18.
- 4 Ebd., S. 50.
- 5 Piore in: Sengenberger (Hg.), *Der gesplattene Arbeitsmarkt*, S. 91; die Verzerrungen durch das amerikanisch-soziologische Vokabular bei Piore muß man abziehen.
- 6 M. Reich, D.M. Gordon, R.C. Edwards ebd. S. 58 ff.
- 7 M.L. Wachter ebd. S. 162 f.
- 8 Vgl. D. Freiburghaus, G. Schmid, *Theorie der Segmentierung von Arbeitsmärkten. Darstellung und Kritik neuerer Ansätze mit besonderer Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Konsequenzen*, in: *Leviathan*, Jg. 3, 1975, S. 417 ff., dort S. 437.
- 9 M.L. Wachter in: Sengenberger (Hg.), *Der gesplattene Arbeitsmarkt*, S. 165. Es ist uninteressant, ob einige Theoretiker die Höhe der Sozialleistungen für die Instabilität der Beschäftigung negativ verantwortlich machen; klar ist, daß das US-Wohlfahrtsystem und Armenprogramm den Markt für sekundäre, niedrigentlohnte Jobs mit provoziert hat, klar ist aber auch, daß im Umkehrschluß inzwi-schen die Streichung der Sozialgelder zum Arbeitszwang führt. Auch in früheren Phasen des Verhältnisses von Staat/Kapital und Armut hatte die Sozialhilfe stets eine kompensatorische Funktion gegenüber der marktmäßigen Herausbildung des Werts der Ware Arbeitskraft, und stets noch bot sich an, die „poor laws“ zum Ein-satz der Armen in staatlich geförderten Arbeitsprojekten zu benutzen. Siehe zum Gesamtzusammenhang die große Darstellung von F.F. Piven und R.A. Cloward, *Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt*, Frankfurt/M. 1977.
- 10 Th. Vietorisz u. B. Harrison in: W. Sengenberger (Hg.), *Der gesplattene Arbeitsmarkt*, S. 182; vgl. S. 100.
- 11 B. Coriat, *Ouvriers et automates. Procès de travail, économie du temps et théorie de la segmentation de la force de travail*, in: J.P. Gaudemar (Hg.), *Usines et ouvriers*, Paris 1980, S. 41 ff.
- 12 Cl. Meillassoux, *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft*, Frankfurt/M. 1976.

13 Ebd. S. 138 ff. „Der doppelte Arbeitsmarkt verfolgt das Ziel, das Proletariat organisch in zwei Kategorien zu spalten, gemäß der Ausbeutungsart, der es unterliegt: die der integrierten oder stabilisierten Arbeiter, die sich ausschließlich im kapitalistischen Sektor reproduzieren; und die der Wanderarbeiter, die sich hier nur teilweise reproduzieren. Dieser doppelte Markt entsteht vermittels verschiedener Diskriminierungen, in der Hauptsache der beiden folgenden:

– Die erste gründet auf der Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Lohn. Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder, Kostenübernahmen bei Krankheiten oder Arbeitsinvalidität werden auf diskriminierende Weise gewährt. Unter verschiedenen Vorwänden werden sie ganz oder teilweise solchen Arbeitern verweigert, die verpflichtet sind, sich ganz oder teilweise außerhalb des kapitalistischen Sektors zu unterhalten und zu reproduzieren. Diese Politik wird von den rassistischen Staaten Afrikas und, in verschiedenem Maße, von den europäischen Regierungen aktiv betrieben, die eingewanderte Arbeitskräfte beschäftigen. So zahlt die französische Regierung den Wanderarbeitern einen indirekten Lohn, der drei- oder viermal unter demjenigen liegt, den ein französischer Arbeiter unter gleichen Bedingungen erhalten würde.

– Die zweite Diskriminierung drückt sich darin aus, daß einige Industriezweige oder bestimmte Sektoren eine geschickte Politik der Unbeständigkeit des Arbeitsplatzes und der Niedriglöhne verfolgen, um die integrierten Arbeiter fernzuhalten – die, da gänzlich auf den Markt angewiesen, von solchen Einkünften nicht leben könnten –, und nur solche Arbeiter beschäftigen, die sich ihre bäuerliche Herkunft zugutehalten. Die Existenz dieses doppelten Arbeitsmarkts wird von der französischen Arbeitgebererschaft ausdrücklich anerkannt: „Die ausländischen Arbeitskräfte werden häufig an provisorischen Arbeitsplätzen beschäftigt ... Sie verfügen über keine Arbeitsplatzsicherheit ... Sie bilden also eine Art zweiten, sehr elastischen und aktiven Arbeitsmarkt“ (*Entreprise* No. 948, 9.11.1973). Daher liegen auch die Löhne der Immigranten um 20 bis 30% unter denen der integrierten Arbeiter.“

14 Siehe die vielzitierte Kenia-Studie des Internationalen Arbeitsamtes (*Employment, Incomes and Equality. A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya*, Genf: ILO 1972); sowie zusammenfassend E. Senghaas-Knobloch, „Informeller Sektor“ und peripherer Kapitalismus, in: H. Eelsenans (Hg.), *Migration und Wirtschaftsentwicklung*, Frankfurt/M.-New York 1978, S. 187 ff.

15 I. Lenz, *Frauen und das globale Fließband*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 3, München 1980, S. 92.

16 Ebd. S. 96.

17 Ebd. S. 102: „Vgl. die bei Freiburghaus, Schmid referierten Ansätze zur Segmentierung des Arbeitsmarkts, die allerdings anhand des Kriteriums der Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt (also dem Lohnverhältnis) immanent diskutieren und nicht vom Lebenszusammenhang der diversen Gruppen her. So konstatieren sie im wesentlichen Qualifikationsdefizite bei den Gruppen im sekundären Arbeitsmarkt (Frauen, Arbeitsemigranten, rassistisch/ethnisch dominierte), sehen aber nicht deren mögliche Ursachen außerhalb der Lohnarbeit, z.B. die Reproduktionsarbeit oder die Einbindung in Ghettoökonomie oder den marginalen Sektor.“ – In den „Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis“ wird ein Zusammenhang vermutet, der mir unter dem Stichwort „Hausfrauisierung der Arbeit“ (Claudia von Werlhof) wieder verloren zu gehen scheint.

18 Siehe die verantwortungslose Diskussion über Arbeitslosigkeit, Eigenarbeit und die Bedeutung des „informellen Sektors“ in: *Technologie und Politik* 10 und 15, Reinbek 1978, 1980; an J. Huber („Wer soll das alles ändern“, Berlin 1980) brauche ich nicht zu erinnern; ebenso möchte ich auf eine Auseinandersetzung mit dem exemplarischen, in den Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BfA erschienenen Aufsatz von G. Vonderach, *Die „neuen Selbständigen“*. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens (Mitt AB 2/1980, S. 153 ff.) verzichten.

19 Vgl. A. Gorz, *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt/M. 1980, S. 63 f. (Gorz spricht hier vom „postindustriellen Neuproletariat“); ferner zur Diskussion mit dem Sekretär der Gewerkschaft CFDT, Edmond Maire, in: *Prokla* 41, 1980, S. 145 ff.

20 A. Minc, *La fin du plein emploi: accident ou fatalite?* in: *Le Debat*, No. 2, 1980, S. 3 ff.; Minc ist der Ko-Autor des unten zit. Berichts über die Informatisation der Gesellschaft.

21 P. Rosanvallon, *Le développement de l'économie souterraine et l'avenir des sociétés industrielles*, ebd. S. 15 ff.; S. 20 f. wird die Kenia-Studie des ILO ausgeklammert.

22 J.I. Geršhuny, *The Informal Economy. Its role in postindustrial Society*, in: *Futures*, Vol. 11, Febr. 1979, S. 3 ff.; ders., *After Industrial Society. The Emerging self-service Economy*, London 1978.

23 A. Bihr, *L'inavouable compromis*, in: *Le Monde diplomatique*, Januar 1980; vgl. J.P. Garnier u. D. Goldschmidt, *L'Etat c'est vous*, ebd. Febr. 1979 sowie A. Bihr u. J.M. Heinrich, *La neo-social-démocratie ou le capitalisme autogère*, Paris 1970.

### Anmerkungen zum Schlußteil

- 1 Siehe den Beitrag von P. Cingolani in diesem Heft.
- 2 Über die Produktion dieser „surplus population“ in Großbritannien s. das wichtige Buch von A. Friend u. A. Metcalf, *Slump City. The Politics of Mass Unemployment*, London 1981.
- 3 FAZ 10.12.1981.

# Schluß: Neue Klassenzusammensetzung und Sozialrevolte

Aus der Analyse der kapitalistischen Krisenstrategie, der Perspektiven der Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme prekärer Arbeit – kurz: aus dem Begriff der nachindustriellen Armut, die der Kapitalismus in den Metropolen produziert, läßt sich eine Bestimmung revolutionärer Subjektivität nicht ableiten. Und zwar nicht nur aus dem methodischen Grund der Differenz von (bestenfalls) objektiver Analyse und den Handlungen, Bestrebungen und Revolten wirklicher lebendiger Menschen, oder weil die soziale Dekomposition und Verelendung an sich keine revolutionäre Größe wäre; sondern auch aus dem historischen Grund, daß sozialrevolutionäre Bewegungen und Kräfte gegenwärtig überall in der Defensive sind.

Es kommt hinzu, daß die Gesellschaftlichkeit und Totalität von Widerstand, die allererst in den Prozeß von massenhafter Erhebung und Umwälzung der Verhältnisse münden könnte, in keiner Weise organisierbar ist und vorweggenommen werden kann. Die europäische und deutsche Geschichte seit 1848 ist beispielhaft genug dafür, daß die sozialen Bewegungen der Unterklassen einer eigenen Logik folgen, der gegenüber nicht äußerlich zu sein, stets nur Organisationen und Parteien mit hegemonialem Anspruch behauptet haben. Das kann nicht bedeuten, auf die Notwendigkeit der sozialrevolutionären Organisation und ihrer Verantwortung im historischen Prozeß zu verzichten. Aber die Frage der Organisation ist – umso mehr, als heute die Gesellschaftlichkeit des Widerstands und seine antiimperialistisch-internationalistische Dimension systematisch in partikulare und marginale Erfahrungen zerlegt wird – in erster Linie eine Frage der Selbstorganisation von Revolutionären.

Aber gibt es dann überhaupt Perspektiven eines antiimperialistischen Kampfs in den Metropolen und an welchen Widerstandslinien müßte er sich orientieren? Die Hinweise, die ich dafür aus der bisherigen Analyse ziehen kann: nämlich daß die Verknüpfung von prekärer Arbeit mit Reproduktionsformen außerhalb des Lohnverhältnisses eine verarmte Existenzweise massenhaft machen wird, für die die Frage des Einkommens die entscheidende ist; daß aber jede Bewegung der „arbeitenden Armen“ in den Metropolen, käme sie zustande, ohne eine Front gegenüber der Spaltung der Arbeitsmärkte und ohne Angriff auf die transnational rekonstruierten Mehrwertketten keine Perspektive hätte, von der militärischen Seite des Imperialismus nicht zu reden – diese Hinweise dürfen, selbst wo sie konkret zu machen sind, nicht dahingehend mißverstanden werden, als ginge es lediglich darum, den bisherigen Ansätzen der Revolte und Teilbewegungen in der BRD ein „soziales Terrain“ anzuzeigen, auf das hin sie zu homogenisieren wären. Es geht hier zuallererst nicht um Organisations- und Handlungsperspektiven, sondern um den Umriß von Feldern möglicher Auseinandersetzung zwischen nachindustriellen Unterklassen und dem inneren Imperialismus.

a. Die neue Klassenzusammensetzung, die nicht-garantierte Arbeit und Jobberei im weitesten Sinn, wie sie in Frankreich und Italien viel mehr vorangetrieben ist als in der BRD, enthält an sich kein homogenisierendes Moment. Sie findet sich in allen Kapitalektoren verstreut und ist eher der Ausdruck eines destruktiven Organisationsprinzips des Kapitals selbst, das von der Arbeiterpopulation nach eigenem Gutdünken selektiv Gebrauch macht. Subjektivität läßt sich nur vom Kampf dagegen beschreiben. So könnte man umgekehrt den Prozeß der sozialen Segmentierung von den Schwierigkeiten des Widerstands her fassen, der sich ihm entgegensetzt. Schon die Anwendung traditioneller syndikalistischer Kampfformen ist im Begriff der prekären Arbeit schwierig und gewissermaßen auf die Wiederherstellung eines ‚rohen Syndikalismus‘ angewiesen, weil die Gewerkschaftsorganisationen in den meisten europäischen Ländern der gegen die entwickelten Organisation der Arbeitsmärkte nachhinken. Die Konfliktualität dieser Arbeitsmärkte könnte noch am ehesten von den Jobbern quer zu allen Arbeitsmarktsegmenten in Gegenmacht verwandelt werden; aber hierfür gibt es wenig Beispiele. Und die subjektiven Verhaltensweisen des jugendlichen Subproletariats der Metropolen (der zweiten Generation von Arbeitsimmigranten, der „Bafög-Generation“ der Jobberstudenten und Hausbesetzer, der Generation aus den deutschen proletarischen Vierteln), ihre vielfältigen Versuche, der Zerstörung zu entgehen oder sie aggressiv zu wenden und ein Selbstbewußtsein aus der Zirkulation von Moden, aus der Okkupation von Raum in den Städten, aus dem Gebauch der Arbeitsmärkte und dem nur zeitweiligen Verkauf ihrer Arbeitskraft und aus der kleinen Delinquenz zu beziehen (1), sind mit der Grenze der Arbeits- und Einkommenslosigkeit konfrontiert. Viele dieser Verhaltensweisen stehen im Spannungsfeld von Verweigerung und kapitalistischem Gebrauch. Die Mobilität und Entscheidung über die Arbeits- und Nichtarbeitszeit und die autonome Bestimmung der Bedürfnisse, die die politisierten Schichten dieser Jugendlichen und Jobber für sich in Anspruch nehmen, sind von Faktoren zu Bestandteilen der Neuzusammensetzung der Klasse geworden, zu Resultaten des kapitalistischen Gebrauchs der Verweigerung der Arbeit. Die Figur des Jobbers, der sich der Kultur der Revolte versichern kann, wird zunehmend abgelöst durch „soziale“ Jobberschichten, das Proletariat der Leih- und Teilzeitarbeit, der Aushilfe, Heimarbeit und Klitschen. Darüberhinaus hört die Nicht-Arbeit auf, ein Moment von Widerstand zu sein, wenn sie zu einem Dispositiv des Kapitals für die Reorganisation der Arbeit wird. Vor dieser Situation stehen inzwischen die von der Arbeitslosigkeit massenhaft betroffenen Jugendlichen auch in der BRD. Schließlich wird die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von arbeitslosem Einkommen durch den restriktiven Kurs der Sozialpolitik eingeholt und gerät zunehmend in den Bereich der Delinquenz.

b. Nach allen Erfahrungen – einschließlich der Partikularisierung der organisatorischen Widerstandserfahrungen der 70er Jahre – gilt für die BRD, daß keine sozialrevolutionäre Perspektive denkbar ist, die aus der kurzfristigen Konfrontationszyklus, aus dem Auf und Ab von Revolte und Resignation, oder aus der Verlängerung und Zusammenfügung der verschiedenen sozialen Teilbewegungen (der Frauenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, des Häuserkampfes, der antiimperialistischen Gruppen und der Friedensbewegung, des Kampfs um die Startbahn West) kommt. Die soziale Segmentierung scheint sich in den Typus der Revolte hinein fortzusetzen. Dies heißt nicht, die tatsächliche Bedeutung dieser Bewegungen und die von ihnen erzwungene Einengung des Spielraums des Kapitals, vor allem die Blockierung beim Übergang zum Atomstaat, zu unterschätzen. Die Jugendrevolte von 1980-81 war die direkte Antwort auf den kapitalistischen Angriff, mit dem eine ganze Generation in den Zustand der Arbeitslosigkeit und Prekarität herabgedrückt werden soll. Aber man muß doch von einem Spannungsverhältnis zwischen den Teilbewegungen und Ansätzen der gegenwärtigen Sozialrevolte einerseits und der Perspektive der Ausweitung einer sozialen Massenbewegung der 80er Jahre ausgehen. (Entsprechend wird jede Organisationsform dieses Spannungsverhältnis widerspiegeln.) Es kommt die besondere Erfahrung hinzu, daß alle linken Protestbewegungen der vergangenen Jahre in der BRD einen Doppelcharakter hatten, nämlich einmal die Tendenz zur sozialtechnischen Verwaltung und Befriedigung der Revolten durch die Linke selbst, was freilich immer weniger greifen wird. Und im Gegenzug dazu werden sie durch die Proletarisierung der wirklichen Bewegung der Tendenz nach zu Sozialrevolten, die auch andere gesellschaftliche Schichten erfassen könnten.

Die Träger der verschiedenen Teilbewegungen in der BRD sind zunehmend von der Jobberei und Arbeitslosigkeit in einer Weise geprägt, daß die entscheidende Frage, welche verallgemeinerbaren Inhalte und materiellen Forderungen sie mit den metropolitanen Unterklassen verbinden, sich nicht länger ausklammern läßt. Wie gesagt, ist der Übergang von den „politischen“ Jobberschichten zu sozial prekären Gruppen fließend geworden. Aber gerade das Verhältnis zur Arbeit und zum Geld/Einkommen war bislang die Grenze der Bewegung. Es gibt bis jetzt keine sichtbare Gemeinsamkeit und Front, die der Krisenpolitik des Regimes, der Doppellinie des Angriffs auf Beschäftigung, Löhne und Sozialleistungen und dem Kontraktionsprogramm des Kapitals irgendwie gewachsen wäre – einem Prozeß also, der in der BRD voll im Gang ist und der mit der explosionsartigen Ausweitung des Sektors von nicht-garantierter Arbeit zur Produktion eines neuen metropolitanen Subproletariats, einer neuen Generation von Entwurzelten führen wird: von arbeitslosen Jugendlichen und aus der Industrie Herausgeworfenen, Immigranten, von unregelmäßig Beschäftigten in den niedrigstentlohnten Abschnitten des Arbeitsmarkts, von Armen und Sozialhilfeempfängern. (2)

Das Regime selbst ist in seinen Analysen weiter. Es konstatiert, daß nicht eigentlich „zwei Kulturen“ und damit auch die Marginalisierung der Revolte in der BRD Grund zur Sorge wäre. Vielmehr könnte der fortschreitende Erosionsprozeß zwischen den „kleiner werdenden Kerntruppen des Industrialismus“ und jenen nachindustriellen Schichten der Verweigerung und des „Teil-Aussteigertums“, die nicht länger eine Randgruppe, sondern einen „zu bedrohlicher Größe anwach-

senden Bevölkerungsteil“ bilden, sich zu einem Potential von Staatsbankrott, Inflation, rapide steigender Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen verdichten. Das Risiko wird – wie Herr J.G. Reißmüller (nomén est omen) in der FAZ Ende letzten Jahres schrieb – darin gesehen, daß „die Schichten der in die Industriegesellschaft sich einfügenden Arbeiter und Angestellten (...) in Zukunft dahinschmilzt, daß andererseits die Zahl derer wächst, die sich von der unserer Industriegesellschaft entsprechenden Arbeits- und Lebensweise Schritt für Schritt entfernen“. (3) Was hier als Erosion der Leistungsmoral in der Zirkulation von garantierten Fabrikarbeitern und Prekären gefaßt wird, hat nicht nur seinen Grund im Verschleiß der Arbeitskraft, sondern sieht eine Entwicklung in der BRD voraus, die die Militanten der gegenwärtigen Teilbewegungen auf ganz andere Weise als bisher ins Zentrum sozialer Kämpfe rücken würde.

c. Wir haben in unseren Diskussionen oftmals verallgemeinernd von der „Eroberung des sozialen Terrains“ und der Neuformulierung der „sozialen Frage von unten“ gesprochen. Davon ist keine Lösung des qualitativen organisatorischen Problems der Entsprechung von Klassenzusammensetzung und sozialrevolutionärer Organisation zu erwarten. Es geht zunächst um nichts anderes, als um die Einsicht, daß die neue Ausbeutungshierarchie, die Dezentralisierung des kapitalistischen Kommandos, die Einkommensminderung und der Zwang zur Arbeit, die abgestufte Verunsicherung der sozialen Existenz zum Ausgangspunkt eines jeden organisatorischen Konzepts genommen werden muß. Es geht um die Erwartung, daß die Ausweitung der sozialen Teilbewegungen und die Auflösung der Grenze zwischen den Kernen der Revolte und den Kämpfen des metropolitanen Proletariats und Subproletariats in den Linien der prekären Arbeit und der nachindustriellen Massenarmut erfolgen wird – in einem größeren Terrain also, als es dem bewußten Teil der Revolte bislang entspricht. Und es geht um die Hoffnung, daß der weltweiten Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung, zwischen Komplexautomation und Massenarmut, der Spaltung der Arbeitsmärkte und der Despotie der unterbezahlten Arbeit eine neue Subjektivität der Unterklassen entgegenzusetzen ist. Jede revolutionäre Perspektive muß den Kampf gegen die Arbeit den neuen Formen ihrer segmentierten Ausbeutung entsprechend aufnehmen. Wie kann, da die prekäre Arbeit mehr und mehr zum Bezugspunkt für die Regulierung von Armut wird, die Kaskade der Teilarbeitsmärkte und das Wechselverhältnis von parasitär-planerischer Blaupausenarbeit und dual-segmentiertem Arbeitszwang angegriffen werden? Insofern das Kapital die Arbeitskraft und die Zellen des Widerstands in Fabriken, Büros und Warenhäusern auf einer neuen Taylorisierungsstufe technologisch einkreist; insofern es sie auslagert, prekär macht oder in die „relative Überbevölkerung“ drängt und insofern dadurch die Zirkulationsgeschwindigkeit im Verhältnis zur Arbeit wächst, ist der Kampf gegen die Arbeit immer weniger als Fabrik- und Lohnkampf organisierbar. Es gibt in der Tat keine Möglichkeit der Aneignung mehr auf der Ebene der Fabrik, und insofern ist auch „Arbeit“ kein konstituierendes Moment mehr für eine sozialrevolutionäre Bewegung. Diese negative Orientierung an der Arbeit wird sich ausdrücken. Ein ‚roher Syndikalismus‘ in den Klitschen, Schwitzbuden, legalen und illegalen Leihfirmen wird sich zwangsläufig mit Formen der Sabotage der technologisch vergegenständlichten Arbeits- und Personalplanungsdespotie verbinden. „Lohn“ wird nicht länger als Anteil an der Produktivität und als Ergebnis eines collective bargaining zu begreifen sein, sondern als eine von mehreren Formen der Einkommenssicherung und der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums – wie wir früher gesagt haben – „auf dem Territorium“.

Gleichzeitig gehört es zum wesentlichen Merkmal der Neuzusammensetzung der Klasse, daß sie in einem stetigen Übergang zur Arbeitslosigkeit und Armut begriffen ist – einer nachindustriellen Massenarmut, die in keinem Zyklus von Industrialisierung mehr zu fassen ist und deren elementares Bedürfnis im Einkommen und in der Wohlfahrt liegt. Deshalb wird es des weiteren um alle die Konfliktfelder zwischen Regime und Unterlassen gehen, in denen die Bedürfnisse der Unterlassen hervortreten, die nicht reformistisch-korporatistisch gewendet oder in Formen verbilligter und pauperisierter Reproduktion abgefangen werden können. Das mag abstrakt klingen, und es wird nicht konkreter dadurch, daß die Bereiche des indirekten Lohns, der Wohnung, des Gesundheitswesens, der Sozialhilfe und des Arbeitslosengelds, die Verbindungslinien zwischen assimilationsunwilliger Ausländercommunity, Asylanten, Knast, Psychiatrie und Behinderung, der parastaatliche Drogenhandel und die Prostitution angeführt werden. Entscheidend ist, daß eine revolutionäre Subjektivität nur unter dem Vorrang einer „sozialen Frage“ in diesem Sinn der Massenarmut und des Subproletariats der

Metropolen wiederzugewinnen ist. Mit der massenhaften Zunahme der Armut bekommt das Recht auf Existenz – jenseits der Arbeit und außerhalb staatlicher Kontrolle – als revolutionäre Forderung auch in den Metropolen noch einmal die historische Aktualität, die es in der anomischen Epoche des europäischen Frühindustrialismus hatte. In welcher Form der Kampf ums Existenzrecht auch immer aufgenommen wird, er konfrontiert die Klasse direkt mit dem Staat:

- im Kampf um Sozialleistungen und „garantierte Einkommen“
- bei der Zerstörung des Workfare-Systems und Arbeitszwangs
- bei der Zerstörung von Lagern, technologischen Kontrollen und sozialtechnischen Vereinzelungsstrategien; bei der Aufhebung der rassistischen Spaltung des Ghettos
- im Angriff auf die kapitalistische Kontrolle der Ghettoökonomie (Menschenhändler, Drogen, Prostitution)
- bei aggressiven Formen der Aneignung: Delinquenz, Plünderungen und Aufständen subproletarischer Jugendlicher (s. am Beispiel Brixton und Liverpool im Jahr 1981).



*Aufruhr westindischer Jugendlicher in London*



*Straßenschlacht in Liverpool*

## Die Krise im Dienst der Britischen Konservativen

Andy Metcalf: In der Tat steht hinter den Unruhen die wirtschaftliche Situation. England ist heute, im Zusammenhang des Endes des Wirtschaftswachstums, das schwächste der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, das am meisten von der Rezession betroffene Land. Der Niedergang hat ein solches Ausmaß angenommen, daß man ausgerechnet hat, daß es – ginge der Rhythmus der „Entindustrialisierung“ so weiter voran, wie seit dem Sieg von Thatcher – in fünf bis sechs Jahren keine Industrie mehr geben würde.

Aber noch trägt nicht die Arbeiterklasse als ganze die Last dieser Krise. Betroffen sind vor allem die Bevölkerungen aus den Zentren der Großstädte. Dort ist die Arbeitslosigkeit am verbreitetsten, dort sind die Fabriken verschwunden; die wenigen Beschäftigungen, die man findet, werden gering bezahlt, sind prekär, vor allem im Dienstleistungssektor (Kaufhäuser, Touristik etc.). Nehmen Sie Liverpool als Beispiel. Abgesehen davon, daß die amtlichen Statistiken einen großen Teil der Arbeitslosigkeit verschleiern (und daß man sie in Wirklichkeit doppelt so hoch ansetzen muß), hatten wir im Jahr 1980 12% Arbeitslose in der Stadt. Aber in der Gegend von Toxteth, wo die Unruhen ausgebrochen sind, beträgt die offizielle Zahl 42%! Es handelt sich also um Viertel, in denen praktisch die Hälfte der aktiven Bevölkerung ohne die Sicherheit eines dauernden Arbeitsplatzes lebt. Die „eigentliche“ Arbeiterklasse, die regelmäßig arbeitet, ist in diesen „innercities“ in der Minderheit.

*Libe: Sie erwecken den Eindruck, daß es sich um eine beachtliche Politik handelt...*

A.M.: Die marginalisierten Bevölkerungen – und es geht nicht allein um Arbeitslose, sondern auch um Zeitarbeiter, Leute, die schwarz arbeiten etc. – sind ein unmittelbares Produkt des politischen Gebrauchs der Rezession. Das wesentliche Ziel des „Monetarismus“ besteht darin, die Massenarbeitslosigkeit zu benutzen, auszunutzen und derart zu verschärfen, um die sozialen Beziehungen kontrollieren und neuzusammensetzen zu können. Auf diese Weise bedeutet die Kluft innerhalb der Arbeiterbevölkerung selbst, die sich täglich ausweitet, einen großen Sieg für Thatcher. Kurz vor den Unruhen antwortete Thatcher auf die Fragen eines Journalisten der „Sunday Times“: „Wenn unsere Leute sagen: ‚Was geht mich das an, was ich produziere, ich habe nur ein anständiges Gehalt nötig‘, nun gut, dann wird es in ihrem Bereich bald keine Arbeit mehr geben und sie haben sich auf diese Weise ihre eigene Arbeitslosigkeit zuzuschreiben.“ Als der Journalist sie sodann fragte: „Aber was werden sie tun, um ein solches Verhalten zu verhindern?“, gab unser Premierminister zur Antwort: „Die Leute sind gerade dabei zu lernen.“ Und wie? Ganz einfach. Die Reallöhne der festangestellten Arbeiter haben ihre Kaufkraft seit dem letzten Sommer im großen und ganzen bewahrt. Aber die anderen Gruppen haben eine rasche Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen müssen. Mit einem Schlag wird die Angst zum Hebel des Maßhaltens in der Lohnfrage, der Leistungssteigerung und der Veränderung in den Handlungsweisen der Arbeiter. Während die Industrieproduktion um 20% nachgelassen hat, ist die Produktivität pro Arbeiter und pro Stunde 1979 um 3% und 1980 um 4% gestiegen. Das ist schon bemerkenswert! An diesem Index kann man den Erfolg der konservativen Politik und des Gebrauchs der Krise als Ordnungsfaktor ermessen.

Die Kosten dieser Neuzusammensetzung der sozialen Beziehungen werden von bestimmten Fraktionen der Arbeiter in den alten Stadtzentren und vor allem von den Frauen bezahlt. Im Bereich von Groß-London z.B. ist die Anzahl der als arbeitslos gemeldeten schwarzen Jugendlichen zwischen Februar 1979 und Februar '80 um 25% angestiegen. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit der weißen Jugendlichen etwas zurückgegangen; jetzt haben sie den Rückstand wieder eingeholt.

*Libe: Sind die Unruhen also in gewisser Weise die Antwort derjenigen, die Sie die „Überflußbevölkerung“ des „Monetarismus“ nennen?*

A.M.: Ja, aber man darf nicht aus den Augen verlieren, daß sich die Unruhen der letzten Tage in einem größeren Rahmen bewegen: in dem der unaufhörlichen Verschlechterung der „öffentlichen Ordnung“ in den Städten seit sechs oder sieben Jahren. Die Zeitung „Race today“ hat zwölf ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der schwarzen Bevölkerung im Zeitraum von September 1974 bis September 1976 aufgelistet. Danach gab es den Aufstand in Notting Hill 1976, dann 1977 eine Reihe weiterer Unruhen, gefolgt von den Ghettoernten 1978 und 1980.

Diese Unruhen sind das Produkt einer zweifachen Bewußtwerdung unter den Schwarzen. Des Bewußtseins ihrer besonderen Unterdrückung, das von der „Black Power“-Bewegung in den USA ausgeht, und des Bewußtseins der zweiten Generation, die die „Scheiß“-Arbeit verweigert, die sich ihre eigenen Lebensformen auf der Straße schafft. Fortschreitend haben zwei Kräfte die Auseinandersetzung gesucht: die jungen Afrikaner aus der Karibik, dann die asiatischen und schließlich die weißen Jugendlichen einerseits, der Staat und die Polizeikräfte auf der anderen.

(Libération 23.7.1981)

## Der Aufstand in Toxteth Juli 1981

„Die Besitzerin eines Kaffeehauses berichtet über die vergangene Nacht: ‚Keiner der Demonstranten hat gewagt, mich anzugreifen. Die meisten von denen, die die Scheiben eingeschlagen haben, hatten maskierte Gesichter. Dafür habe ich einige meiner Gäste unter denen wiedererkannt, die die Läden geplündert haben. Es gab selbst welche, die nachher gekommen sind, um einen Morgenkaffee zu trinken.‘

‚Ganze Familien haben sich in den gestürzten Läden bedient‘, erzählt ein anderer Zeuge. ‚Ich sah eine Familienmutter, die nahm ein paar Schuhe und probierte sie rasch an, während die Kinder Schmiere standen.‘

Konservendosen, elektrische Geräte, Kleidung – alles ist verschwunden. Die Zeugen schieben – entweder ernsthaft oder aus Selbstschutz – die Verantwortung für die Plünderungen auf Leute, die fremd in der Stadt seien. (...) C. Blackburn, Polizeiverantwortlicher für die Verbindung zur Presse, erklärt, daß ‚die Polizei in Toxteth aufgrund der hohen Kriminalitätsrate zur Härte gezwungen ist. Diese Unruhen wurden mithilfe von Leuten von außerhalb organisiert. Die Taktik bestand darin, durch Angriffe auf die Polizisten ein Durcheinander herzustellen, um im Schutz dessen Plünderungen vorzunehmen.‘

(Le Monde 8.7.81)

„In Toxteth, dem Viertel, in dem die Gewalttätigkeiten begonnen haben, lebt neben den Weißen seit fast einem Jahrhundert eine schwarze Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit beträgt in der Stadt Liverpool 17%, in Toxteth erreicht sie 40%, 60% unter den Schwarzen und 90% bei den Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren. (...) Zur Überraschung der Engländer haben viele sehr junge Kinder an den Aufständen teilgenommen: eine Folge der zunehmenden Scheidungen, der Zerstörung der Familien und der Armut. Die Diebstähle an sich waren nicht weiter verwunderlich, wohl aber ihr Ausmaß. Die Kriminalität und kleine Delinquenz ist in den letzten Jahren in GB stark angestiegen. So berichtet ein Journalist: ‚Jedes Wochenende werden die Scheiben eingeworfen und die Läden geplündert. Normalerweise redet man gar nicht mehr darüber.‘

(Le Monde 15.7.81)

# Prekäre Arbeit und junges Proletariat in der Pariser Region

## Krise und Restrukturierung

Selbstverständlich ist die Arbeitslosigkeit auch in Frankreich die Speerspitze der gegenwärtigen Restrukturierung der Arbeit. In erster Linie hatte die Restrukturierung zur Folge, jene Institutionalisierung der Arbeitsverhältnisse und -konflikte zu erschüttern bzw. einzugrenzen, so wie sie seit Januar 1969 in Frankreich festgeschrieben worden waren (constat de Grenelle); d.h. sie hat den Verhandlungsspielraum zwischen Lohnempfängern und Unternehmern auf einen kleinen Teil der weißen Arbeiterklasse der Metropole beschränkt und jede Ausweitung der verschiedenen Formen von sozialer Sicherheit und Garantie blockiert.

Anfang 1974 gab es in Frankreich 422 000 Arbeitssuchende, heute im Februar 1981 beläuft sich die Zahl auf 1 606 000 – woran sich der quantitative Einfluß ablesen läßt, der damit auf die Gesamtheit der lohnarbeitenden Bevölkerung ausgeübt wird. Doch der Druck der Arbeitslosigkeit muß sich, um wirklich von Nutzen zu sein (d.h. um die Solidarität und die Stabilität der Löhne zu brechen), mit einem doppelten qualitativen Eingriff verbinden:

– es müssen sowohl die sozialen und rechtlichen Verhältnisse der Lohnarbeit modifiziert werden: durch Zeitleiharbeit, Arbeitsverträge von begrenzter Dauer etc. (durch Beschäftigungsarten also, die in Frankreich unter den allgemeinen Begriff der Beschäftigungen „hors statut“, d.h. ohne feste Anstellung gefaßt werden);

– und es muß zugleich eine neue rechtliche und politische Ortsbestimmung der Fabrik vorgenommen werden: durch Filialisierung, Untervermietung von Arbeit etc. („diffuse Fabrik“).

Deshalb genügt es nicht nachzuweisen, daß heute nahezu 20% der aktiven französischen Bevölkerung von der Verunsicherung der Beschäftigungsverhältnisse direkt betroffen ist, um angesichts solcher alarmierender Zahlen neuerdings mit einer „Arbeiteruntersuchung“ zu beginnen. Hinter den Zahlen verbirgt sich eine Vielfalt von Bevölkerungsschichten, und nur auf dem Wege einer Analyse der höchst differenzierten Führungstechniken nicht gegenüber den Arbeitern, sondern gegenüber verschiedenen Arbeiterpopulationen läßt sich eine Gesamtübersicht über das Phänomen der Restrukturierung herstellen.

Vorerst sollen einige simple Hinweise genügen: Die Krise schlägt selektiv zu. Die Arbeitslosigkeit betrifft am stärksten Jugendliche (47% der französischen Beschäftigungslosen), Frauen (54%) sowie Abgänger allgemeinbildender Schulen (34% der französischen Abiturienten und 52% der Frauen mit einem der Mittleren Reife vergleichbaren Abschluß sind arbeitslos). Von den prekären Beschäftigungen sind abermals die Jugendlichen besonders betroffen (55% der Zeitleihbeschäftigten sind jünger als 25 Jahre), darüberhinaus die am

wenigsten qualifizierten Arbeiter (60% der Zeitleihbeschäftigten) bzw. die Arbeiter, die am meisten pauperisiert sind (die Immigranten in der Untervermietung oder in bestimmten Bereichen der Schwarzarbeit).

Es ist also unmöglich, sich alle diese Bevölkerungsgruppen als homogen in Bezug auf eine kapitalistische Strategie vorzustellen.

An dieser Stelle wird man einwenden: Nichts Neues unter der Sonne des Kapitals! Die Verunsicherung der materiellen Lebensverhältnisse ist keine Erscheinung jüngeren Datums. Marx behandelt das Thema im „Kapital“, wo er von den entwurzelten Bauern spricht, deren „Geschichte in die Annalen der Menschheit eingeschrieben (ist) mit Zügen von Blut und Feuer“, und von Frauen und Kindern, deren Löhne weit unter denen der Männer liegen und die einer maßlosen Überausbeutung unterworfen sind . . .

Gewiß organisiert sich das Kapital zum Zweck seiner Akkumulation unaufhörlich die Arbeitermassen, formiert ihre Körper, drückt ihnen seinen Stempel auf. Nur war man seit längerem daran gewöhnt, daß es diese Massen in peripheren Sektoren sucht, in den am meisten „rückständigen“ Produktionsweisen – im Hunger nach territorialen Eroberungen und unverbrauchter neuer Arbeitskraft. Es schien, als ob mit der Einrichtung des „welfare state“ die Bevölkerung der Metropolen vor den Verheerungen eines Kapitals geschützt wäre, welches in anderen Kontinenten eine mit dem Euphemismus „billig“ versehene Arbeitskraft vorfindet, die es ebendort konsumiert oder zu geringen Kosten in seine industrielle Zentren verfrachtet.

Doch mit dem Eintritt in die Krise stellt sich gegen Ende unseres Jahrhunderts ein Phänomen von radikaler Gewalttätigkeit wieder her. Der Prozeß der Instabilisierung der Beschäftigung und der Expropriation gewinnt mitten in den metropolitanen Zentren des Westens neuerdings an Stärke; und dieser Prozeß wird sich auch am Körper der Bevölkerung der Metropolen selbst vollziehen.

Ich habe schon bemerkt, daß dieser Prozeß seinem gegenwärtigen Charakter nach bestimmt werden kann als ein selektiver und experimenteller Prozeß gegenüber den schwächsten Gliedern in der Kette des Widerstands und der Arbeiterkämpfe: den Frauen, Immigranten, aber vor allem gegenüber der Jugend, seien es nun die Jugendlichen aus der weißen metropolitanen Arbeiterschicht oder die zweiten Generationen des multinationalen Massenarbeiters. Was auch immer ihre Verschiedenheiten sein mögen (die zu benennen sein werden), so haben diese jugendlichen Bevölkerungsgruppen im städtischen, metropolitanen Milieu Assoziationspunkte und solidarische Zusammenhänge finden können, die zu ihrer Identität gehören. Als bevorzugte Opfer der Restrukturierung sind sie das soziale Feld, auf dem sich die neue Kapitalbewegung in aller Härte abspielt und nachvollziehen läßt, und bilden sie zugleich den Schmelztiegel künftiger Stadtkämpfe.

Unabhängig von den regionalen Besonderheiten kann die Untersuchung der Lage des jugendlichen Proletariats in Paris vielleicht beides wahrzunehmen helfen.



# Die neuen Beschäftigungsformen und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterbevölkerung

Leider gibt es bis heute keinerlei Einheit – weder politisch-ökonomisch und noch weniger soziologisch – im Begriff der „prekären Arbeit“. Prekäre Arbeit gewinnt ihren Sinn nur als ein vielförmig angepaßtes arbeitsmarktpolitisches Instrument des Kapitals im Rahmen der Restrukturierung. Ihre verschiedenen Formen müssen daher genauer bestimmt werden, bevor deren Auswirkung auf die Lebensverhältnisse des jugendlichen Proletariats anzugeben sind.

Nach der Institutionalisation des status quo zwischen Massenarbeiter und Kapital in den Grenelle-Abkommen (vgl. Abschnitt III) waren die französischen Unternehmer in den gewerkschaftlich nicht-kontrollierten Sektor des Arbeitsmarktes ausgewichen, um den festgeschriebenen Klassenkonflikt durch die Mobilisierung immer größerer Arbeitersegmente zu erschüttern und von daher einen neuen Rationalisierungsangriff in Gang zu bringen. Nach und nach schufen sie sich dabei über den Staat ein entsprechend ‚mobilitätsfreundliches‘ arbeitsrechtliches Instrumentarium. (Hier zeigt sich eine verblüffende Parallele zur Politik des BRD-Kapitals, das seine entsprechende Offensive arbeitsrechtlich durch das ‚Adia-Urteil‘ abgesichert bekommen hat.)

Nun ist das Arbeitsrecht sicherlich ein sehr unvollkommenes Werkzeug zur Begriffsbestimmung dieser verschiedenen neuen Beschäftigungsarten forciert Mobilität; das entscheidende Kriterium für deren Analyse wird im Endeffekt der Arbeitsplatz selbst, das Laboratorium der Produktion, sein. Doch der fast vollständige Mangel an vergleichbaren Untersuchungen auf der Unternehmensebene bringt mich dazu, bei aller Vorläufigkeit einer solchen Vorgehensweise die rechtlichen Verhältnisse zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Immerhin erhalten wir so einen hinlänglichen Überblick über alle Tendenzen der Prekarisierung, d.h. der Verunsicherung der Beschäftigung. Sie haben eine Neufassung der Kündigungspolitik zur Grundlage, definieren neue Beschäftigungen ohne Festanstellung („hors statut“) und sind oftmals mit entsprechenden Schritten zur Dezentralisierung des Kapitals verbunden:

- Zeitleiharbeit (le travail temporaire / intérimaire)
  - Arbeitsverträge von begrenzter Dauer (les contrats à durée déterminée)
  - Teilzeitarbeit (le travail à temps partiel)
  - Arbeit auf Probe (la stagiarisation)
  - außerplanmäßige Beschäftigung (la non titularisation)
  - Untervermietung der Arbeit (la sous traitance) / Regie
- (Zu dieser Liste müßte man die Heimarbeit hinzufügen, soweit sie legalisiert ist; aber deren Bedeutung ist in Frankreich zu sehr begrenzt.)

## 1. Zeitleiharbeit

Die Gründe für den Rückgriff der Betriebe auf Zeitleiharbeit sind im großen und ganzen die, welche insgesamt für den Gebrauch von statuslosen Beschäftigungen sprechen; nämlich:

- eine größere Flexibilität der Betriebspolitik gegenüber der Arbeitskraft durch die Einregulierung des Verhältnisses von Produktionstätigkeit und Personalbestand sowie eine größere Mobilisierung der Arbeiter („Entschlackung“, Kampf gegen den Absentismus);
- eine bessere Kontrolle der Arbeitskraft (Segmentierung

und Spaltung der implizit oder explizit vorhandenen Solidarität eines Arbeitskollektivs);

– eine Verringerung der toten Zeit und eine bessere Ertragsleistung (Zwang zu intensiverer Arbeit und Leistungssteigerung, Intensivierung durch ständigen Wechsel des entlohnten Personals);

– eine Kostensenkung durch Anpassung der Lohnmasse an die Entwicklung der Produktion und durch Einsparung von Sozialkosten für die Zeitleiharbeiter. (1)

Es gibt also keinerlei wirtschaftliche Sonderstellung der Zeitarbeit, wie es das Arbeitsrecht unterstellt. Sie fügt sich vielmehr in den allgemeinen Rahmen des politischen Verhältnisses von Arbeitern und Kapital am Arbeitsplatz ein. Über das hinaus, was das Gesetz offenlegt und was selbst schon einen schweren Schlag gegenüber der vorausgehenden Arbeitsgesetzgebung darstellt, greift die Zeitleiharbeit in der Praxis alle Elemente des Zusammenhalts, des Widerstands und Kampfes an, die bislang vom Arbeitskollektiv entwickelt werden konnten.

## 2. Arbeitsverträge von begrenzter Dauer

Deren Definition ist höchst einfach: „sie umfassen einen bestimmten und vom Moment ihres Abschlusses an genau festgelegten Zeitraum“. Ebenso einfach ist tatsächlich ihre Funktion in der Organisation und Verwaltung der Arbeitskraft. Abgesehen davon, daß die unter diesen Vertragsbedingungen stehenden Arbeiter alle gesetzlich und betrieblich vereinbarten Vorteile genießen (was bei der Zeitleiharbeit nicht der Fall ist), hat diese Vertragsform hinsichtlich der Verwendung und Kontrolle der Arbeitskraft ähnliche Merkmale wie die Zeitleiharbeit; allerdings ist ihre Handhabung weniger flexibel, aber zugleich billiger. Man kann also verstehen, warum „einige Betriebe dazu überzugehen scheinen, die Zeitleiharbeit durch begrenzte Arbeitsverträge zu ersetzen“ (2), und daß deren Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt größer ist als die der Leiharbeit.

## 3. Arbeit auf Probe

Arbeit auf Probe kommt in dreifacher Form vor, dem Grad ihrer Prekarität entsprechend:

– als Probezeiten in Form eines „Beschäftigungs- und Ausbildungsvertrags“; für Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren gedacht und auf einem tatsächlichen Vertrag mit dem Arbeitgeber basierend, scheint diese Form noch am ehesten ihrem offiziellen Zweck zu entsprechen und nicht eigentlich die Merkmale prekärer Arbeit zu haben;

– als Vorbereitungszeit zur „beruflichen Eingliederung“; darunter ist eine Ausbildung in berufsbildenden Zentren zu verstehen, zu der ein oder mehrere Betriebspraktika hinzukommen. Für die am wenigsten qualifizierten Jugendlichen ist das Resultat gleich null (65,1% der Teilnehmer mit Hauptschulabschluß finden am Ende der Probezeit keine feste Anstellung), es handelt sich also eher um Parkplätze für Arbeitslose;

– als „Praktika“, worunter die prekärsten Beschäftigungsverhältnisse zu fassen sind. Die Praktika sind für einen Zeitraum von 6 Monaten und für 200 Ausbildungsstunden berechnet, sie beruhen auf keinem Arbeitsvertrag. Einer Reihe von zumeist kleinen, oft in der Krise befindlichen Betrieben (Einzelhandel, Autoreparaturwerkstätten etc., 2/3 davon mit weniger als 50 Beschäftigten) wurde damit die Möglichkeit gegeben, eine höchst flexible, „kräftige“ und billige Arbeitskraft auszunutzen, ohne daß sie die erforderliche Ausbildung liefern würden. (4)

Statt der vorgeblichen Berufsausbildung vermitteln diese Praktika und Probezeiten einer Jugend, die ohnehin von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen ist, Modelle der Unterordnung unter die neuen kapitalistischen Gesetzlichkeiten: Instabilität, Verunsicherung und Unterwürfigkeit; sie bereiten sie somit – übrigens meistens in Kleinbetrieben praktiziert – auf die künftige Mühsal der Beschäftigungssuche und auf die demütigende Selbstbeschränkung bei Lohnforderungen vor.

#### 4. Außerplanmäßige Beschäftigung

Betroffen sind hier vor allem die staatlichen Bediensteten. Der französische Staat hat die Entwicklung von Beschäftigungen ohne Festanstellung im privaten Sektor gar nicht erst abgewartet, sondern eher ein Beispiel in Sachen prekärer Arbeit geliefert. Außerplanmäßige Stellen im öffentlichen Dienst als da sind: Aushilfskräfte im Bereich von Schule und Unterricht, Post; besondere Verträge für Wissenschaft und Forschung; Vakanzen etc. haben dem Staat als Arbeitgeber die Möglichkeit verschafft, aus einem Fundus mobiler Lohnempfänger zu schöpfen, deren Einstufung unklar zu lassen und damit der Starrheit entgegenzuwirken, die der Beamtenstatus hinsichtlich der Beschäftigung mit sich bringt.

#### 5. Teilzeitarbeit

Das jüngste Gesetz vom 4.2.81 besagt: Es handelt sich um eine Arbeit, „deren Stundenzahl unterhalb der Normalarbeitszeit des Betriebes oder der Werkstätte sowie unterhalb der gesetzlichen Arbeitszeit liegt“. Man mag sich wundern, die Teilzeitarbeit unter die prekären Beschäftigungen gerechnet zu sehen; das gleiche Gesetz legt nämlich fest, daß „den Lohnempfängern, die in Teilzeit beschäftigt sind, alle gesetzlichen Rechte und Betriebsvereinbarungen zukommen, die für ganzzeitig beschäftigte Lohnempfänger gelten“. Aber hier wie sonst

auch ist die Art der Tätigkeit und ihr tatsächlich prekärer Charakter erst im Alltag des Arbeitsplatzes zu beurteilen.

So ist die Entwicklung der Teilzeitarbeit im Einzelhandel hauptsächlich mit der Zunahme der Nachtschichten und mit dem Widerstand der ganzzeitig beschäftigten Arbeiter und Angestellten gegen die Arbeit in den Abendstunden verbunden. „Die Unternehmer haben dies Problem auf lange Sicht geregelt, (...) indem sie alle Nachtschichten durch Teilzeitkräfte erledigen lassen, die keine andere Wahl haben und die niemals auf die ganzzeitig Beschäftigten treffen“, sagen die CFDT-Gewerkschafter aus dem Dienstleistungsbereich. (5) Es handelt sich demnach um einen regelrechten Angriff auf die politische Mobilität des Arbeitskollektivs (auf die Möglichkeit des Austauschs und der Übereinkunft von Kampferfahrungen) und auf diese Ablehnung gegenüber einer bestimmten Arbeitsorganisation, einen Angriff, den die Unternehmer mithilfe der Teilzeitarbeit fahren. Zugleich ist das ein Angriff auf das fixierte Lohnniveau und gegen die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen. Gerade im Einzelhandel sind die Teilzeitbeschäftigten am häufigsten den unangenehmen und zwanghaften Tätigkeiten ausgesetzt – wie z.B. an den Kassen, wo es kaum möglich ist, länger als vier Stunden hintereinander zu arbeiten. Und um noch einen weiteren Hinweis auf den prekären Charakter der Teilzeitarbeit zu geben: Der Gesetzgeber hat dem Beschäftigten gestattet, „die Grenzen festzusetzen, innerhalb derer zusätzliche Arbeitsstunden verrichtet werden dürfen“ (ohne Überstundenentlohnung wohl gemerkt). Demnach wird ihm erlaubt, seine Angestellten „von Fall zu Fall“ um die Ableistung von Arbeitsstunden über die festgelegte Teilzeitarbeitszeit hinaus zu bitten und damit deren Tagesablauf vollständig den Zufällen des produktiven Rhythmus, den Sprüngen in der nötigen Geschäftstätigkeit zu unterwerfen.

Die Teilzeitarbeit bildet gewissermaßen eine Übergangsform hin zu den Arbeitsbedingungen der „diffusen Fabrik“. Sie ermöglicht eine weitgehende „Entschlackung“ und Intensivierung der Arbeit, und sie bewirkt in vielen Fällen eine formelle Segmentierung des Arbeitskräftekollektivs, wie sie ähnlich z.B. in der Regie anzutreffen ist.

Als Kennzeichen dieser ersten Gruppe von prekären Beschäftigungen muß also die Gewalttätigkeit angesehen werden, mit der ein Arbeitskollektiv unter Voraussetzung einer erzwungenen Mobilität und auf der Grundlage der Arbeitslosenreserve organisiert wird. Zugleich bleibt jedoch die Fabrik, der Betrieb als Zentrum kohärent – zumal in der Zusammensetzung der festangestellten, garantierten Arbeiter, um die herum ver-



INTERIM: Agentur für Zeitleiharbeit in Paris

streute Kontingente von Lohnempfängern kreisen, die von Zeit zu Zeit durch den produktiven Rhythmus aufgesogen oder abgestoßen werden. Mit Ausnahme bestimmter Gruppen von Teilzeitbeschäftigten individualisiert sich dadurch das Lohnverhältnis extrem, es verliert seinen kollektiven Bezug, weil es die Gestalt des Arbeiters – die bislang stets als Vielheit (industrielle Masse) oder Einheit verstanden werden konnte – vereinzelte und beschränkt.

Diese Beschränkung hat ihren Grund vor allem im Raum der Arbeit selbst: in der Segmentierung und Zerstückelung der Arbeitsbedingungen bis zur Molekularform; aber auch in der Arbeitszeit: in der Rotation des Personals, in der Verflüssigung und Zirkulation der Lohnempfänger innerhalb und außerhalb des Unternehmens. Es handelt sich daher um ein Anwachsen der kapitalistischen Kommandogewalt sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Niveau. Mit der umfassenden Wiederaneignung der Verfügung über Raum und Zeit der Arbeit sowie durch die dabei planmäßig betriebene Verschleierung der Arbeitsverhältnisse festigt sich die Herrschaft der „Fabrik“ angesichts der politischen und sozialen Einsamkeit des prekären Arbeiters auf deren Terrain.

## 6. Untervermietung von Arbeit / Regie

Juristisch betrachtet geht es um einen Vorgang, bei dem „ein auftraggebendes Unternehmen einen Vertrag abschließt, um ein anderes Unternehmen zu veranlassen, ganz oder teilweise eine Produktion oder Dienstleistung zu übernehmen, deren Ausführung das auftraggebende Unternehmen seinerseits für einen Kunden übernommen hat“. Zwei Werkverträge regeln eine dreiseitige Verbindung. Indem der Hauptunternehmer die Arbeit an einem einzigen Arbeitsplatz und Ort (z.B. im Baugewerbe) auftrifft und auf verschiedene Sub-Unternehmer verteilt, schafft er eine filialähnliche Struktur; er gibt finanzielle Risiken weiter und schützt sich wirksam gegen den gewerkschaftlichen Druck. Diese Art der ‚Shanghai-Arbeit‘ hat ihr Gegenstück in der ‚Regie-Arbeit‘:

Zunächst im öffentlichen Sektor aufgekommen, bildet die Unternehmensregie in Frankreich heute einen wesentlichen Teil der neuen Formen privater Arbeitsmarktpolitik. Sie besteht hier darin, am Arbeitsplatz des auftraggebenden Unternehmens Lohnempfänger zu beschäftigen, die anderen Betrieben angehören (zur Buchhaltung, Planung, Wartung, Bewachung, in den Werkskantinen) und die nicht den gleichen ge-

setzlichen bzw. tariflichen Regelungen unterliegen. Neben der Vereinfachung des Verwaltungsaufwands liegt der Vorteil für das auftraggebende Unternehmen darin, verschiedene Sicherungen und Garantien dem eigenen Personal vorzubehalten und damit die wirtschaftliche zu einer sozialpolitischen Fraktionierung der Beschäftigten zu machen, d.h. die Festangestellten verstärkt zu integrieren und die prekären Arbeiter am Rande zu halten. (6)

Obwohl nun die Verwendung, die von den vorgestellten Formen prekärer Beschäftigung gemacht werden kann, ziemlich die gleiche sein mag, dürfen die bezeichnenden Unterschiede nicht außer acht gelassen werden. War bei den Beschäftigten ohne feste Anstellung eine Verflüchtigung des Arbeitskollektivs zu konstatieren, so ist dies bei der Untervermietung und Arbeit in Regie nicht der Fall: hier wird vielmehr eine homogene Arbeitsgruppe importiert bzw. exportiert und einer anderen, stabilen und gesichert beschäftigten Gruppe angefügt, die die zentrale Achse der Produktion bildet. Das Kennzeichen der statuslosen Beschäftigung ist demgegenüber nicht, daß sie wesentlich als zusätzliche oder angehängte Beschäftigungen zu verstehen wären. Das Beispiel der Zeitleiharbeit ist in dieser Hinsicht besonders aufschlußreich: „Eine Untersuchung der von Zeitleihbeschäftigten verrichteten Arbeiten erlaubt die Feststellung, daß zwischen den dauerhaften und den zeitweiligen Beschäftigungen eine weitgehende Übereinstimmung besteht: die Zeitleiharbeit kann nicht aufgrund besonderer Variablen bestimmt werden, es gibt keine typische Zeitleihbeschäftigung.“ (8) Das Funktionieren des Unternehmens ist in diesem Fall also an eine hierarchische Kontrolle des gesamten Arbeitskollektivs bzw. an die implizite Delegation eben dieser Kontrolle an die festangestellten Arbeiter gebunden. Die Beschäftigung von nicht festangestellter Arbeit lohnt sich im Verhältnis zu deren Vereinzelung gegenüber einer eventuellen Solidarität am Arbeitsplatz.

Anders bei der Arbeit unter Regie: Das Arbeitskollektiv, das mit der Bewirtschaftung der Werkskantine beauftragt ist, behält – auch wenn es vom Rest der Belegschaft getrennt ist – trotzdem seine Einheit: die Disziplin stellt sich im Innern seiner eigenen Hierarchie her. Die Kommandogewalt des auftraggebenden Unternehmens bleibt formal, auch wenn das nichts an seiner tatsächlichen Macht ändert.

Im Rahmen der Entwicklung von Unternehmensstrategien eröffnet sich also ein breites Spektrum von Techniken der Verunsicherung der Beschäftigung, deren Wirksamkeit im einzel-



MANPOWER: Zeitleihangebote in Paris

nen genau bestimmt werden kann. Auf der Mikroebene wiederholen sich die verschiedenen Abschnitte eines Arbeitsprozesses in der Veränderung des Anstellungsverhältnisses bestimmter Fragmente von Arbeitsgruppen. Im Großen wird der Organismus eines Unternehmens von solchen Tätigkeiten „entschlackt“, die nicht seine vorherrschenden sind.

Ich will nicht leugnen, daß die von mir beschriebenen Arten der prekären Arbeit sich oftmals ergänzen (Zeitleiharbeit unter Regie oder in einer Tochtergesellschaft), auch nicht – was mir wichtiger erscheint –, daß sie sich manchmal verbinden (es gibt Zeitleihbeschäftigte, die für mehrere Jahre in einem Betrieb bleiben, Arbeiter unter Regie, die innerhalb ihres Arbeitskollektivs überhaupt keine Sicherheit besitzen etc.); ich wiederhole also, all diese Strategien haben letzten Endes nur einen einzigen Zusammenhang, den des kapitalistischen Kommandos. Gleichwohl erscheint mir die getroffene grobe Unterscheidung alles andere als akademisch; sie bezieht sich objektiv auf bestimmte Merkmale und Grenzen des Arbeiterverhaltens. Wenn das Kapital irgendwo sein Gesetz aufzwingt,

dann hier: in der Teilung, Anziehung und Abstoßung der Arbeit – und es ist nicht gesagt, daß sich die Arbeiter dem ohne weiteres entziehen könnten.

Die Spaltung des Arbeitskollektivs vollzieht sich in den zuerst dargestellten Fällen entsprechend einer Fraktionierung und Segmentation der Arbeiter, im Fall der Untervermietung / Regie entsprechend einer Ausdünnung, die die Fabrik auf einen festen Kern reduziert, der von einer Ansammlung prekärer Arbeiter umgeben ist. Man kann vermuten, daß sich diese Unterschiede der Arbeitsorganisation notwendigerweise in den Konstellationen und Verhaltensweisen des Arbeiterkampfes wiederfinden werden.

Im folgenden möchte ich nur mehr die Beschäftigten ohne feste Anstellung untersuchen und zeigen, wie sie sich im Rahmen einer differenzierten betrieblichen Arbeitsmarktpolitik entwickeln.

## Zur Vorgeschichte der prekären Arbeit in Frankreich

Nach der Funktionsbestimmung dieses Typs prekärer Arbeit will ich dessen Geschichte und Stellenwert in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse nachzeichnen. Jenseits der Unvollständigkeit statistischer Quellen und der Verschleierung der von den Unternehmern entwickelten Beschäftigungspolitik ist danach zu fragen, wie die Unternehmen ihren Personalbestand verteilen und das Heer der Lohnempfänger organisieren.

In ihrer Entstehungsgeschichte uneinheitlich, fließen die verschiedenen prekären Beschäftigungsarten erst seit jüngster Zeit zu einer Ganzheit zusammen, zur sozialpolitischen Wirklichkeit der Lohnarbeit heute und zum multifunktionellen Instrument in den Händen der Unternehmer.

Die Zeitleiharbeit tritt in Frankreich sehr früh in Erscheinung („Business aid“ der Jahre 1920-25), doch sie nimmt im wesentlichen erst mit der Entwicklung des organisierten Arbeitsmarktes und im Anschluß an eine Periode relativer „Anarchie“ ihren eigentlichen Aufschwung seit den 60er Jahren. Die Bereitstellung von Zeitleiharbeit beschleunigt sich noch zwischen 1968 und 1972 (800 Firmen), um gegenwärtig (1979) bei einer Zahl von 1674 Zeitleihfirmen in Frankreich anzugelangen.

War Zeitleiharbeit anfangs durch ein relativ gut qualifiziertes Personal gekennzeichnet, das dementsprechend sein berufliches Wissen auf einem hohen Lohnniveau und auf einem knappen Arbeitsmarkt verwerten konnte, so ist sie seit der jüngsten Wirtschaftskrise zu einer uniformen Beschäftigungsart ohne bestimmte Qualifikation geworden. Der Mythos des gut bezahlten Zeitleihbeschäftigten muß in das Archiv der „verlorenen Illusionen“ der Arbeiterjugend verwiesen werden. Während 8% der arbeitenden Bevölkerung in Frankreich Lohn in Höhe des gesetzlich garantierten Minimums (SMIC) erhält, leben 30% der Zeitleihbeschäftigten von diesem Lohn. (9) Wenn desgleichen die Zeitleiharbeit zu Beginn hauptsächlich Verwaltungspersonal lieferte, so haben sich die Tätigkeiten inzwischen derart diversifiziert, daß Arbeiter, die etwa 50% der erwerbstätigen, entlohnten Bevölkerung darstellen, heute einen Anteil von mehr als 70% im Zeitleihbereich haben. (10)

Die Entwicklung der abgeschlossenen Verträge ist noch aufschlußreicher als der Personalbestand der Zeitleihfirmen. 1973 zählte man 1 005 000 und 1978 1 675 000 Verträge,

heute sind es 2 073 000 (1979), das ist eine Verdopplung innerhalb von sechs Jahren. Die Rotation und der Umschlag der Kontingente prekärer Arbeiter beschleunigt sich rasch, und was noch gestern als eine freiwillige Mobilität mit dem Ziel der Lohnerhöhung oder des Erwerbs zusätzlicher Qualifikationen betrachtet werden konnte, verkehrt sich gegenwärtig in sein Gegenteil: Pauperismus, undankbare Jobs und eine immer schlechtere Perspektive. . .

Die Anzahl der Beschäftigten, die durch Zeitleihfirmen geschleust werden, kann man heute auf eine Million schätzen; davon sind 500 000 weniger als 25 Jahre alt.

Weniger flexibel und handhabbar als die Zeitleiharbeit, besitzen der Arbeitsverträge von begrenzter Dauer den klaren Vorteil, billiger und in ihrer Anwendung weniger kompliziert zu sein. Verständlicherweise ist daher ihr Einsatz von seiten der Unternehmer weiter verbreitet (in Unternehmen mit mehr als 10 Angestellten: 1,1% des Personals in Form von Zeitleiharbeit, 1,4% in Form von zeitlich begrenzten Verträgen) und ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Stellenangebote stark angestiegen (16,1% im Jahr 1974; 26,4% 1979).

Was den Eintritt in die Arbeitslosigkeit angeht, so steigt der Anteil der Jugendlichen, die ihre Beschäftigung aufgrund eines Vertrages von begrenzter Dauer verlieren, erheblich rascher an als der Anteil der Erwachsenen. Hinsichtlich der Tätigkeitsmerkmale sind es die Nichtqualifizierten (Handlanger, Massenarbeiter, Angestellte ohne Qualifikation), die im größten Umfang mit zeitlich begrenzten Verträgen arbeiten (entsprechend 34,8%, 25,6%, 24,4%).

Vergleicht man schließlich insgesamt die Statistiken über die arbeitende Bevölkerung, so entdeckt man ein tendenzielles Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Formen der Beschäftigungspolitik. Während die Anwendung der begrenzten Arbeitsverträge nach Maßgabe der Unternehmensgröße ansteigt, wird die Zeitleiharbeit ihrerseits in Unternehmen von größerem Umfang verwendet; und während die Zeitleiharbeit vor allem von Jugendlichen – insbesondere von jungen Männern in Arbeiterstellung und im Bereich der Industrie – verrichtet wird, betreffen die Arbeitsverträge von begrenzter Dauer im wesentlichen Frauen, und zwar am häufigsten im Dienstleistungssektor.

Was sich also auf der Ebene der Unternehmen, des individuellen Kapitalisten als ein Mittel zur Diversifikation der Zusammensetzung des Arbeitskollektivs anbietet, stellt sich nun als eine riesige Tasterplatte dar, mittels derer das Kapital auf gesellschaftlicher Ebene die Tonarten der prekären Arbeit vielfach variieren kann.

Das gleiche gilt für die Praktika, die ja hauptsächlich von kleineren Unternehmen benutzt werden und die den noch am meisten qualifizierten Jugendlichen zugute kommen.

In diesem Rahmen hat die Teilzeitarbeit mit ihrer Bevorzugung weiblicher Arbeitskraft einen besonderen Stellenwert. Mit 1 393 000 Beschäftigten in Frankreich entspricht sie 6,5% der erwerbstätigen Bevölkerung und 14% der erwerbstätigen Frauen – eine beträchtliche Zahl, die aber gleichwohl relativiert werden muß, weil nur 72% der Teilzeitbeschäftigten den Status von Lohnempfängern haben. Die Teilzeitarbeit, die anfangs im wesentlichen als Aushilfsarbeit in Wachstumsphasen gedacht war, hat sich im Dienstleistungssektor wie in bestimmten Manufakturbereichen entwickelt, in denen die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen schlechter als durchschnittlich sind.

Welche Perspektive eröffnet sie den Frauen, die – wenn man einer Analyse der CFDT glauben darf – ohnehin einer extrem hohen Arbeitsintensität und den unangenehmsten Beschäftigungen ausgesetzt sind? Wenn man weiß, daß eine Teilzeitbeschäftigte durchschnittlich etwa 40 Jahre alt ist, hauptsächlich im tertiären Sektor arbeitet und den größten Teil ihrer Zeit mit ausführenden Tätigkeiten zubringt, dann kann man sich vorstellen, daß ihre Zukunft die einer deklassierten und sozioökonomisch marginalisierten Arbeiterin ist, die nach zehn Jahren Hausarbeit und Kinderaufzucht wieder ins Berufsleben einsteigt; kurz: eine gesellschaftliche Zukunft, die aus verschleißender Arbeit und Entwertung der Arbeitskraft besteht.

Auch der öffentliche Dienst hat seine Teilzeitbeschäftigten (ungefähr 1,12% der Planstelleninhaber); ihr Schicksal ist zweifellos erträglicher als das der Beschäftigten im privaten

Sektor. Andererseits behandelt der Staat als Arbeitgeber seine Masse von Lohnempfängern ebenso differenziert und weist einem beträchtlichen Teil davon prekäre Tätigkeiten zu – in der staatlichen Erziehung: 114 000 außerplanmäßig Beschäftigte;  
– im Post- und Fernmeldebereich: 92 500;  
– im Bereich der öffentlichen Ausstattung / Bauwesen etc.: 22 500.

Annähernd 20% der Staatsbediensteten befinden sich nicht allein beruflich, sondern auch sozial und kulturell in einer instabilen Situation; denn eine große Zahl dieser Hilfskräfte setzt sich aus entwurzelten jungen Leuten zusammen, die aus Süd- oder Westfrankreich kommen, um die Nachfrage nach Arbeit im Norden und in der Pariser Region zu decken.

Insgesamt also eine gewaltige Umwälzung der Arbeiterbevölkerungen und folglich ein enormes kapitalistisches Unterfangen, diese Bevölkerungen an die vorhandenen Besonderheiten und Erfordernisse seiner Ökonomie anzupassen – und zu all dem muß man, wie schon gesagt, die Arbeitslosigkeit hinzunehmen.

Die Arbeitslosigkeit hat einerseits die Funktion eines notwendigen Puffers für die Mobilisierung und den Umschlag der Arbeiter ohne feste Anstellung, insofern sie ein Verwaltungs- und Kontrollinstrument für die Anziehung und Abstoßung der Arbeitskraft liefert (s. die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen: die staatliche Arbeitsvermittlung ANPE, Arbeitslosenversicherung ASEDIC und soziale Dienste); andererseits greift sie in die Verhaltensweisen der Arbeiter ein, denn sie trägt dazu bei, den Arbeitsmarkt unüberschaubar zu machen, die Auswahlmöglichkeiten zu begrenzen oder auszuschließen und den Druck / das Risiko der Nichtsnutzigkeit stets gegenwärtig zu halten.

Damit steigt der Vergesellschaftungsgrad dieser Gestalt des Arbeiters an, denn gegenwärtig wird die Fabrikgesellschaft als Ganze zum Element, in das seine Verhaltensformen eingebettet sind.

## Zur Klassenzusammensetzung der prekären Arbeit

Im folgenden werde ich mich schwerpunktmäßig mit den jugendlichen Segmenten der dargestellten prekären Arbeit auseinandersetzen, denn die Situation der jugendlichen prekären Arbeiter der Metropole und ihre vielfältigen Verhaltensweisen erscheinen mir symptomatisch für die kapitalistische Entwicklung und die Entwicklung des Klassenkonflikts in ihrem Innern. Bringen sie doch zuerst neue Äußerungen von antagonistischer Subjektivität hervor, insbesondere bei den Formen des Widerstands, der Insubordination und den Verhaltensweisen, die sich gegen die Reproduktion der gesellschaftlichen Verkehrsform richten. Von der Insubordination auszugehen, heißt für mich, den Ort und das Wechselverhältnis von neu herausziehenden Konflikten zwischen Arbeitern und Kapital zu umschreiben.

### 1. Prekarität und soziale Schichten der Arbeiterjugend

#### 1.1. Besonderheiten der Pariser Region

Die Region Paris zeigt hinsichtlich der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit einige Eigentümlichkeiten, die zu berücksichtigen sind. Zunächst einmal, Paris hat insgesamt eine Jugendarbeitslosigkeit, die unterhalb des nationalen Durchschnitts

liegt, auch wenn man lediglich die Beendigung von Zeitarbeitsverhältnissen rechnet. Andererseits befindet sich etwa die Hälfte aller französischen Zeitleihfirmen in Paris. Da nun der Wechsel zwischen prekärer Arbeit und Arbeitslosigkeit ein entscheidendes Merkmal ist, haben wir es mit einem scheinbaren Widerspruch zu tun, der sich jedoch durch eine Analyse der regionalen Restrukturation sowohl aus der Sicht des Kapitals als auch der der Arbeiter auflöst.

Während der Jahre um 1970 war nämlich ein erhöhter Arbeitsplatzwechsel und also die Entwicklung einer taktischen Mobilität zu beobachten, die häufig von den Arbeitern absichtlich in Anspruch genommen wurde. Das relative Überangebot an offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt bis zu Beginn der 70er Jahre erlaubte den Arbeitern, das Lohnniveau voll auszunutzen – und zwar aufgrund von Kenntnissen, die aus der Erfahrung mit den verschiedensten Unternehmen in der Region und aus einer gewissen gegenseitigen Hilfe der Arbeiter stammten. Für dieses taktische Verhalten auf dem Arbeitsmarkt ist das Beispiel der Arbeitsimmigranten ziemlich aufschlußreich, die einen Weg von der oftmals illegalen Einreise und ersten Einstellung in unterbezahlte und gefährvolle Arbeitsplätze bis zu ihrer Übernahme in besser entlohnende Unternehmen z.B. der mechanischen und der Automobilindustrie durchlaufen haben.

Die Mobilität und der Arbeitergebrauch des turn over nah-



men also die Züge eines Kampfes um den Lohn an. Gleichzeitig erlaubte die Stabilität des Arbeitsmarktes den französischen Jugendlichen, kürzere Perioden von Arbeitslosigkeit in der Erwartung oder auf der Suche nach einer Beschäftigung auszuhalten, die für interessanter, ruhiger und besser bezahlt gehalten wurde.

Die Konzentration der Industrie in der Pariser Region benachteiligte die Unternehmen, weil sie nicht zuletzt aufgrund von Verkehrsmitteln den häufigen Arbeitsplatzwechsel in einen relativ großen Territorium ermöglichte.

Die Restrukturierung, die sich mit dem Prozeß der Entindustrialisierung bzw. mit dem Stop weiterer Industrieansiedlungen in der Region verbindet, stellt sich demnach als ein klarer Gegenzug gegenüber dieser Taktik der Arbeiter dar. Von jetzt ab beschäftigte sich das Kapital mit der Verkehrung der Mobilität in Prekarität. Die Lage der Arbeitslosigkeit in der Pariser Region läßt nun freilich vermuten, daß sich diese Verkehrung nicht gänzlich durchsetzen konnte und daß zahlreiche Fraktionen von Arbeitern den Unternehmern weiterhin Kopfzerbrechen bereiten. Zwischen Mobilität und Prekarität machen Arbeiter und Kapital sowohl auf dem Gebiet des Lohns als auch auf dem Gebiet des Kommandos Front gegeneinander.

## 1.2. Prekarität und Mobilität

Die Kategorie der Mobilität, so wie ich sie hier verstehe, bezieht sich ganz und gar auf die Subjektivität der Arbeiter. D.h. ich betrachte die – horizontale oder vertikale – Mobilität als eine Taktik des Arbeitsplatzwechsels, die in einem Konflikt und Widerspruch mit dem Kapital angesiedelt ist – und zwar ausgehend von einem begrenzten Kampf um den Lohn bis hin zum Kampf gegen die Unterordnung unter jedwede Festlegung innerhalb des Produktionsprozesses, ja innerhalb der Gesellschaft. In diesem Sinn kann es sowohl eine auf Integration gerichtete Mobilität geben (z.B. das Bemühen um eine höhere Qualifikation und Entlohnung durch den Wechsel des Arbeitsplatzes oder des Wohnorts bzw. durch berufliche Weiterbildung) als auch eine Mobilität, die sich aus dem spannungsreichen und subversiven Entzug der Arbeit ergibt.

Im Gegensatz dazu wird die Kategorie der Prekarität als Unternehmerstrategie zu fassen sein. Ich würde sie nicht nur als eine Instabilität des Anstellungsverhältnisses, als eine Unsicherheit, sondern auch als eine Technik der Mobilisierung und des Auswechselns von Arbeitern bestimmen, die in diesem Fall dem kapitalistischen Kommando unterworfen sind. So gesehen ist die Diskussion um den Hauptpunkt der gegenwärtigen kapitalistischen Strategie: Angriff auf den Status der Beschäftigung oder Mobilisierung von Arbeitskraft, ziemlich müßig. Meiner Meinung nach liegt der Hauptpunkt in der Enteignung. Die Jahre vor der Krise waren von einer weitgehenden Arbeiterkontrolle über die Beschäftigung geprägt. Das Kapital richtet sich seither vor allem darauf, die Arbeiter von dieser Fähigkeit zur Kontrolle zu enteignen, und zwar vermittelt der Prekarität als einer Form der ständigen Umwälzung der Arbeiterbevölkerung, einer Form der faktisch oder (im Fall der Arbeitslosigkeit) potentiell kapitalabhängigen Zirkulation der Arbeitskraft.

Vielleicht treffen sich Arbeiter und Kapital in gewisser Weise auf dem gleichen Terrain. Aber was für die Arbeiter wesentlich ein Prozeß der Autonomisierung ist: die Mobilität, das kann gegenwärtig vom Kapital in Arbeitslosigkeit und in die Verunsicherung und Aufhebung des Beschäftigungsstatus verkehrt werden.

## 1.3. Verdeutlichung dieses Widerspruchs

*„Man zwingt uns einen bestimmten Lebensstil auf. Entweder man lebt so oder man verhält sich wie ein Prolo: wenig verdienen und acht Stunden täglich malochen und das im Alltagstrott. Also ich glaube, daß man uns zwingt, und gleichzeitig hat man die Wahl, d.h. man hat nicht drei Dutzend Wahlmöglichkeiten, man hat vielleicht zwei oder drei ... Man hat wenig Möglichkeiten, und man wählt sich was aus. Ich für meine Person hab' mir das bis jetzt ausgesucht.“ (11)*



Betrachten wir vom Arbeiterstandpunkt die Taktiken der Subversion der prekären Arbeit selbst, die Mobilität als ausgreifende Bewegung und in ihrer spezifischen Rhythmik. In einer ersten Phase mag die Mobilität auf die Integration in die Arbeit gerichtet sein, auf den Erwerb einer beruflichen Qualifikation und eines entsprechend höheren Lohnniveaus auf dem Wege des Wechsels der Beschäftigung:

*„Ich hab’ einen Job gesucht, ich hatte in der Zeitung einen gesehen, und ich bin hingegangen – das war so ein Laden für Leiharbeit, der Leute brauchte (...) Mit meiner Geschichte – ich habe sechs Monate als Schreiner gearbeitet – mußte ich sie bei der Einstufung austricksen. Sie zahlen nicht genug, und ich wollte etwas nachhelfen, deswegen der Bluff! (...) Aus der ersten vermittelten Stelle bin ich nach einer Woche wieder rausgeflogen. Trotzdem wirst Du bei dem Laden nicht entlassen, selbst wenn sie wissen, daß Du nicht gerade gut bist. Die schicken Dich einfach woandershin. Auf diese Weise hab’ ich von einem Job zum andern ein Jahr in diesem Laden zugebracht. Schließlich hab’ ich vorgezogen, mich zu verdrücken. Beim Abgang hab’ ich sie noch beschissen, und so hab’ ich also meine Schreinerlehre gemacht.“ (12)*

Die erste Phase hat durchaus viel Ähnlichkeit mit weit zurückreichenden Traditionen und Lernprozessen der Arbeiter; der Erwerb des professionellen Wissens verbindet sich hier mit der Mobilität. In Fortsetzung dessen kann die Mobilität angesichts der weiter fortschreitenden Entfremdung der Arbeit und ihrer Reduktion auf einfachste und sinnentleerte Wiederholungstätigkeiten als eine Art von Verweigerung eines bestimmten sozialen Schicksals angesehen werden, das zur Unterordnung unter die Arbeitsdisziplin und zur Dequalifikation verurteilt.

*„Ich meine, daß die Fabrik ... also in der Fabrik interessiert mich überhaupt nichts. Ich gehe ein in einer Fabrik. Wenn man mich fragt, so und so viel Stück im Monat zu machen, ununterbrochen zu produzieren und immer das gleiche – das ist wie eine Maschine, nicht! Das kann ich nicht hinnehmen. Ich halt’s nicht aus, wie die andern Typen, die 20 oder 30 Jahre in der gleichen Klitsche bleiben und so. Ich halt’s nicht durch, in ’ner Fabrik erstick ich.“ (13)*

Das Gefühl zu ersticken und einen engen Raum in der Fabrik angewiesen zu bekommen, sucht sich in der Mobilität die Gelegenheit zur Veränderung oder nimmt die Nichtarbeit als Atempause.

Zugleich kann die Mobilität zu einer zweifachen Erfahrung, vielleicht Erkenntnis führen. Einerseits zu der Erfahrung, daß sich die Sinnentleertheit des Arbeitens in der Gesellschaft wiederholt; die Fabrik bleibt nicht länger der einzige Ort der Ausbeutung, der gewaltsamen Auspressung der lebendigen Arbeit – sie breitet sich auf gesellschaftlicher Stufenleiter in der immerwährenden Wiederholung von unangenehmen und mühseligen Tätigkeiten weiter aus. Andererseits kann dabei zwar nicht so sehr ein Beruf, der sich in diesem Fall in Nichts auflöst, wohl aber ein praktisches gesellschaftliches Wissen über den Arbeitsmarkt und die Einrichtung des Wohlfahrtsstaats erlernt werden. Von hier an wird die Mobilität tatsächlich zu einer Waffe, deren man sich zur Umkehrung der Arbeitsdisziplin bedient (indem man Aufgaben ausweicht, die für sinnlos gehalten werden; indem man sich weigert, einen Befehl auszuführen, und kündigt etc.). Sie wird zu einer intuitiven Form der „Sabotage“, wo die Verweigerung der Ausbeutung und Demütigung ausreicht, um dem Unternehmen auf der Stelle den Rücken zu kehren – die Rache des Proletariats seit jeher: sich nicht zu verkaufen . . .

So wird allmählich ein Grad von Widerspruch erreicht, der antagonistisch ist, eine Arbeitermobilität, die das Bedürfnis nach Autonomie und den Willen zur Nichtanpassung an eine vorgegebene gesellschaftliche Anweisung und Rangordnung ausdrückt. Einige Jobber formulieren das fast schon theoretisch:

*„Es gibt kein Mittel, nicht vereinnahmt zu werden. Sobald Du irgendwas auf die Beine stellst, nach kurzer Zeit wirst Du wieder vereinnahmt. Bleibt nichts übrig, als in Bewegung zu bleiben, um nicht vereinnahmt zu werden. Die Gesellschaft ist genau darauf angelegt, um Dich sofort wieder zu integrieren.“ (14)*

Der Wunsch nach Autonomie wird aufgeladen und äußert sich als Verweigerung der Arbeit:

*„Also, wie ich die Jobs erlebe? Also ziemlich schlimm schon; wenn ich die Kohle nicht verdienen müßte, würde ich nicht malochen. Wie ich das erlebe: Ich mach’ die ganze Zeit Mist, ich nehm das nicht wirklich ernst, ich hab’ keine Berufsehre. Wenn man irgendwas von mir verlangt, dann hör ich am Anfang zu, aber ich krieg’ den Schluß nicht mit, oder ich hör’ in der Mitte nicht zu, alles in allem ist das schon ziemlich schlimm ... Ob ich das nun absichtlich mache oder ob es stärker ist als ich, aber im allgemeinen ist es stärker als ich (...) Ich als Bote, das ist buchstäblich beschissen; ich komme so hin, ich komm’ finanziell hin, aber ich hänge die ganze Zeit irgendwo ’rum, wo ich nichts zu suchen habe.“*

*„Weil ich, wenn ich arbeite, ausgenommen werde, um nicht zu sagen überausgebeutet, sowohl ökonomisch wie moralisch; weil, wenn ich arbeite, das, was ich im Austausch für meine Arbeitskraft kriege, lächerlich wenig ist im Verhältnis zur Kaufkraft – was ich also zu tun versuche, wo ich sehe, daß ich die meiste Zeit eine Arbeit mache, die menschlich und materiell nichts bringt, das ist, so wenig wie möglich zu malochen.“*

Wenn ich auch nicht unterstelle, daß es einen kausalen Zusammenhang zwischen Mobilität und Arbeitsverweigerung gibt, so gibt es vielleicht eine Übereinstimmung oder einen gemeinsamen Ursprung beider Verhaltensweisen. Die Mobilität, die ich hauptsächlich als Dialektik der Erfahrung dargestellt habe, erzeugt die Verweigerung der Arbeit und wird von ihr erzeugt.

## 1.4. Verweigerung der Arbeit und Aufsässigkeit

Ich möchte nicht mit denjenigen streiten, die das Konzept der Verweigerung der Arbeit deswegen für untauglich halten, weil es vom Kapital längst angeeignet und gegenwärtig in eine Waffe gegen die Arbeiterklasse verwandelt worden ist. Bekanntlich konnte die „wissenschaftliche Betriebsführung“ seit Taylor oder schon früher erst theoretisch und operativ ausgearbeitet werden, nachdem man der Arbeiterklasse ihre Kenntnisse und Praktiken gestohlen hatte. Verweigerung der Arbeit ist ein Wort von strategischer Bedeutung; d.h. es handelt sich nicht um eine soziologisch meßbare Wirklichkeit, sondern um den Ausdruck des Nichteinlassens auf die Arbeit, um den Ausdruck der Abneigung und Zurückweisung – was immer nur zeitweilig möglich ist. Dies zunächst einmal deswegen, weil die Arbeit die Form der Lohnsklaverei hat und weil sie jenseits aller Strategien der Subversion immer wieder aus der Lebensnotwendigkeit des Lohns und des Einkommens, aus der Angst vor der völligen Verelendung hervorgeht. Sodann weil sie immer noch ein wesentlicher Bereich der Ausarbeitung von Bewußtseinsformen und Identität darstellt. Selbst wenn, wie wir sehen werden, zahlreiche Jugendliche aus der Arbeiterbevölkerung sich davon freigemacht haben, so bleibt es doch nicht weniger richtig, daß ein solcher Ablösungsprozeß vom Zusammenhang der Arbeit noch stets leidvoll ist.

*„Auf einmal hab' ich gemerkt, daß ich vielleicht mein ganzes Leben damit verbringen würde, wie ein Irre zu schufteln, mich beschleichen zu lassen, um noch nicht einmal die Brötchen zu verdienen, und Jobs zu machen, die vollkommen entwürdigend sind, nicht. (...) Aber manchmal, da krieg ich's mit der Angst, weil ich merke, daß es irgendwann Probleme geben wird. (...) Mit vierzig kann's mir passieren, daß ich mich als Lagerarbeiter anbiete, und man zieht einen Typen von 25 vor, der vielleicht kräftiger ist. (...) Ich hab's mit einem Job als Betreuer für Jugendliche versucht, da wird man nicht allzusehr angemacht, und es läuft ganz gut. Aber ich hab' den Job nicht bekommen, na gut, ich werde jetzt sechs Monate malochen gehen und dann mach ich wieder arbeitslos.“*

Man müßte schon hinter diesen Aussagen nichts als die Bestätigung vorgegebener gesellschaftlicher Muster sehen, um nicht zu verstehen, daß jede Form des Nichteinverständnisses sich auf einer solchen Gratwanderung bewegt und das Risiko des Scheiterns trägt.

Gleichwohl nehmen die prekären Arbeiter der Metropolen die Herausforderung des Kapitals auch auf der Ebene des Einkommens an. Mobilität und Arbeitsverweigerung fließen in der Ausnutzung einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit und im eigenen Gebrauch des Wohlfahrtsstaats zusammen.

*„Nein, ich mache mir keinen Vorwurf, überhaupt nicht, ich fühle mich gut, die Leute interessieren mich einen Dreck. Im Gegenteil, wenn die Leute mir das vorwerfen, dann sag ich: o.k., ihr zahlt die Arbeitslosenversicherung und nutzt sie überhaupt nicht aus? Ich bringe sie eher darauf, das selbst auszunutzen, ich sag' ihnen: Ich hab' auch gearbeitet, ich lebe von der Arbeitslosenunterstützung, die ich selbst bezahlt hab', ich hol' sie mir wieder zurück.“*

Die Formen der Auflehnung, die im allgemeinen dem Massenarbeiter zugeschrieben werden – wie Absentismus, Bummelei, Sabotage –, können mit den von mir beschriebenen Verhaltensweisen verglichen werden. Der Hauptunterschied liegt in der Verlagerung des Konfliktniveaus. Der Fabrikkampf als unmittelbare Subversion eines allzu niedrigen direkten Lohns, als Lohnfrage breitet sich aus und vermittelt sich gesellschaftlich im Gebrauch der Institutionen, in der Aneignung des indirekten Lohns (der Sozialversicherung etc.).

**Ich meine also, daß es falsch ist, der Arbeitsverweigerung einen subversiven Charakter zuzuschreiben, wenn sie nicht mit dem Kampf um Einkommen verbunden wird. Erst im**

**Übergang von der Verweigerung der Arbeit zum Einkommen findet der Antagonismus von Arbeitern und Kapital seinen Ausdruck. Vom Arbeiterstandpunkt aus liegt darin die Gefahr, die mit jeder Insubordination verbunden ist; für das Kapital handelt es sich um die Neuverteilung der Karten für seine gewaltsame Restrukturierung.**

Dennoch wird man bei der Analyse vorsichtig sein müssen. Die genannten Formen der Auflehnung spielen sich unter bestimmten, nicht zu vernachlässigenden sozialen Bedingungen ab. Angesichts der Aufsässigkeit gibt es eine grundsätzliche Ungleichheit, die sich aus der Verschiedenheit der kapitalistischen Kontrolle über die Fraktionen der Arbeiterklasse ergeben. Tatsächlich – und dies ändert nichts an der Bedeutung ihrer Revolte – haben es die Kinder weißer Arbeiter in den Metropolen leichter. Weil sie oftmals, historisch und soziologisch gesehen, einem Milieu des Aufstiegs entstammen, konnten und können sie immer noch in der Familie und in den Familienbeziehungen (insofern die großfamiliären Strukturen im französischen Proletariat noch nicht vollends zerstört sind) einen gewissen Schutz, eine Förderung ihrer Ausbildung und ihrer sozialen Zukunft finden – sei es in der Form einer natürlichen „Rente“ (Wohnung, Nahrung etc.) oder in der Geldform. Außerdem erlaubte ihnen das soziokulturelle Vermögen, über das sie verfügen, sich auf dem Feld der Mobilität vorteilhafter zu plazieren. Die Mobilität wurde von ihnen freilich nicht allein mit dem Ziel ausgenutzt, sich ein besseres Leben zu machen; sie konnte auch zum Ausdruck einer Selbstverwertung außerhalb der Sphäre der Produktion und mittels Verweigerung der Arbeit werden. Zu diesem Vorteil kam auf der Ebene des Kampfs um den indirekten Lohn hinzu, daß die Kinder der weißen Arbeiterklasse einen besseren Zugang zu sozialen Informationen hatten und daß sie wohl auch mehr Abstand gegenüber verschiedenen Arten von Stigmatisierung (Arbeitslosigkeit etc.) entwickeln konnten.

Dies alles stellt sich für die Kinder des multinationalen Massenarbeiters anders dar. Die Mobilität war nur beschränkt ausnutzbar. Die Vorgeschichte der immigrierten Generationen lastete auf den Kindern – als eine Geschichte lebenslänglicher Stigmatisierung in einer Region, nämlich der Pariser, die 33,6% aller Arbeitsimmigranten Frankreichs bzw. 42% aller ausländischen Lohnarbeiter im industriellen Sektor beherbergt und in der selbst die Immigrantenviertel (hauptsächlich die Neubausiedlungen im Norden und Nordosten der Stadt und der Banlieue) das soziale Schicksal festschreiben:

*„Warum kommt man in den Knast? Das liegt an der Siedlung – man hält sich für weniger als die andern; die andern haben ihre Kumpel in der Stadt, können tanzen gehen, wohnen besser (...) kommt man aus der Siedlung, hat man seinen schlechten Ruf weg.“ (15)*

Der Konflikt um den direkten und indirekten Lohn, die Schwierigkeiten mit der Arbeitslosigkeit nehmen auf diese Weise ein risikoreicheres Ausmaß an:

*„Als Arbeitsloser traut man sich oft nicht, aufs Arbeitsamt zu gehen, weil man nicht weiß, was mit der Aufenthaltsgenehmigung passieren wird. Ein arbeitsloser Immigrant, das ist bei der drohenden Ausweisung wie auf Bewährung – also fällt man besser nicht auf.“ (16)*

Im Fall der Immigranten nehmen wegen der größeren sozialpolitischen Schwäche (gegenüber der Arbeitslosigkeit, der Beschäftigungsunsicherheit) und aufgrund der intensiveren polizeilichen Überwachung und Einkreisung alle Formen von informellem Widerstand sogleich das Ausmaß von Gesetzeswidrigkeiten an, und diese alltäglichen Widerstandsformen werden ihrerseits durch Strafverfolgung sichtbar gemacht, verstärkt und als Delinquenz kodifiziert. Das Nichteinverständnis mit der Ordnung bewegt sich hier auf dem schmalen Pfad zwischen Kriminalisierung und Verelendung.





Nachdem der junge Kader Yassid von Polizisten erschossen worden war, veranstalteten die Pariser „Autonomen“ im April 1980 ein Konzert gegen die rassistischen Praktiken der Polizei und CRS: Rock against Police – ein letzter Versuch, eine gemeinsame politische Sprache mit den Emigrantenkidnern zu finden.

## 2. Arbeitsverweigerung und Modus des Alltagslebens

### 2.1. Arbeit – Nichtarbeit, Produktions- und Reproduktionssphäre

*„Ich habe Schwierigkeiten, mich gesellschaftlich einzuordnen ... ja, ich hab' Schwierigkeiten, weil ich ... Ich muß mich doch auf eine Gruppe beziehen ... Gut, ich kann nicht unterbringen ... Auf jeden Fall gehöre ich nicht zu den Reichen, das ist klar ... aber ich glaube ... Also gesellschaftlich, was die Kohle angeht, wenn Du so willst, da verdiene ich mein Leben besser als ein Arbeiter ... Schließlich ist's mir scheißegal, ich weiß nicht, ob ich besser verdiene, aber auf jeden Fall, ja, also wenn (...) Ich ordne mich als Individuum ein, individuell, ich habe Schwierigkeiten ..., gut, ich gehöre zu den Typen, die so durchkommen, die wissen was läuft ... Aber ich bin kein Arbeiter, das ist nicht wahr. Da wäre ich viel zu kaputt.“*

Mit dem Rückzug von der Arbeit, aus der mit ihr verbundenen Gesellschaftlichkeit und Solidarität, gewinnen die Bereiche des alltäglichen Lebens und der Individualität eine neue Bedeutung. Wer sich gestern noch als Arbeiter und innerhalb eines Bezugssystems der Arbeit definieren konnte, findet sich jetzt allein auf sich gestellt. Ohne genauere Anhaltspunkte hinsichtlich der sozialen Rolle und der sozialen Klasse bildet sich eine spezifische Lebensweise im urbanen Raum heraus: die Wohnung, das Viertel, die Treffpunkte etc.

Der Logik des Werts und der Verwirklichung der in der Arbeit steht nun die Nichtarbeit gegenüber, die ihre Verwertung im Bereich des Alltagslebens sucht. Angesichts der Beschädigungen, denen man in der Produktionssphäre ausgesetzt war, „entdeckt“ man die Handarbeit wieder, seinen Körper (Ernährung, Tanz, Meditation) – gelegentlich das Lesen. An die Stelle der Fremdheit der Fabrikarbeit und des Büros tritt die Intimität der privaten Beschäftigungen.

Auf den ersten Blick mögen diese nicht-professionellen Tätigkeiten wie eine Abwehr gegenüber dem Druck und der Aufforderung zur Arbeit erscheinen, die von der sozialen Umgebung ausgehen, oder auch wie ein Schutz gegen die verschiedenen „Pathologien des Alltagslebens“, die jedes unkonventionelle Verhalten im städtischen Milieu beschränken können.

In Wirklichkeit haben diese Beschäftigungen und Verhaltensweisen einen weitergehenden Erklärungsgrund. Sie müssen als Ausdruck der gleichen Unabhängigkeitsbestrebungen gewertet werden, die wir auf dem Arbeitsmarkt angetroffen haben. Allerdings, und das scheint mir wichtig, liegt die Stärke einer solchen Autonomie nur im Moment ihrer Herausbildung als Leistungsverweigerung. Jeden Augenblick später kann sie in eine neuerliche Unterwerfungsbereitschaft umschlagen. Aber auch außerhalb der Arbeit und des Marktes sehe ich das Risiko der Vereinnahmung. Zum einen durch die Integration selbstbestimmter Tätigkeiten in eine Ökonomie, die mit der Alltäglichkeit kokettiert – in die „informelle Ökonomie“. Möglicherweise wird die sog. informelle Ökonomie zu dem Ort, an dem das Kapital sich einer Arbeitskraft entledigt, die politisch und ideologisch hinderlich ist, weil sie sich nicht an die Disziplin und neuen Bedingungen der Organisation der Arbeit anpaßt, und für deren Reproduktion es im übrigen nicht mehr aufkommen muß. Zum anderen besteht die Gefahr einer Rückkehr in die Privatheit des Individuums, wofür sich ein ganzer Markt von Psychologien, Therapien und wiedererweckten Ideologien ausbreitet. Schließlich scheint es, daß sich mit der fortschreitenden Entfernung von der Welt der Arbeit auch die Ökonomie des Alltags verändert. Der Konsumtionsbereich wandelt sich, wenn der Zwang und die Beschädigungen durch die Arbeit entfallen.

*„Wenn Du außerdem genau anguckst, was Du an Kohle verbrauchst (...) weil, man muß sehen, ich gebe viel weniger aus, seitdem ich zuhause bleibe, also wenn ich zuhause esse, anstatt daß ich auswärts essen gehe. Außerdem erinnere ich mich, wenn ich maloche, verstehst Du, wenn Du arbeitest, kaufst Du mehr, weil, Du mußt die Energie ersetzen, die Du hergibst. Du mußt was zum Ausgleich gegen diesen Zwang machen, und Du gibst mehr aus. Ich erinnere mich, ich hab' mehr ausgegeben, und sei es nur mittags, wenn Du rausgehst, siehst Du was, und Du hast Lust, Dir irgend ein Ding zu kaufen, Du hast tatsächlich Lust, das Resultat von dem zu spüren – materiell zu spüren –, was Du hergegeben hast, was Du selbst jeden Tag für Deinen Scheißtyp von Chef ausgibst.“*

„Ich konsumiere erheblich weniger, weil man, solange man malochen geht, ständig gezwungen wird, mehr zu konsumieren. Du kaufst wie ein Verrückter alles mögliche, weil Du keine Zeit hast ... Du bist beim Malochen frustriert, also muß Du was rauslassen, und manchmal läufst Du dabei in die Falle. Es hilft nichts mehr, Du kaufst Dir irgendeinen Mist. Bei mir war das nie so schlimm, es ging nicht über billige Klamotten hinaus. Es gibt Leute, die wechseln alle drei Jahre die Möbel.“

Wiederum das Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Bezug auf sich selbst, das sich im Widerspruch zu denen akzentuiert, die die Unterwerfung unter die Arbeit zur Unterwerfung unter die Ware zwingt. Gleichwohl kann eine optimale Selbstkontrolle des Konsums zu einer Anpassung an ein Einkommen führen, das heute allerdings minimal geworden ist:

„Also, ich lebe mit 1 800 FF, ich kann nicht sagen, daß ich gut lebe, eigentlich lebe ich gar nicht gut mit 1 800, es gibt eine Menge Sachen, die ich mir nicht leiste. Viele Filme, die ich gerne sehen würde, Theater und so weiter, und ich kann das nicht bezahlen, das ist ziemlich blöd.“

Man muß also auch die Umkehrung eines Mechanismus von Unabhängigkeit sehen, einer Unabhängigkeit, die sich von neuem in Unterordnung unter die Bedingungen relativer Verelendung verwandelt, wie sie unter der Parole: Freie Zeit? Aber ohne Geld! gegenwärtig zur Strategie der Unternehmer gehört.

In der Übereinstimmung der „informellen Arbeit“ mit einem Pauperismus „new look“ enthüllt sich der verhängnisvolle Charakter solcher Gesellschaftstheorien, die den Ausgang aus der Krise in die Richtung irgendeiner dualistischen Gesellschaft vorschlagen. Denn ihr Versuch besteht in Wahrheit darin, die Gesamtheit der unangepaßten Bevölkerungen an ihrem schwächsten Glied anzugreifen, zu reintegrieren und deren „Aggressivität“ durch Verkehrung ins Ideologische (weil das Politische nicht mehr funktioniert) zu entschärfen, was die Voraussetzung für eine reformistische Kontrolle schafft. Indem z.B. André Gorz („Abschied vom Proletariat“) die weitgehende Absonderung und Fremdheit, die inzwischen bestimmte Schichten der prekären Arbeiter erfaßt hat, auf den einzigen Gegensatz eines autonomen und eines heteronomen gesellschaftlichen Sektors reduziert, klammert er das Problem der Konfliktualität bzw. der Befriedigungsstrategien für das „Neoproletariat“ der Metropolen aus. Und was die anderen Theoretiker der Dualität (Stoffaas, Minc) betrifft, so sind ihre Vorschläge nicht eben klarer: Sie gehen von der wachsenden Abneigung der Jugendlichen gegenüber den traditionellen Beschäftigungen und von der Zunahme der „mikroökonomischen Regulation“ (durch episodische Arbeit etc.) aus und versprechen uns schließlich nichts als eine Zukunft in Armut und Dummheit:

„Auf jeden Fall ist es wesentlich, dieser nur schwer faßbaren Nachfrage (der der „neuen Bedürfnisse“) zu folgen und sie nicht einzufrieren. Das erfordert unregelmäßige, nicht festgelegte, mobile Beschäftigungen, von denen selbst die Normen wechseln können. Das erfordert zugleich geringere Entlohnungen als im Sektor der Höchstleistungen, damit dieser nicht entwertet, seine Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt und damit die Gesamtheit der Wirtschafts- und Handelsbilanz nicht von neuem defizitär wird. Das nötigt – man darf es sich nicht verheimlichen (!) – zu dem Risiko, das Lohnniveau nach unten zu senken und damit den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften einzuengen, was deren Opposition auf sich ziehen dürfte.“ (17)

Den Herren Managern (Alain Minc ist Direktor der Finanzabteilung eines großen Chemiekonzerns) ist dafür zu danken, daß sie Bedürfnisse und Revolten so gut erfassen, um sie dann umso besser in einer natürlich „informellen“, „unterirdischen“ Ökonomie abwürgen zu können, deren Bezugspunkte das selbstgewählte Elend oder die wiederentdeckte Moral kollektiver Arbeit und Anstrengung oder die weitgehende Unterwerfung unter die prekäre Arbeit sind. Wenn das „Zeitalter der schizophrenen Gesellschaft“ (Minc) wirklich begonnen hat, dann wird Herr Minc diese Gesellschaft rasch mit dem Beruhigungsmittel der Arbeitstherapie (travail lobotomique) einschläfern.

## 2.2. Leistungsverweigerung und sozialer Lohn

Der Widerstand der prekären Arbeiter entwickelt sich, wie gesehen, zunächst im Kontext der Fabrik und setzt sich dann fort in der Aneignung des indirekten Lohns:

„Als ich malochen ging, habe ich krankgefeiert, obwohl ich gar nicht krank war; und als ich dann wirklich krank war, bin ich malochen gegangen, weil ich nichts mit mir anzufangen mußte.“

„Das ist 'ne gute Sache, finde ich. Ich nutz' das aus, also gut. Es gibt eine Menge Geschichten, die Du Dir vorstellen kannst, die schlimmer sind. Ich hab' den Eindruck, daß ich ausgenutzt werde, daß man mich ausnimmt, meine Kraft, daß man mir meine Energie nimmt, um damit was zu machen, was mich nicht interessiert. Deswegen eigne ich mir von den Sozialabgaben was wieder an.“

Das Konfliktniveau erreicht also den Wohlfahrtsstaat, dessen Einrichtungen die Spreu nicht vom Weizen trennen können, den „wirklichen Arbeitslosen“ – den ehrlichen Arbeiter ohne Beschäftigung und auf der Suche danach, wie die Definition lautet – nicht vom „falschen“, von demjenigen, der sich aneignet und der sich seine Arbeitskraft wiederherstellt, die er im Kontakt mit der Leistungsdisziplin verschlissen hat.

Von daher sind alle Aufrechnungen bedeutungslos, die zeigen wollen, daß die Arbeitslosenversicherung sowohl vom Arbeiter wie vom Arbeitgeber und Staat getragen wird. Das System der sozialen Sicherung gibt den Arbeitern die Möglichkeit, sich nicht nur das wieder anzueignen, „was ihnen zusteht“, sondern sich selbst gegenüber der Arbeit wieder anzueignen. Dabei handelt es sich um eine Errungenschaft der Arbeiter, die ihrerseits schon Ausdruck einer geringeren Unterwerfungsbereitschaft der Arbeitskraft unter die Marktgesetzmäßigkeiten war und worauf sich jetzt ein höheres Konfliktniveau aufbaut, das einen weitergehenden Entzug aus den Vergesellschaftungsformen des kapitalistischen Kommandos bedeutet.

Diese Konflikte werden sich nicht auf die Institutionen, auf die Arbeits- und Sozialämter etc. beschränken lassen. Was immer im Spannungsfeld von Arbeit und Einkommen steht, kann sich einer ähnlichen Subversion ausgesetzt sehen: Wohnungen, Steuern, öffentliche Verkehrsmittel oder ganz einfach der Konsumtionsbereich.

„Klauen, das läuft gut. Sagen wir, ich verteidige das in dem Maß, wie die Bücher zu teuer sind, und weil es Spaß macht, ein Buch zu lesen; na und, ich weiß nicht wieviel Geld verjubeln, nur um ein Buch zu lesen, das finde ich beschissen. Siehst Du. Es gibt Sachen, die ich beim Absahnen nicht gut finde; klauen bei Leuten, das akzeptiere ich nicht, das ist 'ne Sache, die finde ich schrecklich. O.k., aber in einem Kaufhaus klauen, das finde ich in Ordnung (...) Ich bekomme wirklich überhaupt keine Skrupel, Klamotten in einem Monoprix zu klauen, überhaupt keine, weil sie auf jeden Fall ich weiß nicht wieviel Prozent Verlust durch Diebstahl auf ihre Klamotten draufschlagen. (...)“

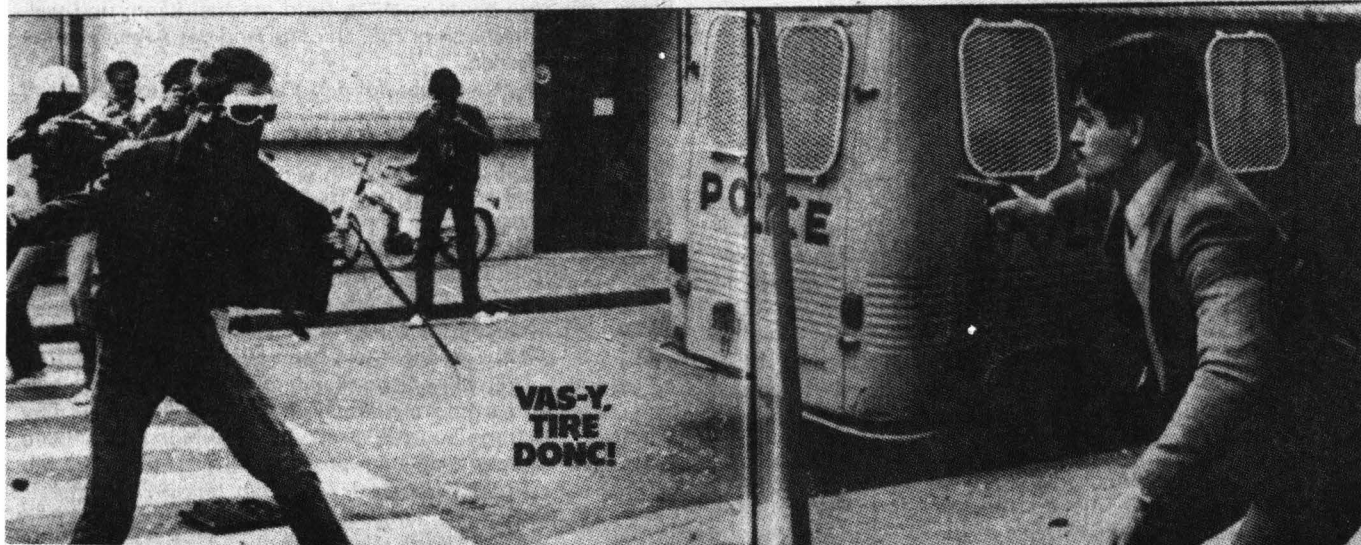
Die Leute haben, glaube ich, Hemmungen beim Klauen. Ich glaub', daß irgendwer, wenn du willst, der bei Renault schafft, in einem Restaurant oder irgendwo schafft, da gibt es immer Schummeleien, und sei es, um ein halbes Pfund Butter abzunehmen. Und trotzdem ist das Klauen, selbst wenn diese Leute Dir sagen: ‚Oh je, mein Gott, was für ein Skandal‘, sie machen das gleiche – o.k., die Mentalität, die Moral der Leute besteht im Durchschnitt darin, daß sie sagen: ‚Klauen, mein Gott, das gehört sich nicht‘, aber sie tun es trotzdem, nur auf eine andere Art; es ist nicht das Klauen von Sachen am Arbeitsplatz, aber es ist das gleiche, auf der Ebene der Moral ist's das gleiche; aber ich weiß, für sie ist's nicht das gleiche.“

„Im Zug, achte mal drauf, wenn Du im Zug bist, Du siehst all' diese Typen, die sich einen Dreck um die Geldstrafen kümmern, das ist toll! Und damit kommen die ganz schön ins Schwimmen, stell Dir vor, auf einmal weigern sich zigtausend Typen, ihre Steuern zu zahlen, was sollen die machen? (...) Die können nichts machen! Was denkst Du, wie sie das verhindern sollen?“

Wird sich dieser Antagonismus nicht entwickeln, wenn er im Zusammenhang mit kollektiven Befreiungsprozessen gedacht wird? Wenn die Abkehr von der Arbeit über die „Selbstfindung“ hinaus zur Entdeckung von Gemeinsamkeiten führt? Die Freiwilligkeit der Vergesellschaftungsformen der prekären jugendlichen Arbeiter macht zugleich die Dichte ihrer freien Zeit aus. Gegenwärtig kann das Territorium der Stadt mit ihren verbliebenen sozialen Möglichkeiten noch den Anlaß für vielfältige Verbindungen, Verkehrsformen und Zusammenkünfte abgeben. Und vielleicht bilden diese Möglichkeiten und Beziehungsgeflechte die Voraussetzung eines subversiven Zusammenwirkens im Kampf. Jedenfalls scheint die Beschleunigung von Auseinandersetzungen auf dem Territorium (wofür man aus Paris derzeit keine wirklich bedeutenden Beispiele anführen kann) ein Kennzeichen der spektakulären Ereignisse anderswo zu sein. In Amsterdam, Berlin und Zürich

wurden die Revolten offenkundig durch einen verschärften Zugriff des Staats auf Kommunikations- und Selbstverwaltungscentren bzw. auf angeeignete Räume ausgelöst. Und in London oder Liverpool? Abgesehen davon, daß im Unterschied zu anderen Revolten die Bevölkerung hier einen kritischen Anteil von Immigranten und Armen ausweist, finden sich doch die gleichen Phänomene wieder, die gleiche Spontaneität in der Organisation des Widerstands.

Schließlich: handelt es sich um eine traditionelle Form von „Emeuten“, mit der wir es zu tun haben? Jedenfalls taucht ein Typus der Revolte wieder auf, der in das Museum des 19. Jahrhunderts zu gehören schien – der Kampf um die Stadt, ihren Raum. Oder handelt es sich nicht vielmehr um eine Form des Klassenkonflikts, die in ihrer territorialen Begrenztheit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation am angemessensten ist?



Bei Demonstrationen gegen die rassistischen Immigrationsgesetze für ausländische Studenten war im Mai 1980 ein Junge von den Bullen zu Tode gejagt worden. Bei den darauffolgenden Demonstrationen hat sich der abgebildete Junge vor einen Zivi gestellt und gerufen: Komm her, schieß doch, los, schieß doch . . .

## Einige Bemerkungen zur kapitalistischen Strategie

Unabhängig von allen unmittelbar politischen Auswirkungen haben sich im Verlauf der Rebellionen und Massenbewegungen der letzten zwanzig Jahre, deren Höhepunkt in Frankreich um 1968 lag, eine ganze Reihe von Verhaltensweisen geändert. Disziplinlosigkeit wurde zum Kennzeichen des Lebensstils vor allem der Jugendlichen und breitete sich in den kulturellen Institutionen aus, die aus der Revolte hervorgingen. Ob Linksradikalismus oder Gegenkultur – die Themen der Leistungsverweigerung, des Antikapitalismus waren allgemein. Obwohl die französischen Wähler nach dem Mai '68 für eine übergroße Parlamentsmehrheit der Rechten votiert hatten, mußten die Unternehmen Niederlagen hinnehmen, die ihre Vormachtstellung zu untergraben drohten. Wie mir scheint, war es gerade die Stärke der Jugendlichen, ihre Verweigerung der Leistungsnormen, die für das Kapital unerträglich wurde. Der Konflikt lag – jedenfalls für das Kapital – nicht so sehr auf institutionellem Niveau und auf dem der Staatsapparate, sondern direkt in der Fabrik, in dem Problem, die Leute zum Arbeiten zu bekommen.

Die Krise von 1974 und eine Arbeitslosigkeit, wie sie niemals seit 1929 erreicht worden war, müssen demnach – trotz des bestehenden Systems der Arbeitslosenunterstützung – als ein gigantischer Versuch zur Redisziplinierung der Arbeiterklasse gelten, ihrer praktischen Emanzipationsschritte und ihrer Kämpfe um den direkten und indirekten Lohn. Die gegenwärtige ökonomische Situation ist freilich eine Situation des Übergangs, von der der Ausgang noch nicht feststeht; und gerade in der Pariser Region gibt es noch manche Verhältnisse, die aus der Zeit vor der Krise stammen.

Die prekäre Arbeit hat infolge ihrer Flexibilität und ihres engen Bezugs zur Arbeitslosigkeit die wesentliche Funktion, die Verfügung über die jugendlichsten Fraktionen der metropolitane Arbeiterklasse zurückzugewinnen. Man höre die Wunschräume des Präsidenten des französischen Unternehmerverbandes, Ceyrac, denn sie vermitteln wenigstens eine Vorstellung des kapitalistischen Rekonstruktionsprojekts:

„Das Ziel, welches wir vor Augen haben, liegt in der Einführung einer größeren Flexibilität in der Gesellschaft, um sie

Mai 80.  
Autonomes  
sortent de  
l'ombre

Devant lui  
les flous de la bourgeoisie  
- Pierre Jean KAPLAN  
- journaliste de L'Express  
- 40 ans d'histoire en tant qu'  
journaliste - 1968, 1969  
- 1970 - Le premier le mouvement  
de son époque mais en 1970  
1968. Cette scène a été tournée  
par les photographes  
français.

zugleich kreativer und lebendiger zu gestalten. Das beweist nichts als unseren Realismus, denn es entspricht einem wirklichen Bedarf.“

So M. Ceyrac im Jahr 1980; auch nach den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich bleibt er hartnäckig:

„In der Tat scheinen die Gewerkschaften Gefangene ihrer eigenen Tradition zu sein (...) und weder die Erwartungen der Männer wie der Frauen an ihrem Arbeitsplatz noch die neuen Bedürfnisse der Unternehmen zu kennen. Sie vertreten eine abstrakte, traditionelle und überlebte Konzeption der Organisation der Arbeit. (...) Die Anforderungen der Menschen sind nicht dieselben in Dünkirchen oder in Perpignan, in einer Fabrik, die überwiegend Frauen beschäftigt, oder in einer Fabrik auf dem Lande, in einer Fabrik in Gennevilliers (Pariser Region) oder in Lyon. (...) Ich bin daher davon überzeugt, daß der Fortschritt in diesem Bereich eine Diversifikation erfordert, die den tatsächlichen Verhältnissen sowohl des Unternehmens als auch der Arbeit angemessen sind.“ (18)

Was verbirgt sich dahinter anderes als ein Projekt des Managements der Arbeitskraft „à la carte“, ein Projekt der Aneignung dessen, was Voraussetzung von Lohnkämpfen und Revolten großer Teile der Arbeiterklasse gewesen ist?

Und wie sieht es in den Laboratorien der Produktion wirklich aus? Davon erzählt eine Neunzehnjährige, die durchs Abitur gefallen und nach mehreren demütigenden Gängen auf das Arbeitsamt zur Zeitarbeit gezwungen ist; sie berichtet in aller Unschuld (weil sie tatsächlich arbeiten will) vom Eintritt in das aktive Leben der Prekarität und vom Hochmut des Kapitals. Ihre Beschäftigung, ihren Job, so muß man sagen, hat sie „schließlich angenommen“, weil sie „nichts anderes gefunden hatte. . .“ (Es handelt sich um eine Lagerarbeit, die unter der großartigen Bezeichnung „Sachbearbeiterin der Bestellabteilung“ aufgewertet worden ist.):

„Was die Arbeit angeht, das war schrecklich, als ich ankam, hat man mich allein an einen Tisch gesetzt, und die andern hatten ihre eigenen Tische. Das macht den Kontakt schwieriger, und Du wirst weniger akzeptiert.“

Von Anfang an wirkt die demütigende Zuweisung eines Platzes (hier in der Kantine des Unternehmens; einige Firmen verbieten ihre Kantine für die Zeitleihbeschäftigten) als Spaltung zwischen Garantierten und Prekären innerhalb des Betriebs. Eben diese Spaltung sorgt für Disziplin und Leistung der prekären Arbeiter:

„Als Arbeit bekommst Du das zugeteilt, was die andern am wenigsten mögen ... Später wird es etwas besser; weil, das Problem ist, daß Du arbeiten mußt, viel arbeiten mußt, Du darfst nicht zuviel Fehler machen, weil Du sonst sofort zur Agentur zurückgeschickt wirst.“

Das Beharren auf dem „gut Arbeiten“, weit über das hinaus, was daran subjektiv empfunden werden mag, zeigt deutlich, wie sehr das Kommando der Arbeit objektiv inzwischen wirkt.

„Außerdem darf man nicht auffallen, man muß sich was sagen lassen können, nicht, weil – ich hatte eine Freundin, die hat auch gejobt, und sie ist ziemlich aufsässig und trägt es nicht, daß man ihr Vorhaltungen macht, wenn es keinen Grund gibt; sie hat sich gewehrt, o.k., und sie war bei den andern sehr unbeliebt. . .“

Autorität der Arbeiter oder Autorität und Disziplin in der Leistungshierarchie. Von der Arbeit zweiter Klasse wird verlangt, sich in Reih' und Glied zu fügen und die Klappe zu halten.

„Zum Beispiel ein anderer Typ, der war in einer Fabrik beschäftigt und sie haben ihn rausgeworfen, weil er ein Kettchen um den Hals hatte und weil er nicht beim Militärdienst war (...) Du wirst wirklich nach Deinem Aussehen beurteilt und nach Deiner Vorgeschichte.“

Kleider machen Leute, was nach Unterschied und Aufsässigkeit aussieht, muß von symbolischer Dienstbarkeit verdeckt werden, als ob die geringste Erscheinung der Nichtkonformität das Wesen der Leistungsverweigerung anzeige. Die Freiheit der Selektion, die der Arbeitsmarkt und die Arbeitslo-

senquote bieten, gibt dem Unternehmer die Macht, diejenigen auszuwählen, denen der Nachweis ihrer Arbeitswilligkeit am besten gelingt. Diese Situation wiederholt sich in den Zeitleihfirmen selbst:

„Bevor ich an die Stelle als Lagerarbeiterin kam, mußte ich eine Woche lang den ganzen Tag in der Verleihfirma warten, und ich hörte die Gespräche der Damen, also von denen, die sich für uns um eine Stelle kümmerten – und Du wirst es nicht glauben, Du durftest keinen Job ablehnen, sie sagten Dir: ‚Sie haben wohl zu gar nichts Lust, Sie haben wohl nicht nötig zu arbeiten (...) Es gibt Leute, die würden sich die Finger lecken, die arbeitslos sind, und Sie haben das Glück, arbeiten zu können, und trotzdem wollen Sie nicht?!‘“

Wer die Lohnsklaverei nicht rechtzeitig in eine Chance verwandelt, den wird über kurz oder lang die Arbeitslosigkeit lehren, was Armut bedeutet, welche Risiken in der Mobilität liegen, die man heute noch zu Geld machen kann, und welche Ängste es mit sich bringt, an den Rand des Arbeitsmarkts gedrängt zu werden.

Ich habe deswegen so sehr auf den Verhaltensformen beharrt, aus der Sicht der prekären Arbeit (nicht aus der des Kapitals), weil sie mir ein Angelpunkt der gegenwärtigen Krise und Restrukturierung zu sein scheinen. Das Kapital gibt mehr und mehr die Parole aus: friß oder stirb. Unterwerfung wird verlangt, weil einerseits das Kapital mittels der prekären Arbeit an die selektive Reintegration der politisch und ideologisch schwächsten Schichten der Arbeiterklasse geht, um auf diese Weise sein gewaltsames Kommando und die Mechanismen der Mehrwertaussparung zu festigen. Andererseits wird die Alternative des Rückzugs angeboten, denn alle diejenigen, die freiwillig oder unfreiwillig dieser Reintegration widerstehen werden, scheinen zur informellen Ökonomie, zur Inanspruchnahme einer streng kontrollierten Armenhilfe, zur Kriminalität oder zur Selbstzerstörung verurteilt zu sein.

## Schlußbemerkung

Vor mehr als 150 Jahren schrieb Marx über die Folgen der damals sogenannten industriellen Revolution: „Keine Periode der modernen Gesellschaft ist so günstig für das Studium der kapitalistischen Akkumulation als die Periode der letztverflossenen 20 Jahre. Es ist, als ob sie den Fortunatussäckel gefunden hätte.“ (19) Wie die Dinge jetzt stehen, wird sich dieser Satz demnächst wiederholen lassen.

Marx hatte einen gigantischen Expropriationsprozeß vor Augen: eine Expropriation nicht nur im Sinn der Enteignung der Arbeiter von dem, was ihnen ganz konkret gehörte – Boden, Werkzeuge, Handwerk, sondern auch von dem, was ihr Wesen ausmachte – Dorfgemeinschaft, Großfamilie, regionale und kulturelle Identität. Als dies ist in dem Prozeß der technisch-politischen Konstitution der Arbeitskraft, der Integration der Bevölkerung ins Innere des Kapitals zerstört worden.

In der Organisation der neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals waren die Maschinen und der Maschinismus nicht allein ein Mittel zur Vermehrung der Produktivkräfte, sie ha-

ben zugleich den Rhythmus der Dequalifikation und Entwertung des lebendigen Arbeiters bestimmt, d.h. jede weitere Schwächung der Widerstandsfähigkeit der arbeitenden Klassen gegen ihre Enteignung. Denn die technischen Bedingungen der Auspressung des Mehrwerts erforderten zugleich die Disziplinierung der Körper und die Organisation der Zeit, also wiederum die Zerstörung dessen, was noch an handwerklicher und häuslicher Unabhängigkeit erhalten war. Das Kapital gewann seinen variablen Teil nicht aus dem Nichts, sondern entnahm ihn aus einem sozialen und kulturellen Zusammenhang. Gleichwohl, bevor noch das Kapital die Arbeiterklasse als solche beherrschte, entließ es eine andere, ungewisse, rebellische und flüchtige Gestalt, die des „Proletariats“ im eigentlichen Sinn.

Heute verfügt das Kapital neuerdings über die technologischen und gelegentlich über die politischen Mittel, um die vorherigen Formen der Organisation der Arbeit und der Arbeiterklasse auszulösen. Wenn es gerade die jugendlichen Fraktionen der Arbeiterklasse sind, die die Kosten davon am meisten zu tragen haben, dann liegt das daran, daß das Kapital in ihnen eine Bevölkerungsgruppe vorfindet, die keine biographische Verankerung in dem hat, was letztlich die Identität der gesellschaftlichen Gestalt des Arbeiters ausmacht: in der Arbeit. Doch dieser Vorgang bleibt widersprüchlich, weil er sich im großen und ganzen in der zeitlichen Nachfolge der Protestbewegungen und -ideologien abspielt, in deren Tradition sich viele Jugendliche befinden und deren Thema bewußt oder unbewußt der Kampf gegen die Arbeit oder gegen die Arbeitszeit als disziplinierender Faktor gewesen war. Indem das Kapital die Beschäftigungsverhältnisse durch die prekäre Arbeit angriff und fragmentarisierte, nachdem es zuvor die konkrete Arbeit mittels des Taylorismus-Fordismus in ihre Atome zerlegt hatte, hat es jene Elemente der Verweigerung (nicht der Gleichgültigkeit, wie einige behaupten) konzentriert und zusammengefaßt, die latent in den verschiedenen ideologischen Ausprägungen der Arbeiterjugend entstanden waren. Weil es zerstörte, was einige schon nicht mehr wollten, gab das Kapital jener in den westlichen Metropolen vergessenen, aber in den Ländern der Dritten Welt stets gegenwärtigen Gestalt eine neue Lebenskraft, indem es sie masifizierte: der Gestalt des „Proletariats“. Aber es wäre eine Täuschung zu glauben, daß es eine unmittelbare Übereinstimmung zwischen den Freiheitsbedürfnissen von Schichten der metropolitanen Jugend und dem neuen Projekt der Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital und seine Verwertungszwecke geben könne. Eine solche Übereinstimmung ist nur um den Preis einer globalen Formation einer neuen Arbeitergestalt zu verwirklichen. Sicherlich hat das Kapital dies im Sinn, aus den Vorschlägen seiner Vertreter kann man einen Eindruck davon gewinnen. Aber noch sind wir nicht soweit, und es kommt darauf an, den gegenwärtigen Zeitpunkt des Übergangs und der Ungeißheit zu verstehen. Denn dieser Zeitpunkt, den wir erleben, gleicht weder dem lang zurückliegenden der „ursprünglichen Akkumulation“ und industriellen Revolution noch dem uns näheren Zeitpunkt der Zerstörung und Ausplünderung der Dritten Welt in den Formen des Kolonialismus oder des Imperialismus. Seine Eigentümlichkeit beruht darauf, daß die Restrukturierung in einer Phase stattfindet, die nicht allein durch ein hohes Maß der Vergesellschaftung der Produktion gekennzeichnet ist, durch einen hohen Grad der Vereinheitlichung des Territoriums und der Zeit und durch eine weitgehende Unterordnung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse unter das kapitalistische Kommando; sondern zugleich und parallel dazu durch die Auflösung der letzten Reste traditioneller Gesellschaftlichkeit (Zerstörung der Familie, Nachbarschaften etc.). Die Gestalt des „Proletariats“ kann sich also nicht mehr in den Grenz- und Randgebieten der Gesellschaften ausbreiten, in jenen Schattenzonen, welche das 19. Jahrhundert bemüht

war zu sanieren, zu bändigen und zu disziplinieren; diese Gestalt bewegt sich heute im Zentrum des Territoriums (vorbei ist die Zeit der Banditen, die sich „im Gras verstecken“, vorbei die Zeit der Räuberhöhlen), und diese Gestalt ist gleichzeitig unmittelbar konfliktuell, weil ihr nirgends ein Platz gelassen wird, der ihr vorübergehend ihre Unabhängigkeit gewähren würde (es gibt keine Gebiete mehr, die nicht oder nur wenig von den Zentralgewalten kontrolliert sind; vorbei ist auch die Möglichkeit, woanders hinzugehen und seine Träume von Befreiung und von einer anderen Gesellschaft zu leben). Es bleibt für den Proletarier von heute kein anderer Raum mehr zur Darstellung seines Ungehorsams und zur Konkretisierung seiner Disziplinlosigkeit als eben der Raum, den das Kapital selbst nicht nur als Produktionsform, sondern als Form der gesellschaftlichen Organisation der Produktion besetzt hält. Der Konflikt stellt sich deshalb umso schärfer und bedeutsamer dar. Ich glaube, daß man einen Bezug zu den Ereignissen und sogenannten „Krawallen“ herstellen kann, die die großen europäischen Städte durchziehen; gegenwärtig entwickelt sich eine Tendenz zur Schaffung von „Zonen der proletarischen Bevölkerung auf dem Territorium“. Denn es ist das Kapital selbst, das durch die Zerstörung der traditionellen Gesellschaftlichkeit und durch das Überziehen des gesamten Territoriums mit seinen Zeichen, seinen Markierungen und seinen Agenten denjenigen zur Entwicklung in seinem Innern verhilft, die ihm am stärksten entgegengesetzt sind.

Ich möchte an dieser Stelle alle deterministischen Aussagen vermeiden. Abgesehen von der Tatsache, daß sich aus der Untersuchung von Fraktionen der jugendlichen Arbeiterbevölkerung in der Region Paris keine verallgemeinerte Sicht des Restrukturierungsprogramms gewinnen läßt, darf nicht übersehen werden, daß jene neue Arbeitergestalt, die das Kapital seinerseits vorbereitet, ebenso Wirklichkeit werden kann wie eine Verlängerung oder vielmehr Ausbreitung der Gestalt des „Proletariats“. Hier liegt die Bedeutung des Politischen. Es kommt nicht darauf an, irgendeine Identität der Arbeiterklasse zu suchen (wenigstens nicht, sofern das Politische sich nicht zum Apologeten des Kapitals machen will), sondern ganz im Gegenteil auf die Betonung dessen, was sich in Umrissen als die Gestalt des Proletariats auf dem Weg der Befreiung abzeichnet.

Dieser Gedanke, jede theoretische Konstitution einer Arbeiteridentität zu vermeiden und stattdessen jene fremde, von außen kommende Gestalt des Proletariats weiterzuverfolgen, steht im Verhältnis zu zwei politischen Tendenzen, die ich ablehne:

1. Die Tendenz, die in den neuen Verhaltensweisen, wie sie sich gegenwärtig entwickeln, lediglich eine Zerstörung, eine Art Zersetzungsprozeß der „Arbeiterklasse“ – oder vielmehr gewisser Fraktionen davon – zu sehen vermag, einer Klasse, die es unter der Vorherrschaft der traditionellen Arbeiterorganisationen wiederherzustellen gilt.
2. Die Tendenz, welche dem „Proletariat“ künftighin eine Leistungsdimension zurückgeben möchte (unter Preisgabe der revolutionären Politik) und welche sich bereits jetzt darum bemüht, ihm mithilfe der verschiedenen alternativen Strömungen und einer Politik der pauperisierten Reproduktion bzw. der produktiven Nutzung der Freizeit eine neue Identität (Arbeiteridentität) zu verschaffen.

Nichtsdestoweniger entspricht der Gedanke, der dahintersteht, nicht einer schlechten Faszination gegenüber der Delinquenz oder der Miserabilität, nicht einer Faszination gegenüber Banden und Horden, wie sie stets noch bestimmten Schichten von Jugendlichen eigen sind: Punks, Skinheads etc.; Verhaltensweisen also, die sicherlich nur den untersten Grad der Ablösung von jeder überlieferten Gestalt des Arbeiters bilden. (Vielleicht muß man eine Ausnahme für die Skinheads machen, die sich angeblich noch am meisten mit der „Arbeiterklasse“ identifizieren; aber es ist nicht gesagt, daß diese Jugendlichen wirklich die Arbeit so sehr lieben, die die National Front für sie verlangt . . .). Ich will also keinerlei Subkultur verteidigen. Was mir aber wichtig erscheint und wo anzuknüpfen wäre, das ist jene radikale Infragestellung, die zum Leben vieler Prekärer gehört – nicht der ganz Jungen viel-

leicht, aber von Leuten zwischen 20 und 30 (im Durchschnittsalter der Leute, die ich interviewt habe); d.h. eine Infragestellung ihrer eigenen „subkulturellen“ Illusionen und ihrer vermeintlichen Andersartigkeit, so wie sie der Typ formuliert, der sich sagt: „Scheiße, eigentlich wollte ich kein Arbeiter werden und schließlich bin ich irgendwie doch einer . . . Ich bin dabei, mich einkaufen zu lassen!“ Das ist nicht irgendeine kleinbürgerliche Angst. Ich spreche von einer ganzen Reihe von Leuten, die ihre Tage nicht im Fabrikknast beenden, ihr Leben nicht im Betrieb, in der Arbeit beschließen wollen, kurz, die sich keine Identität über ihre Arbeit herstellen wollen (als „classe ouvrière“, „Arbeiterklasse“, „working class“).

Welchen Bezug aber gibt es zwischen diesen Proletariern von heute (und wenn man diesen Begriff verallgemeinern will, dann kann man ihn nicht dieser kleinen, meiner Ansicht nach fortgeschrittenen Gruppe von Leuten allein vorbehalten, sondern man muß ebensowohl alle die erwähnen, die sich ebenfalls auf die eine oder andere Art am Arbeitsplatz und in gesellschaftlichen Stellungen verweigern) und den Proletariern von gestern? Ich glaube, der Bezug läßt sich zu jener Bevölkerung, zu jenen einzelnen herstellen, die stets widerspenstig gegen die Arbeit waren, zu den Bummelanten und Nichtstuern, solchen, die nur schlechte Arbeit lieferten und deren Verweigerung ebenfalls nur eine Gratwanderung war: zwischen einer auf immer verlorenen Kultur und einer neuen Verhaltensumutung, der industriellen Arbeit; zwischen beidem lag der Freiraum für ein anderes Handeln, eines Handelns, das heute nur mehr die Form des Antagonismus annehmen kann.

## Anmerkungen

- (1) J.F. Germe, Les nouvelles formes d'emplois: Le travail intérimaire, in: Critique de l'économie politique, No. 5, Okt.-Dez. 1978.
- (2) Le travail temporaire dans l'industrie, Centre d'Etudes de l'emploi, No. 18.
- (3) entfällt
- (4) Vgl. J. Simon u.a., Enquete sur le devenir professionnel des jennes ayant effectue un stage pratique en entreprise, in: Travail et Emploi, No. 1, Juni 1979; und F. Pate u.a., Les pactes nationaux pour l'emploi, in: Travail et Emploi, No. 6, Okt. 1980.
- (5) C.F.D.T., Le tertiaire éclaté, Paris 1980.
- (6) S.R. Linhart, La division du travail, Paris 1978 („Procès de travail et division de la classe ouvrière“).
- (7) entfällt
- (8) Le travail temporaire . . . (s. Anm. 2).
- (9) Höhe des SMIC im Februar/März 1981:
- (10) Economie et Statistiques, No. 130.
- (11) Die folgenden Interviews sind, soweit nichts anderes angegeben ist, vom Verf. gesammelt.
- (12) Zit. nach M. Pialoux, Jeunesse sans avenir et travail intérimaire, in: Actes de la recherche en sciences sociales, No. 26/27, S. 39.
- (13) Ebd., S. 35.
- (14) Zit. nach J. Nouel, Vécu du chômage et représentation du travail, Thèse de doctorat, Paris 1979.
- (15) Zit. nach M. Pialoux, a.a.O.
- (16) Ebd.
- (17) A. Minc, Le chômage et l'économie souterraine, in: Le Débat, No. 2, Juni 1980.
- (18) Le Monde
- (19) MEW Bd 23, S. 677.

# Arbeitszwang und Zwangsarbeit

## Zur aktuellen Situation von Sozialhilfeempfängern, Asylbewerbern, Behinderten und Internierten

Der Zwangsarbeit unterworfen sind tendenziell alle Internierten (Gefangene, Psychiatrisierte, Behinderte, Heimbewohner, Asylanten), aber auch die ‚freien‘ Empfänger von Leistungen des ‚Wohlfahrtsstaates‘, vor allem die Empfänger von Sozialhilfe. Die Verbindung von Zwangsarbeit und Sozialhilfe oder Zwangsarbeit und Internierung gibt es ebensolange wie die entsprechenden Institutionen. Das Arbeitshaus vereinte Kriminelle, Verrückte und Arme unter einem Dach.

„Sozialfürsorge steht in enger Beziehung zu Unruhen: sie gewährt den freigesetzten Armen Unterstützung nicht ohne weiteres, sondern nur unter der Bedingung, daß sie sich auf bestimmte Art verhalten, und vor allem, daß sie arbeiten (...). Die Gewährung lebensnotwendiger Unterstützung wird leicht zum Vehikel für die Durchsetzung des Arbeitsethos, ja zur Erzwingung der Arbeits selbst: wer sich weigert zu arbeiten, riskiert den Entzug der Sozialhilfe. (...)

Grob genommen wird der Arbeitszwang in der Hauptsache auf zwei Arten durchgesetzt: zum einen wird Arbeit unter öffentlicher Aufsicht geleistet — ob im Heim des Fürsorgeempfängers, in einem Arbeitslager oder im Arbeitshaus; zum anderen stellt der private Markt Arbeitsplätze zur Verfügung, indem entweder die Armen vertraglich an bestimmte Arbeitgeber gebunden werden oder letzteren durch Subventionen ein Anreiz geboten wird, selbst Arme einzustellen.

(...) Öffentlicher Arbeit wird gewöhnlich der Vorzug gegeben, wenn die Nachfrage nach Arbeitskraft auf dem privaten Markt zusammengebrochen ist. Umgekehrt werden Vorkehrungen zur Einschleusung der Armen in den Arbeitsmarkt eher dann getroffen, wenn es einem Teil der Erwerbstätigen zeitweilig schwerfällt, sich an rapide Veränderungen des Marktes oder der Technologie anzupassen. Im einen Fall schafft die Fürsorgeregulierung Ersatz für einen geschrumpften Arbeitsmarkt; im

anderen Fall hat sie die Funktion, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Arbeitsmarkterfordernissen und den Eigenschaften der erwerbstätigen Bevölkerung zu überwinden.“ (Piven/Coward „Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt“, Frankfurt 1977)

Was der Verwertbarkeit der Arbeitskraft des Metropolenproletariats in den letzten Jahren Grenzen setzte, war auf der einen Seite die „Krise der Arbeitsmoral“ und gleichzeitig die durch die Gewaltförmigkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen selbst hervorgerufene Zerstörung von Subjektivität. Das Kapital versucht, sich von derart widersätzlicher oder unangepaßter Arbeitskraft freizumachen, ohne jedoch die Unangepaßten aus seiner Kontrolle zu entlassen.

Denjenigen, denen der Zugang zu den garantierten wie auch den prekären Sektoren der Produktion versperrt ist oder die sich den neuen Arbeitsnormen nicht widerstandslos unterwerfen, wird eine Perspektive vor Augen geführt, die brutal den Zusammenhang zwischen ‚Arbeit und Brot‘ und zwischen ‚Arbeit und Freiheit‘ herstellt: Zwangsarbeit.

Zwangsarbeit und Arbeitstherapie haben eine doppelte Funktion:

– sie dienen als Mittel zur Wiederherstellung der Arbeitsmoral gegen die Teile der Unterklassen, deren Anpassung an die Normen vor allem an ihrer Widerspenstigkeit scheitert, gegen den Gebrauch der Sozialleistungen als Einkommen ohne Arbeit, gegen die Devise „lieber klauen als malochen“, gegen die Ansätze einer „Kultur der Nichtarbeit“, wie sie vor allem bei den Jugendlichen im Entstehen begriffen ist.

– sie dienen der Ermittlung und Vernutzung von „Restarbeitsfähigkeit“ derjenigen, die durch den Terror der Leistungsgesellschaft zerstört wurden oder mit Prozessen der Selbstzerstörung reagierten – und die sich im Moment noch oftmals dem Projekt des Regimes eher unterwerfen als ihm eine eigene, positive und gegen die Zerstörung sich widersetzende Identität entgegenzusetzen.

Wo immer sich unangepaßtes Verhalten zeigt, ob jemand ausflippt, Drogen nimmt, klaut oder einfach nicht arbeiten will, wird es auf der Ebene der Theorie abgehandelt als Produkt einer mißlungenen Sozialisation und sozialen Fehlanpassung. Dem entspricht die Bezeichnung der Menschen als ‚Kranke‘, zu (Re-)Sozialisierende.

Praktische Konsequenz ist die Therapie der Subjekte, und es gibt wohl keine Institution der Internierung, die sich nicht als therapeutische bezeichnen würde.

Was Therapie in diesem Zusammenhang bedeutet, daß sie sich radikalisiert auf Therapie zur Arbeit und gleichzeitig Ar-

beit als Therapie propagiert wird, wird zu zeigen sein. Wir beobachten schon jetzt einen Prozeß, der die Arbeitsmoral zum wichtigen Kriterium dafür macht, wer Sozialhilfe erhält, wer aus den geschlossenen Abteilungen der Knäste und Psychiatrien in den halboffenen oder offenen Stationen „aufsteigen“ darf.

Wer als Gefangener, Psychiatrisierter oder Armer in die Fänge direkten staatlichen Zugriffs gerät, wird in verschiedener Form mit Zwangsarbeit konfrontiert sein:

Angefangen von den reinen Beschäftigungsmaßnahmen wie zwangsweises Stricken für sich selbst oder der Beschäftigung Arbeitsloser in Scheinfirmen oder Motivationskursen über die Formen niedrig produktiver Zwangsarbeit in den Knästen oder den Werkstätten für Behinderte – deren Kosten bei weitem (noch?) nicht durch die Einnahmen aus der Zwangsarbeit gedeckt werden – bis hin zur staatlichen Kontrolle der Arbeitskraft über die Verbindung von Bewährungshilfe mit Arbeitsauflagen oder den Ersatz kurzfristiger Freiheitsstrafen durch „Arbeitsdienst“.

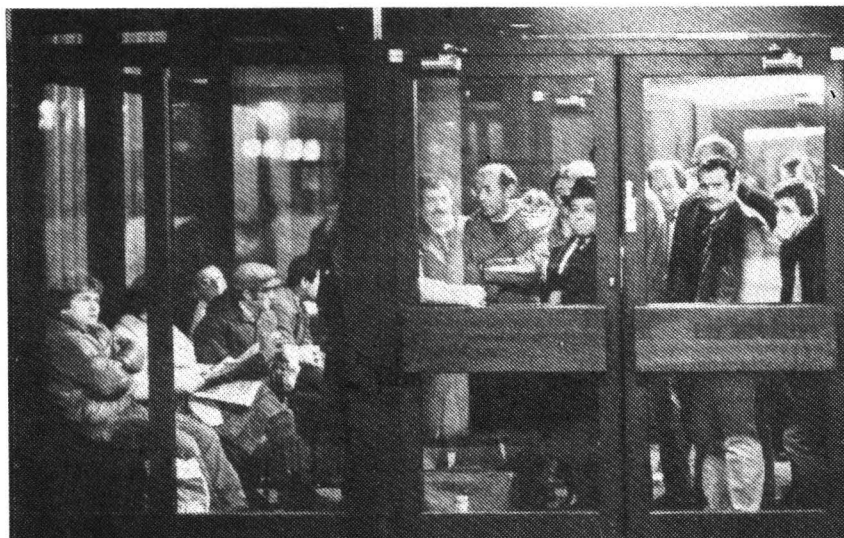
Die Institutionen sozialer Kontrolle werden mehr und mehr zu dezentralen Arbeitslagern, möglichst voneinander getrennt und getarnt unter einem Mantel der Therapie und Resozialisierung.

Allerdings wird es wohl leichter fallen, sie als Arbeitslager zu erkennen, denn was sie als Perspektive vor ein paar Jahren scheinbar noch zu bieten hatten, gibt es nicht mehr: den individuellen Aufstieg, die Integration in die Leistungsgesellschaft, die Perspektive des einigermaßen gut verdienenden und sozial gesicherten ‚Normalbürgers‘ kann den Internierten sowieso kaum, aber immer weniger auch ihren Therapeuten glaubhaft vorgehalten werden.

Entsprechend gerät die weiche Linie der Überzeugung und der gutgemeinten Therapie – die ohnehin immer nur das Zuckerbrot zur Peitsche der Bunker, Trakte und Wachsäle gewesen ist – in die Zwickmühle: die weiche Welle scheitert am Widerstand der Betroffenen, ihre Verweigerung, ihrem Nicht-zugänglich-Sein für die Therapie. Therapie wird tendenziell zum Zwangsverhältnis.

Und sie scheitert an der Krisenpolitik des Regimes: Je mehr die Sozialausgaben gekürzt werden, desto weniger Spielraum gibt es z.B. für engagierte Sozialarbeiter und Psychologen. Einrichtungen, die sich dem staatlichen Konzept der Kontrolle und Ausbeutung der ‚Unangepaßten‘ durch Arbeit entgegenstellen oder zu entziehen versuchen, werden unter Druck gesetzt; ihnen werden die Mittel gekürzt, oder die Widerspenstigen fliegen raus.

Mit dem Ende des Wohlfahrtsstaates stößt auch die Vermittlung zwischen Staat und Unterklassen durch Sozialarbeit und Therapie an ihre Grenzen.



Arbeitsamt

# 1. Kein Einkommen ohne Arbeit

## Zwangsarbeit gegen Sozialhilfeempfänger

Wer Sozialhilfe bekommen will, ist gesetzlich verpflichtet, „seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts einzusetzen“ (Bundessozialhilfegesetz). Geht das nicht über den Arbeitsmarkt, „sollen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden“; das BSHG sieht die Heranziehung zu gemeinnütziger Arbeit vor.

Um „einen arbeitsentwöhnten Hilfesuchenden an Arbeit zu gewöhnen oder die Bereitschaft eines Arbeitssuchenden zur Arbeit zu prüfen, soll ihm hierfür eine geeignete Tätigkeit angeboten werden.“ Als geeignet werden „Arbeitskolonien, halb-offene Einrichtungen sowie besonders ausgewählte und über-wachte Arbeitsstellen“ empfohlen.

„Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt“, heißt es schließlich klipp und klar im BSHG. Zumutbar ist alles, wozu jemand „körperlich und geistig“ in der Lage ist.

Selbst in Fällen, in denen der Arbeitszwang keine Verhaltensänderung erwarten läßt („Personen, deren Zustandsbild als Psychopathie oder Neurose zu bezeichnen ist“, wie es im Gesetz heißt), haben sich die Sozialämter um Maßnahmen der Arbeitstherapie zu kümmern – das ordnete das Bundesverwaltungsgericht bereits 1968 an.

In Hamburg gibt es (Stand von 1979) 5 Arbeitswerkstätten des Sozialamtes mit 360 Arbeitsplätzen. Die Arbeit besteht aus einfachen mechanischen Tätigkeiten wie Strümpfstopfen, Tupferlegen, Näharbeiten usw. für die Frauen, Papier- und Blechsorthieren für die Männer.

Andere Arbeiter werden für „gemeinnützige“ Tätigkeiten, nämlich Haus-, Hof- und Gartenarbeiten in öffentlichen Einrichtungen eingesetzt oder als Arbeitskolonnen in die Betriebe geschickt, wo sie unter anderem Maler- und Schlossertätigkeiten ausführen.

Auch in Bremen werden seit 1976 Leute zu privaten Firmen, vor allem auf den Bau, geschickt. Je nach Arbeitsanfall werden Leute von der „Arbeitshilfe“ angefordert.

Zur Gewöhnung an Arbeit dient ein abgestuftes Leistungssystem, das je nach Tätigkeit enorme „Lohn“differenzen beinhaltet:

Die genannten „einfachen“ Tätigkeiten werden mit 1 DM in der Stunde bezahlt, einfache Arbeiten an Nähmaschinen so-

wie der Einsatz zu gemeinnütziger Arbeit mit 1,50 DM, komplizierte Näharbeiten und Einsätze in Betrieben mit 2,50 DM pro Stunde. Die Arbeitsprämie wird zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt. Bewohner des Pik-As (Nichtseßhaften-Unterkunft in Hamburg) allerdings erhalten überhaupt keinen Pfennig, sondern Gutscheine für Übernachtung und Essen.

In Bremen, wo das Sozialamt die Hilfesuchenden an die sog. Arbeitshilfe verweist, sind die Prämien (lt. KVZ v. 23.12.76) von 2 bis 8 DM pro Tag gestaffelt. Zuspätkommen, Alkoholkonsum, Nichteinhaltung der „Ordnung“, kein Arbeitsinteresse, fehlerhaftes Arbeiten führen zu Prämienverkürzungen. Festgelegt wird die Prämie durch den Arbeitsgruppenleiter.

In die Zwangsarbeit geschickt werden Arbeitslose, über deren Bescheid beim Arbeitsamt noch nicht entschieden ist und die daher auf Sozialhilfe angewiesen sind, Arbeitslose ohne Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, vor allem Gelegenheitsarbeiter aus dem Hafen und entlassene Gefangene, weiterhin Nichtseßhafte aus den Obdachlosenasylen und in letzter Zeit auch zunehmend arbeitslose Jugendliche.

Allein in Hamburg sprechen die Sozialämter jährlich etwa 2 500 Einweisungen in die Zwangsarbeit aus (nach Auskünften der Sozialämter von '79).

Trotz Ausweitung des „Angebots“ reichen die vorhandenen Zwangsarbeitsplätze bei weitem nicht aus, alle oder auch nur einen größeren Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger zu beschäftigen. Im Moment wird mit der Zwangsarbeit vor allem gedroht: ein Mittel zur Demütigung und Abschreckung von Antragstellern und zur Erzeugung von Wohlverhalten im Amt und Gefügigkeit gegenüber den Sachbearbeitern. In einigen Städten allerdings (z.B. Fulda) müssen Antragsteller zunächst ihre Arbeitsbereitschaft demonstrieren, bevor sie auch nur einen Pfennig zu sehen bekommen.

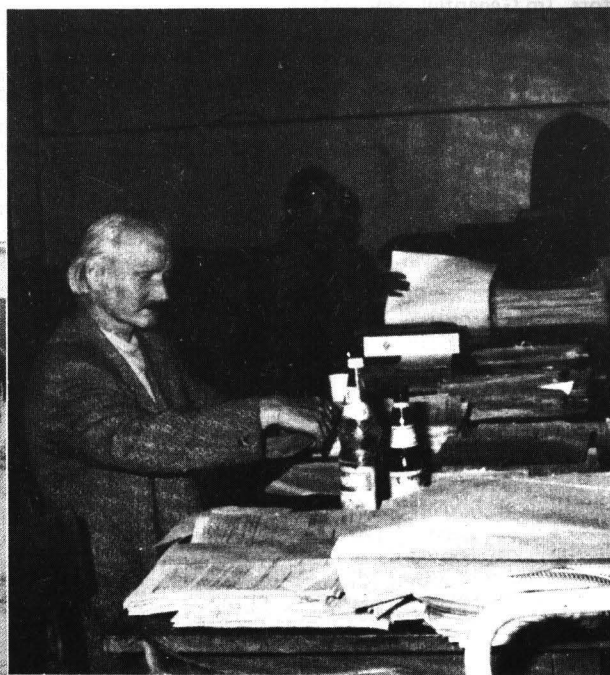
Offenbar zunehmend ist die Tendenz, die Zwangsarbeiter direkt in die Betriebe oder an Sklavenhändler zu vermitteln; der Stern 45/79 berichtet von einem Berliner Arbeitskräfteverleih, der mit Bewohnern von Männerwohnheimen, Freigängern aus dem offenen Vollzug und Sozialhilfeempfängern arbeitet, denen er 7,52 DM brutto pro Stunde bezahlt.

In Hamburg werden die Frauen z.T. zunächst zum Otto-Ver-





Sozialhilfe-Arbeitsstelle im ehemaligen KZ-Bahnhof, Hamburg



Arbeitsdienst für Sozialhilfeempfänger

sand geschickt, erst wenn dort keine Arbeit zu bekommen ist, werden sie in die Arbeitswerkstätten des Sozialamtes eingewiesen.

Nach einem Bericht der TAZ von Dez. '81 sollen 50 Mill. DM im Sozialhilfeeat dadurch eingespart werden, daß Sozialhilfeempfänger zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden, indem die Sozialämter die Zumutbarkeit einer Arbeit weiter herabsetzen.

Dies ist der Zwang in die am schlechtesten entlohnten Arbeitsverhältnisse mit den miesesten Bedingungen, die staatliche „Versorgung“ der untersten Sektoren des Arbeitsmarktes mit Zwangsarbeitern.

Die Differenz zwischen dem gezahlten Lohn und dem Existenzminimum wird durch Sozialhilfe ausgeglichen.

Aus dem Bericht einer Zwangsarbeiterin aus Bremen:

„Ich lebe zur Zeit von der Sozialhilfe. Ein Wegkommen davon würde einen Arbeits- oder Schulplatz voraussetzen. Da ich weder über einen Arbeits- noch über einen Schulplatz verfüge, stellt sich folgende Situation dar:

Ich bekomme einen wöchentlichen Sozialhilfesatz von 76,50 DM. Wofür ich, wenn ich nicht Gefahr laufen will, daß er ganz oder teilweise gestrichen wird, beim Sozialamt arbeiten muß. D.h. es besteht eine „Arbeitshilfe“, „berufliche Rehabilitation“, die so aussieht: Du mußt morgens um 8.00 Uhr dasein und bis 16.00 bzw. 15.30 Uhr dort arbeiten. Diese Arbeit umfaßt, daß du entweder 8 Stunden stricken darfst, wohlge- merkt für dich selbst, oder zur Abwechslung Wolle zupfen kannst, um damit am Webstuhl zu arbeiten. Die Wolle mußt du selbst bezahlen. Jetzt sieht es so aus, damit dir nicht die Hälfte von den 76,50 DM abgezogen werden, mußt du jeden Tag dasein, wenn möglich noch pünktlich, auch bis 16.30 Uhr dortbleiben, dann gibt es nämlich noch 4 DM Prämie pro Tag.

Gehst du ein oder zwei Tage nicht hin, wird dir der Tagessatz abgezogen, eine plausible „Entschuldigung“ wird das evtl. verhindern; wenn du z.B. zum Arbeitsamt gehst oder dich auf dem freien Arbeitsmarkt bewirbst oder zum Arzt mußt, gilt

das nicht als „plausible Entschuldigung“. Für die gibt es gar keine. Du mußt, hast du etwas Wichtiges vor, trotzdem ein paar Stunden hingehen.

Es gibt auch noch andere Arbeitsstellen, z.B.: in der Wäscherei beim städtischen Krankenhaus oder auf dem Friedhof (den ganzen Tag Laub fegen, auch wenn keins vorhanden ist) oder in der Stadtbibliothek als Putzfrau oder in den Schulen als Putzfrau usw. So sehen die Arbeitsmaßnahmen für Frauen aus.

Es gibt eine Möglichkeit, diesem Beschäftigungstherapiezwang zu entgehen, zumindest für die Wäscherei, für den Friedhof oder Schule usw., welches körperliche Arbeit ist. Und zwar ein Attest von einem Orthopäden, wenn du ein Rückenleiden oder ähnliches vorweisen kannst, dem Sozialamt mit gleichzeitigem Widerspruch schriftlich vorlegen. Für die Zwangsarbeit als Strickerin gibt es keinen gültigen anerkannten Grund zur Ablehnung, die Arbeit läuft unter „zumutbar für jeden“. Für Frauen, die eh kein Attest vorlegen können, bleibt jede Art von Arbeit zumutbar.

Es wird über unsere Freizeit bestimmt, wie über unser Leben. Um nicht von Freunden abhängig zu sein, was auch irgendwie nervt, vor allem auch oft kritisiert wird (jeder muß mit sich allein klarkommen), muß ich mich anpassen, um zu überleben. (...)"

Versuche gibt es auch, das unausgeschöpfte Reservoir von Asylanten zur Arbeit zu zwingen. Ein erster Fall wurde aus Berlin bekannt: Nach einem mißglückten Anlauf 1981, Asylanten in einer Freiwilligenaktion für einen Arbeitseinsatz zu gewinnen, verpflichtete die Behörde Anfang diesen Jahres mehrere hundert Asylbewerber zum Straßenfegen. Bei einem Stundenlohn von 1,25 DM sollten sie vier Stunden am Tag das vom Winter liegengebliebene Streusalz kehren. Die Arbeit wurde erzwungen, indem die Fürsorgeleistungen bei denen, die sich weigerten, beim Straßenkehren mitzumachen, gekürzt oder ganz gestrichen wurden.

Keineswegs handelt es sich dabei ums das womöglich nicht abgedeckte Vorpreschen eines ausgeflippten CDU-Sozialsenat-

tors. Im Gegenteil. Seit Anfang 1982 gilt eine Neufassung des BSHG, nach der der Einsatz auch von Asylanten „zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit vorgesehen ist; von den Behörden „sollen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen“ werden. Entsprechend bekommen Asylbewerber bei ihrer Ankunft eine Belehrung vorgelegt, die sie zu unterschreiben haben: Schlagen sie eine zugewiesene Arbeit aus, wird ihnen die Sozialhilfe reduziert oder ganz gestrichen. Die neue Regelung ist Teil der finanzpolitischen „Operation '82“ und im 2. Haushaltsstrukturgesetz des Bundes verankert. Der Charakter von Zwangsarbeit wird hier besonders deutlich:

Es ist nämlich Asylbewerbern im übrigen untersagt, während der ersten zwei Jahre ihres Aufenthaltes in der BRD eine selbst gewählte, über den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelte Beschäftigung aufzunehmen. An diesem (scheinbaren) Paradox entzündete sich auch eine heftige Empörung in den Medien, die zumindest vorübergehend zu Irritationen der Berliner Sozialbehörde führte. Mittlerweile jedoch gehört diese Form der Zwangsverpflichtung zum sozialpolitischen Werkzeug von mehr und mehr Gemeinden. (s. Zeitungsausschnitt)

### „Zwangsarbeit“ für Asylbewerber?

Falls Asylbewerber sich nicht zu „gemeinnütziger“ Arbeit verpflichten, wird ihnen das ohnehin schon magere Taschengeld von DM 70,-/Monat gekürzt. In dieser Praxis des Landes Ba-Wü sieht der Petitionsausschuß des Landtags keine Zwangsverpflichtung. 105 Asylbewerber aus Donaueschingen hatten eine Eingabe an den Ausschuß gemacht, in der sie sich gegen die Zwangsverpflichtung wehrten. Die Stadt hatte ein Arbeitsprogramm für die Asylbewerber aufgestellt. Stundenlohn: 1,50 DM. Als zusätzlichen „Arbeitsanreiz“ beschloß die Landesregierung, Asylbewerbern, die sich trotz zweimaliger Aufforderung für diesen Hungerlohn nicht als Arbeiter zur Verfügung stellten, das Taschengeld zu kürzen. Sowohl gegen den Arbeitseinsatz als auch gegen die Sanktion für Nicht-Arbeitende sah der Ausschuß keine Bedenken. Wie sein Vorsitzender Bugge (CDU) erklärte, könne keine Rede von Zwangsverpflichtung sein. Vielmehr sei die Beteiligung „freiwillig“, die Taschengeldkürzung bei Weigerung „konsequent“, da „Versuche, die Asylbewerber ohne Ankündigung einer Sanktion für die Arbeiten zu gewinnen, auf wenig Neigung gestoßen seien.“ (taz) 23.9.82



Asylantenlager in Baden-Württemberg

## 2. Die Arbeit der Behinderten

Schon immer wurden dauerhospitalisierte Anstaltsinsassen als billige Arbeitskräfte zum Erhalt des eigenen Ghettos eingesetzt: als Küchenpersonal, Gartenarbeiter, Stationshilfen, z.T. in anstaltseigenen landwirtschaftlichen Betrieben. Mit Sicherheit gibt es in der BRD Tausende von Anstaltsinsassen, die als unentlohnte Hausarbeiter beschäftigt sind oder in den Arbeitstherapien der Psychiatrien – wie zum Beispiel in Hamburg Ochsenzoll oder in Düren – gegen Pfennigbeträge Akkordarbeit verrichten und sich damit ihren Aufstieg in die halboffenen oder offenen Stationen erarbeiten – Zwangsarbeiter noch unterhalb des Werkstattniveaus.

Neben dieser Art Arbeitseinsatz, bei der die Arbeitsbereitschaft der Internierten zur Voraussetzung eines anstaltsinternen Aufstiegs gemacht wird, verfügen mittlerweile viele der

großen Verwahranstalten, in denen Behinderte und Psychiatrierte oft Jahrzehnte ihres Lebens verbringen, über eigene fabrikmäßig organisierte Werkstätten, oder sie arbeiten eng mit bestimmten Werkstätten zusammen – sind die Zulieferer von Arbeitskraft.

In den 70er Jahren wurden in der BRD eine Vielzahl dezentraler Arbeitslager eingerichtet, in denen die Behinderten als Arbeitsklaven abgerichtet und ausgepreßt werden. Unter dem Mantel der Rehabilitation / (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsprozeß wurden die ‚Werkstätten für Behinderte‘ (WfB) in den letzten Jahren in großem Umfang ausgebaut und erweitert.

## „Ich muß das ja machen, sonst komm ich hier nicht raus“

Die Arbeitstherapie in Düren:

„In drei Kellerräumen, in denen die Tristesse auch durch buntgestrichene Wände nicht verdeckt wird, sitzen Patienten an Tischen und verrichten Arbeiten, deren Stumpfsinn jede auf Rehabilitation abzielende Therapie zu verhöhnen scheint. Gleichwohl sagt der ärztliche Leiter: ‚Unter den gegebenen Umständen ist selbst solche Arbeit für die Patienten immer noch besser als herumgammeln.‘

Peter Andres Aufgabe an diesem Tag beispielsweise besteht darin, Sicherheitsnadeln verschiedener Größe zu sortieren und in eine Plastiksachtel zu füllen – zwei große, elf mittlere und dann noch 37 kleine, die ein neben ihm sitzender Patient der Station 5 C/D hinzufügt. Zwei große, elf mittlere, 37 kleine – für hundert gefüllte Plastiksachteln zahlt die Firma 3,51 DM, davon behält die Anstalt 1,75 DM, der Lohn für die beiden Patienten zusammen beträgt 1,76 DM. Die Arbeit von Janz ist in der Lohnskala noch weiter unten angesiedelt. Das Einfüllen von sechs Paar überziehbaren Knöpfen samt zweier Druckvorrichtungen in Plastiksachteln bringt ihm 53 Pfennig, wenn er hundert voll hat. Die Patienten arbeiten ruhig, konzentriert und mit mechanisch wirkenden Bewegungen. Es dauert nicht lange, da stapeln sich in großen Kisten neben den Tischen die kleinen Plastikbehälter – gefüllt mit Überziehkнопfen, Sicherheitsnadeln oder auch Gürtelösen. Sind sie voll, werden sie in den Nachbarraum transportiert, wo Kraspe eine Aufgabe hat, die im Arbeitsprogramm folgendermaßen beschrieben ist: ‚Tiefzieherteile mit Zweihand-Siegelpresse auf Karten aufschweißen.‘ Das sieht dann so aus: Kraspe sitzt vor einem viereckigen gelben Apparat, aus dem vorne eine schwarze Metallplatte mit zwei Vertiefungen herauschaut. Die Vertiefungen haben genau die gleichen Abmessungen wie die Plastikbehälter,

die Kraspe dort hineinlegt und mit jeweils einem Pappstreifen bedeckt. Dann schiebt er mit Hilfe eines Hebels die Platte in die Presse – ein Puffgeräusch – und heraus kommen die Plastikdöschen, festgepreßt an den Pappdeckeln. Entstanden ist so ein Produkt, wie es sie zu Hunderten in den Do-it-yourself-Abteilungen der Kaufhäuser gibt. Für 50 Preßvorgänge bekommt Kraspe 25 Pfennig. Diesmal schafft er in dreieinhalb Stunden 550.

(...) (Die Arbeit) ist für niemanden verpflichtend, wohl aber gilt die Teilnahme an der Arbeitstherapie als ein wichtiges Kriterium bei der Überlegung, welche Patienten in die halboffene Station verlegt werden können. (...)

Als die Vormittagsarbeitszeit um 11.30 Uhr zu Ende geht, kommt der Soziologe vorbei. Mit dem Blick auf die Arbeitstische klagt er über die „entfremdete Arbeit“, sagt, daß man schon mal „kreativere Sachen“ angeboten habe: die Herstellung von Scherzartikeln, bei der es mehrere Arbeitsgänge bis hin zum Endprodukt gegeben habe. „Etwas albern“ sei das schon gewesen, „aber immerhin“. Die Patienten indes hätten das gar nicht gewollt – „die wollen nur diese Arbeit hier“. Wie sehr sie die wollen, zeigt sich an der Reaktion eines Patienten aus dem ersten Stock, der die Erläuterungen des Soziologen gehört hat. „Was“, schreit er mit einem Gesicht, in dem die Augen groß hervorgetreten sind und der Mund weit aufgerissen ist, „was wollen wir? Das ist doch Stumpfsinn hier, die reinste Kinderarbeit und Ausbeutung bis auf die Knochen“. Der Soziologe macht den Versuch eines Einwands, da brüllt der Mann schon wieder: „Reiner Stumpfsinn, aber ich muß da ja machen, sonst komm ich hier nicht raus.“

(SZ, 10.7.80)



Arbeitstherapie in der Psychiatrischen Landesklinik, Düren

## 2.1. Kurze Geschichte der WfB nach dem Krieg

### Die Werkstatt ‚Frohes Schaffen‘ in Bethel

Eine der ersten Einrichtungen, die sich im Laufe der Jahre zu einer WfB entwickeln sollte, entstand im Jahr 1954 in Bethel. Die ersten Menschen, denen hier eine Integration durch Arbeit, Arbeit als Therapie angeboten wurde, waren ausgerechnet ehemalige Zwangsarbeiter aus dem Osten, die nach dem Krieg in Lagern dahinvegetierten.

In einer Barackensiedlung etwa lebten 1 800 heimatlose Ausländer. In der Festschrift „25 Jahre Frohes Schaffen – 20 Jahre Beckhofsiedlung“ heißt es: „Der gewährte Unterhalt ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel. Wer jung und gesund ist, wandert in überseeische Länder aus. Zurück bleiben Alte, Kranke, Mütter und Kinder.“

Es entstehen erste „Werkstätten“ auf mehr oder weniger freiwilliger Basis. Die Lagerinsassen lassen sich nur zögernd auf Mitarbeit ein; von „sieben Pfennig Stundenlohn und zwei Mahlzeiten aus Care-Paketen“ ist in der Festschrift zu lesen. Immerhin stellt sie auch fest: „‚Arbeit statt Almosen‘, die schon von Vater Bodelschwing praktizierte Therapie, verfehlt auch bei diesen Menschen ihre Wirkung nicht ... Kontakte zu Großunternehmen bringen schließlich industrielle Arbeit ein. Eine alte Schmiede wird zur Werkstatt für Metallverarbeitung. Fürs erste werden Laugenpumpen für Waschmaschinen montiert.“

In einer Untersuchung, die der UNO-Flüchtlingsdienst 1956 über das Sozialhygienische Institut in Hamburg durchführen ließ, heißt es: „Die Organisation Frohes Schaffen hat sich außerordentlich gut bewährt. Aus kleinen Anfängen heraus ist sie so gewachsen, daß sie jetzt an ihre Mitarbeiter jährlich 100 000 DM an Löhnen zahlen kann. Durch die Gründung dieser Selbsthilfeorganisation ist das Problem ‚heimatlose Ausländer‘ vorbildlich gelöst worden.“

Ende der 50er Jahre werden die Werkstätten „Frohes Schaffen“ in die sogenannte „Beckhof-Siedlung“ verlegt. Bei der Grundsteinlegung im Jahre 1957 heißt es, man wisse, „daß an diesen Menschen, die unter dem Diktat des Krieges verschleppt und als Zwangsarbeiter in die Rüstungsindustrie gesteckt wurden oder in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, eine Schuld gutzumachen ist.“

– Geschehen in der Weise, daß die ehemaligen Zwangsarbeiter nun nicht mehr für die deutsche Rüstungsindustrie, sondern statt dessen z.B. für den Elektrokonzern Miele arbeiten dürfen. Denn die Werkstätten Frohes Schaffen bilden jetzt mit ihren 150 Mitarbeitern das „existenzielle Rückgrat der Siedlung“.

Das Produktionsprogramm erfährt eine massive Erweiterung: automatische Schaltprogramme für Wasch- und Geschirrspülmaschinen werden montiert; unzählige Teile von Registrierkassen und Buchungsmaschinen werden hergestellt oder bearbeitet. „Neben Bohrarbeiten, Gewindeschneiden, Entgraten und Versenken werden Press-, Nie- und Lötvorgänge sowie komplizierte Teilmontagen durchgeführt.“

Parallel zu dieser Entwicklung verändert sich auch die Zusammensetzung der in der Einrichtung Arbeitenden: „rehabilitationsfähige Bethel-Patienten“, Straftatlassene, „Resozialisierungswillige aus dem Nichtseßhaftenbereich“ bestimmen nun eher das Bild.

„Die ehemaligen DP's (displaced persons, d.A.) vergelten das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird, mit Zuverlässigkeit, Qualitätsarbeit und Termintreue. Voraussetzungen, welche auch die Wirtschaftlichkeit dieses Experiments stabilisieren. Für Schwache und Behinderte, die weder an Stanzen und Bohrmaschinen noch an Prüfständen oder Pressen arbeiten können, bieten die Briefmarken- und Kartonagenabteilung leichtere Beschäftigung.“

1975 äußert Max Stanko, Leiter der Siedlung: „In dem Zueinander von Wohnhäusern, Werkstätten und Versorgungseinrichtungen liegt das Geheimnis des Erfolgs.“ Und 4 Jahre später: „Im Hinblick auf die wachsende Zahl Suchtkranker, nichtseßhafter, leistungsschwacher und gefährdeter Menschen benötigt die Gesellschaft derartige Modelle, die wegweisend sind für eine Hilfe, die über den Augenblick hinaus dem schwachen und behinderten Menschen Möglichkeiten bietet, sich in den Grenzen seiner Gegebenheiten zu entwickeln.“ (alle Zitate sind aus der Festschrift: „25 Jahre Frohes Schaffen – 20 Jahre Beckhofsiedlung“)

### Der Ausbau der WfB

Spätestens seit Anfang der 70er Jahre ist klar, daß die Behinderten der Krisenstrategie des Kapitals zum Opfer fallen. Im Arbeitsprozeß werden immer mehr Menschen verschlissen (Zunahme der Frühinvalidität, der „Verschleißkrankheiten“, der „psychischen Erkrankungen“), und das Kapital ist nicht bereit, nicht ‚voll einsatzfähige Arbeitskräfte‘ – womöglich mit dem Risiko eines erhöhten Krankenstandes – in ‚normalen‘ Arbeitsverhältnissen mit Tariflohn usw. zu beschäftigen.

Mit der „Abschottung“ des freien Arbeitsmarktes gegen alle Arten von verminderter Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft geht der Aufbau eines besonderen Arbeitsmarktes einher, in dem der Versuch gemacht wird, die „Restleistungsfähigkeit“ derjenigen, die dem Staat andernfalls als „unnütze Esser“ auf der Tasche liegen, optimal zu vernutzen.

Die WfB werden von 11 000 Plätzen in 240 Werkstätten (1971) auf 60 000 Plätze in 350 Werkstätten (1981) erweitert, gleichzeitig werden sie endgültig auf das Ziel rentabler Produktion festgelegt.

Vor allem gegen Ende der 60er Jahre ändert sich die staatliche Politik gegenüber den Werkstätten, es beginnt (nach einer ersten Etappe weitgehend ohne staatliche Initiative) eine zweite Phase der WfB-Geschichte in der BRD, die von massiven staatlichen Eingriffen geprägt ist.

„Diese Phase beginnt 1969, als mit dem Regierungswechsel von der CDU zur sozialliberalen Koalition eine grundsätzliche Umorientierung der Behindertenpolitik erfolgte. (...) Im Aktionsprogramm Rehabilitation der Behindertenpolitik werden die Fragen erstmals der Öffentlichkeit als politische Willenserklärung vorgestellt. Dieses Aktionsprogramm zielt vorwiegend auf Koordination, auf Ökonomisierung des Problems und drückt sich aus in einer Reihe von Maßnahmen. (...) In der WfB erfolgt eine Umorientierung, die man unter drei Aspekten kennzeichnen kann. Zum einen wird die Ausbildung der produktiven Tätigkeit in den Anlernwerkstätten in den Vordergrund gestellt, zum zweiten wird die WfB für alle Behinderten geöffnet, auch für die psychisch Kranken, und zum dritten erfolgt die Umbenennung der ‚beschützenden Werkstatt‘ in ‚Werkstatt für Behinderte‘.“

(Jantzen, Soziale und ökonomische Zusammenhänge des zunehmenden staatlichen Dirigismus in Werkstätten für Behinderte, in: Behindertenpädagogik 3/81)

Es lassen sich für diesen Zeitraum jeweils gesetzliche Schritte ausmachen, die die WfB immer mehr „im Sinne einer optimalen Verwertbarkeit der sog. ‚Restleistungsfähigkeit‘ der Behinderten ausrichten.“ Bereits das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 bezieht die WfB in das System beruflicher Rehabilitation mit ein. Was hier bereits als roter Faden sichtbar wird, setzt sich im Schwerbehindertengesetz von 1974 weiter fort: „ein Strukturwandel, der die Anerkennung der Werkstätten eng an die Arbeitsleistung und die wirtschaftlich verwertbare Arbeit anknüpft.“ (Jantzen) § 52 Absatz 3 des Gesetzes verlangt, daß Behinderte in WfB ein „Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ erbringen; dies ist der An-

gelpunkt, um den die ganze Palette der Rehabilitationsmaßnahmen gruppiert ist . . .

## 2.2. Die Arbeit in den Werkstätten

Die Arbeiten, die die Behinderten in den WfB ausführen, sind, wie erwähnt, zum großen Teil Industrieaufträge.

Nach einer Studie des Instituts für Sozialrecht der Ruhr-Universität-Bochum (Die Werkstatt für Behinderte, 1972) „greift man vorwiegend auf Fertigungsabläufe von Firmen zurück, die für bestimmte Produktionsstufen in der Herstellung eines Gutes aus Rentabilitätsbetrachtungen keine Automaten einsetzen wollen und diesen Arbeitsgang statt dessen unter geringen Kosten an die WfB weitergeben.“ (S. 102) Und: „Die WfB gliedern oft Arbeitsvorgänge, die normalerweise von einer Arbeitskraft erledigt werden, in kleine und kleinste Teilbereiche auf und lassen sie in einer Arbeitsgruppe als Fließarbeit durchführen. Für normale Arbeitskräfte wäre eine solche Tätigkeit zu monoton; die WfB hat jedoch durch die starke Aufgliederung der Produktion in kleinste Arbeitstakte die Möglichkeit, die Behinderten sinnvoll – und wegen der geringen Entlohnung auch wirtschaftlich – zu beschäftigen.“ (S. 145) Ähnlich äußert sich die Bundesanstalt für Arbeit 1968: „So ergeben sich Teilarbeiten mannigfaltigster Art, die in ihrer Monotonie, Bruchstückhaftigkeit und schematischen Wiederholung vollleistungsfähigen Menschen zur Plage werden können. Gerade dieser genormte Produktionsablauf kommt der defekten Anlage des Geistigbehinderten entgegen.“

Um mit den Worten von Peter Lennig – dem Leiter der Praunheimer Werkstätten in Frankfurt – zu sprechen: „Wir sind keine Schonwiese, sondern voll im Räderwerk der Wirtschaft drin.“

## 2.3. Die Zurichtung zum Arbeitssklaven

Daß diese „Selbstverwirklichung durch Arbeit“ wohl doch nicht so ganz der „Natur“ der Behinderten entspricht, ist u.a. auch der genannten Studie zu entnehmen. Die meisten Probleme mit der Arbeitsleistung hängen weniger mit der „objektiven“ Beeinträchtigung der Werkstattdarbeiter zusammen als vielmehr mit deren mangelnder Arbeitsmotivation und ihrem Arbeitsverhalten.

Die Zurichtung auf willige Arbeitskraft, die ohne Murren und mit großem Einsatz die stupidesten Arbeiten verrichtet, ist denn auch wichtiger Bestandteil der Arbeitstherapie.

### Leistungserfassung und Entlohnung

In der Eingangsstufe der Werkstatt wird „unter Würdigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der Persönlichkeit des Behinderten und seines Verhaltens während des Eingangsverfahrens“ beurteilt, „ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Eingliederung des Behinderten in das Arbeitsleben ist.“ (§ 3 Werkstättenverordnung) Sprich: ob der Behinderte wohl in der Lage und willens sein wird, ein „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ zu erbringen.

Im Arbeitstrainingsbereich soll der Behinderte soweit gebracht werden, daß er anschließend im Arbeitsbereich nutzbringend eingesetzt werden kann. (Das Ziel der Vermittlung in Arbeitsplätze außerhalb der Werkstatt wenigstens für einen Teil der Behinderten ist längst nur noch Spruch: nicht einmal 2% aller Werkstattdarbeiter können auf dem allgemeinen Arbeits-



Arbeit in der Behinderten-Werkstatt

markt vermittelt werden. Darüberhinaus haben die Werkstätten zwecks höherer Profitabilität ein Interesse gerade an den leistungsstärkeren Arbeitern.) Neben der Vermittlung manueller Fertigkeiten und Grundkenntnissen sollen im Arbeitstrainingbereich laut Werkstättenverordnung auch das Selbstwertgefühl des Behinderten und die Entwicklung des Sozial- und Arbeitsverhaltens gefördert werden. (§4) Während dieser „Ausbildungszeit“ erhalten die Behinderten im ersten Jahr ein monatliches Ausbildungsgeld von 65 DM, im zweiten Jahr von 85 DM.

Am Ende des Arbeitstrainingbereichs ist „die individuelle Leistung des Behinderten in das praktizierte Lohnsystem der Werkstatt einzuordnen.“ (Materialien zur Werkstatt für Behinderte, S. 311)

In den Jahren '72-76 wurde in Bethel eine detaillierte Untersuchung über die Leistungsfähigkeit Behinderter durchgeführt, in deren Rahmen ein Beobachtungsbogen entwickelt wurde, der der Erfassung der „Restleistungsfähigkeit“ dient und folgende Kriterien umfaßt:

1. Geistiges Können – gemeint ist die Fähigkeit, mehr oder weniger komplexe Arbeitsgänge in mehr oder weniger langer Anlernzeit durchführen zu können,
2. manuelle Fähigkeiten – gemeint ist die Fähigkeit, mehr oder weniger schwierige Handgriffe mehr oder weniger schnell ausführen zu können,
3. Geistige Anstrengung – gemeint ist die Konzentrationsfähigkeit,
4. Körperliche Anstrengung – gemeint ist die Fähigkeit, mehr oder weniger lange mit mehr oder weniger Pausen hintereinanderweg arbeiten zu können,
5. Belastbarkeit – gemeint ist die Fähigkeit, Streß mehr oder weniger lange auszuhalten, ohne auszuticken,
6. Sozialverhalten – „Es ist abzuklären, wie sich die Person am Arbeitsplatz verhält, störend, helfend oder teilnahmslos. Es gehört in diesen Bereich auch die Ordnung am Arbeitsplatz, der Umgang mit den Betriebsmitteln und Materialien.“ Wichtig sind hier die Zeitdisziplin und ob man andere von der Arbeit abhält.
7. Arbeitsbereitschaft – „Es kann und soll nicht im medizinischen Sinne die Disposition (Arbeitsfähigkeit) beurteilt werden, sondern das Wollen, eine Leistung im Rahmen der intellektuellen und manuellen Möglichkeiten zu erbringen. Die Bereitschaft bzw. Aufgeschlossenheit ist gemeint, Arbeiten zu übernehmen, mitzuhelfen, Fehler zu vermeiden, oder Verbesserungen einzubringen. Den Arbeitsplatz oder die augenblickliche Arbeit aufzugeben, um an einem anderen Arbeitsplatz zu arbeiten und andere Arbeiten zu übernehmen.“  
– kurz: die willige Unterordnung unter jedwede Anforderung.

Für jedes Merkmal gibt es zwischen 0 und 5 Punkten. Die Einstufung erfolgt in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen, die Gesamtpunktzahl bestimmt die Einordnung in die Lohngruppen.

Wie das dann aussieht, will ich am Beispiel der Korker Anstalten darstellen:

- 9 Punkte = Lohnstufe I = DM 0,31 je Stunde
- 13 Punkte = Lohnstufe II = DM 0,47
- 16 Punkte = Lohnstufe III = DM 0,57
- 19 Punkte = Lohnstufe IV = DM 0,67
- 22 Punkte = Lohnstufe V = DM 0,79
- 25 Punkte = Lohnstufe VI = DM 0,90
- 35 Punkte = Lohnstufe VII = DM 1,25

(Zahlen von 1979)

Die Werkstattarbeiter verdienen durchschnittlich 150-200 DM im Monat. Selbst der gegenwärtig in den Werkstätten der Hamburger Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales erzielbare Höchstverdienst von 700-800 DM reicht zur Deckung der Lebenshaltungskosten nicht aus. Die Behinderten bleiben trotz Maloche auf Sozialhilfe angewiesen.

Mangelnde Arbeitsmotivation, jede Form der Arbeitsverweigerung oder „Aufsässigkeit“ bringt Punktabzüge und damit Abzüge vom ohnehin spärlichen Lohn. Sinkt das Arbeitsergebnis zu sehr, so muß der Behinderte damit rechnen, in die Fänge der Therapie zu geraten. Ein Spastiker kann dann z.B. die Aufgabe bekommen, Lüsterklemmen mit winzigen Schraubchen zu versehen. Therapie meint die Werkstattleitung – für die Behinderten ist es Strafarbeit.

### Die kontrollierte Community

Die propagierte Auflösung der Großanstalten, die Dezentralisierung der Institutionen psychosozialer Versorgung hat nicht die Sozialen Bedürfnisse der Internierten zur Grundlage.

Neben Verbilligung der Unterbringungskosten handelt es sich um ein System, das die soziale Kontrolle nicht abschafft oder reduziert, sondern sie erweitert und dezentralisiert.

Bezüglich der Einbindung der Behinderten, Psychiatrisierten usw. in den Arbeitszwang und die Zwangsarbeit heißt gemeindefähige psychosoziale Versorgung nichts anderes als ein differenziertes System der Zuordnung der mehr oder weniger leistungsfähigen bzw. angepaßten zu Arbeitsmaßnahmen.

Unterbringungsformen wie Wohnen bei der Familie, selbständiges Wohnen mit ambulanter Betreuung, Wohnen in Übergangwohnheimen oder Nachtkliniken, Dauerhospitalisierung in der Anstalt existieren nebeneinander. Die Zuordnung der „Kranken“ zu den verschiedenen Einrichtungen erfolgt nach Maßgabe ihrer Unabhängigkeit, und das heißt mehr und mehr nach ihrer Einsetzbarkeit als Arbeitskraft und dem Umfang der diese Einsetzbarkeit garantierenden Maßnahmen.

Die meisten Werkstattarbeiter werden direkt aus den Sonderschulen in die Werkstätten vermittelt. Von den Jugendlichen, die etwa in Hamburg in den Werkstätten der WfB GmbH arbeiten, sind mehr als die Hälfte Absolventen einer Sonderschule, fast 20% Hauptschüler ohne Abschluß. 80% der Beschäftigten gelten als geistig behindert, hinzu kommen in den letzten Jahren auch verstärkt psychisch Kranke, die aus den Arbeitstherapien der psychiatrischen Anstalten in die WfB vermittelt werden oder deren „Übergang“ aus der psychiatrischen Anstalt in eine Übergangseinrichtung an eine Arbeitsaufnahme gekoppelt ist.

Die Werkstattarbeiter wohnen bei den Eltern oder allein, viele leben im Heim. Wo die Werkstatt nicht ohnehin ein Teil einer Anstalt ist, werden neuerdings die Heime neben den Werkstätten gebaut. In Hamburg errichtet der Spastikerverein ein Heim neben der Werkstatt Südring, neben der Werkstatt Meendorfer Mühlenweg wird das Hilda-Heinemann-Haus gebaut, die Außenstelle der Werkstätten für Behinderte GmbH im Gemeindepsychiatrischen Zentrum Eimsbüttel befindet sich im selben Gebäude, in dem auch die Patienten wohnen. Die Isolation der behinderten Arbeitskräfte wird nicht aufgehoben, der Werkstattarbeiter wechselt morgens vom Heim in die Werkstatt – nachmittags zurück – ohne ein einziges Mal sein Ghetto verlassen zu müssen, besser: zu können. Die Einsparung des Fahrdienstes senkt nicht nur die Kosten – sie erspart auch Ärger. Oft waren die als Fahrer beschäftigten Zivildienstleistenden wichtig für Proteste und Widerstand gegen die Zustände in den Werkstätten und Wohnheimen.

Die enge Verbindung zwischen Heim und Werkstatt stellt vor allem die Kontrolle der Arbeitskraft sicher. Auf den bereits erwähnten Beobachtungsbögen zur Leistungserfassung haben

die Beobachter unter der Spalte ‚Bemerkungen‘ denn auch gleich die Gelegenheit, z.B. die Wirkung veränderter Medikation oder von Veränderungen im Wohnbereich auf die Arbeitsleistung festzuhalten. Alles, was dem Arbeitsverhalten abträglich ist, wird erfaßt und möglichst verhindert. Neben der Medikation handelt es sich ebenso um entstehende Freundschaften am Arbeitsplatz oder im Wohnbereich – entfaltetes soziales Leben ist der Verwertbarkeit als Arbeitskraft abträglich.

Ein markantes Beispiel, wie aus der produzierten Abhängigkeit Behinderter Kapital geschlagen und jeder Widerstand mit Repression beantwortet wird, ist die Münchner ‚Pfennigparade‘:

„Zuerst ein e.V., seit ca. Juni eine Stiftung, ist die Pfennigparade eine Institution für Körperbehinderte. Sie bietet behindertengerechte Wohnkomplexe und Arbeitsstellen, hat aber auch andere Einrichtungen wie Schulen und Schulheime für Kinder, Beatmungsstation, Frühförderung von Vorschulkindern. Vor zehn Jahren wurde der 1. Bauabschnitt fertiggestellt, mittlerweile ist daraus ein riesiger Komplex mit mehreren Betonklötzen geworden, in denen alles untergebracht ist: Kneipe, Wohnhäuser, Arbeitsplätze, Unterkünfte für Zivildienstleistende, Schwimmbad, Verwaltung etc., also ein Ghetto. (...) Von insgesamt 300 Behinderten wohnen und arbeiten derzeit 142 fest in dem riesigen Gebäude in der Barlachstraße. Weil die Pfennigparade als Stiftung nicht als Arbeitgeber auftreten kann, hat sie Tochtergesellschaften wie die GEDENTA GmbH (Zahntechnik), die GEDEFA (Datenerfassung) und die PSG (Programmier Service GmbH) gegründet, in denen die Heimbewohner beschäftigt sind. Schließlich ist sie für die Behinderten auch noch Wohnungsgeber mit stattlichen Mieten. (...)“

Ist es für Nicht-Behinderte schon ein Problem, eine Wohnung zu finden, so ist es für Behinderte beinahe unmöglich; umso mehr sind sie auf die Wohnplätze in der Pfennigparade angewiesen. Die Abhängigkeit macht sich die Stiftung geschickt zunutze, indem sie die Mietverträge an die Bereitschaft der Bewohner koppeln, auch für die Pfennigparade zu arbeiten. Beendet ein Behinderter sein Arbeitsverhältnis oder verläßt er die Schule, so muß er damit rechnen, gleichzeitig die Wohnung zu verlieren. Einer von vielen Fällen: Ein Behinderter, der in der Pfennigparade wohnt und arbeitet, fällt der Geschäftsleitung unangenehm auf; er ist betrunken, kommt daher häufig zu spät und einige Male überhaupt nicht zur Arbeit. Zuerst wird er mit Lokalverbot (im hauseigenen Restaurant) bestraft, dann verliert er seinen Job, wird jedoch nach langem Hin und Her wieder eingestellt. Da sich sein Verhalten nicht ändert, bekommt er die Repression der Organisation zu spüren. Eine Sozialarbeiterin sucht für ihn ein Heim für Suchtkranke, er muß aus „freiem Willen“ mindestens für 3 Monate in diese Anstalt gehen, falls er nicht einwilligt, muß er die Pfennigparade verlassen, er würde ohne Geld und Wohnung dastehen. Da es dem Apparat nach einigen Versuchen nicht gelingt, den Widerspenstigen zu zähmen, muß er gehen.

Ein exemplarischer Fall für „Humanität am Arbeitsplatz“: Ein Rollstuhlfahrer arbeitet an einer Maschine, die Schnürchen für Skipässe produziert, er hat dabei weiter nichts zu tun, als einen Hebel zu betätigen, etwa 300mal pro Stunde, 6 Stunden täglich. Für 30 Stunden wöchentlicher Arbeit bekommt er 65 (fünfundsechzig!) Mark im Monat, dabei wird der Arbeitsplatz vom Arbeitsamt mit monatlich etwa 1 000 DM gefördert. – Rehabilitation? (...)“ (Tageszeitung, 7.2.80)

Aus einem bilanzierenden Bericht über die Arbeit in der Rehabilitationsabteilung der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Westberlin:

Zunächst wird statistisch belegt, daß die Reha-Programme erfolgreich waren. Dann heißt es weiter:

„Die günstigen Ergebnisse sind mit großer Wahrscheinlichkeit Folge der in vielen Fällen angemessenen beruflichen Tätigkeit der Rehabilitanden, der medikamentösen Dauerbehandlung sowie einer geeigneten Unterbringung, in der eine kontinuierliche Betreuung garantiert ist.

Die angemessene berufliche Tätigkeit setzt voraus, daß Leistungsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit, Umweltverhalten, Durchhaltevermögen so umfassend wie möglich bei Beginn der Rehabilitationsmaßnahmen festgestellt werden. Dies gelingt nicht allein durch noch so umfassende Testverfahren (Testbatterien), sondern besonders durch ständige Beobachtung in einem ‚lebendigen Milieu, das ausreichende Kommunikations- und Betätigungsmöglichkeiten bietet‘. Wir haben uns im Laufe der Jahre dieses ‚lebendige Milieu‘ geschaffen. Dies war nun möglich, weil über etwa acht Jahre hin eine weitgehende personelle Kontinuität bei Ärzten, Sozialarbeitern und Pflegepersonal bestand. Wir bedienen uns neben Einzel- und Gruppengesprächen Beschäftigungstherapien und industrieller Arbeitstherapie auch gemeinsamer Aktivitäten. (...)“

Diese von dem therapeutischen Team – Ärzten, Sozialarbeitern, Pflegepersonal, Krankengymnasten und Beschäftigungstherapeuten – geleiteten Unternehmungen dienen dem Ziel, den Rehabilitanden so gut kennenzulernen, daß den Betreuern allmählich deutlich wird, welchen Belastungen und Anforderungen er gewachsen ist. Wie wir die Patienten in den unterschiedlichsten Situationen bei der Arbeit, in Werkstätten für Behinderte und Betrieben, während des Trainings, des Sports, beim Spiel, auf Reisen, bei Einzel- und Gruppengesprächen und auf der Station kennenlernen, so erfährt der Rehabilitand auch die Eigenheiten, das Engagement, die Hilfestellungen des Teams bei Lösung mannigfaltiger Probleme (Schuldentilgung, Ehescheidung, Aufhebung von Gerichtsbeschlüssen, Lösung familiärer Konflikte usw.). Er sieht das Team nicht mehr als Feind, sondern als Helfer, was bedeutet, daß er allmählich einsichtig wird und sich gut durchdachten Ratschlägen und notwendigen medikamentösen Dauerbehandlungen fast immer fügt.

Die gute Kenntnis des Leistungsvermögens und der gesamten Persönlichkeitsstruktur bewirkt aber auch, daß wir mit den Arbeitgebern nach der Beobachtungs- und Trainingszeit sehr detailliert – Schweigepflichtentbindung vorausgesetzt – über die beruflichen Möglichkeiten und Schwierigkeiten unserer Rehabilitanden sprechen können, was die Arbeitssituation von vornherein begünstigt und die Betreuung erleichtert. Die sorgsame Vorbereitung des Arbeitsplatzes und intensive Kontakte mit den Arbeitgebern während der Rehabilitation haben die Stabilität der Arbeitsverhältnisse gefördert und darüberhinaus einige Firmen bewegt, uns neue Arbeitsplätze anzubieten. Bei deutlich reduziertem Leistungsvermögen bereiten wir in einem Behindertenbetrieb eine Tätigkeit vor, die wegen ihrer Monotonie von dem psychisch Behinderten oft nur ungern, schließlich aber doch akzeptiert und durchgehalten wird. Einem spürbaren Mangel konnten wir in den letzten Jahren abhelfen, indem wir Trainingsplätze bei der öffentlichen Hand (Finanzamt, Bezirksamt) gewinnen konnten, die Rehabilitanden mit Büroausbildung vorbehalten bleiben. (...)“

Neben den erwähnten stabilisierenden Maßnahmen und Faktoren ist die konsequente Nachbetreuung der ehemaligen Patienten von Bedeutung. Sie wird getragen von:

dem Personal und den Ärzten der Wohnstättenwerke (ehemals Hilda-Heinemann-Stiftung und ähnlichen Einrichtungen, deren Betreuungsintensität unterschiedlich ist, die aber alle nur Behinderte aufnehmen, die einer Arbeit nachgehen), den niedergelassenen Ärzten, der Rehabilitationsabteilung, insbesondere für ehemals delinquente Patienten,

den Sozialpsychiatrischen Diensten der einzelnen Bezirke. Wesentlich bei der Nachbetreuung sind die exakte Überwachung der medikamentösen Einnahmen, Kontakte mit Firmen und Werkstätten für Behinderte sowie sofortiges Reagieren bei Meldung irgendwelcher Unregelmäßigkeiten am Arbeitsplatz oder bei Medikamentenunterbrechung." (Erika Rintelen: „Ergebnisse beruflicher Rehabilitation psychisch und geistig Behinderter“, in: Rehabilitation 17(1978))



### 3. Zwangsarbeit in den Gefängnissen

Die Zwangsarbeit der Gefangenen und Verurteilten begegnet einem in vielerlei Gestalt. Die legendäre Beschäftigung des Tütenklebens ist nach wie vor von Bedeutung, aber darum

herum gruppieren sich – teils im Vorfeld des Knastes, teils in den Anstalten selbst – eine ganze Reihe von unterschiedlichen Verbindungen zwischen Strafvollzug und Zwangsarbeit.

#### 3.1. Arbeit statt Knast / Arbeit als Strafe

Die Verbindung von Zwangsarbeit und Strafe oder Arbeitsdisziplin und Strafe vollzieht sich – jedenfalls „quantitativ“ – eher außerhalb des Knastes als im Gefängnis selbst.

banden unter Bewährungshilfe hat sich im gleichen Zeitraum verdreifacht; das Verhältnis zwischen Knastinsassen und Leuten, die der Bewährungsaufsicht unterstehen, hat sich im Zeitraum von 10 Jahren umgekehrt.

#### Geldstrafen und Bewährung

Festzustellen ist ein Anstieg sowohl der Geldstrafen wie auch der Strafaussetzungen zur Bewährung, während die kurzfristigen Freiheitsstrafen (bis zu einem Jahr) zurückgehen: Von 1966-1974 stieg die Zahl der Verurteilungen zu Geldstrafen von 62,7% auf 82,5% aller Verurteilungen; die Zahl der Pro-

Anwendung finden diese „Alternativen zum Freiheitsentzug“ vor allem im Bereich der sog. „kleinen und mittleren Kriminalität“, der damit zum großen Teil bereits im Vorfeld des Strafvollzuges aufgefangen wird. Sie bedeuten gleichzeitig eine Ausweitung der Kontrolle in die Stadtteile wie auch eine Kostensenkung im Strafvollzug selbst.



„Die Einschränkungen des Strafvollzugs bedeuten eine erhebliche Entlastung der Staatsfinanzen:

Die in die Staatskasse fließenden Einnahmen aus Geldstrafen haben sich (...) von 1967 bis 1977 rund verdreifacht. (...)

Die Strafaussetzung zur Bewährung, auch die mit Bewährungsaufsicht verbundene, kostet erheblich weniger als der Vollzug einer Freiheitsstrafe. Die Bewährungsaufsicht kostet pro Tag und Verurteilten überschlägig 3,- DM. Die Kosten für einen Tag Vollzug betragen hingegen rund 51,- DM. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß das Gemeinwesen erhebliche Mittel spart, die anderenfalls für die soziale Betreuung der Angehörigen der Strafgefangenen aufgewendet werden müßten. Schließlich leistet jedenfalls ein Berufstätiger Verurteilter unter Bewährungsaufsicht, verglichen mit einem Strafgefangenen, einen positiveren Beitrag zum Sozialprodukt und zum Steueraufkommen.“

(Karl-Heinz Kunert: „Alternativen zum Freiheitsentzug nach deutschem Recht“, in: Bewährungshilfe, 1978)

Geldstrafen und Bewährung entlasten den Strafvollzug in mehrfacher Hinsicht:

– finanziell: gespart werden die hohen Bewachungskosten, die durch die Einnahmen aus der Zwangsarbeit bei weitem nicht gedeckt werden. Dies gilt umso mehr für Kurzstrafler, die sowohl aus arbeitsorganisatorischen Gründen wie auch aufgrund ihrer Arbeitsmoral (gerade sie haben wenig Anlaß, Wohlverhalten in Form guter Arbeitsleistungen zu zeigen) nur schwer rentabel einsetzbar sind.

– therapeutisch/pädagogisch: Erziehungs- und Behandlungsmaßnahmen greifen erst bei hinreichend langer Strafdauer. Die Teilnahme der Gefangenen an ihrer eigenen Resozialisierung basiert nämlich – Klage aller Vollzugserzieher – nicht auf „Einsicht“, sondern zumeist einzig auf der Hoffnung, durch Wohlverhalten in den „Genuß“ von Vollzugslockerungen zu gelangen.

Sowohl bei den Geldstrafen als auch bei der Strafaussetzung zur Bewährung ist die Arbeitsdisziplin / die Einbindung in ein festes Arbeitsverhältnis eins der wesentlichen Kriterien für ihre Anwendung. Bei den Geldstrafen ist dieser Mechanismus offensichtlich – zahlen kann nur, wer Kohle hat, d.h. gemeinhin, wer arbeitet. Bei der Entscheidung über Bewährung oder nicht spielt die Einbindung des Täters in stabile / stabilisierende Sozialzusammenhänge (regelmäßige oder periodische Arbeitsleistung, Einhalten von Zahlungsverpflichtungen, Familienbindungen usw.) die wichtigste Rolle. Je mehr der richterlichen Entscheidung die Besetzung durch Sozialarbeiter der Gerichtshilfe, Haftentscheidungshilfe und ähnlicher Institutionen vorangeht, desto enger wird dieser Zusammenhang. Jetzt, wo Arbeitslosigkeit und zunehmende Verarmung das Eintreiben von Geldstrafen in vielen Fällen unmöglich machen, wird Arbeit direkt zur Strafe.

### **Gemeinnützige Arbeit als Strafe**

In einigen Bundesländern gibt es Verordnungen über die „Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit“. In Bremen z.B., wo eine solche Verordnung Anfang '82 in Kraft trat, kann ein Tagessatz der Geldstrafe durch 6 Std. freie Arbeit abgegolten werden. Dort stehen ca. 50 Arbeitsplätze zur Verfügung, das „Angebot“ reicht von der Pflege öffentlicher Grünanlagen über Reinigungs- und Reparaturarbeiten bis hin zur Renovierung von Heimen. Nichterscheinen am Arbeitsplatz, ungenügende Arbeitsleistung, Verstöße gegen Anweisungen, also alle Zeichen mangelnder Arbeitsdisziplin, haben die Aufhebung der Maßnahme zur Folge, die Einknastung des Arbeitsverweigerers.

In der Begründung des Bremer Justizsenators Kahrs für die „Freie Arbeit“ heißt es, daß kurze Ersatzfreiheitsstrafen viele Nachteile hätten. U.a. seien sie als Resozialisierungsinstrument ungeeignet, und es komme zu sozialschädlichen Wirkungen wie etwa dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Auf der gleichen Linie, aber mit der zusätzlichen Komponente der Erzeugung von Arbeitsmotivation, liegt der Versuch, einen Teil der jugendlichen Delinquenten mit sozialen Tätigkeiten zu beschäftigen. Statt sie in Fabriken zu schicken oder Papier sammeln zu lassen, sollen die Arbeitsauflagen die „soziale Verantwortung“ der Jugendlichen wecken, den Spaß an der Arbeit für andere.

Beispiel für ein solches Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Strafe“ ist der Modellversuch der „Brücke e.V.“ in München. Dort werden systematisch kleinere Delikte (Schwarzfahren, Ladendiebstahl) statt mit Freizeitarrest oder Geldbußen mit gemeinnütziger Arbeit geahndet – eine Möglichkeit, die gesetzlich schon lange bestand, jedoch laut Aussage von „Brücke“-Vorsitzendem Pfeiffer vor allem aufgrund eines mangelnden Angebotes an entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten von den Jugendgerichten kaum genutzt wurde.

„Die Initiative zu dem Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Strafe“ ging von dem 1974 gegründeten Verein „Brücke e.V., Verein für Straffälligenhilfe“ und dem Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendrecht und Strafvollzug der Universität München aus. Gemeinsam mit dem Jugendgericht und der Jugendgerichtshilfe München entwickelten sie – ausgehend von positiven Erfahrungen in England – ein für die Bundesrepublik neues Konzept für die Organisation von Arbeitsauflagen. Die „Brücke“, die sich bei der Vorbereitung des Projekts erfolgreich um eine Verbreiterung des Arbeitsangebots bemüht hatte, informiert das Jugendgericht laufend darüber, wo die Jugendlichen und Heranwachsenden eingesetzt werden können. Die Richter legen fest, welche Stundenzahl der Jugendliche zu arbeiten hat (manchmal auch, in welchem Arbeitsbereich er tätig werden soll) und schicken ihn dann zur „Brücke“. Dort bemühen sich die Mitarbeiter des Vereins (...) darum, für jeden Jugendlichen die Arbeit zu finden, für die er nach einem ausführlichen Gespräch geeignet erscheint, und legen mit ihm den genauen Arbeitstermin fest. (Die Absprache mit dem Jugendlichen dient dazu – so sagt Pfeiffer an anderer Stelle –, die Quote der Arbeitsverweigerung auf ein Minimum zu reduzieren, d.A.) Darüberhinaus organisiert die „Brücke“ die notwendige Aufsicht bei der Arbeit und betreut begleitend zur Arbeit diejenigen intensiver, die als besonders gefährdet erscheinen. (...)

Insgesamt haben sich bisher 116 Verbände und Einrichtungen bereitgefunden, Delinquenten im Alter zwischen 14 und 21 Jahren bei sich zu beschäftigen. Darunter sind das bayerische Rote Kreuz, Sportvereine, Behinderteneinrichtungen, Nachbarschaftshilfen, der Münchner Tierpark und der Bayerische Jugendring. Das Spektrum der Tätigkeiten, zu denen die Jugendlichen herangezogen werden, ist breit. Sie schieben Rollstuhlfahrer zu Veranstaltungen, arbeiten mit beim Ausbau von Abenteuerspielplätzen, walzen Sportplatzrasen, helfen Freiwilligen beim Tapezieren von Armenwohnungen oder erledigen Büroarbeiten bei einer Bürgerinitiative, die Zeitungsabonnements in Gefängnisse vermittelt.“

(Christian Pfeiffer: „Gemeinnützige Arbeit statt Strafe“, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1978)

Kurzum: in alle sozialen Organisationen werden die Zwangsarbeiter vermittelt – angefangen von den paramilitärischen bis hin zu den alternativen Varianten der Gemeinwesenarbeit. Der Erfolg war durchschlagend:

„Bereits die ersten drei Monate des Modellversuchs bestätigten auf eindrucksvolle Weise die Bereitschaft des Jugendgerichts München, dieses Angebot der „Brücke“ und der mit ihr

kooperierenden Arbeitsstellen anzunehmen. Von April bis Juni 1978 verpflichteten die Richter ca. 750 Jugendliche und Heranwachsende zu durchschnittlich 20 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Das war knapp die Hälfte aller in dieser Zeit beim Jugendgericht München angeklagten Straftäter. Im Monatsdurchschnitt sind dies mehr als doppelt so viel, wie 1977 in München mit Arbeitsauflagen bedacht wurden.

Bei den Jugendlichen, die von vornherein ein Geständnis ablegten, waren die Richter überdies meistens bereit, von einer anderen – bisher ebenfalls wenig genutzten Möglichkeit des geltenden Rechts, Gebrauch zu machen. Sie verzichteten in solchen Fällen auf die Durchführung der Gerichtsverhandlung und stellten das Verfahren nach Erfüllung der mit dem Jugendlichen vereinbarten Arbeitsverpflichtung ein. Bei der „Brücke“ hat man bisher den Eindruck, daß diese Jugendlichen besonders leicht zur Arbeit zu motivieren sind (welche Wunder!, d.A.). Aber auch bei den zur Arbeit Verurteilten gab es wenig Schwierigkeiten. Im Gegenteil: insgesamt ist die Zahl derer, die freiwillig länger als vom Gericht angeordnet arbeiten, bisher doppelt so hoch wie die Zahl der „Drückberger.“ (Christian Pfeiffer, a.a.O.)

Der Kriminologe Schüler-Springorum, Mitinitiator und Begleitforscher des Projekts, jedenfalls hofft darauf, daß „Arbeit statt Strafe“ per Gesetzesänderung auch als Alternative für höhere Strafbereiche wie Dauerarrest und Jugendhaftstrafen ausgedehnt wird.

In England ist „Arbeit statt Strafe“ wesentlich breiter ausgebaut als hierzulande. Der britische „Community Service by Offenders“ war denn auch Vorbild und Anregung für die Bemühungen der Brücke. Seit 1972 besteht in England die Möglichkeit, erwachsene Straftäter statt zu Freiheitsentzug oder zu Geldstrafen zu „unbezahlter Arbeit im Dienste der Gemeinschaft“ zu verurteilen. Die Arbeitsverpflichtung beträgt mindestens 40, maximal 240 Stunden, abzuleisten während der Freizeit. Mit gemeinnütziger Arbeit bestraft werden überwiegend Eigentumsdelikte (Diebstahl, Einbruchsdiebstahl, Kfz-Entwendung), Verkehrsstraftaten (Fahren ohne Führerschein, Fahren ohne Versicherung) sowie leichtere Fälle von Körperverletzung. Seit es diese Sanktionsform gibt, machen die Gerichte zunehmend Gebrauch von ihr, zahlenmäßig rückt sie in die Nähe der Strafaussetzungen zur Bewährung; allein in London wurden 1976 im Rahmen des Projekts nahezu 60 000 Arbeitsstunden geleistet.

Weniger offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen Arbeit und Bewährung. Hier ist die Einbindung in Arbeitsdisziplin einerseits prognostisches Kriterium, ein fester Arbeitsplatz gilt natürlich als stabilisierender Faktor und ist wichtiger Bestandteil einer „günstigen Sozialprognose“, bei der die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden soll. Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, die Bewährung mit Arbeitsauflagen zu verbinden und damit die Teilnahme am Arbeitsprozeß zum entscheidenden Kriterium für die Nichteinknastung zu machen. Gerade jetzt, wo die „freie Arbeit“ immer despotische Züge annimmt, bedeutet das zumeist nichts anderes als den direkten staatlichen Zwang in die beschissensten Arbeitsverhältnisse, der über die drohende Einknastung hergestellt wird.

### 3.2. Arbeit und Knast

Über die zentrale Bedeutung der Arbeit für einen funktionierenden Strafvollzug herrscht Einigkeit unter den Vollzugspraktikern und -ideologen.

Seit jeher leistet die Arbeit der Strafgefangenen einen Beitrag zur Deckung der dem Staat durch die Internierung der Kriminellen entstehenden Kosten (Voltaire: „Es ist augenschein-

lich, daß zwanzig kräftige Diebe, für die Dauer ihres Lebens zu öffentlichen Arbeiten verurteilt, dem Staate dienen ..., während ihr Tod nur dem Scharfrichter Gewinn bringt.“). Daneben ist die Gefangenenarbeit das wohl wichtigste Mittel zur Aufrechterhaltung der Anstaltsdisziplin:

Die Arbeit „bindet bis zu einem gewissen Grade die physische und psychische Energie der Gefangenen, die sich sonst unter Umständen in negativen Akten gegen die Anstalt entladen könnte. Jedes mehr oder weniger erzwungene Nichtstun birgt den Keim der Disziplinlosigkeit in sich. Gerade die schweren Zuchthausrevolten der 50er Jahre in den USA sind nicht zuletzt als Folge der großen Arbeitslosigkeit unter den Gefangenen entstanden. Und auch in der BRD hat heute die durch den allgemeinen Konjunkturückgang zunehmende Arbeitslosigkeit der Gefangenen in einigen Anstalten bereits zu Disziplinschwierigkeiten geführt.“

(Paul Koch: „Gefangenenarbeit und Resozialisierung“, Stuttgart 1969, S. 71f)

Von der sozialreformerischen Fraktion der Vollzugswissenschaftler und Kriminologen wird vor allem die resozialisierende Funktion der Arbeit im Sinne einer positiven Integration der Kriminellen in die Gesellschaft hervorgehoben.

Die Arbeitsorganisation bestimmte und bestimmt neben Sicherheitsaspekten wesentlich die Abläufe in den Vollzugsanstalten, wobei das fiskalische Ziel (möglichst hohe Einnahmen durch die Knastarbeit) letztlich die entscheidende Größe war und ist.

Das in der alten Dienstvollzugsordnung festgeschriebene Ziel „Arbeit ist die Grundlage eines geordneten und wirksamen Strafvollzugs. Sie soll, soweit erforderlich, die Arbeitsgesinnung des Gefangenen wecken, ihn an ein regelmäßiges, auf Arbeit aufgebautes Leben gewöhnen sowie körperliche und seelische Schäden ausschließen“, basierte ideologisch auf der Hoffnung, daß der arbeitsscheue und disziplinlose Kriminelle sich durch die zwangsweise Teilnahme an regelmäßiger Arbeit an die Arbeitstugenden gewöhnen und nach seinem Knastaufenthalt solchermaßen resozialisiert, an dieser Arbeitsdisziplin auch weiterhin festhalten würde. Praktisch machte man sich keine Illusionen darüber, daß die Zwangsarbeit im Knast keinerlei innere Bindung an die Arbeit schafft und ihr Arm zumeist genau so lange reicht, wie der Aufenthalt im Knast dauert.

Mittel, die Gefangenen zur Arbeit zu bringen, war im wesentlichen der unmittelbare Zwang:

„Die Arbeit des Gefangenen wird vor allem von dem äußeren Antrieb des unmittelbaren Zwangs motiviert, der von der Anstaltsleitung notfalls in Form eines Beugezwangs auch durchgesetzt werden kann.“ (Koch, a.a.O., S. 44) Arbeitsverweigerer erhalten Disziplinarstrafen.

Im übrigen heißt „Arbeit auch in der Anstalt Geld verdienen, und erst dadurch hat der Gefangene teil am Warenmarkt, der einmal im Monat wie eine Art Bescherung in die Anstalten schneit. Die Möglichkeit, mit dem verdienten Geld den so wichtigen Tabak und Sonderlebensmittel kaufen zu können, bildet oft den stärksten Antrieb für die Arbeit der Gefangenen.“ (Koch, a.a.O., S. 45)

Weiteres Motiv zur Teilnahme an der Zwangsarbeit besteht darin, „das quälende und eintönige Herumsitzen auf der Zelle mit irgendeiner Tätigkeit zu überwinden.“ (Koch, S. 45) „Bei den inneren Motiven spielt also die Ablenkung die wichtigste Rolle, und selbst arbeitsscheue Gefangene werden sich von selbst zur Arbeit melden, wenn man ihnen alle anderen ablenkenden Vergünstigungen entzieht.“ (Koch, S. 46)

„Neben der Ablenkung durch die Tätigkeit als solche sind es vor allem soziale Bedürfnisse, die der Gefangene besonders bei der gemeinsamen Arbeit zu befriedigen sucht. (...) Abgesehen von den gemeinsamen Freizeitveranstaltungen tritt er vor allem während der gemeinschaftlichen Arbeit in sozialen Kontakt zu seinen Mitgefangenen. Deshalb ist gerade für ihn der Drang, mit anderen zusammen zu sein, ein wesentliches Motiv für seine Teilnahme an der gemeinschaftlichen Arbeit.“ (Koch, S. 46f)

Daß Arbeitszwang ein äußerliches Verhältnis zur Arbeit begründet, ist den Knast-Ideologen klar. Mehr noch:

Bei einer starren Durchsetzung der Arbeitspflicht fühlt sich der Gefangene oft als reiner Arbeitssklave, und er versucht, sich dagegen aufzulehnen. Die Folge sind dann aggressive Handlungen gegenüber dem Arbeitszwang und schließlich gegenüber der Arbeit überhaupt. (...) Denn wer nur arbeitet, um der Bestrafung zu entgehen, wird erstens nur das absolute Minimum leisten. Außerdem kann sein Arbeitseifer bald wieder nachlassen, wenn der äußere Zwang wieder weggefallen ist. Gerade darin liegt der Grund für das häufige Versagen von „guten“ Gefängnisarbeitern nach ihrer Entlassung.“ (Koch, a.a.O., S. 91)

Genau die innere Bindung an die Arbeit aber ist es, die die Reformer herzustellen wünschen. Ihr Projekt besteht in der nachholenden Sozialisation zum Lohnarbeiter, für dessen produktive Teilnahme am Arbeitsprozeß die „normalen“ gesellschaftlichen Mechanismen ausreichen und der die Arbeit nicht als reine Repression erfährt.

„Zunächst muß, soweit erforderlich, die Arbeitsgesinnung der Gefangenen geweckt werden. Dabei ist vom Sozialen her die isolierte und autistische Lebenseinstellung des Kriminellen zu überwinden. Zugleich ist bei ihm das Gefühl sozialer Minderwertigkeit umzuformen in das positiver Selbstachtung, indem man ihm Arbeit und Beruf als Beteiligung am Schaffen sozialer Werte nahebringt. Dabei sind vor allem die trägen und zur Faulheit neigenden Tendenzen in der Persönlichkeitsstruktur des Gefangenen zu überwinden. (...) Jedoch muß versucht werden, die innere Bindung des Gefangenen an eine Arbeit zu wecken und seine Fähigkeit zu entwickeln, Unlustgefühle bei der Arbeit mit Hilfe des Willens zu überwinden. Dabei ist dem Gefangenen auch der persönliche Nutzen der Arbeit nahezubringen, der einmal in der inneren Befriedigung bei der täglichen Arbeit liegen kann und der zum anderen in der Möglichkeit besteht, mit der für die Arbeit gewährten

## Gefangene schreiben über ihre Arbeitsmotivation

### **direkter Zwang:**

Entgegen den Bestimmungen der internationalen Arbeiterorganisation liegt es nicht im Ermessen des einzelnen Gefangenen, ob er arbeitet, und wenn ja, zu welchen Bedingungen, oder ob er nicht arbeitet, sondern jeder Strafgefangene ist grundsätzlich zur Arbeit verpflichtet; falls er diese verweigert, kann er dazu gezwungen werden. Zu diesem Zweck steht der Anstalt ein bis jetzt immer noch nicht gesetzlich verankertes breites Repressionsspektrum zur Verfügung: die in der Disziplinarordnung festgelegten Hausstrafen, die allerdings in ihrer Formulierung über genügend Elastizität verfügen, um dem jeweiligen Anstaltsvorstand jede Willkür zu erlauben. Im Falle der Arbeitsverweigerung wird in der Regel beim erstmaligen mit 7 Tagen verschärftem Arrest bestraft. Nach Verbüßung dieser 7 Tage wird der Gefangene gefragt, ob er nun bereit ist, die Arbeit wieder aufzunehmen (wobei anzumerken bleibt, daß es sich häufig nicht einmal um wirkliche Arbeitsverweigerung handelt, sondern lediglich um eine – abgelehnte! – Bitte um Versetzung in einen anderen Betrieb aus gesundheitlichen, persönlichen Gründen usw.; diese Ablehnung erfolgt selten aus betriebsinterner Notwendigkeit, sondern dient nur als Mittel zur Disziplinierung und Maßregelung). Verweigert der Gefangene erneut die Arbeit, so erhält er diesmal 14 Tage Arrest, danach 21 Tage, anschließend 28 Tage und so fort – und wer die Verfassung nach 28 Tagen verschärftem Arrest kennt, der weiß, daß der Betroffene gegen seinen Willen so manches zu tun bereit ist, um der sofortigen erneuten Tortur von 28 Tagen zu entgehen. Dieses Spielchen läßt sich beliebig oft wiederholen, falls man nicht der Einfachheit halber lieber auf die Wirksamkeit der zweiten Methode vertraut, dem

### **indirekten Zwang:**

Der ‚Wert‘ des Menschen wird an seinem Besitz gemessen; das gilt in erhöhtem Maße für den Knast. Bei absoluter Besitzlosigkeit gewinnt jede Kleinigkeit überdimensionale Bedeu-

tung. Es entsteht eine hierarchische Ordnung, die sich größtenteils am Besitzstand des einzelnen orientiert. Wer relativ gesehen viel verdient, kann viel einkaufen, er kann sich erhöhen und demonstrativen Konsum als Statussymbol leisten (und er kann eventuell andere mitkonsumieren lassen – er besitzt also viele ‚Freunde‘); er kann Tabak, Kaffee usw. kurz vor dem nächsten Einkauf, wenn die weniger begüterten nervös am Daumen lutschen, zu 100% Zinsen und mehr verleihen und so seinen ‚Reichtum‘ vermehren; er kann aufgrund seiner größeren Reserven profitable Geschäfte machen, z.B. von ‚Süchtigen‘, die dringend und sofort Tabak benötigen, billigst Uhren, Ringe und andere Wertgegenstände erwerben und diese dann ohne Eile und bei passender Gelegenheit wieder weit- aus teurer verkaufen; er kann sich diverse Gefälligkeiten erkaufen, wie maßgeschneiderte Kleidung anfertigen, aus der Küche zusätzliche und qualitätsmäßig bessere Nahrung mitbringen, von anderen Gefangenen die Wäsche waschen und die Zelle reinigen lassen und ähnliches, er kann (...)

Der Arbeitsverweigerer kann nichts von alledem, gar nichts. Er hat keinen Einkauf. Es ist ihm untersagt, auf sein Eigen- geld zurückzugreifen, falls er solches besitzt. Er darf nicht einmal Toilettenartikel wie z.B. Haarshampoo, Creme und ähnliches einkaufen. Er rangiert in der sozialen Rangleiter ganz unten, er kann nicht ‚mithalten‘. Sollte er unglücklicherweise starker Raucher sein, ist er gezwungen, durch kleine Dienstleistungen Mitgefangenen gegenüber sein bißchen Tabak mehr oder weniger zu erbetteln – je nach Charakter und Veranlagung eine ziemlich entwürdigende Situation. Der Arbeitsverweigerer als ‚Außenseiter der Gesellschaft‘ im Knast gelandet, gerät nun im Knast wiederum in eine Außenseiterposition. Für ihn existiert nur eine Möglichkeit, dieser Situation zu entgehen: seine Arbeitskraft zu einem Spottpreis zu verkaufen! Früher oder später wird er es tun. Dem Beginn der segensreichen Einwirkung der Arbeit auf seinen Charakter steht nichts mehr entgegen.

(aus: „Ausbeutung im Knast“, Kollektiv Rote Hilfe, München)

Entlohnung materielle Wünsche zu realisieren. Es geht dabei also um eine Verzahnung von ideellen und materiellen Erwägungen.“ (Koch, a.a.O., S. 88)

Im Interesse dieser Zielsetzung wird die Praxis der Knastarbeit kritisiert. Die Arbeit im Knast ist dermaßen stumpfsinnig, daß niemand in der Lage ist, ihr einen persönlichen Sinn zu verleihen, eine innere Bindung schon allein deswegen nicht entstehen kann. Gefordert wird die Sozialisation im Hinblick auf das Leben draußen statt der Disziplinierung durch Arbeit im Knast für den Knast – also Ausbildung und/oder Arbeit, die den Anforderungen draußen entspricht.

„Die Vorbereitung auf ein geordnetes Erwerbsleben mit sicheren Erwerbchancen und die Vermittlung von dazu notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten sollte den absoluten Vorrang vor der bis heute noch weithin üblichen integrationshemmenden Gefängnisarbeit haben, die in der Regel keine besonderen Ansprüche an kreative, konstruktive oder organisatorische Fähigkeiten stellt. Dabei sollte auch beachtet werden, daß langfristig nichts unrentabler für den Steuerzahler ist, als eine auf mehr oder weniger große Etatmittelparsnis ausgerichtete Beschäftigung der Gefangenen, die jedoch für ihr berufliches Weiterkommen nach der Entlassung wertlos ist.

Der prinzipielle Vorrang der im weitesten Sinne pädagogischen Maßnahmen muß jedoch nicht unbedingt bedeuten, daß Lohnarbeit gänzlich aus der Strafanstalt verbannt wird. (...) Die Erreichung dieser Ziele setzt jedoch voraus, daß organisatorische Vorkehrungen in den Vollzugsanstalten getroffen werden müssen, die es gestatten, daß produktive Lohnarbeit in den Werkstätten und Maßnahmen zur beruflichen Förderung pädagogisch sinnvoll miteinander verknüpft werden können. Dazu sind zum einen in Zusammenarbeit von Industrie, Gewerkschaften und Arbeitsämtern die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Vollzugsanstalten so zu gestalten, daß ein kontinuierlicher Übergang von der Arbeit des Vollzugs zur beruflichen Tätigkeit nach der Entlassung möglich wird.

Das setzt voraus, daß die Arbeit während der Haft möglichst unter gleichen Bedingungen geschieht wie in den Betrieben außerhalb der Vollzugsanstalten, d.h., daß sie in Bezug auf Arbeitstempo, Arbeitszeit und Pausen weitgehend angeglichen wird.“

(Gerhard Deimling: „Neue Möglichkeiten der Wiedereingliederung Straffälliger in die Gesellschaft“, in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 1978)

Neben der Art der Tätigkeit und der Arbeitsorganisation selbst wird der Entlohnung die größte Bedeutung zugemessen. „Vom Standpunkt der Resozialisierung aus wird an der heutigen Praxis der Arbeitsvergütung erhebliche Kritik geübt. Es wird dabei immer wieder auf die Bedeutung des Lohns auch bei der freien Arbeit hingewiesen.

Die Höhe der Entlohnung ist zu einem wenn nicht gar dem wesentlichsten Kriterium für den modernen Industriearbeiter geworden, da sie als Gradmesser für die persönliche Tüchtigkeit angesehen wird und außerdem einen wichtigen Faktor für den sozialen Status bildet. Und entsprechend streben heute die meisten freien Arbeiter nach einer möglichst hohen Arbeitsentlohnung. (...)

Auch für die Gefangenen gilt, daß ein entsprechender Lohn Stimulans bei der Arbeit und sichtbarer Ausdruck ihres Erfolges ist. (...) Insgesamt gesehen wirkt die oft als Trinkgeldgeste des Staates apostrophierte Arbeitsbelohnung auf die meisten Gefangenen eher entmutigend; sie verhindert eine positive Einstellung zum eigenen Arbeitsaufwand (...).“ (Koch, a.a.O., S. 132)

Was Deimling 1978 als „neue Möglichkeiten“ bezeichnet, ist so neu freilich nicht. Schon in der Entschließung des „Zweiten Kongresses der Vereinten Nationen“ über Verbrechensverhütung und über die Behandlung Straffälliger im Jahre 1960 heißt es zur Frage der Arbeitsorganisation:

„Die Arbeit der Gefangenen muß unter ähnlichen Bedingungen wie die freie Arbeit geleistet werden. (...) Das Endziel ist die Bezahlung einer normalen Entlohnung, die der des freien Arbeiters entspricht, vorausgesetzt, daß die Arbeitsleistung nach Menge und Güte die gleiche ist. Zu diesem Zweck muß die Arbeit der Gefangenen in wirtschaftlicher und rationeller Weise organisiert werden. (...).“

In den Vorstellungen von moderner Zwangsarbeit vereinigen sich zwei Hoffnungen:

1. Die Produktivierung der Knastarbeit, der Versuch, die Knäste im betriebswirtschaftlichen Sinne rentabler zu machen, und
2. die damit verbundene „Erziehung“ der Gefangenen zum Fabrikarbeiter, die Herstellung eines nahtlosen Übergangs zwischen Zwangsarbeit und Arbeitszwang.

Eine Strategie, um diese Ziele zu erreichen, ist die knastinterne Klassifizierung der Internierten nach Merkmalen der Resozialisierungsfähigkeit und -bereitschaft und eine entsprechende Differenzierung der Vollzugsformen.

„Erst nach Bildung bestimmter Gefangenengruppen und ihrer Zusammenfassung in speziellen Anstalten kann man daran gehen, Arbeit und Arbeitsvergütung diesen Gruppierungen anzupassen. Insbesondere kann jetzt erwogen werden, alle Gefangenen, bei denen die äußeren Voraussetzungen für eine Resozialisierung intakt geblieben sind, im Rahmen eines offenen oder halboffenen Vollzugs tagsüber außerhalb der Anstalt in freien Betrieben arbeiten zu lassen. Umgekehrt sind die kaum mehr erzieherisch beeinflussbaren Gefangenen in besonderen Auffangbetrieben mit einfachen Handarbeiten zu beschäftigen.“ (Koch, a.a.O., S. 136)

### 3.2.1. Offener Vollzug und Freigänger

Differenzierung der Vollzugsformen ist verbunden mit dem Bemühen, einen Teil des arbeitswilligen Potentials der Gefangenen in offenen und halboffenen Anstalten unterzubringen. Dort erhält die Arbeit einen noch ganz anderen Stellenwert als in traditionellen Knästen. Die Gefangenen arbeiten tagsüber außerhalb der Anstalt und werden voll entlohnt. Die Vorteile dieses Arbeitseinsatzes sind „finanzieller wie auch kriminalpädagogischer Art. Einmal arbeitet der Gefangene in einem freien Arbeitsbetrieb bei voller Entlohnung wesentlich produktiver als in einem Gefängnisbetrieb. Dadurch wird es ihm möglich, nicht nur seinen eigenen Lebensunterhalt, sondern auch den seiner Familie zu verdienen sowie Schulden zu bezahlen und den angerichteten Schaden wiedergutzumachen. (...) Außerdem verliert der Gefangene nicht den Kontakt mit den Arbeitsmethoden der freien Wirtschaft (...) Soweit (er) an seinem früheren Arbeitsplatz weiterarbeiten kann, entfällt auch die Schwierigkeit, einen neuen Arbeitsplatz nach der Strafverbüßung zu suchen.“ (Koch, a.a.O., S. 122)

Der offene Strafvollzug und die Arbeit als Freigänger schaffen die Verbindung zwischen nächtlicher Internierung und täglichem produktiven Einsatz auf dem „freien“ Arbeitsmarkt. Die Organisation des Strafvollzugs als „offenes Arbeitslager“ für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gefangenen heißt, den geforderten „nahtlosen“ Übergang herzustellen zwischen der Kontrolle des Knastes und der der Arbeit, zwischen Zwangsarbeit und Arbeitszwang.

Der Vollzug vermittelt die Arbeitsstelle und stellt über die Drohung mit dem Entzug der Vergünstigungen (die gegenüber dem Normalgefangenen mit der „freien“ Arbeit verbunden sind) die Disziplin sicher; die Zusammenarbeit zwischen Vollzugsanstalt und Arbeitgeber sichert Rückmeldungen über das Verhalten der Gefangenen (Nichterscheinen, Verspätung, Alkohol etc.) und ermöglicht darüberhinaus gezielte pädagogische Eingriffe. Nach Beendigung der Strafzeit kann das Arbeitsverhältnis weiterbestehen (genügende Dezentralisierung vorausgesetzt), für die Betriebe mit bereits erprobter Arbeitskraft, für die Gefangenen ohne Periode der Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe, die der (Re-)Integration eher abträglich sind.

In dieser Logik steht die vor allem in Skandinavien durchgeführte Dezentralisierung des Strafvollzugs:

Kernstück der schwedischen Vollzugsreform Anfang der 70er Jahre war der Aufbau eines dezentralen Netzes kleiner Anstalten mit einer durchschnittlichen Kapazität von 20-60 Gefangenen.

„Die gesamten Gefängnisse des Landes wurden in nur 2 Kategorien geteilt, in Ortsanstalten und in Reichsanstalten. Jugendanstalten und Internierungslager hatten als solche zu bestehen aufgehört, die Insassen aller Kategorien wurden den neuen Anstalten zugeteilt: jeweils nach Strafzeit, Art des Delikts und nach Sicherheitserfordernissen. Der Hauptzug dieser Reform war, daß die meisten Strafen in der Nähe des Wohnortes, der Familie und der Arbeitsstelle verbüßt werden sollten. Freigang, womit man in Schweden Arbeit außerhalb der Gefängnisse meint, wurde ein Teil und als Vorbereitung zur Freilassung in das Programm aufgenommen. Es sollte erstrebt werden, daß die sogenannten Freigänger ihre Arbeit auch nach der Entlassung fortsetzen konnten. Die Nähe zum Wohnort, so meinte man, sei auch deswegen vorzuziehen, um negative Wirkungen wie Isolierung und Insitutionalisierung in den Gefängnissen zu verhindern.“

(Ursula Ysander: „Neue Trends in der schwedischen Kriminalpolitik“, in: Bewährungshilfe, 1978)

1978 gab es ca. 50 Ortsanstalten gegenüber 22 Reichsanstalten. 90% der Verurteilten befanden sich in Ortsanstalten. Darüberhinaus wird unterschieden zwischen offenen und geschlossenen Anstalten. Einer offenen Anstalt soll ein Gefangener zugeteilt werden, „wenn keine andere Form des Vollzugs wegen Fluchtgefahr, aus Sicherheitsgründen oder aus Gründen des passenden Arbeitsplatzes, der richtigen Ausbildung oder einer erforderlichen Spezialbehandlung notwendig ist.“ (Bernhard Flürmann: „Einige Aspekte des Strafvollzugs in Skandinavien“, in: Zeitschrift f. Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 2/82)

1978 befanden sich 42% der schwedischen Gefangenen in offenen Anstalten.

Wenngleich es eine ähnlich konsequente Dezentralisierung und Öffnung in der BRD nicht gegeben hat, arbeiten laut Statistik vom 31.12.78 auch hier ca. 30% der Gefangenen außerhalb der Knäste, der übergroße Teil von ihnen als Freigänger.

In den „Genuß“ der „freien“ Arbeit kommen vor allem 2 Kategorien von Gefangenen:

– Kurzstrafler mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr (Berlin) bzw. 6 Monaten (BaWü) können seit einiger Zeit schon nach einer Woche als Freigänger arbeiten. Voraussetzung ist ein festes, zumindest seit einem Vierteljahr bestehendes Arbeitsverhältnis, „sowie die Gewähr dafür, daß der Betreffende keine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt“. Ausgeschlossen sind Gewalt-, Sexualtäter, Suchtgefährdete und ausdrücklich auch

„Täter mit politischen Tatmotiven“. Damit verbunden ist in Baden-Württemberg der Aufbau eines „flächendeckenden“ Netzes von Freigängerheimen mit einer überschaubaren Anzahl von Haftplätzen und einer relativ geringen Sicherung.

– Doch auch ein ausgewählter Teil der sogenannten Langstrafler hat die Möglichkeit, in die privilegierte Position des offenen Vollzugs oder Freigangs aufzusteigen; diese Gefangenen müssen allerdings durch ihr Verhalten im Vollzug und/oder ihren bisherigen Lebenswandel ihre Resozialisierungswilligkeit und -fähigkeit unter Beweis gestellt haben.

Sie werden – zumindest in größeren Bundesländern wie NRW oder BaWü – entweder von den Einweisungsanstalten, denen eine Begutachtung ihrer Persönlichkeit obliegt, den offenen Anstalten zugewiesen oder können von den geschlossenen Knästen dorthin verlegt werden. Die Einweisungskommissionen geben die Empfehlung „offener Vollzug“ vor allem dann, wenn der Gefangene vor seiner Inhaftierung einen halbwegs „geregelten Lebenswandel“ hatte. Sowohl die Angabe „verheiratet“ bezüglich des Familienstandes als auch die Angabe eines geregelten relativ höheren Einkommens und die Angabe von speziellen und konkreten Zukunftsplänen bezüglich Beruf und Familie eröffnen eine größere Chance zur Erreichung der offenen Anstalten.

Die „Aufsteiger“ aus den geschlossenen Anstalten, für die der offene Vollzug gleichzeitig die Endphase ihrer Strafe darstellt, sind ebenfalls eine „Positivauswahl“ im Sinne ihrer Leistungsfähigkeit und Arbeitsmotivation sowie ihres vollzuglichen Wohlverhaltens, zumindest aber der nach außen hin demonstrierten Anpassungsbereitschaft. Auch hier gibt es den Berichten der Vollzugspraktiker zufolge viel zu wenig „wirkliche“ Resozialisierung: statt daß die Gefangenen echtes Interesse an ihrer Zukunftssicherung durch „freie“ Arbeit mitbringen, ist ihnen vor allem an den angenehmeren Haftbedingungen gelegen. Sie wissen das relative Privilegiensystem des Strafvollzugs für sich zu nutzen, indem sie z.B. bestimmte vollzugsübliche Strategien des „Weglobens“ und Höherstufens durchschauen und ihr Verhalten geschickt darauf einstellen.

Die größere Bedeutung gegenüber den offenen Anstalten kommt allerdings dem „Aufstieg“ zum Freigänger zu (im Gegensatz zu Schweden z.B. gibt es in der BRD nur wenige Plätze im offenen Vollzug), der als individuelle Vollzugslockerung nach dem Ermessen der Anstalten gewährt werden kann, bei Verstößen gegen die Disziplin der Anstalt oder am Arbeitsplatz jedoch jederzeit (und mit wesentlich geringerem Aufwand als ihn eine Rückverlegung aus einer offenen in eine geschlossene Anstalt erforderte) wieder rückgängig gemacht werden kann.

Als ungeeignet für „freie“ Arbeit gelten per Verwaltungsvorschrift von vornherein Gefangene, die suchgefährdet sind, einen Fluchtversuch unternommen haben, an einer „Gefangenemeuterei“ beteiligt waren oder von denen ein negativer Einfluß auf andere Gefangene zu befürchten ist.

### 3.2.1. Im Knast: Akkord und Arbeitstherapie

Sowohl die im Abschnitt „Arbeit statt Knast / Arbeit als Strafe“ beschriebenen Maßnahmen als auch die eben geschilderten Filtermechanismen des Vollzugs selbst haben zur Folge, daß im Knast die nicht mehr integrierbaren und durch vorgelegte Maßnahmen auch nicht mehr kontrollierbaren „Segmente“ der Unterklassen einsitzen, um deren Integration es dem Regime auch gar nicht mehr geht, für die lediglich die Perspektive der repressiven Kontrolle und der Verwertung verbleibt.

Die Zwangsarbeit dieser Gefangenen behält ihre Funktion als Mittel der Disziplinierung / Kontrolle von Zeit und zur Senkung der Internierungskosten. Das Interesse des Regimes und der Knastverwaltungen ist darauf ausgerichtet, die Arbeitskraft der Gefangenen intensiv zu verwerten. §41 des reformierten Strafvollzugsgesetzes verpflichtet die Gefangenen zu jeder Arbeit, die zu verrichten sie körperlich in der Lage sind.

Intensive Vernutzung der gefangenen Arbeitskräfte stellt sich den Knästen als Problem der Beschaffung genügend einträglicher Aufträge und zuallererst als Problem der „Einsetzbarkeit“ der Gefangenen für die verfügbare Arbeit. Die Gefangenen verfügen zumeist weder über irgendwelche Qualifikation noch – und das ist zweifellos wichtiger – über eine entsprechende Arbeitsmoral:

„Fraglos sind die Arbeitsleistungen vieler (Gefangener) mit den Arbeitsleistungen in der freien Wirtschaft nicht vergleichbar. Der mehrfach rückfällige Durchschnittsgefangene, der ja vor allem für einen zeitlich ausreichend befristeten Arbeitseinsatz während eines längeren Freiheitsentzugs in Frage kommt, ist ja nicht, wie die Öffentlichkeit bisweilen glaubt, der kraftvolle und energische „Bandenführer“, dessen kriminelle Energien nur in sozialkonstruktive Bahnen gelenkt werden müssen, sondern vielfach ein Psychopath mit körperlichen und geistigen Defekten, der für eine differenzierte und leistungsintensive Arbeit nicht gut zu gebrauchen ist.“ (Günter Blau: „Arbeit im Gefängnis“, in: Strafvollzug in Deutschland, Frankfurt 1967)

Auch der Kieler Kriminalökonom Neu, der sich seit Jahren eingehend mit diesem Thema beschäftigt, hält eine mit „freien“ Betrieben vergleichbare Produktivität der Knastbetriebe nicht für möglich.

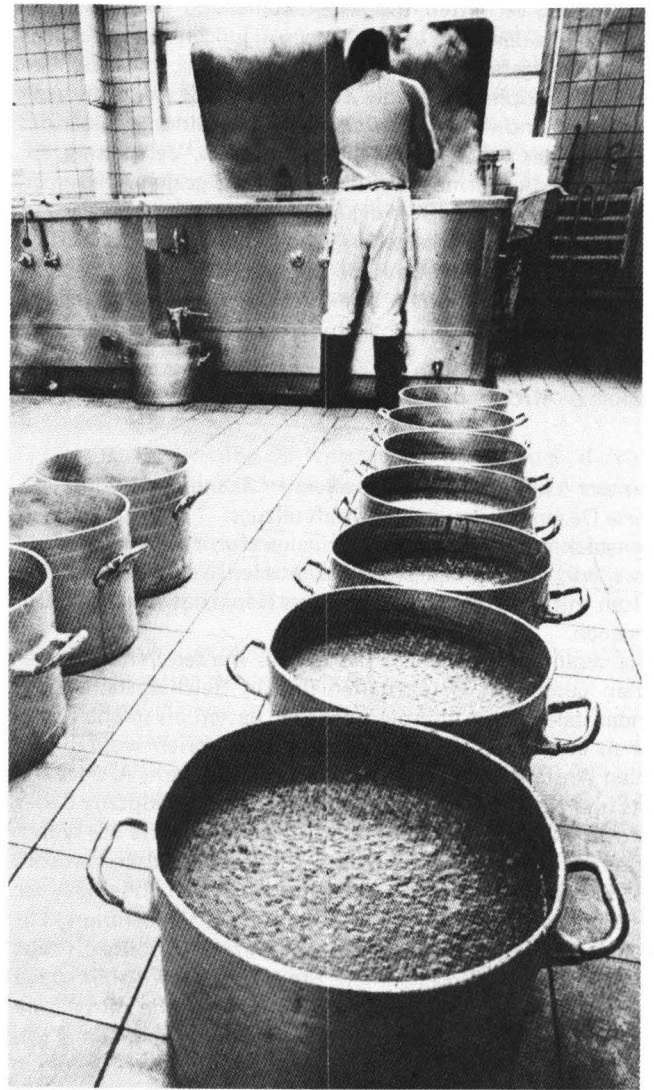
„– Eine große Zahl von Gefangenen ist arbeitsunwillig oder leistungsschwach. Anstaltsbetriebe können allenfalls durch Arbeitsumsetzungen diesen negativen Effekt zu minimieren versuchen (Betriebe der gewerblichen Wirtschaft können derartige Mitarbeiter, wenn auch nicht so ohne weiteres, so doch im Prinzip entlassen).

– Der Anstaltsbetrieb kann nicht wie sonstige Betriebe Mitarbeiter frei anwerben. Gerade bei modernen Fertigungen dominieren oft mittlere Qualifikationsstufen, die durch Gefangenaus- und -weiterbildung kaum bereitgestellt werden können. Diese mittleren Qualifikationen, die von den Werkmeistern quasi „mit übernommen“ werden können, bilden für viele Fertigungen einen die Produktion begrenzenden Faktor.

– Innerhalb der Betriebe findet darüberhinaus durch die sich ständig verändernde Belegung der Anstalt ein häufiger Wechsel der Arbeitskräfte statt. Hierdurch entstehen Unruhe und Anlernkosten.“

(Axel Neu: „Arbeitsentgelte, Surrogatleistungen und Verwendungsaufgaben bei einer Reform des Jugendstrafvollzugs“, Kieler Arbeitspapiere Nr. 83, 1979)

Zweifellos hat es während der letzten Jahre Bemühungen gegeben, das traditionelle „Tütenkleben“ durch zeitgemäßere Fertigungsmethoden zu ersetzen. Schon Koch berichtet aufgrund der Ergebnisse einer Fragebogen-Enquete zum Strafvollzug aus den Jahren 66/67, daß neben den traditionellen Gefängnisarbeiten mehr und mehr moderne Tätigkeiten treten wie z.B. Autoschlosserarbeiten oder Herstellung von Kon-



*Eintopf im Knast*

sumartikeln im großen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Produktion der Anstaltsbetriebe nennenwert technisiert wurde. Der Einsatz moderner Maschinerie setzt ein gewisses Maß an Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft an die Normen mechanisierter Produktion voraus, die die Gefangenen nun mal nicht mitbringen. Koch schildert in diesem Zusammenhang den „Versuch eines Schuhfabrikanten, in einer Strafanstalt einen hochmodernen Fließbandbetrieb einzurichten und dort wenigstens 80% der in einem freien Betrieb möglichen Leistung zu erreichen, (er) scheiterte bald wieder an den laufenden Reibereien zwischen den Gefangenen und den Vorarbeitern des betreffenden Betriebs. Es war trotz sorgfältiger Auswahl der Gefangenen nicht möglich, ein präzises Hand-in-Hand-Arbeiten der Gefangenen am Fließband zu erreichen.“ (Koch, a.a.O., S. 129)

In einer Veröffentlichung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird die Knastarbeit folgendermaßen beschrieben:

„Die Organisation der Beschäftigung in der Anstalt wird von zwei Betriebssystemen bestimmt, dem Regiebetrieb und dem Unternehmerbetrieb. Beim Regiebetrieb führt die Anstalt Produktion und Absatz in eigener Regie durch (was dann in



Eintopf im Knast

manchen Fällen zu einer Produktion für das Anstaltspersonal und dessen Bekanntenkreis wurde, d.A.), beim Unternehmerbetrieb stellt die Gefängnisverwaltung dem privaten Unternehmer die Gefangenen zur Arbeitsleistung gegen Zahlung eines Entgelts zur Verfügung. (...)

In der letzten Zeit hat sich die Arbeitsorganisation zunehmend von den Regiebetrieben zum Prinzip des Unternehmerbetriebes hin entwickelt. Die staatlichen Regiebetriebe decken in der Regel nur noch den Eigenbedarf der Anstalten (oder der öffentlichen Verwaltung: in Berlin und Rheinbach z.B. werden Verwaltungsdrucksachen im Knast hergestellt, d. A.) und wurden zudem, soweit möglich, auf einige Gefängnisse konzentriert. Die Tätigkeiten, die in diesen Betrieben ausgeübt werden, sind ganz auf diese Funktion der Versorgung zugeschnitten und umfassen meist Handwerksberufe wie Bäcker, Metzger, Tischler, Schuster und Drucker. Außerhalb der Anstalten übernehmen die Regiebetriebe die Aufgabe von Hausbetrieben mit dem Auftrag, anfallende Reparaturen etc. auszuführen. In einer im Jahre 1968 in NRW durchgeführten Untersuchung im Erwachsenenstrafvollzug verteilten sich die Anstalten zu 72% auf Unternehmer- und zu 28% auf Regie- und Hausbetriebe.

Welche beruflichen Tätigkeiten werden den Gefangenen in Unternehmerbetrieben angeboten? In der in NRW durchgeführten Erhebung wurde auch eine Einteilung der Tätigkeiten nach ihrer Qualität und Produktivität versucht. Es ergab sich für die selbständigen (unselbständigen) Anstalten folgende Verteilung:

- |   |               |
|---|---------------|
| 1. Manuelle Arbeiten einfachster Art ohne produktiven Charakter (z.B. Sortieren von alten Textilien, Entgratungsarbeiten bei alten Metallteilen)  | 14,64 (26,86) |
| 2. Manuelle Arbeiten einfachster Art mit produktivem Charakter (z.B. Industrietütenkleben, Taubenringe stanzen)                                   | 51,04 (50,18) |
| 3. Manuelle Arbeiten einfachster Art mit produktivem Charakter und handwerklichem Einschlag (z.B. Anfertigung von Automatten oder Pferdehalftern) | 8,3 (1,06)    |
| 4. Halbindustrielle Fertigung (Arbeit mit Maschinen, z.B. Anfertigung von Schuhen, Bearbeitung von Gußstücken)                                    | 14,18 (21,91) |
| 5. Industrielle Fertigung am Fließband (z.B. Zündkabelsätze für Autos nach Plan montieren)  | 9,79 (---)    |
| 6. Handwerkliche Tätigkeiten  | 2,05 (---)    |
- 30% dieser Arbeit wurde darüberhinaus als Zellenarbeit geleistet."

Zusammengefaßt:

„Bei den im Rahmen der beruflichen Resozialisierungsmaßnahmen von Gefangenen zu verrichtenden Tätigkeiten handelt es sich in der Regel um repetitiv einfache, zum größten Teil in Zellen zu erbringende handwerkliche Tätigkeiten, um Mitarbeit in Anstaltsbetrieben bei großenteils veralteten Fertigungsmethoden, um unfachmännische Hilfsarbeit an Zulieferungsteilen für industrielle Produkte und körperliche Schwerarbeit innerhalb teilmechanisierter Vorgänge.“

(Rüdiger Cyprian: „Ziele, Bedingungen und Wirkungen beruflicher Sozialisation im Strafvollzug“, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1977)

Diese Untersuchung, die sich auf die Auswertung von Literatur stützt, ist sicher nicht auf dem aktuellsten Stand; dennoch halte ich die Aussagen im Kern nach wie vor für zutreffend. Für die Arbeit im Knast gilt ähnliches wie für die Behinderten-Werkstätten: arbeitsintensive Zulieferarbeit für die Betriebe der Region, die in den Knästen billiger zu haben ist als draußen.

Das Strafvollzugsgesetz unterscheidet zwischen verschiedenen Arten der Gefangenenarbeit:

„a) wirtschaftlich ergiebige Arbeit

Derartige Arbeiten, die in erster Linie verrichtet werden sollen, sind Tätigkeiten, mit denen ein im normalen Erwerbsleben stehender einen auskömmlichen Unterhalt erwerben kann.

b) angemessene Beschäftigung

Ist es nicht möglich, dem Gefangenen eine wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen, ist ihm eine angemessene Beschäftigung zuzuteilen. Als angemessene Beschäftigung wird in den bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften eine Tätigkeit definiert, deren Ergebnis wirtschaftlich verwertbar ist und in einem vertretbaren Verhältnis zum Aufwand steht. Formen der angemessenen Beschäftigung sind in den Vollzugsanstalten noch recht zahlreich anzutreffen. Man kann hierunter praktisch alle einfachen Tätigkeiten nach Art der Heimarbeit

zusammenfassen, mit denen in Freiheit ein voller Erwerb zum Lebensunterhalt zwar nicht zu erreichen ist, denen aber eine wirtschaftliche Verwertbarkeit zweifellos nicht abgesprochen werden kann.“

(Josef Schaustein: „Auswirkungen des Strafvollzugsgesetzes auf die Arbeit und die Ausbildung und Weiterbildung der Gefangenen“, in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 1977)

Die Unterscheidung zwischen den beiden „Sorten“ von Arbeit ist letztlich nicht besonders entscheidend. Sie bringt nur nochmals das Bestreben des Regimes zum Ausdruck, die Knäste zu Stätten rentabler Produktion zu machen. Für die Gefangenen ist der Unterschied hingegen unerheblich, die Arbeitshetze, der sie unterworfen werden, ist in beiden Fällen die gleiche und von dem „auskömmlichen Unterhalt“, welcher mit Arbeiten der Kategorie a) zu erwerben ist, bekommen sie sowieso nichts zu sehen. In den Knästen gibt es beides nebeneinander: in Bremen-Oslebshausen werden Campingmögel zusammengenäht, Uhren repariert, Stereoanlagen geprüft und verpackt, Rahmen für Bremsprüfstände hergestellt und gleichzeitig Tüten geklebt, Putzklappen sortiert, Spitzen für Sylvesterraketen zusammengeklebt. In Hamburg-Fuhlsbüttel gibt es neben einigen wenigen handwerklichen Arbeitsplätzen einen Sortierbetrieb (Herstellung von Klappspaten für die Bundeswehr, Herstellung von Versandbriefumschlägen für den ‚Otto-Versand‘, Aktendeckelfalzen für die Staatsanwaltschaft, Nähen von Revolvertaschen für die Polizei, Lötarbeiten für Alarmsysteme, Aufstecken von Nippeln auf Sprühflaschen etc.), einen Valvo-Betrieb (Stanzten und Verpacken von Fertigteilen für Radiogeräte), einen Kerzenbetrieb. Die Firma Siemens läßt in einem bayerischen Knast Schaltungen verlöten.

Das alles natürlich im Akkord. Hauptproblem der Arbeitsverwaltung ist die Frage, wie die Gefangenen bewegt werden können, mit möglichst wenig Pausen möglichst viel zu arbeiten. Dies ist die einzige Qualifikation, die sie sich im Knast erwerben sollen. Es gibt ein differenziertes Lohnsystem mit Leistungszulagen, die z.T. nach Stückzahl, z.T. auch nach Ermessen der Aufseher verteilt werden. Gefangene berichten, daß die Höhe der Prämie sich oftmals nicht nur nach der Leistung, sondern in erster Linie nach dem Wohlverhalten bestimmt. Selbst vom Grundlohn (1979 waren das DM 3,27 pro Tag (!) für Vergütungsstufe I, DM 5,45 für Vergütungsstufe V) können Abzüge gemacht werden, wenn „die Arbeitsleistungen des Gefangenen den Mindestanforderungen nicht genügen“.

In Schweden wurde die Reorganisation der Gefängnisse als Fabrik schon sehr früh in Angriff genommen. Dort beschäftigte sich die Baukommission für Knäste bereits Ende der 50er Jahre mit der unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten optimalen Anstaltsgröße. Man kam auf eine Zahl von ca. 450 Insassen pro Anstalt, die dann nutzbringend mit industrieller Produktion beschäftigt werden sollten. Thorsten Erikson, Mitglied besagter Kommission und ab 1960 Generaldirektor des schwedischen Strafvollzugs, formulierte das Prinzip der Gefängnisse als Fabrik / der Fabrikgefängnisse:

„Wenn neue Anstalten gebaut werden, so ist unser Wahlspruch: Zuerst bauen wir die Fabriken, und dann bauen wir die übrigen Anlagen!“

Und die schwedische Kommission stellte auch gleich den Zusammenhang her zwischen Arbeitsknast und Wohngruppenvollzug. Die 450 Gefangenen sollten zwecks besserer Kontrolle, um jeden Widerstand zu isolieren und im Keim zu ersticken zu können, in kleinen Einheiten zu je 20 Gefangenen untergebracht werden.

Nach diesen Richtlinien wurde das Gefängnis in Kumla errichtet, das als ausbruchsicherstes gilt und in dem die „gefährlichsten“ und „behandlungsresistentesten“ Gefangenen aus Schweden eingesperrt sind. „Das Gefängnis hat 435 Plätze und ist in mehrere kleine Einheiten unterteilt. Es hat 5 „gewöhnliche“ Abteilungen – die noch mal in je 4 Abteilungen mit jeweils 20-25 Gefangenen unterteilt sind –, eine Krankenabteilung, Isolierungsabteilung, Sicherheitsabteilung/Bunker, Verwaltung, Werkstätten und anderes. Transporte zwischen den verschiedenen Abteilungen geschehen unter der Erde in Hunderte von Metern langen Betontunneln, die von Kameras und Mikrofonen überwacht werden. Die Gefangenen sehen nicht viel vom Tageslicht und bekommen kaum mit, was für ein Wetter eigentlich draußen ist. Da keines der Gebäude über das Erdgeschoß hinausgeht, können die Gefangenen auch kaum etwas anderes sehen als das Gefängnisgelände, weil der Blick nach draußen durch die hohen Mauern verunmöglicht wird. Das Gefängnis von Kumla ist auf industrielle Produktion ausgerichtet, und die Gefangenen stellen u.a. Möbel für IKEA und Kücheneinrichtungen für die „Schlüsselhaus“ AG her. Die monotone Arbeit in den Gefängniswerkstätten hat höchste Priorität, und die Produktion ist Kumlas heilige Kuh.

Die Restriktionen in Kumla sind streng, und derjenige, der gegen die Ordnungsregeln verstößt, wird zur Bestrafung isoliert. Es gibt eine Isolierungsabteilung mit 20 Plätzen. Außerdem gibt es eine Isolierungsabteilung im „festen Pavillion“. Die Isolierungsabteilung im „festen“ hat 10 Zellen. Neun davon sind kahle kleine Zementzellen mit am Boden festgeschraubtem Bett mit Fesselriemen in der Mitte des Raumes, Toilette und Handwaschbecken als einzigem Inventar. In jeder Zellentür befindet sich ein optisches Auge, mit dem die Wärter jeden Winkel der Zelle übersehen können, ohne die Tür öffnen zu müssen. Die zehnte Zelle wird „Thorsten Erikssons Echo-Tempel“ genannt. Das ist eine zu 100% geräuschisolierte Zelle, die an einem Ende der Abteilung liegt. In dieser Zelle gibt es nur das am Boden befestigte Bett mit den Fesselriemen. Rundherum um die gesamte Zelle verläuft der Korridor, von dem aus eine ständig patrouillierende Wache den Isolierten durch optische Augen beobachten kann, die sich in allen 4 Ecken der Zelle befinden.“

(aus einem Bericht schwedischer Genossen, in: Karlsruher Stadtzeitung, Sept. 81)

Gegenüber der Arbeitsmoral als Inhalt und Erfolgskriterium jeder Therapie verlieren die anderen Formen der Behandlung zunehmend an Gewicht oder sind nur noch als flankierende Maßnahmen für die Konditionierung zur Arbeit von Belang. Wurde in der Anfangsphase der Vollzugsreform noch relativ viel mit dem Einsatz traditioneller psychotherapeutischer Techniken herumexperimentiert, so hat sich dies mittlerweile als – gemessen am Kostenaufwand – wenig effektiv erwiesen.

Die Konzepte der sozialtherapeutischen Anstalten, der Modellrichtungen des Behandlungsvollzugs, beschränken sich auf die Erziehung zur Arbeit auf unterster Stufe, die „Ausbildungsprogramme“ bestehen im Training für eine Anlernfähigkeit in den Knastwerkstätten oder auf dem „freien“ Arbeitsmarkt. Im ersten Schritt werden im Rahmen arbeitstherapeutischer Werkstätten die „wichtigen Beobachtungen über Persönlichkeit und Verhaltensweisen wahrgenommen (...) Fremdstörungen und Arbeitsblockaden sind zu lokalisieren, ihnen ist durch therapeutische Behandlungsformen zu begegnen.“ (Josef Schaustein, „Arbeits- und Sozialtherapie bei sozialtherapeutischen Vollzugseinrichtungen“, in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 1977)



Der „Unstetigkeit am Arbeitsplatz“, dem „mangelnden Durchhaltevermögen“, der „mangelnden Belastbarkeit“ und den „Defiziten hinsichtlich manueller und handwerklicher Geschicklichkeit“ wird mit Methoden des operanten Konditionierens entgegengewirkt. Arbeitslohn und Teilnahme an Freizeitveranstaltungen werden z.B. davon abhängig gemacht, welche Punktzahl der Gefangene auf einem Beurteilungsbogen durch sein Verhalten bei der Arbeit erreicht. Wenn dann eine mehr oder weniger kontinuierliche Teilnahme an der Arbeitstherapie herbeikonditioniert wurde, ist ein „Aufstieg“ möglich:

„Aus der Trainingsphase heraus wird der einzelne Insasse je nach Fähigkeiten und Notwendigkeiten entweder in schulpädagogische Angebote mit Abschlußmöglichkeiten, in gewerbliche Grundkurse, in Produktionsaufgaben in den Werkstätten oder in Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Institution (Hausmeisterei, Bibliothek, Küche und dergl.) übergeleitet.“

(Gerhard Rehn: „Sozialtherapie und sozialtherapeutische Anstalt“, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 2/75)

Der weitere Ausbau spezieller sozialtherapeutischer Anstalten wurde zwar inzwischen gestoppt, aber der arbeitstherapeutische Teil ihres Konzepts wurde ins normale Anstaltsprogramm aufgenommen, als 3. Kategorie von Zwangsarbeit, die das Strafvollzugsgesetz vorsieht:

Eine arbeitstherapeutische Beschäftigung „soll Gefangenen zugewiesen werden, die zu einer wirtschaftlich ergiebigen Arbeit, aus welchen Gründen auch immer, nicht fähig sind. (...) Durch die arbeitstherapeutische Beschäftigung soll neben dem Vermeiden von Schäden, die gerade in der Haft durch ein Nichtstun entstehen, ermittelt werden, ob und ggf. mit welchen Mitteln ein Gefangener befähigt werden kann, wirtschaftlich ergiebige Arbeit künftig auszuführen.“

(Schaustein, a.a.O.)

In den Knästen neueren Modells (wie Hameln-Tündern oder im Drogenknast Berlin) ist das gesamte Knastmilieu einschließlich der architektonischen Konzeption auf die Brechung von Widerstand und den Arbeitseinsatz ausgerichtet: Sicherung des Gewahrsams, Isolation und Vorbereitung auf / Einbindung in die unterste Stufe des Arbeitsmarktes – nicht selten darunter.

Die Reaktionen der Gefangenen auf die nahezu unentlohnte Zwangsarbeit und die Knastrepression sind unterschiedlich. „Sie reichen von der spontanen Arbeitsverweigerung bis zur stillschweigenden Gewöhnung, von der Fügung ins Unabänderliche bis zur Flucht durch Selbstbeschädigung. Auch für diejenigen, die sich das Aufbegehren abgewöhnt haben, bleibt die Entwertung ihrer Arbeitskraft zum Maßstab für Disziplin und Folgsamkeit eine Provokation, an der sie die Widersprüche zwischen Vollzugszielen und Vollzugswirklichkeit ableiten können. (...)“

Am Arbeitsverhältnis macht sich die Empörung der Gefangenen über ihre Lebensbedingungen im Strafvollzug, aber auch das ihnen verbliebene Widerstandspotential (Arbeitsverweigerung, Meuterei etc.) daher in besonderer Weise fest. Zugleich ist es der Punkt, an dem sich eine intern differenzierte Hierarchie zwischen den Gefangenen herauskristallisiert. Das Positionssystem des Knasts begünstigt nicht nur bestimmte Gefangenengruppen (Kalfaktoren, Kostträger, Gangsprecher etc.) durch Sonderfunktionen; darüberhinaus richtet es innerhalb des subalternen Sozialgefüges noch einmal verschiedene Stufen ein, auf denen sich angesichts der aufgezwungenen Knappheit eine bestimmte Loyalität zur Anstalt entwickelt – die Loyalität des relativ Privilegierten. Was das Arbeitsverhältnis auf der einen Seite durch Zwang produziert, zerstreut es auf der anderen Seite durch Differenzierung und Privilegierung.“ (Joachim Kersten / Christian v. Wolffersdorf-Ehlert: „Jugendvollzug oder Jugendstrafvollzug“, in: Kriminologisches Journal 2/82)

Darüberhinaus wird die Spaltung der Gefangenen untereinander aufrechterhalten und verstärkt durch den Wohngruppenvollzug: kleine Gruppen sind in ihrer inneren Dynamik überschaubar und damit leicht steuerbar, eine Subkultur und gemeinsamer Widerstand soll durch Verlegung, gegeneinander Ausspielen und allerlei therapeutische Tricks frühzeitig zerschlagen werden. Wer dann immer noch nicht spürt, die Zusammenarbeit mit den Schließern und „Erziehern“ verweigert, wer sich im Vollzug radikalisiert oder den Widerstand von draußen im Knast fortsetzt, der oder die landet in den Isolierungsabteilungen und den Hochsicherheitstrakten, die auch in der BRD längst nicht mehr nur den politischen Gefangenen „vorbehalten“ sind.



Schwere Last

## Arbeitsrehabilitation in New York

„Die WILDCAT SERVICES CORPORATION, die 1972 vom VERA INSTITUTE (private Organisation, die „neue Wege“ der Kriminalpolitik ausprobiert und erforscht, d.A.) gegründet wurde, fungiert als Arbeitgeber für Straftatene, für Sozialhilfeempfänger sowie für Drogenabhängige – und zwar sowohl für ehemalige Drogenabhängige wie auch für solche, die an Methadon-Programmen teilnehmen. WILDCAT will diese sonst kaum zu vermittelnden Arbeitslosen an reguläres Arbeitsverhalten heranzuführen und ihnen nach einiger Zeit behilflich sein, normale Arbeitsstellen zu finden. Die bei WILDCAT Beschäftigten erhalten im Vergleich zu

Sozialhilfeempfängern mit 95 Dollar pro Woche eine höhere Einkommen, erreichen aber damit andererseits nicht das für ihre Arbeiten sonst übliche Lohnniveau. Es besteht also genügend Anreiz für sie, sich um eine normale Arbeit zu bemühen. (...)

Für WILDCAT ist charakteristisch, daß es sich in wenigen Jahren zu einem Großunternehmen entwickelt hat. Das Projekt beschäftigt gegenwärtig etwa tausend Personen, dazu kommen 170 fest Angestellte. Zwischenzeitlich lag die Zahl der Beschäftigten schon bei 1 600. Angestrebt wird langfristig eine Zahl von ca. 1 200.

Die WILDCAT-Arbeiter setzen sich aus vier Gruppen zusammen.

Die EX-ADDICTS stellen mit etwa 650 Personen die Mehrheit der Klienten. Ein geringer Teil davon nimmt keinerlei Drogen oder Medikamente. Der überwiegende Teil von ihnen steht in Methadon-Behandlung – erhält also laufend relativ hohe Dosierungen dieses Medikaments. Methadon stellt einen Ersatz für harte Drogen dar. Die Abhängigkeit wird – zumindest zunächst – nicht abgebaut, sondern auf dieses Mittel verlagert. Der Vorteil der Methadon-Behandlung liegt darin, daß damit die Drogenbeschaffungskriminalität abgebaut wird und daß die konstante Verabreichung dieses Medikaments in Verbindung mit einer konstanten Beschäftigung bei WILDCAT allmählich zu einer Stabilisierung des Klienten führen kann. Die Erfahrung der vier Jahre WILDCAT zeigt allerdings, daß nur wenige von den EX-ADDICTS es schaffen, während ihrer WILDCAT-Zeit das Medikament völlig abzusetzen. Die Mehrzahl von ihnen hat wohl auch deshalb erhebliche Schwierigkeiten, über längere Zeit halbwegs konstante Arbeitsleistungen zu erbringen.

Die EX-OFFENDERS sind ehemalige Strafgefangene oder Straffällige, die vom Gefängnis über ein work-release-program zu WILDCAT gekommen sind, also als Freigänger an diesem Arbeitsprogramm teilnehmen. Im Vergleich zu den EX-ADDICTS zeigen sie, den Angaben der Supervisor zufolge, mehr Arbeitsdisziplin. WILDCAT versucht deshalb, ihren Anteil an der Gesamtgruppe der Beschäftigten zu erhöhen.

Die arbeitslosen Jugendlichen bilden gegenwärtig mit etwa 60 Personen die kleinste Gruppe der bei WILDCAT Beschäftigten. Sie werden als schwierig und unzuverlässig beschrieben. Es besteht wenig Neigung, ihre Zahl zu erhöhen. Seit einem Jahr beschäftigt WILDCAT ferner sogenannte „WELFARE MOTHERS“. Dies sind arbeitslose, alleinstehende Mütter von minderjährigen Kindern, die sogenannte AFDC-Unterstützung erhalten. WILDCAT hat mit ihnen überaus gute Erfahrungen gemacht und ihre Zahl deshalb auf gegenwärtig ca. 200 erhöht. Sie erwiesen sich in der Regel als fleißig, pünktlich und arbeitswillig und versuchen offenbar, diese Chance, ins Arbeitsleben hereinzukommen, intensiv zu nutzen.

Allen vier Gruppen ist gemeinsam, daß sie vor ihrer Anstellung bei WILDCAT von Welfare-Unterstützung gelebt haben

und daß sie zu etwa 90% zur schwarzen oder zur puertorikanischen Minderheit gehören.

Die ca. 1 000 bei WILDCAT Beschäftigten werden zu folgenden Arbeiten eingesetzt (Stand 1. April 1977):

43% Schreib- und Aushilfsarbeiten im Büro

20% zu Pförtner-, Instandsetzungs- und Reinigungsarbeiten in verschiedenen Gebäuden

10% Bauarbeiten, Renovierung von Häusern

9% Botendienste

11% Verschiedenes

7% Ausbildungskurse

Die WILDCAT-Klienten arbeiten maximal 18 Monate in einem dieser verschiedenen Bereiche.

WILDCAT wird in den verschiedenen Jahres- und Forschungsberichten als ein Projekt dargestellt, in dem die zum „harten Kern“ der Arbeitslosen gehörenden Personen unter geschützten Arbeitsbedingungen und anfänglich verminderten Leistungsanforderungen schrittweise an reguläres Arbeitsverhalten herangeführt werden.

Bereits im ersten Jahresbericht wird deutlich, daß dieses Ziel – die Rehabilitation von EX-ADDICTS und der anderen bei WILDCAT beschäftigten Gruppen – in Konflikt zu der anderen Zielsetzung des WILDCAT-Programms stehen, nämlich für die Stadt New York möglichst zuverlässige Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen anzubieten. WILDCAT kann als Organisation nur überleben, wenn es von der Stadt New York und anderen Stellen Arbeitsaufträge erhält. (...) Der Jahresbericht 1973 formuliert als die entscheidende Frage für WILDCAT: Inwieweit darf die Produktivität des Unternehmens den Rehabilitationszielen geopfert werden? (...)

Fragt man heute die dem Management von WILDCAT angestellten Personen, wie sie diesen Zielkonflikt sehen, dann wird an ihren Antworten deutlich, daß sich das ursprüngliche Gleichgewicht zugunsten der Produktivität verschoben hat. (...)

Die befragten SUPERVISOR wie auch ihre Vorgesetzten verstehen sich als „business-manager“ und betonen, daß sie Arbeitsbedingungen schaffen wollen, die denen der Außenwelt, was die Leistungsanforderungen angeht, völlig gleichen. Einen Unterschied sehen sie nur in zwei Punkten: Zum einen darin, daß bei Unpünktlichkeit, schlechten Arbeitsleistungen oder unentschuldigter Abwesenheit der Betreffende zuerst verwarnt werden muß, bevor im Wiederholungsfalle eine Kündigung ausgesprochen werden kann. (...) Zum anderen gibt es für die WILDCAT-Beschäftigten gegen Ende ihrer 18monatigen Zeit bei WILDCAT die Möglichkeit, sich in einem sogenannten „life-skill-training“ auf das normale Arbeitsleben vorzubereiten und sich von einer „job-placement“-Abteilung der WILDCAT-Organisation bei der Suche nach einer Arbeitsstelle helfen zu lassen. (...) Sowohl die „job-placement“- wie auch die „life-skill“-Abteilung klagten allerdings darüber, daß sie nicht genügend in den Gesamttablauf des WILDCAT-Programms integriert seien. So komme es oft vor, daß gerade die besonders guten Arbeiter von der Teilnahme an „life-skill“-Kursen oder von einer frühzeitigen Vermittlung in normale Arbeitsstellen ferngehalten werden, weil man sie als Arbeitskräfte nicht missen möchte.

Ein weiteres Indiz für die Verschiebung des Gleichgewichts zugunsten der Produktivität ist das Ansteigen der Zahl derer, denen gekündigt wird oder die die Arbeit aufgeben, weil sie sich ihr nicht gewachsen fühlen oder unzufrieden sind.

(...) Fragt man nach den Ursachen dieser Entwicklung WILDCATS zu einem vorwiegend produktions- und einnahmeorientierten Unternehmen, dann bieten sich zwei Erklärungen an:

Zum einen ist sicher die schon oben erörterte wirtschaftliche Lage der WILDCAT von erheblicher Bedeutung. Zwar erhält WILDCAT neben den zu der Gesellschaft umgeleiteten Sozialhilfegeldern auch Unterstützung von Stiftungen und aus öffentlichen Mitteln; die Kosten der Organisation und die die Sozialhilfeeinnahmen übersteigenden Lohnkosten für die bei WILDCAT Beschäftigten sind jedoch erst dann gedeckt, wenn die Zahlungen der Stadt New York für die von WILDCAT erbrachten Dienstleistungen die erwartete Höhe erreichen. (...)

Der zweite entscheidende Faktor für die beschriebene Entwicklung WILDCATS war meines Erachtens die Tatsache, daß sich das Projekt innerhalb kurzer Zeit zu einem großen Unternehmen entwickelt hat. (...) (Dies führte dazu), daß die den Produktionsablauf störende Erfüllung der sozialen Zielsetzungen vom normalen Arbeitsleben abgetrennt und gesondert arbeitenden Abteilungen oder Einzelpersonen zugewiesen wurde. Diese werden nur außerhalb des Arbeitsbereichs tätig und nur gegenüber jenen, die den Ausleseprozeß überstanden haben. (...)"

(Christian Pfeiffer: „Arbeit als Konzept der Resozialisierung“, in: Bewährungshilfe, 1978)

# Der Energiesektor als strategischer Sektor im Klassenkampf

## Sektoren als Waffen des Kapitals

Schon am Anfang des Industriekapitalismus im letzten Jahrhundert hat das Kapital einen bestimmten Sektor entwickelt, um überhaupt Industrialisierung in Gang zu setzen: den Eisenbahnsektor. Investitionen für den Transport von Waren haben diesen Transportsektor zu einem Bereich der kapitalistischen Akkumulation gemacht, den die Kapitalisten zielstrebig für ihre Zwecke ausgebaut haben. Ohne Eisenbahn wäre es weder zur weiteren – von der Mechanisierung der Textilproduktion initiierten – Entfaltung von kapitalistischen Märkten noch zur Erzeugung einer neuen breiten Industriearbeiterklasse gekommen, deren Aufkommen die Eisenbahn, die Eisen-, Maschinen- und Kohleindustrie voraussetzt. Die These lautet, daß es zum Bau der Eisenbahn als strategischem Instrument der Herrschenden erst infolge der Krise der Textilindustrie und einer revolutionären Gärung in England kam, die die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts über andauerte. Die Eisenbahn als Waffe im Klassenkampf.

1825 wurde die erste bedeutsame Eisenbahnlinie zwischen dem Hafen Liverpool und der Baumwollstadt Manchester gebaut. Im Hafen Liverpool kam die Baumwolle aus den Sklavenplantagen der amerikanischen Südstaaten an und wurde zur Verarbeitung nach Manchester gebracht. Vorher hätte man für solchen Transport einen Kanal gebaut, hier wurde zum ersten Mal die Eisenbahn ausprobiert, die sich sehr be-

währte. Zwar steht auch hier der Eisenbahnbau schon im Zusammenhang der planmäßigen Ausbeutung von Sklaven und frühen Textilarbeitern, aber vorläufig war ein Transportproblem konkreter Art zu lösen und noch nicht die Frage der Perspektive einer bestimmten Ökonomie.

Erst mußten bestimmte Leute den Wert für die Wiederherstellung des inneren Friedens entdecken, für eine neue Prosperität ganz anderer Art als bisher, damit die Eisenbahn „bahnbrechend“ dafür benutzt werden konnte. Es waren Männer wie Thomas Gray in England und Friedrich List in Deutschland, die die Eisenbahn als Ausweg aus der Krise empfahlen und politische Kampagnen für ihren Ausbau starteten.

In England geschah das in den dreißiger Jahren, in Deutschland zehn Jahre später.

Die Argumente waren zwar meist nicht unmittelbar gegen die Unterschichten und ihre Gefährlichkeit gerichtet, sondern zielten neben der konkreten Nützlichkeit auf die Hebung des Reichtums durch vermehrten Warenaustausch, auf die Erweiterung einer arbeitsteiligen Wirtschaft, auf Kostensenkung für die Waren und auf die Vergrößerung der Märkte. Nur Friedrich List postulierte immer wieder, die einzige Möglichkeit, mit der Gärung in den traditionellen Unterklassen fertig zu werden, bestehe darin, sie im Fabrikssystem einzuschließen. Dazu bedurfte es eines nationalen Marktes, und der könne nur mit Hilfe des Eisenbahnbaus kurzfristig aus dem Boden gestampft werden.

Der Eisenbahnbau war bekanntlich der Anfang, an den sich die rasante Entwicklung von Kohlebergbau, Eisen- und Stahlindustrie und Maschinenbau anschloß. Das Programm der Arbeit, der Industriearbeit, wurde somit der neue allgemeinverbindliche Entwurf von Herrschaft. Arbeit eben als Mittel, die herumvagabundierenden Armen, die Tumulte, die Kriminalität, die Ablehnung der Staatsautorität, die Gefahren für den Fortbestand jeglicher hierarchischer Ordnung zu bändigen. Damals auf den Eisenbahnbau zu setzen, hieß, ein strategisch wichtiges Fundament zu legen, auf dem sich ein neues Bauwerk gesellschaftlicher Beziehungen aufbauen ließ.

Wir müssen aber diesen Gedanken einer Initialzündung über einen Sektor, der dann eine Menge Folgewirkungen hat, auch unter dem Blickwinkel der möglichen historischen Alternative betrachten, wodurch dann der strategisch herrschaftssichernde Charakter des Neuen Sektors klar wird. Ohne das 25-jährige Eisenbahnpogramm zwischen 1825 und 1850 hätten die damaligen Massenbewegungen höchstwahrscheinlich einen Umsturz in England herbeigeführt und das gesamte frühkapitalistische Regiment mitsamt dem Adel hinweggefegt. Über diese Massenbewegungen kann bei Thompson nachgelesen werden. Zum Teil waren die Eisenbahnen unmittelbar gewinnträchtig und produktiv, waren Privatbetriebe, zum Teil aber eben auch langfristig orientierte Baumaßnahmen des Staates, die in beiden Fällen ungeheure Summen verschlangen. Die Hälfte der damaligen Eisen- und Kohleproduktion fand nur für den Eisenbahnbau statt, die Entwicklung des Maschinenbaus wurde durch ihn erst gestartet.

Für Deutschland gilt noch viel stärker als für England der unmittelbar politisch-präventive Charakter der industriellen Aufrüstung damals. Es waren ja regelrechte politische Kampagnen, die vom besagten List gestartet wurden, um zwecks Bändigung der Massenarmut des Vormärz sozusagen den „Kapitalismus einzuführen“. Damit ist hier die Erweiterung vom Textilsektor auf den Transportsektor und die Schwerindustrie, vom Konsumgütersektor zum Investitionsgütersektor gemeint.

Das Aufkommen neuer Sektoren kann auch in der weiteren Geschichte im Zusammenhang mit Herrschaftsproblemen und nicht nur einfach aus dem WTF (wissenschaftlich-technischem Fortschritt) erklärt werden.

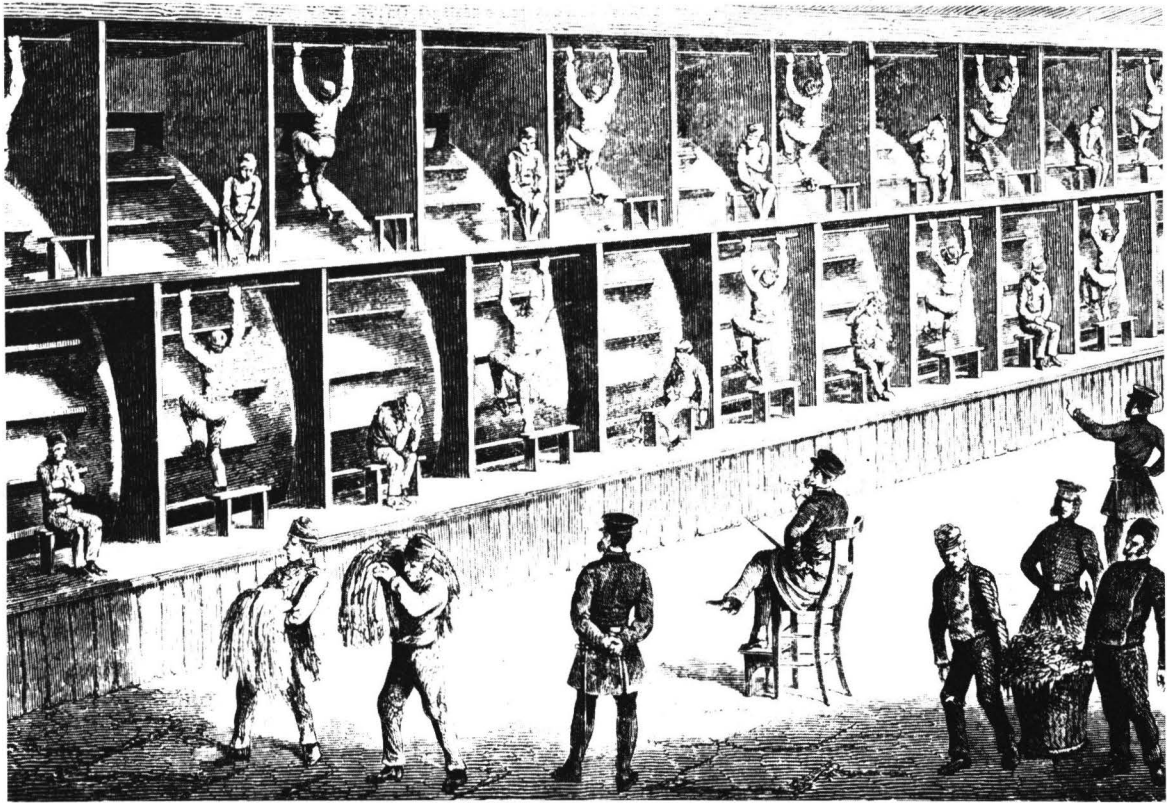
Interessanterweise ist jede grundsätzliche Umstrukturierung des Industriesystems auch mit einer Veränderung der energetischen Grundlage verbunden gewesen. Man kann geradezu ein Schema von Umbrüchen und Weltwirtschaftskrisen aufstellen, auf die im Zuge der Rekonstruktion der Klassenkontrolle auch eine Neuorientierung in der Energiepolitik bzw. -versorgung erfolgte. Nach der ersten Eisenbahn/Kohle-Epoche des Kapitalismus folgte die zweite, in der die Elektrizität als Antriebs- und Kraftquelle hinzukam. Seit 1872 geriet das Kapital international in eine starke Stagnationsphase, die als erste große Weltwirtschaftskrise bekannt ist. Offensichtlich war die Dynamik der ersten Unterwerfungsetappe unter den Arbeitszwang erschöpft. Eine neue Klasse, die Arbeiterklasse hatte sich konstituiert, die Brutalität der Anfangszeit gestoppt und war zum Gegenangriff angetreten. Sie hatte begonnen, organisiert das kapitalistische Kommando infrage zu stellen bzw. die bisherigen Formen der Steigerung der Mehrwertabpressung, durch Steigerung des absoluten Mehrwerts hauptsächlich, unmöglich gemacht. Wenn die Kapitalisten wieder genügend Arbeitskraft einsaugen wollten, um die Akkumulation nicht zusammenbrechen zu lassen bzw. eine Revolution zu riskieren, mußten sie sich schon auf eine neuerliche Umwälzung des gesamten Produktionsapparates einlassen. Die neuen strategischen Sektoren im Klassenkampf waren der Elektro- und Chemiesektor.

Wenn heute Mikroprozessoren und Chips neue Wunderdinge für die Kapitalisten sind, mit denen sie den Arbeitsprozeß ummodellieren und Kontrolle wiedererlangen können, waren damals die Elektromotoren etwas ähnliches. Der Antrieb konnte damit an den Ort der anzutreibenden Maschine gebracht werden und komplizierte Übertragungssysteme erübrigten sich. Der ganze Aufwand von Arbeit um die Dampfmaschine herum wurde überflüssig. Es fehlte zunächst aber noch eine Technologie zur Herstellung größerer Mengen Strom.

Die wurde schließlich Ende des 19. Jahrhunderts mit der Dampfturbine in Verbindung mit dem Generator einsatzfähig und lieferte damit überhaupt erst die Voraussetzung für das neue Zeitalter der Massenproduktion und entsprechender gesellschaftlicher Veränderungen.

Während also die erste Phase des Fabriksystems die Kohle als energetische Voraussetzung hatte, war es für die zweite Phase die Elektrizität, seit 1890 etwa. Dieser Übergang in der Produktion beinhaltete ebenfalls eine „Energiekrise“. Die neue Energiequelle und ihre Durchsetzung stand von vornherein in Forschung und Anwendung unter der Kontrolle des Großkapitals (neuer Großkonzerne), eine Zentralität und Diktatur in ihrer Durchsetzung schloß das Volk von einer gesellschaftlichen Diskussion über die neuen Möglichkeiten ebenso aus, wie es die Eigentumsordnung für den sonstigen gesellschaftlichen Prozeß tut. Mit den wahnsinnigen Möglichkeiten der Elektrizität von der Straßenbeleuchtung über Haushaltsgeräte, Nachrichtenübermittlung bis zur Umwälzung der Fabriktechnologie hatte sich damals das Kapital (als Monopolkapital) zur wirklichen Schaltzentrale der Gesellschaft entwickelt, weil alle weiteren Investitionen spürbare gesellschaftliche Auswirkungen hatten, das heißt den Reichtum bzw. die Armut einer Region über ihre „Entwicklung“ mit Infrastruktur, Stromversorgung, Nachrichtennetz, Straßenbau bestimmten. Ebenso verschwanden die Möglichkeiten autonomer Entwicklung in Klein- und Mittelbetrieben, in der Landwirtschaft und in der familialen/gesellschaftlichen Reproduktion, da sie immer stärker in den Sog der Neuerungswellen des Großkapitals gerieten. Die Unterwerfung der Gesamtgesellschaft unter die Herrschaft der Konzernzentralen war praktisch gekoppelt mit einem Sprung im Antriebs- und Energieversorgungssystem der Großindustrie. So leitet(e) sich auch hier der „Fortschritt“ aus den Kampfzyklen der Arbeiterklasse ab.

Ich weiß nicht, ob verständlich geworden ist, was ich damit meine. Wenn die Kämpfe von unten eine gewisse Stärke (Lohnhöhe, Kampf gegen die Arbeit) erreicht haben, drückt sich das ökonomisch im Fall der Profitrate aus, wogegen die Kapitalisten etwas unternehmen müssen. Denn prinzipiell ist der Fall der Profitrate gleichzeitig für das gesamte kapitalistische Herrschaftssystem eine Gefahr: lohnt es sich nicht mehr zu investieren, oder anders ausgedrückt, gibt es Massenentlassungen und einen Stop in der Akkumulation, dann sind politische Radikalisierungen die Folge. Demnach trachten die Kapitalisten danach, **rechtzeitig** entgegenwirkende Maßnahmen gegen den Fall der Profitrate ins Werk zu setzen. Um diese entgegenwirkenden Maßnahmen geht es: Dabei können verschärfte Repressionen durch die Polizei etc. und allgemeiner Rechtsruck nur die Begleitmanöver für den Strukturwandel sein, mit dem das bisher vorhandene Ausbeutungsmodell so umgekremelt wird, daß die Menschen wieder mehr und besser arbeiten. Die höhere Leistung der Gesamtmaschinerie, der Technologie und die neue Disziplinierung gehen meist Hand in Hand. Instrumente der Umkremelung können neue Technologien, neue Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt (Frauen, Ausländer, regionale und technische Maßnahmen) Industriali-



*Tretmühle in einem englischen Gefängnis zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Vor der Erfindung der Dampfmaschine wurde die Energie für den Betrieb von Mühlen und Textilmaschinen von den Gefangenen erzeugt. Diese Quälerei fand im Wechsel von 10 Minuten Arbeit und 10 Minuten Pause statt.*

sierung neuer Regionen und eine veränderte Markt- und Absatzstrategie sein (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Wenn ich von einem strategischen Sektor spreche, dann soll das so ein Instrument sein. Ein Sektor wird eingesetzt bzw. entwickelt, dessen Produkte oder Leistungen eine derartige Bedeutung haben, daß alle anderen Bereiche der Wirtschaft sich an ihnen orientieren müssen. Wenn so ein hebelartig wirkender Sektor richtig von oben eingesetzt wird, dann ersparen sich die Kapitalisten die Planwirtschaft, weil das, was von dem neuen Sektor ausgeht, praktisch vom „Markt“ kommt. In nicht so weit industrialisierten Ländern ist es allerdings Aufgabe des Staats, diese strategischen Sektoren voranzubringen, weil sonst die Verknüpfung mit dem Weltmarkt nicht klappt bzw. die politische Herrschaft im Innern möglicherweise destabilisiert wird.

Heute muß Herrschaft „fortschrittlich“ sein, weil das Konkurrenzprinzip des Kapitals, den anderen immer eine Nasenlänge voraus zu sein, sich nicht auf die Fabrik beschränkt. In diesem Sinne von strategischen Sektoren zu sprechen, bedeutet dann, die Veränderungen in der Branchenstruktur des Kapitals so zu interpretieren, daß von bestimmten Fixpunkten aus Angriffe auf die Zusammensetzung der Unterlassen begonnen wurden.

In unserer Diskussion zu diesem Artikel wurde die Meinung geäußert, daß in den dreißiger Jahren der „Staat“ vorübergehend der strategische Sektor des Kapitals geworden sei. Das soll heißen, daß durch den NS-Planstaat nun solche übergreifenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen **Modernisierungen** ge-

macht werden mußten, die von einzelnen Kapitalgruppen nicht zu leisten waren. Insgesamt mußten die Folgen der revolutionären Erschütterungen nach dem 1. Weltkrieg eingedämmt und zurückgeschlagen werden. Die Arbeiterklasse in ihrer Existenz anerkennen und sie gleichzeitig endgültig besiegen und unterwerfen: das sind die Strukturen, die vom NS-Staat geschaffen wurden und heute noch die Arbeitsmoral der deutschen Arbeiteraristokratie bestimmen. Wir rechnen dazu auf institutioneller Ebene die Nachfolgeorganisation der Deutschen Arbeitsfront, den DGB. Eine provokante These für die traditionellen Sozialisten, die an die Organisationsformen wie Politologen herangehen!

Wenn der (NS)Staat mittels der institutionalisierten Arbeiterbewegung selbst strategischer Sektor war, dann hat er die Atomisierung der Klasse in der Massenproduktion durch neuen Städtebau und das Volksauto vorbereitet und damit dem Öl eine entscheidende Wichtigkeit zugewiesen. Ich brauch hier wohl nicht auszuholen und die Pläne der Nazis für eine „unabhängige“ Energieversorgung zu beschreiben. Die NS-Wirtschaft entwickelte jedenfalls zum ersten Mal großtechnische Verfahren zur Erzeugung von Benzin aus Kohle, da sie kaum über genügend „eigene“ Ölquellen verfügte. Langfristig wollten die Nazis freilich mit Hilfe einer speziell entwickelten Blitzkriegsstrategie an die natürlichen Ölquellen als Basis für Volksauto, Autobahn und Städtebau herankommen. Und dabei bedienten sie sich vor allem der verstaatlichten Arbeiterbewegung (DAF, s.o.): forciertem Raubbau an Arbeitskraft als innerer Akkumulationsquelle sollte vorübergehend den parasitären Staatssektor (Rüstung) aufblähen, um mit Gewalt an die natürliche neue Energiebasis der Massenarmut im führenden Autosektor heranzukommen.

Das Nachkriegsmodell der Autogesellschaft ist dann sehr stark durch die USA auf der Basis des vom NS Erreichten weiterentwickelt worden. Als wesentliche Stütze einer keynesianischen Nachfrage ist das Auto natürlich überall der Anreiz für breiten „Luxus“. Gern macht Überstunden, wer etwas hat, wofür er gern spart und worauf er sich freut. Als Vereinzlungsinstrument wirkt ein Auto durch die Konkurrenz mit der Nachbarfamilie, aber auch dadurch, daß es die Massen auf der Straße mit einem Blechmantel umgibt und so voneinander trennt. Ein wesentlicher Teil des Arbeitstages, nämlich die Zeit des Transportes zum Arbeitsplatz, wird individualisiert – entmenschlicht und verblecht. Dies ist eine Seite von Kontrolle, die in der Konsumtion im Alltag. Die andere bestand wohl darin, daß in einer Allianz von Erdöl und Autokonzernen in den USA die traditionelle Stärke von Bergarbeitern und Transportarbeitern der Eisenbahnen gebrochen werden konnte. Darüber weiß ich zuwenig, aber ich nehme an, daß Autoboom und Disziplinierung bestimmter Klassenfraktionen im Zusammenhang stehen. In der BRD ist die Neuzusammensetzung in Richtung auf den Montagearbeiter der Autoproduktion sehr stark über einen Verdrängungswettbewerb Öl gegen Kohle auf dem Markt gelaufen. Die US-Erdölmultis schalteten über Billigöl praktisch weite Teile des Ruhrbergbaus aus.

Ebenso wie die niedrigen Löhne in der Nachkriegszeit ist auch das billige Öl eine Voraussetzung des Wirtschaftswun-

ders gewesen. Dies gilt besonders für den Chemiesektor, also das Wiedererstarken der IG-Farben Nachfolger (Bayer, Höchst, BASF). Insofern war für die BRD-Ökonomie zwar nicht mehr eine eigene Strategie der Energieversorgung, sondern waren bestimmte US-Konzerninteressen maßgeblich für diese „strategische Erdölabhängigkeit“. Die amerikanische „Penetrationpolitik“, das Einfügen des nach-nazistischen Westdeutschlands in die internationale Arbeitsteilung unter US-Diktat, ist in der Literatur nachzulesen (z.B. Jürgen Meinert, Strukturwandlungen der westdeutschen Energiewirtschaft, Frankfurt/M. 1980, dort weitere Literaturangaben). Unter US-Vorherrschaft ist so alles das, was die Nazis auf eigene Faust nicht geschafft hatten, umso vehemente in die Tat umgesetzt worden.

Im folgenden soll es um die Frage gehen, inwieweit der Energiesektor, genauer die Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979 und die anschließende Energiepolitik, als strategisches Instrument zur Neuzusammensetzung der Klasse in den Metropolen funktioniert haben. Ich unterscheide dabei nicht zwischen den bewußten Absichten von Kapitalfunktionären und dem, was sie „nur“ aus ökonomischen Erwägungen geplant und veranlaßt haben. Diese Unterscheidung kriegt man erstens sowieso nicht heraus, zweitens ist sie unwichtig, weil das Handhaben „ökonomischer Sachzwänge“ genauso Klassenpolitik von oben ist.

## Die Energiekrisen von 1973 und 1979 als Versuch des US-Kapitals zur Reorganisation der Weltwirtschaft

Die Verteuerung des Rohöls auf den Weltmärkten seit dem Herbst 1973 ist ein Versuch gewesen, nicht nur den Ölmultis und der OPEC Riesenprofite zu beschern, sondern der geschwächten US-Ökonomie und dem Dollar wieder auf die Beine zu helfen. Ich grenze mich also von Interpretationen ab, die, wie Massarats Analyse, in der Erhöhung der Ölpreise einen einseitigen Erfolg der OPEC gegen die Metropolen sehen, und andere, die in der Energiekrise das Problem der zur Neige gehenden Rohstoffe sehen (Club of Rom). Viel richtiger finde ich dagegen die Elsenhans'sche Rückverlagerungsthese, die das handelnde Zentrum des Geschehens in den Ölmultis erblickt und ihre Strategie analysiert, eine Energieproduktion im Norden, den Industrieländern, aufzubauen.

Der Dollar war bis Mitte der 60er Jahre stark, weil die US-Kapitalisten durch Vorsprünge in der Technologie nicht nur in ihrer militärischen Weltmachtstärke, sondern auch in der Produktivität der Arbeit und damit der einheimischen Mehrwert-

produktion anderen Industrieländern überlegen waren. Die Stärke der nationalen Industrieproduktion war die Voraussetzung dafür, den Dollar-Kapitalexport als Mittel bzw. Waffe zur Durchdringung der westlichen Welt zu benutzen. Die Länder Westeuropas, Lateinamerikas und teilweise Asiens und Afrikas konnten nur deshalb in die Weltwirtschaft unter US-Diktat einbezogen werden, weil das Mittel zu ihrer Einbeziehung, der Dollarexport, durch eine hinreichende Stärke der Mehrwertproduktion in den USA selbst fundiert war. Kapitalexport bedeutete, daß außerhalb der USA entweder Niederlassungen der US-Firmen mit eigener Produktion aufgemacht werden konnten oder Geld zur Unterstützung des befreundeten Landes, sprich der befreundeten Kapitalisten, verliehen wurde.

Westeuropa und Japan konnten sich nach dem Krieg zunächst überhaupt keinen Kapitalexport leisten, sondern brauchten sämtliche Mittel, um ihre nationale Produktion wieder in

Schwung zu bringen. Der erste Schritt dazu war, die Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen, also den Warenexport anzuleiern. Das gelang um so besser, als die eigenen Arbeiterklassen im Verhältnis gesehen unterbezahlt wurden („sozialer Dumping“-Handel) und damit Lohnkostenvorteile die Eroberung der Warenweltsmärkte erleichterten. Für die Amerikaner war die Stärke des Dollars in dem Falle günstig, wenn es um Kapitalexport ging, weil sich alle ausländischen Güter, Fabriken wie Rohstoffe billig einkaufen ließen, im Falle des Warenexports aber ungünstig, weil es die eigenen Waren auf dem Weltmarkt verteuerte und damit den konkurrierenden Kapitalen Vorteile verschaffte wie z.B. der exportorientierten deutschen Industrie.

Bis zum Umschalten der BRD-Industrie auf die Strategie des Kapitalexports haben die deutschen Kapitalisten in DM-Aufwertungen eine Gefahr gesehen, weil der Export von Waren dadurch beeinträchtigt würde. Heute operieren die deutschen Konzerne selbst weltweit mit der hungernden Arbeitskraft in den drei Kontinenten, weil sie mit einer starken Mark besser Produktionen im Ausland aufbauen können.

Der Dollar geriet ab Mitte der 60er Jahre an drei Fronten gleichzeitig in die Defensive, und damit die alte Strategie des Kapitalexports, die auf einer einheimischen Stärke des US-Regimes beruhte:

1. an der inneren Front: Ghettoaufstände der farbigen Bevölkerung, die blue-collar-Revolte in den alten Industriegebieten des US-Nordens gegen die Verschärfung der Rhythmen an den Bändern und für mehr Lohn, die Anti-Kriegsbewegung gegen den Vietnam-Krieg, die Bewegungen der Jugend für ein freieres Leben (Hippies etc.), die Konkurrenz ausländischer Firmen auf dem US-Binnenmarkt (z.B. VW-Käfer).

Die Folge waren hohe Lohnausgaben, Zugeständnisse in den Sozialausgaben, Vollbeschäftigungspolitik des Staats, die ebenfalls viel Geld kostete. Mit anderen Worten ein enorm steigender Verbrauch im Innern ohne entsprechende Steigerung der Produktivität. Der Boom im Innern, die keynesianische Integrationspolitik seit Kennedy, die sog. „Great Society“-Politik schien durch Dollartransfers aus äußeren Gewinnen der Weltkonzerne finanzierbar zu sein.

2. an der äußeren militärischen Front: Das Pendant zum „friedlichen“ Kapitalexport war die Militärhilfe an diktatorische Regimes in den drei Kontinenten gewesen. In Vietnam hatten Geheimdienstoperationen nicht mehr ausgereicht, ebensowenig die Militärberater und US-Waffen, so daß eine halbe Million amerikanischer Soldaten 1965 in Vietnam stand. Dieser militärische Kapitalexport konnte zwar einen Boom der Rüstungsproduktion hervorrufen. Ökonomisch schlagen die parasitär-unproduktiven Ausgaben jedoch gegen das Gesamtkapital zurück, wenn sie keine Steigerung in der Intensität der Ausbeutung der Arbeitskraft bewirken, keinen technologischen Sprung herbeiführen, wie es die Ergebnisse der Rüstungsausgaben im Zweiten Weltkrieg getan haben. Die Revolution in Indochina, die natürlich auch die Seite eines Stellvertreterkrieges mit der SU hatte, stärkte in der US-Ökonomie jedoch Sektoren, deren Waren nicht wieder dem Gesamtzyklus hinzugefügt, sondern vernichtet wurden.

3. an der äußeren ökonomischen Front: Auf den Weltmärkten verloren die US-Exporteure im Vergleich zu den EG-Staaten und Japan zunehmend Terrain. Sowohl die Lohnkostenvorteile der Konkurrenten als auch die Überbewertung des Dollars verteuerte die Waren der US-Exporteure. Zusätzlich spielt das Energiekostenniveau herein, das für das US-Gesamtkapital zunehmend ungünstiger wurde.

In den sechziger Jahren waren die EG und speziell die BRD und Japan als Exportnationen stark genug geworden, um auf dem Binnenmarkt der USA zu konkurrieren. Der Verbrauch innerhalb der USA, die Nachfrage durch Arbeitereinkommen, floß also nicht wieder nur in die Kassen der US-Wirtschaft, sondern nach Deutschland beispielsweise. 1970 hatten die ausländischen Autohersteller einen Marktanteil von 20 Prozent auf dem US-Markt, der Käfer war für General Motors ein echtes Gespenst geworden. Theoretisch hätte sich schon vor 1970 die höhere Produktivität des nationalen Gesamtkapitals – also einschließlich der Staatsausgaben – im Vergleich zu den USA in der BRD entweder in höheren Löhnen oder in höherem Staatsverbrauch ausdrücken können. Da das BRD-Kapital sparsamer war (und sein mußte, da die DM nicht Leitwährung ist), hätte es weiter die Währung aufwerten können. Die US-Regierung konnte zur Finanzierung ihrer Schulden und zur Finanzierung des inneren Verbrauchs, zur Finanzierung des Vietnamkrieges, der Vollbeschäftigungspolitik einfach Dollars nachdrucken, die Geldmenge ausweiten, um alles zu bezahlen. Normalerweise hat das in anderen Ländern eine Abwertung der entsprechenden Währung gegenüber den Fremdwährungen zur Folge, falls nicht die tatsächliche Produktivität des Gesamtkapitals, die Wirtschaftskraft des Landes gestiegen ist. Bei den USA war das nicht der Fall. Sie konnten es sich leisten, den Dollar zu inflationieren und die eigene Krise in das Weltwirtschaftssystem hineinzutragen weil sie selbst, d.h. der Dollar, der Fixpunkt des Weltwirtschaftssystems ist.

Dadurch, daß alle Staaten den Dollar abnehmen und eigene Währungen oder Güter dafür hergeben müssen, bekommen die amerikanischen Dollarexporteure mehr für ihr Geld als es eigentlich wert ist. (Das heißt, daß mit den Dollars umgekehrt nicht soviel eingekauft werden kann wie außerhalb der USA.) Nochmal einfach zusammengefaßt heißt das also, daß die US-Konzerne und der US-Staat mittels des inflationierten Dollars und seines Exports den Wohlstand der eigenen Unterklassen auf Kosten der anderen Staaten auf dem Erdball finanzieren konnten. Die Abwehr aller anderen Nationalstaaten gegen diesen Prozeß des „Ausverkaufs“ ihrer eigenen Produktion hätte normalerweise in ständiger Aufwertung bestanden oder in anderen Maßnahmen der Zentralbanken zur Geldregulierung (Geldmenge, Zinssätze). Genau diese Abwehr funktionierte 1970 nicht mehr, weil die multinationalen Konzerne und Großbanken inzwischen ihr eigenes transnationales Geldsystem in Gestalt des Eurodollarmarktes etabliert hatten. Es wurden in London und anderen europäischen Städten Konten bei den Großbanken eröffnet (Einlagen ab 100 000 DM aufwärts), deren Gelder mit dem nationalen Geldmarkt nichts mehr zu tun hatten, also staatenlos übernational waren. Mittels dieser Konten konnten die Multis Millionenbeträge auf dem Erdball hin- und hertransferieren und brachten damit das System von starren Wechselkursen zum Einsturz (sog. Weltwährungskrise).

So können also die neuen internationalen Geldmärkte von denjenigen gesteuert werden, die am stärksten, also mit der meisten Kohle, darin beteiligt sind. Und wer wird das schon sein. Wiederum die US-Konzerne, die vom Umfang der bewegten Geldmengen am meisten beisteuern und nach wie vor die gesamte Weltökonomie regulieren können. Die von den US-Multis hin- und hertransferierten Milliardenbeträge sind

nun mehr denn je in der Lage, nationale Geldpolitik zu konterkarieren, indem sie ihre Milliarden von einer Währung in die andere umtauschen und entweder den einen oder anderen nationalen Geldmarkt beanspruchen, sich also in der BRD Geld holen und damit die Zinssätze auch national beeinflussen oder in den USA oder auf den internationalen Eurodollarmärkten usw. (dazu Autonomie Nr. 10, S. 16/17: dort besser)

Auf einer neuen Ebene bestimmt nun wiederum das US-Kapital das weltweite Wirtschaftsgeschehen, aber nun nicht mehr als nationales US-Kapital, sondern als transnationales Kapital, das mit der US-Regierung und dem Staat USA in besonderer Weise verbunden ist. Schließlich ist das neue transnationale Kapital nach wie vor von der Politik der US-Regierung in der Weise abhängig, daß der Staat USA überall auf dem Erdball machtpolitisch die Ausbeutungsmöglichkeiten für die Multis absichern muß.

Auf der politischen Ebene hatte in den 70er Jahren der Wandel des US-Kapitals vom nationalen Kapital zum transnationalen dominierenden Weltkapital einige sichtbare und andere weniger sichtbare Strategieveränderungen zur Folge:

– Das US-Kapital versucht, sich auf internationaler Ebene mit den konkurrierenden europäischen und japanischen Multis unter Einbeziehung von Gewerkschaftsführern neu zu arrangieren: institutioneller Ausdruck ist unter anderem die Trilaterale Kommission (1974 gegründet).

– Die Ost-West-Konfrontation sollte sowohl in Europa als auch in den Spannungs-/Revolutionsgebieten von der militärischen auf eine ökonomische Ebene gebracht werden: Entspannungspolitik, Beendigung des Vietnamkrieges, Integration der SU und der VR China in die Weltwirtschaft.

– Restrukturierung der Weltwirtschaft und Reorganisation der Arbeitsmärkte über neue Kapitalmobilität aus den Petrodollarmärkten: Energie als strategischer Sektor für die zukünftige Industriepolitik, Kontrolle der USA über die drei Kontinente über den Nahrungsmittelsektor und ebenfalls über Geldmärkte (IWF, Weltbank) und Energiekosten.

Innerhalb dieser Neuordnung sollte der Energiesektor vom Kapital genauso strategisch für die Zurücknahme des Massenarbeiters eingesetzt werden wie für dessen breiten Einsatz in den 50er Jahren. Das Wachstum von Automobil- und Chemieindustrie war an die Voraussetzung billigen Öls gebunden, und diese Voraussetzung wurde vom US-Kapital in den 60er Jahren in Westeuropa planmäßig ausgebaut. Und nicht nur wurde der Akkumulationsprozeß und die Klassenzusammensetzung in bestimmter Weise dirigiert, sondern Westeuropa wurde auch in eine energiewirtschaftliche Abhängigkeit von der us-kontrollierten Ölversorgung gebracht.

Eine Klassenzusammensetzung, die vom billigen Öl in Produktion und Konsum geprägt war, hatte sich sowohl in den USA als auch Westeuropa als Ursache nicht mehr zu kontrollierender Lohnkämpfe und ausufernder Inflation erwiesen.

Nun ist der Energiesektor in verschiedener Weise auf nationaler und internationaler Ebene Bestandteil der Ökonomie des Kapitals; und so wirken sich einerseits die Kämpfe auf den Energiesektor aus, wie sich umgekehrt Verschiebungen innerhalb des Energiesektors wiederum auf die Kampfdynamik zwischen Kapital und Unterlassen auswirken. Diese Wechselwirkung zwischen Energiesektor und allgemeinem Klassenkampf könnte man für die USA am Ende der 60er Jahre so skizzieren:

1. Die innere Front: Die Zugeständnisse an die eigenen Unterlassen im Lohnbereich wirken sich (als keynesianische Nachfrage) in Gestalt von enormen Steigerungsraten beim Bezinverbrauch aus. Die Besonderheiten der USA – anscheinend unbegrenzt vorhandene Flächen für den Städtebau und im Inland genügend vorhandene Erdölvorräte – hatten sich auf den Boom der Autoindustrie immer besonders ausgewirkt (riesige Schlitten mit hohem Verbrauch / jährlicher Modellwechsel / wenig öffentliche Verkehrsmittel); sie hatten zur Existenz einer starken einheimischen Ölindustrie mit einer vom Weltmarkt abgekoppelten Preisgestaltung geführt, die sich mehr und mehr als kostspielige Subventionierung herausstellte. Neben den Vietnam-Kriegskosten und den letztlich unproduktiven Zugeständnissen an die Unterlassen stellte die alte Form der autarken Ölversorgung einen inneren Kostenfaktor in der imperialistischen Konkurrenz dar. Im auffälligen Kontrast zu den Energiekosten standen die riesigen unausgenutzten Kohle- und Ölsandvorräte innerhalb der USA (die von Exxon hauptsächlich in den 60er Jahren aufgekauft wurden . . .).

2. Die äußere militärische Front: Die Kontrolle der Nahost-Region durch amerikanisches Kapital und CIA ist nicht mehr gewährleistet. Es droht die Gefahr, daß neue nationalistische Regimes einen Teil der Welterdölversorgung aus der Kartellherrschaft der Ölmultis herausbrechen und damit die Dominanz der US-Kapitals über den Weltenergiesektor insgesamt infrage gestellt wird.

3. Die äußere ökonomische Front: Die US-Zahlungsbilanz wird immer mehr durch zunehmende Käufe von Nahostöl bzw. anderem OPEC-Öl (Venezuela) belastet. Gleichzeitig profitiert das EG/japanische Kapital von den niedrigen Preisen (Produktionskosten) des Nah-Ost-Öls, und der ehemalige Konkurrenzvorteil der USA durch Energieautarkie droht damit an die Konkurrenten verloren zu gehen. Im schlimmsten Falle würde eine von den US-Multis abgekoppelte Energieachse Naher Osten - EG entstehen, womit die Hegemonie des US-Kapitals auf Weltebene gekippt wäre.

Selbstverständlich kann bei einer Analyse der strategischen Bedeutung des Energiesektors nur von dem Zentrum USA ausgegangen werden, deshalb auch im folgenden die notwendigen Einzelheiten zu den obigen Thesen.

Seit 1928 bzw. 1934 gibt es eine Spaltung des Welterdölmarktes in den Weltmarkt außerhalb der USA, der durch die Big Seven beherrscht wird, und den US-Binnenmarkt, der von einer Anzahl unabhängiger Großkonzerne (Independents) und kleineren Unternehmen kontrolliert wird. 1928 hatten sich zunächst der Rockefeller-Konzern ESSO, die Shell und die BP (damals unter dem Namen AIOC) in dem Kartell von Achnacarry zusammengeschlossen, dem später noch die Firmen Gulf, Texaco, Socal und Mobil beitraten. Diese „Sieben Schwwestern“ waren aufgrund ihrer Absprachen in der Lage, außerhalb der USA sämtliche Preise für Rohöl und die Fertigprodukte daraus festzulegen. Der Haken an dem Kartell war, daß sich die damaligen Weltmarktpreise an dem Preis des Rohöls ausrichtete, das am Golf von Mexiko verkauft wurde, dem US-Öl also. (Heute ist der persische Golf der Fixpunkt für alle anderen Fördergebiete.) Deshalb mußten die Preise des US-Rohöls ebenfalls in die Höhe getrieben werden bzw. mußte ein Preisverfall verhindert werden, da einerseits bis 1969 immer ein Überangebot an Rohöl auf dem Weltmarkt bestand, andererseits der US-Markt wegen der Konkurrenz unter den zahlreichen Firmen nicht durch ein Kartell zu kontrollieren war. In den USA gibt es ungefähr 20 Großkonzerne und 9000 kleinere Unternehmen, die alle eigene Förderung betreiben. Es gehört nämlich dort demjenigen das Öl, auf dessen Boden es gefördert wird. Anders als im Nahen Osten oder der BRD kann also der Grundeigentümer auf seinem Grundstück in die



Erde bohren und das Öl fördern, während es anderswo dem Staat oder der Gesellschaft gehört, die vom Staat die Rechte für die Bodenschätze erworben hat.

1934 wurde deshalb eine Gesetzgebung verabschiedet, die sowohl den Interessen der Big Seven auf dem Weltmarkt als auch den kleinen Ölförderern in den USA entsprach. Unter dem Leitbegriff der „Konservierung“ des einheimischen Öls wurde eine Produktionskontrolle eingeführt, die genau die Menge festlegte, die mit jeder Ölsonde gefördert werden durfte. Die Quoten für die einzelnen Förderer ergaben sich aus der ungefähren Nachfrage auf dem US-Markt.

Mit der Konservierungspolitik, die auch militärisch begründet wurde – die USA wollten im Ernstfall Selbstversorger bleiben –, wurde ein Überangebot auf dem Binnenmarkt und ein ruinöser Preiskampf verhindert. Dadurch blieben aber auch die weniger ergiebigen Fördersonden in Betrieb, von den insgesamt 600 000 Ölsonden sollen es 2/3 sein, um an den Quoten teilzuhaben und die Preise oben zu halten. Diese 2/3 wenig ergiebiger Ölsonden produzierten nur 20% der Gesamtförderung. Während im Nahen Osten die durchschnittliche Tagesproduktion pro Sonde im Jahr 1972 in Saudiarabien 4 820 Fass, im Iran sogar 16 144 Fass betrug, waren es in den USA nur 19 Fass pro Sonde. (Mommer, S. 192) Das System der Binnenproduktion in den USA war seit 1934 letztlich total unproduktiv im Sinne des Gesamtkapitals, weil es einen viel zu hohen Investitionsaufwand mit sich brachte in Bezug auf die Fördermenge.

„Der extremste Fall ist dabei das berühmte East Texas Field. Es wurde 1965 von einer Vielzahl von Produzenten mit insgesamt 17 200 Sonden ausgebeutet. Nach Expertenschätzungen wären bei einem Abbau des Lagers als Einheit 1 500 Sonden hinreichend gewesen, um genau dieselbe Tagesförderung zu erbringen.“ (Mommer, S. 183)

Die niedrigen Preise auf dem Weltmarkt waren natürlich auch vor der Energiekrise immer noch überhöhte Monopolpreise, dennoch konnten die EG und Japan, besonders die chemische Industrie, das Rohöl billiger beziehen als die Verbraucher in den USA. In Westeuropa konnte deshalb der Staat die Mineralölsteuer draufschieben, was zur Folge hatte, daß das Benzin tatsächlich teurer war als in den USA, obwohl die dahinterstehenden Kosten für das Gesamtkapital genau umgekehrt waren. 1959 führten die USA Importbeschränkungen zur Abwehr des billigeren Nahostöls ein, einerseits wohl auf Druck der einheimischen Öllobby hin, andererseits aus dem schon genannten Ziel der erwünschten Energieautarkie heraus.

Das nach 1959 praktizierte System der Importquoten bestimmt, wieviel auswärtiges Rohöl die Raffinerien in den USA beziehen dürfen. In der Praxis führte es jedoch dazu, daß nicht jede Raffinerie die zugeteilte Menge an Importöl abnahm, sondern die Raffinerien im Inneren der USA das einheimische Öl benutzten und die an der Küste gelegenen das importierte, wofür sie den im Inneren gelegenen die zugeteilten Quoten in Form von „Tickets“ abkauften.

1969 stieg der Gesamtwert der verteilten Tickets auf 600 Millionen Dollar. (Chevalier, S. 54) Es fand also eine merkwürdige Art der inneren Subventionierung der einheimischen Erdölförderung statt: Die US-Produktion wäre normalerweise durch die zunehmende Konkurrenz des billigeren Importöls reihenweise bankrott gegangen (so wie die Kohlefirmen), stattdessen wurden nur die zusätzlichen Mengen, die durch steigenden Verbrauch benötigt wurden, importiert und die Preise auf dem alten höheren US-Niveau festgeschrieben. Damit wurden der nationalen Wirtschaft der USA höhere Produktionskosten als den Konkurrenten EG und Japan auferlegt, abgesehen von den Mindereinnahmen des Staates durch

geringere Besteuerung. „Vor der Krise (1969) versorgte sich die USA zu 80% mit Inlandsöl von ungefähr 3,50 Dollar pro Barrel und zu 20% aus dem Ausland zu einem Durchschnittspreis von ungefähr 2,17 Dollar pro Barrel. Zur selben Zeit versorgten sich Europa und Japan zu 100% mit einem Rohöl zu einem Preis von etwa 2 Dollar pro Barrel. Wenn man bedenkt, daß die Energiekosten mit etwa 15-20% in den Preis aller Industrieprodukte eingehen, dann wird deutlich, daß Europa und Japan im Verhältnis zu den USA auf dem Weltmarkt einen beachtlichen Vorteil genossen haben.“ (Chevalier, S. 35)

Auf diese Situation reagierte die Johnson- und später die Nixon-Regierung mit der Einsetzung einer Kommission, der Cabinet Task Force, die 1970 einen umfassenden Bericht vorlegte. Ihr Vorschlag ging dahin, das innere Energiekostenniveau dadurch zu senken, daß in den USA nur noch die ergiebigeren Förderungen weiterbetrieben werden sollten und die Einfuhr von billigerem Importöl auszuweiten sei. „Nixon hat diese Vorschläge unter dem Eindruck der Proteste der Chase Manhattan Banc, der Hausbank der Standard Oil of New Jersey (Exxon) und des Office of Emergency Preparedness verworfen.“ (Elsenhans, Erdöl, S. 22)

Damit wird deutlich, wer bereits im Jahr 1970 die strategische Weichenstellung für die Alternative, nämlich steigende Weltmarktpreise für Erdöl, besorgte: das US-Bankkapital und die Ölmultis unter Führung der Rockefeller-Gruppe in Zusammenarbeit mit den Militärplanern.

Nach der Erhöhung der Erdölpreise ab Herbst 1973 veranstaltete der US-Senat eine Serie von Anhörungen zu den Mächtschaften der Erdölkonzerne – im Januar/Februar 1974 –, die Jürgen Meinert in seinem Buch auswertet. Dort kam heraus, daß die Ölkonzerne bereits ab 1965 daran gegangen waren, weltweit die Erdölförderung in Grenzen zu halten und die Überschußkapazitäten abzubauen. (Meinert, S. 311) Meinert und Chevalier nennen eine Reihe von Hinweisen auf die globale Drosselung der Erdölförderung, besser der Drosselung in den USA und im Nahen Osten: neu entdeckte Felder wurden nicht ausgebeutet, im Irak sollen Bohrlöcher mit Baggern zugeschüttet und nicht markiert worden sein (Mehnert, S. 314), für den Iran wurde eine Pipeline, die direkt zum Mittelmeer führen sollte, nicht gebaut, um damit einen Teil des persischen Öls von den westlichen Märkten fernzuhalten (Mehnert, S. 316), in den USA wurde die sog. Überschußkapazität abgebaut, alles Zeichen dafür, daß die Konzerne ein Interesse daran hatten, eine Ölknappeit herbeizumanipulieren. Ich interpretiere diese bewußte Herbeiführung einer Knappheit so, daß sie als Legitimation für spätere Sprünge in den Preisen dienen sollte. Auf die Gründe für eine völlig geänderte Preisgestaltung, soweit sie nicht direkt mit der Konkurrenzsituation zwischen den USA und EG und Japan zu tun haben, möchte ich im folgenden eingehen.

Festzuhalten wäre bis jetzt, daß unabhängig vom Förderungsverhalten der OPEC bereits 1969 in den USA eine sog. „Energiekrise“ bestand. Irgendwie mußte einerseits die Unterschiedlichkeit des Energiepreinsniveaus zwischen USA und sonstiger Welt aufgehoben werden, andererseits gab es bereits große Schwierigkeiten im Tempo der Einführung der Atomstromerzeugung und mit den nicht ausgenutzten Kohlevorräten.

1969 kam im September in Libyen ein neues, radikales Regime unter Ghaddafi an die Macht. Völlig unabhängig vom OPEC-Kartell ließ es sich auf einen Kampf mit den in Libyen fördernden Gesellschaften ein, den es gewann. Ich habe keine Lust, die einzelnen Forderungen und Taktiken Ghaddafis

nachzuerzählen. Sie sind überall zu lesen. Interessant ist die Antwort der Ölfirmen und des amerikanischen Außenministeriums. Dort fand nämlich zunächst eine Debatte statt, ob es möglich sei, durch offensives Vorgehen wie im Iran 1953 die Abnehmerländer libyschen Öls zu einem Boykott zu veranlassen. Das amerikanische Außenministerium verwarf diese Möglichkeit, weil es befürchtete, daß die Europäer, die 90% des Öls abnahmen, sich unter Umgehung der amerikanischen Gesellschaften auf eine Direktbelieferung mit den Libyern einigen würden. Statt eines teuren Boykotts wäre für europäische Konzerne eine Übernahme amerikanischer Felder denkbar gewesen und damit eine Stärkung der europäischen nationalen Kapitale. Wenn die Libyer unmittelbar ökonomisch nicht zu kontrollieren waren, gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder Krieg und Niederhalten des gesamten Nahen Ostens durch militärische Mittel oder den Versuch der Integration. Die „schnelle Eingreiftruppe“ der US-Armee gab es damals noch nicht, aber man fühlte sich stark genug, eine weltwirtschaftliche „Wende“ einzuleiten. Es wurde für die Option allmählich steigender Rohölpreise entschieden. (Akins, S. 470-72).

Plötzlich, ab Oktober 1970, waren es die us-treuesten Nahoststaaten wie der Iran, die sich an die Spitze der neuen Forderungsbewegung der OPEC-Staaten setzten. Wie oben schon gesagt, war zu dieser Zeit auch die Absage der Chase Manhattan Banc und von Exxon an den Vorschlag gegangen, das nationale Energiepreisniveau in den USA zu senken. In der Literatur wird der folgende Zeitraum unter der Bezeichnung „Wandlung von einem Käufer in einen Verkäufermarkt“ beschrieben, womit gemeint ist, daß nunmehr die Verkäufer, die OPEC-Staaten, gegenüber den Abnehmern einige Erfolge in der Anhebung ihres Anteils an den Erdöleinnahmen zu verzeichnen hatten. Trotzdem meine ich, daß ohne die vorher festgelegte Strategie der Ölmultis die Auseinandersetzung ganz anders abgelaufen wäre. Hätten beispielsweise die USA und die Energiekonzerne echten Widerstand gegen steigende Einkünfte der Förderländer geleistet, hätten die Länder, die den USA nicht völlig ergeben waren, völlig andere Maßnahmen ergriffen, z.B. die Nationalisierung der Ölquellen. Diese Möglichkeit ist den US-Planern offensichtlich auch entgegengehalten worden; darauf haben sie anscheinend die OPEC-Ölminister mit dem Argument überzeugt, daß eine Übernahme der Förderstufe in ihren Ländern und eine eigenständige Vermarktung ihren Interessen schädlich sei. Dann würden sich nämlich die verschiedenen Anbieterstaaten auf dem Weltmarkt eine derartige Konkurrenz um den jeweils nächsten Absatz machen, daß statt steigender Einnahmen ein Preissturz die Folge wäre.

Der Hauptanalytiker des Welterdölgeschäfts, Adelman, bringt dieses Argument, das dann in der Ankündigung der 1973er Energiekrise in den Foreign Affairs wieder auftaucht. (Adelman, S. 224, Akins, S. 483/85)

Seit der Machtübernahme Ghaddafis 1969 und der Auseinandersetzung um den Bericht von Nixons Cabinet Task Force im Jahre 1970 war dem amerikanischen Außenministerium und den Ölkonzernen klar, daß sie in gewisser Weise auf die Forderungen der arabischen Ölländer eingehen mußten, falls sie dort nicht militärisch intervenieren wollten. Bis zur Lösung dieses Problems mit der Option „offene weltweite Energiekrise“ wurde in zahlreichen Verhandlungen darum gerungen. Die Verhandlungsschiene der Amerikaner war immer, die Araber der Ölländer von einer Nationalisierung und dem Eindringen in die „Down-Stream“-Geschäfte abzubringen und als Gegenleistung eine höhere Beteiligung an den Öleinnahmen zuzugestehen. Viel gefährlicher als höhere Ölpreise war für die Amerikaner der Fall, daß sie aus den Ölgeschäften

im Nahen und Mittleren Osten hinausgedrängt und die Europäer diesen Platz einnehmen würden. So kam es 1971 in den Verhandlungen in Teheran zu einer ersten Anhebung der Preise und Anteile für die OPEC-Länder. 1972 gingen die Verhandlungen weiter, diesmal ging es nicht um Preise, die bis 1975 eigentlich festgelegt waren, sondern um „Partizipation“, also um die Mitbestimmung und Übernahme der Ölförderung in den Eigentümerstaaten. In Multikreisen erwog man schon, um allen Gefahren vorzubeugen, ein „dramatisch neues Angebot zu machen“ (Akins, S. 476). Jedoch wurde in Riad 1972 noch nichts aus dem „dramatisch Neuen“, sondern es wurde nur die Erhöhung der Einnahmeanteile der Förderländer im Laufe der nächsten Jahre auf bis zu 51% vereinbart.

Trotzdem arbeiteten die Spezialisten von Ölmultis, Großbanken und US-Außenministerium eifrig weiter an einer grundsätzlich neuen Energiekonzeption. In der Zeitschrift „Foreign Affairs“ wurden im Frühjahr und Sommer 1973 die Ergebnisse weltweit bekannt gemacht. Einige Monate vor dem Ausbruch des neuen Nahostkrieges und vor dem Ölschock mit Lieferboykott und Preiserhöhungen wurde diese Konstellation bereits vorweggenommen und die Politik der USA für die nächsten 10 Jahre vorgestellt. Die Hauptprobleme der USA wurden in der rapide steigenden Einfuhr von Nahostöl in die USA gesehen, die sich damit abhängig mache von einer völlig labilen Versorgung. Die steigende Macht der Ölländer beruhte eben auf dem steigenden Verbrauch der Industrieländer: der keynesianische Boom im Inneren, mit anderen Worten der hohe Verbrauch der metropolitanen Unterklassen, verschärfte das außenwirtschaftliche Problem auch auf dem Energiesektor. Logischerweise ergab sich so im Umkehrschluß, daß man die eigene Arbeiterklasse über die Veränderung der außenwirtschaftlichen Bedingungen zu Einschränkungen zwingen mußte/konnte. Der Angriff auf den einheimischen Konsum, speziell Benzinkonsum, war von vornherein ein tragendes Element der „Option Energiekrise“. All das ist in den „Foreign Affairs“ im Frühjahr und Sommer 1973 nachzulesen. Für die USA hieß das Projekt „Plan Independence“. Er besagte, daß die USA die Einfuhr von Nahostöl von über 30% des Gesamtverbrauchs auf unter 10% herabdrücken wollten. Im Grunde wurde die völlige Energieautarkie angestrebt. Diesen Plan trug eines der führenden Mitglieder der späteren Trilateralen Kommission, ein gewisser Carroll L. Wilson, vor. Er verglich diese Energiekonzeption mit dem Programm der Atombombenherstellung im 2. Weltkrieg und mit dem Weltraumprogramm und nannte es ein „Crash Programm“, das infolge eines nationalen Notstandes erforderlich sei. Den Planern war auch klar, daß eine neue Konzeption für den Weltenergiemarkt weitreichende Auswirkungen auf Weltwirtschaft, Zahlungsbilanzen und Wachstum haben mußte. All diese Aspekte einschließlich der Verwendung der steigenden Einnahmen der Ölländer werden in den „Foreign Affairs“ bereits vor dem Ölschock ausführlich erläutert. Aus der Sicht des US-Kapitals stellte die Energiekrise wohl in der Tat einen brillianten Entwurf gegen eine Vielzahl von drängenden Problemen dar.

So sehen wir, wie bestimmte Entwicklungen im Energiesektor, bestimmte Voraussetzungen, diesen einen Sektor als den geeigneten erscheinen ließen, grundsätzliche Probleme, die das Kapital mit den eigenen Unterklassen in den USA und vermittelt über die Regimes der Ölländer mit den Unterklas-

sen im Nahen und Mittleren Osten hatte, mit einem Schachzug perspektivisch anzugehen. Worin dieser eine Schachzug bestand, wissen wir: die Steigerung der Rohölpreise auf dem Weltmarkt von etwas über 2 Dollar auf über 10 Dollar pro Barrel (Faß) 1973/74.

Ich möchte noch einmal aufzählen, welche grundsätzlichen Vorteile und Auswirkungen dieser Schachzug hatte und haben sollte.

Zunächst bedeutete die Preiserhöhung einen völligen Willkürakt, der nicht durch reale Kostenveränderungen bedingt ist. Der Kartellpreis der OPEC lag angeblich nach der Preiserhöhung 5000% über den Produktionskosten. Sie bedeutete die strategische Wiedereinführung von Grundrente in die Weltökonomie: ein Bodeneigentümer, der nicht den geringsten Handschlag zu tun braucht, erhebt Abgaben für die Erlaubnis, auf seinem Grund und Boden etwas aus der Erde holen zu dürfen, was die Natur an sich auch ohne Bezahlung hergeben würde. Die Grundrente bekommen die Öleigentümerstaaten, die OPEC-Regierungen, die den westlichen Industriestaaten, aber auch den Ländern in den drei Kontinenten, damit erhebliche Sonderausgaben auferlegen. Die Gelder, die sie dadurch hereinbekommen oder bekamen, heißen Petrodollars und sind als großer Geldhaufen für die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren von erheblicher Bedeutung.

Jonas/Minte nennen diese Anhäufung von Petrodollars ein „extern bedingtes Zwangssparen“.

Wer spart und wofür? Die Abgaben an die Grundeigentümer – das externe Zwangssparen durch Einführung von hoher Grundrente – spielen eine erhebliche Rolle: indem erstens nun die Möglichkeit besteht, den Unterklassen in den Metropolen eine plötzliche Krise, Einschränkungen, Konsumverzicht nicht nur plausibel zu machen, sondern eine tatsächliche Umorientierung aufzuzwingen, und zweitens einen Kapitalfond zu schaffen, aus dem die weltweiten Zukunftsinvestitionen bezahlt werden.

Die Verteuerung des Rohöls wirkte in den Metropolen als doppelter Hebel: erstens indem nun plötzlich das Öl nicht mehr als fast kostenlose Produktions- und Konsumvoraussetzung vorhanden ist und in Zukunft gespart werden muß. Hoher Preis und politische Instabilität des OPEC-Öls wirken gleichermaßen in die Richtung, sich von dieser Bezugsquelle perspektivisch unabhängiger zu machen, den Verbrauch einzuschränken. Zweitens als Anreiz, Hebel oder Zwang, nun die eigenen Energiequellen beschleunigt auszubauen, seien es nun Kohle und Ölschiefer in den USA oder Atomkraft in der BRD. Für die USA war diese Interessenlage wie schon gesagt ein entscheidender Ausgangspunkt der ganzen Energiekrise: die steigende Einfuhr von Nahostöl belastete die Zahlungsbilanzen, obwohl im Inland eigentlich genug Öl und Kohle vorhanden war, die US-Unterklassen konsumierten sowieso zu viel im internationalen Vergleich, und drittens gerieten die USA in eine militärstrategisch und wirtschaftspolitisch bedenkliche Abhängigkeit von den Nahostländern, denen wegen des Palästinaproblems sowieso nicht zu trauen war.

Also war die Schaffung einer Knappheit/Versorgungskrise/Verteuerung des Rohöls als Zündfunken für das Autarkieprogramm „Project Independence“ vonnöten. Wenn es den USA gelänge, selbst mit neuen Energieträgern auf dem Weltenergiemarkt die Vorherrschaft zu erringen, mit anderen Worten durch Abkopplung vom Öl speziell des Nahen Ostens selbst Grundrente in beliebiger Höhe zu kassieren, dann würde auch der Dollar gerettet sein. Dann nämlich würde sich das Verhältnis von Dollarexport und -import wieder zugunsten der USA umkehren lassen.

Für die Finanzierung eines solchen Autarkieprogramms oder wie in Westeuropa mindestens einer verstärkten Entwicklung von Alternativen zum Nahostöl waren jedoch Milliarden, Hunderte von Milliarden nötig. Dafür erwiesen sich nun die erhöhten Einnahmen der Ölförderländer als hilfreich. Klar



Hubschrauber der amerikanischen „Mobilen Einsatztruppe“ im Manöver über Ägypten

war von vornherein, daß die Ölländer selbst nicht alle Einnahmen verbrauchen konnten.

Die Überschüsse sollten auf dem Weg über Großbanken wieder in die Industrieländer zurückkehren, indem die Großkonzerne oder Regierungen sie als Kredite oder Industriebeteiligungen in Anspruch nahmen. Diese Rückkehr der Öleinnahmen der Förderländer ist unter dem Namen Petrodollarrecycling bekannt. Vielleicht ist nicht ganz so klar, daß genau diese Petrodollars, die da zurückkehrten, erstens aus Lohnneinbußen der Unterklassen in den Metropolen stammten und zweitens gegen eben diese Unterklassen verwendet werden sollten. Wie schon gesagt waren Hunderte von Milliarden Dollars nötig, um überhaupt neue Energieerzeugungen in den Metropolen aufzubauen, wofür die Öleinnahmen der Konzerne und das Recycling genommen werden konnten. Die neuen Energieanlagen hatten aber nun nicht nur die außenwirtschaftliche Bedeutung der Abkopplung vom Nahen Osten, sondern stellten gleichermaßen einen entscheidenden Bestandteil beim Übergang zu einer nachindustriellen energiegestützten Produktionsweise dar – mit einer völligen Umorganisation der Arbeitsmärkte.

Ölpreiserhöhung, Grundrente, „externes Zwangssparen“ schöpfen Masseneinkommen aus den Metropolen und Verbraucherländern in den drei Kontinenten ab, schaffen riesige Geldmärkte und damit erst die finanziellen Voraussetzungen für einen „von der Seite her“ geführten Angriff auf die Unterklassen. Der Angriff kommt von der Seite: nicht im direkten Kampf zwischen Unternehmern und Lohnempfänger(inne)n, nicht im unmittelbaren Verteilungskampf, auch nicht im unmittelbaren Krisenangriff, sondern im Umweg über die Grundrente und einen total kapitalintensiven Sektor, in dem die Arbeitskraft nur einen kleinen Bruchteil der Zusammensetzung ausmacht, wird die Wende zum Angriff auf das keynesianische Proletariat eingeleitet.

Die geringe Verwendung von Arbeitskraft im Ölsektor, später auch – nach der Bauphase – im AKW-Bereich, macht einen entscheidenden Vorteil für das Kapital aus. Die weitgehend sehr hohe Kapitalzusammensetzung (organisch und technisch) hat für das Kapital den Vorteil, daß durch die riesigen Investitionen im Energiebereich **nicht gleichzeitig riesige Arbeiterheere neu erzeugt werden**. Es wird zwar ein Boom in einem Sektor erzeugt, dieser Boom ist aber einer, den sich die Klasse kaum zunutze machen kann – jedenfalls nicht in den Metropolen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sollte begrenzt bleiben, trotz gigantischer Umstrukturierungen. Damit wurde gleichzeitig bezweckt, keine neue Lohnoffensive zustande kommen zu lassen. Ein sektoraler Boom, der gegen die Stärke der Klasse in den traditionellen Zweigen ins Feld geführt werden kann. Konkret kennen wir die Propaganda: Der AKW-Bau schafft Arbeitsplätze – einmal während der Bauphase (was es schwierig macht, die AKW-Arbeiter zu gewinnen für den völligen Baustop), zum anderen das Versprechen von neuen Industrien nach dem Bau.

Es handelt sich bei dem strategischen Instrument Energiekrise zumindest um eins, das nicht die Gesamtindustrie lahmlegen soll, sondern Entwicklung neuer Industrien mit der Krise der alten verknüpft. An sich mehr ein Gleitmodell als eines des totalen Bruchs. Dieses Vorgehen, bei dem die Krisenentwicklung mit den entgegengesetzten aufhebenden Wirkungen verknüpft wird, galt '73 auch für die außenwirtschaftliche Seite der BRD. Daß auf der anderen Seite die Länder der drei Kontinente doppelt und dreifach einer neuen Ausplünderung ausgesetzt wurden und damit die Einverleibung ihrer Arbeitskräfte in den transnationalen Ausbeutungszusammenhang beschleunigt werden soll, ist die Kehrseite des vergleichsweise

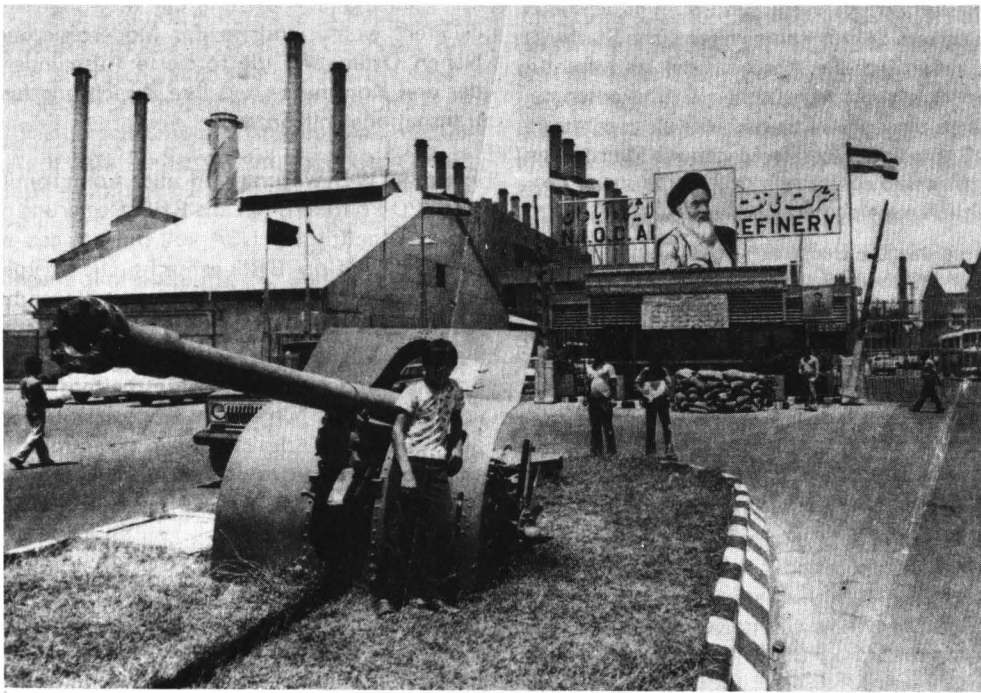
milden Angriffs in Westeuropa. Das soll sich erst ab 1979 ändern, wenn sich herausstellt, daß aufgrund der Revolution im Iran das Krisentempo auch im Energiesektor der Metropolen verschärft werden muß.

Die Länder mit starken Währungen wurden 1973 ff als Ersatz für die steigenden Erdölpreise mit dem sinkenden Dollarkurs belohnt. Die USA selbst und die BRD brauchten trotz Preisschocks praktisch nicht mehr für die Öleinfuhren zu bezahlen als vorher, da im gleichen Maße, wie der Ölpreis stieg, der Dollar, in dem ja alle Ölgeschäfte abgerechnet wurden, an Wert verlor, d.h. inflationiert bzw. abgewertet wurde. Für die Währungen, deren Inflationsrate noch höher lag als die des Dollars, sah es schlecht aus, sie mußten tatsächlich weit mehr als vorher bezahlen, so z.B. fast alle Entwicklungsländer. Wir haben die Folgen, die sich daraus ergaben, die „Zurichtung der Entwicklungsstaaten für die Multis“ (Tetzlaff) in der letzten Autonomie (Nr. 10) beschrieben.

Trotzdem war anscheinend ein großes Durcheinander von weltwirtschaftlichen Vorstellungen in den Jahren 1974/75 in den herrschenden Kapitalkreisen zu verzeichnen. So galt es für das amerikanische Außenministerium unter Kissinger zunächst, die europäischen Vasallen hinter sich zu bringen und Separatverhandlungen mit den Förderländern zu unterbinden. Mit der Begründung, der OPEC-Bedrohung müsse gemeinsam begegnet werden, diktierte Kissinger den Europäern die Internationale Energie Agentur (IEA) als Gegenkartell auf, um die Kontrolle über die jeweiligen nationalen Schritte in der Energieversorgung zu gewährleisten. Vordergründig sollte im Falle eines Lieferboykotts gegenseitige Unterstützung unter den Industrieländern organisiert werden, tatsächlich ging es aber um weit mehr, nämlich die Abstimmung auf eine Energiekonzeption, die von den amerikanischen Interessen geprägt war. Zeitweilig war anscheinend die US-Seite geneigt, den Zahlungsbilanzproblemen ihrer Partner insoweit nachzugeben, als man einen gespaltenen Ölpreis erwog. In den Metropolen sollten die Energiepreise weiterhin steigen (Abschöpfung der Einkommen für neue Projekte, Angriff von der „Seite“), andererseits sollte die OPEC mit den Preisen wieder runtergehen, wofür auch militärische Schritte nicht ausgeschlossen wurden. (Nach der sog. Tucker-Studie sollte ein 400 km langer Küstenstreifen am Golf besetzt werden, Jonas/Minte, S. 67.)

Schließlich wurde dann doch die „Recycling-Lösung“ akzeptiert, die geordnete Rückschleusung der Ölgelder. Eine hohe Steigerung in den Einnahmen der Nahostländer war sowieso Teil des strategischen Konzepts der US-Konzerne und des US-Außenministeriums. Indem sich die amerikahörigsten Regimes im Nahen Osten, der Iran und Saudiarabien, an die Spitze der OPEC gesetzt hatten, war ein Ausbrechen radikaler Länder nicht mehr möglich. Die Saudis konnten jedes andere Land in seinen radikaleren Preisforderungen (und erst recht bei Verstaatlichungen und Ausschaltung der US-Konzerne) unterlaufen, indem sie ein paar Millionen Barrel mehr auf den Weltmarkt warfen. Alle Länder der OPEC waren insofern angebunden an die Linie von Scheich Jamani und vom Schah.

Die US-Ölmultis konnten nun voll weiter im Geschäft bleiben, eine Konkurrenz von Europäern mit einer Direktachse in den Nahen Osten oder Down-Stream-Aktivitäten der Förderländer waren nicht mehr zu befürchten, da diese reichlich mit den Öleinnahmen entschädigt waren. Diese Öleinnahmen sollten an sich im Nahen Osten eine konterrevolutionäre Wirkung entfalten, indem eine schnelle Industrialisierung die Basis der kapitalhörigen Regimes verbreitern, die traditionellen Unterklassen mit Ölgeldern massenhaft bestochen und Fortschrittsillusionen genährt werden sollten. Die Folgen ei-



Staatliche iranische Ölraffinerie in Abadan

ner solchen schnellen Industrialisierung zeigten sich im Iran ganz drastisch, in sämtlichen Ländern des Golfs und anderen Förderstaaten ergaben sich ähnliche Probleme einer total gespaltenen oder sich auflösenden Gesellschaft, in der sich die Massen „dem Fortschritt“ entgegenstellen.

Die Käufe der Ölförderstaaten in den USA, Waffen, Investitionsgüter, Bauten, sollten die Exportwirtschaft in der Metropole stärken, neue Absatzmärkte und Möglichkeiten der Mehrwertabpressung eröffnen. Insofern ist das Zugeständnis von Grundrente an die Ölstaaten Bestandteil der neuen internationalen Arbeitsteilung, die völlig von den Planungen in Washington und Wallstreet abhängig ist. Für den weltwirtschaftlichen Ernstfall ist die militärische Option der USA jederzeit offen.

In der Autonomie haben wir den Einschnitt, den die iranische Revolution 1979 brachte, bereits häufig als Ausgangspunkt für eine Beschleunigung des Krisenverlaufs analysiert. Das Projekt der Energiekrise hatte in den USA unter Carter stagniert, weil sich die einheimischen Produzenten einer Besteuerung, dem Abbau von Subventionen und einer Flurbereinigung bei den Ölförderern widersetzen. Dazu kamen die Anlaufschwierigkeiten bei der Inangsetzung von Kohleprojekten und der Widerstand gegen die Atomenergie.

Das Tempo, mit dem die grundsätzlichen Energievorhaben gefahren wurden, mußte nach dem iranischen Volksaufstand revidiert, d.h. beschleunigt werden. Zum ersten Mal stieg der Ölpreis schneller als die Inflationsrate des Dollars (von 23 Dollar auf 35 Dollar pro Barrel 1979/80). Alle Maßnahmen, die den Ölverbrauch senken würden, waren willkommen.

Die Preiserhöhungen für alle Energiearten wurden mehr und mehr für eine Entwicklung eingesetzt, die es erlaubte, gegen Länder, in denen sozialrevolutionäre, aber auch sonstige nicht genehme, Umbrüche stattfinden würden, einen Abnahmeboykott zu verhängen. Tatsächlich liefen dann Abnahmeboykotts gegen Nigeria (NZZ 3.4.82) wegen zu hoher Preise und gegen Libyen. Neben der Abkopplung im Bereich der Förderung – statt 96% kommen nur noch knapp 70% des Erdöls aus OPEC-Ländern – haben die Umrüstungen im Ener-

giebereich (z.B. Erdgas statt Heizöl, Energiesparmaßnahmen in der Industrie etc.) und der Rückgang des Benzinverbrauchs wegen hoher Benzinpreise und gleichzeitig sinkender Einkommen zu einer Schwemme auf dem Weltölmärkte geführt. In der BRD ist der Mineralölverbrauch 1980/81 um 20% (!) gesunken. Die Preiserhöhungen beim Erdöl in Verbindung mit Neuerungen und Krise haben seit 1979 also schneller als erwartet Erfolg gehabt. Für die Kapitalisten vielleicht zu schnell. Nun läßt sich der steigende Energiepreis schwerer durchsetzen und taugt deshalb nicht mehr so gut als Stimulans und Regler für den sektoralen Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft. Im Gegenteil: der nun tendenziell gefährdete Gesamtenergiepreis (durch die Ölschwemme) hat zahlreiche Projekte auf Kohlebasis oder Ölsanden wieder in Frage gestellt – eine Reihe von ihnen sind bereits gestoppt worden.

Dieser Wendepunkt seit 1980/81, nämlich Rückgang der weltweiten Erdölproduktion, Überschüsse in den Lagern, Preisenkungen auf Seiten der OPEC und das Ausschalten einzelner Lieferantländer wie z.B. Libyen von der Belieferung der USA, markiert ebenfalls den Übergang zu einer veränderten weltweiten Krisenstrategie durch die Transnationalen. Bis 1981 funktionierte das Management der Knappheit auf dem Energiesektor, indem mittels steigender Energiepreise der industrielle Umstrukturierungsprozeß und die Neuzusammensetzung der metropolitanen Klassen dynamisch vorangetrieben und gleichzeitig inflationär finanziert werden konnte. Dem hohen Energiepreis entsprachen ein niedriger Dollarkurs und eine – nicht durch Lohnkämpfe, sondern von den Konzernen induzierte – Inflation. Nun wird statt der Energie das Geld verknappt, die Dollarkurse steigen ebenso wie Zinsen. Statt der Energiekrise also eine Geldkrise, die Politik des Monetarismus.

Wenn dem Energiesektor im bisherigen Verlauf eine grundsätzlich strategische Bedeutung zukam, so waren es im wesentlichen drei Elemente, die ihm diese Bedeutung verschafften:

1. die Umgehung eines direkten Zusammenstoßes mit der Klasse; zum einen ist das Energiekapital eines der orga-

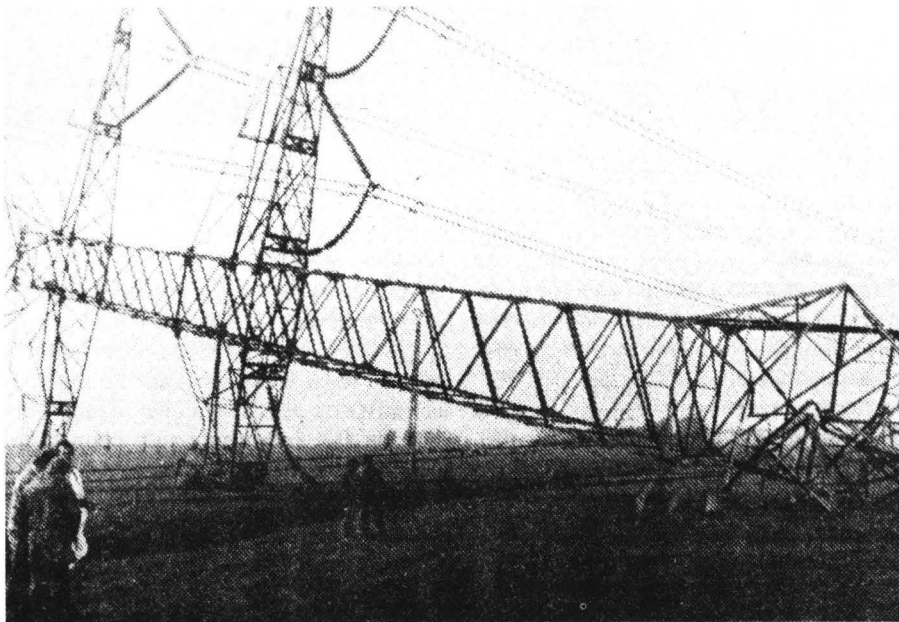
nisch am höchsten zusammengesetzten und erzeugt demnach bei einem Boom in diesem Sektor keine wesentliche Stärkung der Klasse, zum anderen lief die Abschöpfung im wesentlichen über einen an sich anachronistischen Grundrentenmechanismus (wesentlich der OPEC-Staaten), der als progressive Emanzipation von Entwicklungsstaaten gegen die Metropolen im internationalen Maßstab spalterisch gegen eine sozialrevolutionäre Vereinheitlichung eingesetzt wurde.

2. die zirkulationstechnische Bedeutung des Energiesektors auf der Ebene der Weltherrschaft des Dollars; der Einsatz des Petrodollarrecyclings als doppelte Entwicklungspolitik für Metropolen und Nahen Osten unter Vorherrschaft der USA, die durch den integrativen Mechanismus der Geldmärkte im wesentlichen durch die US-Großbanken gesteuert wurde.

3. Die Folgen dieser Entwicklungspolitik, indem die stofflich-technologische Voraussetzung für die regionale und sektore-

rale Neuzusammensetzung der metropolitanen Unterklassen geliefert wurde, sodann das Modernisierungsdiktat für den Nahen Osten und die forcierte Ausplünderung der Staaten der drei Kontinente und ihre Zurichtung für den Zugriff der transnationalen Konzerne.

Trotz AKW-Bewegung und aller kompromißlerischen Worte von SPD-Politikern hat die BRD-Regierung diese imperialistische Weltpolitik der USA voll mitgetragen und sich zu ihrem Instrument in der BRD gemacht. Die Energieprogramme, zuletzt die dritte Fortschreibung vom November 1981, sind bewußte und strategische Entwürfe von Klassenpolitik. Sie nur auf der Ebene von quantitativen Vorausschätzungen des Stromverbrauchs oder des Festhaltens an der Atomenergie anzugreifen, ist bürgerliche Opposition. (Taz vom 12.11.81: „Die Seriösität der Energieprogrammfortschreibung wird auch von Fachleuten in den Bonner Ministerien angezweifelt.“)



Gesprengter Meteo-Mast bei Gösgen, Schweiz

## Der Energiesektor als Mittel zur Neuzusammensetzung der Klasse

Im letzten Kapitel hatte ich versucht, die strategischen Zusammenhänge auf „Weltebene“ zu klären, wobei ich dem US-Kapital die entscheidende Rolle zuwies. Im folgenden geht es darum, wie sich der deutsche Plan- und Krisenstaat in Einheit mit den großen deutschen Konzernen innerhalb der weltpolitischen Weichenstellungen der USA bewegt hat. Die Energiekrise und der Energiesektor sind vom BRD-Kapital durchaus als Mittel begriffen worden, die Zusammensetzung der multinationalen westdeutschen Arbeiterklasse neuzubestimmen und die Produktionsstruktur demgemäß zu ändern. Die Festigung der Rolle der deutschen Konzerne auf dem Weltmarkt und die Ummodelung der Klassenverhältnisse im Innern sind dabei nicht zu trennen – wie schon gesagt, Politik und Ökonomie, auch sozialdemokratische, sind ein integrierter Entwurf von Klassenherrschaft.

Man kann die Geschichte von der Ökonomie her aufrollen. Dann hieße das: Die deutsche Wirtschaft muß technologisch immer auf dem neuesten Stand sein, muß mit ihren Produk-

ten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein, weil der Absatz der Exportwirtschaft über das Schicksal der gesamten deutschen Wirtschaft entscheidet. Diese Grundsatzentscheidung zur technologischen Überlegenheit und zum technologischen Vorsprung wird gängigerweise mit dem Profitinteresse des Kapitals erklärt. Das ist natürlich keine Erklärung, weil es den Kapitalismus mit dem Kapitalismus erklärt. Für uns ist die andere Seite, die zur Herrschaft über die Unterklassen, die wichtigere in der Analyse. Dann müssen wir die ökonomischen Entscheidungen in ihrer Bedeutung für die Neuzusammensetzung der Klasse untersuchen.

Das deutsche Kapital hat schon seit Nazizeitern immer die Vorstellung gehabt, den Klassengegensatz im Innern dadurch zu entschärfen, daß dem deutschen Proletariat die angenehmere Arbeit zugeschanzt wird, während die Dreckarbeit andere Nationen bzw. das andere Geschlecht machen sollten. Deutschland eben als „Blaupausenzentrum“, in dem die leichtere Planungs- und Konstruktionsarbeit anfällt, während die

ausführenden Tätigkeiten Fremdarbeitern überlassen oder die entsprechenden arbeitsintensiven Fertigungen woanders aufgestellt werden. Das ist entscheidend wichtig, weil die Atomkraftwerke als technische Spitzenprodukte für den Charakter Deutschlands als „Blaupausenzentrum“ stehen. Die Entscheidung für die AKWs ist also neben der militärischen Option von vornherein eine Richtungsentscheidung, mit der das Kapital auch über die Zusammensetzung der Klasse entschieden hat. Es gibt eine Reihe von Veröffentlichungen, die die Investitionsentscheidungen, die Kapitalströme, die Einflußnahme bestimmter Konzerne, also all das, was so rein ökonomisch aussieht, untersuchen. Ich finde den Aufsatz von Susanne Polke im Kritischen Tagebuch Nr. 1 von 1977 ganz gut. Da wird gezeigt, wie bestimmend die Atomenergie für ganze Branchen ist, vom Maschinenbau bis zur Elektroindustrie. Was dort wie in den anderen ökonomischen Untersuchungen fehlt, sind die Auswirkungen für die direkte Arbeit in den betroffenen Konzernen bzw. welche Firmen pleite gehen oder geschlossen werden und in welche investiert wird.

Die AKWs und die damit verbundenen Strukturentscheidungen sind exemplarisch. In jeder Branche könnte aufgezeigt werden, wie das Jagen nach technischen Spitzenprodukten „made in Germany“ im Zusammenhang mit der Qualifikation der Arbeiter/innen, mit dem Aufbau der Produktion und demgemäß mit der Zusammensetzung der Klasse steht. In den Artikeln über Technologie/Computerisierung wird dazu mehr gesagt (nächste Nr. der Autonomie).

Die Idealvorstellung der Planer war, daß in der BRD überhaupt keine Industriearbeit stattfindet. Das wurde z.B. für die Werften konkret diskutiert, nämlich alle Werften in Deutschland zu schließen und nur noch mit Computerverbund gemeinsame Konstruktions- und Entwicklungsabteilungen für Schiffe aufrechtzuerhalten, die Schiffe selbst aber in Lissabon oder Korea zu bauen. Das erwies sich dann als nicht durchführbar, weil eine derartige Trennung zwar fein aus der Sicht der Arbeitsmarktplaner und Kontrolleure sein mochte, aber praktisch nicht hinlief. Ein Rest von Fertigung mußte bei aller Verlagerung in die drei Kontinente oder sonstwohin in der BRD bleiben. Die Umstrukturierung der Produktion hin zur Entwicklung und weg von der Arbeitsintensität unmittelbarer Handarbeit drückte sich auch in dem Schlagwort von der Dienstleistungsgesellschaft aus. Dabei sind Dienstleistungen für den oder die, die sie machen müssen, natürlich genauso beschissene Arbeit wie die andere auch. Für die Arbeitsmarktplaner stand nur immer der Wunsch dahinter, das altertümliche Proletariat aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen und damit auch einen proletarischen Umsturz. Alles in allem ging es bei dem sogenannten Strukturwandel der Wirtschaft immer auch um eine Arbeitsmarktkonzeption zur Befriedung der Unterlassen.

Der Energiesektor sollte als strategischer Sektor in diese Richtung wirken, und zwar in sektoraler (branchenmäßiger) und auch in regionaler Hinsicht. Den Konzern- und Staatsplanern war spätestens seit Ende der 60er Jahre (seit der Rezession 1966/67) klar, daß sie die Atomenergie als Instrument eines Übergangs zu einer modernisierten Volkswirtschaft und damit zu einer Neuzusammensetzung der Klasse benutzen wollten. Der Angriff auf den Massenarbeiter über den Energiesektor ist meiner Meinung nach schon in den regionalen Arbeitsmarktplanungen vor dem großen Einschnitt von 1973 angelegt. Die weitgehend von den Sozialdemokraten betriebene planstaatliche Modernisierung im Modell Deutschland sah im Kern eine Entballung und Dezentralisierung der alten Industriestruktur vor. Das hieß, man wollte raus aus den großen Städten und Ballungsgebieten und „auf der grünen Wiese“ neue, viel modernere schön automatisierte Fabriken und Siedlungen hochziehen. Schön steril und wohl kontrolliert

durch eine saubere Planung – das heißt: die Siedlungen von der Neuen Heimat einschließlich der Sanierung von Mittelstädten (Zentrale-Orte-Modell), das heißt: Bau von Atomkraftwerken möglichst in Flußnähe oder an der Küste wegen der (Transport/Umwelt) Standortvorteile, und das heißt: energieintensive Großproduktion mit möglichst kleinen Belegschaften.

Als wir diesen Sachverhalt zum ersten Mal in der Autonomie (alte Folge) Nr. 12 („Region Unterelbe – Industrieansiedlung und Arbeitsmarkt“) analysierten, war uns der Zusammenhang mit der Aufsplitterung der Arbeitsmärkte noch nicht so klar. Wir mußten uns noch mit der Propaganda von der Schaffung von Arbeitsplätzen auseinandersetzen. Heute wissen wir sehr viel mehr über den Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und neuer Arbeitsmarktpolitik: ökonomische Probleme sinkender Profitraten sind für die Kapitalisten der Ausgangspunkt, neue Arbeitsmoral zu erzwingen, indem sie für einen Teil der Bevölkerung in der Metropole eine regelrechte Verelendungspolitik betreiben. Die Löhne werden in den „Segmenten“ gesenkt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, der Zwang zur Arbeit verschärft. In der Rückschau wird klar, daß die Kapitalisten sowohl die weltwirtschaftlichen Umpolungen im Energiesektor als auch die arbeitsmarktpolitischen Initiativen zusammengebunden haben, um einen Angriff auf das keynesianische Proletariat auszuführen. Die feineren arbeitsmarktpolitischen Überlegungen zur ‚Dualisierung‘ und unsere Überlegungen zum „neuen Subjekt“ des prekären nach-keynesianischen Arbeiters finden sich an anderer Stelle im Heft.

Ganz global wird also der BRD und der metropolitanen Klasse hier im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung eine bestimmte Produktionsstruktur zugewiesen, andererseits bedeutet diese Produktion gleichzeitig die Neubestimmung von Branchen und Produktionsstandorten, also Neuzusammensetzung der Klasse. Die Energiekrise und die Anhebung der Ölpreise sind die Instrumente, die sowohl auf Weltebene der neuen internationalen Arbeitsteilung als auch im metropolitanen Bereich dem „Strukturwandel“ zum Durchbruch verhelfen sollten. Also umgekehrt, wie mensch vielleicht annehmen könnte: Die für das Kapital notwendige Beherrschung der Unterlassen und die dafür notwendige Neuzusammensetzung gebiert die Energiekrise, bringt sie hervor als notwendige Schachzug, um die Sache voranzutreiben. Die Energiekrise, der Ölpreisschock von 1973 sind das Signal zum Angriff auf den Widerstand der Massenarbeiter.

Merkwürdig ist für mich die Gleichzeitigkeit, mit der auf internationaler Ebene das Krisensignal paßte. Anscheinend waren die Kämpfe der Massenarbeiter/innen auf Weltebene ebenso stark, wie wir sie mit dem heißen Frühjahr/Sommer 1973 in der BRD erlebt haben (s. Roth, K.-H., Die andere Arbeiterbewegung). Mir kam der Ölpreisschock vor, als sei er eine unmittelbare Antwort auf die wilden Streiks in den Fabriken.

An sich wäre eine Untersuchung über die Veränderung der Klassenverhältnisse in den USA als Angelpunkt zu nehmen, weil dort der Zusammenhang zwischen den Kämpfen der US-Unterlassen und den Maßnahmen der Konzerne auf weltwirtschaftlicher Ebene deutlicher hervortritt als bei uns. Auch dort gab es in den Siebzigern eine regionale Neuzusammensetzung gigantischen Ausmaßes: die Industrie ging in den SUNBELT, die Südstaaten, um die Massenarbeiterstärke in den alten Hochburgen in Detroit usw. zu zerschlagen. Weiter oben hatte ich den Zusammenhang zwischen innerer Stärke der Klasse in den USA und den Außenhandelsproblemen als Hauptursache der neuen Strategie im Ölbereich aufgezeigt.

In der BRD traf sich die Energiekrise praktisch mit einer schon längst angelegten Modernisierungsvorstellung des Kapitals. Während der 60er Jahre sind in der Großforschung über den Staat in verschiedenen Industriezweigen die Grundlagen für die Ablösung eines widerständigen Arbeiters in der Massenproduktion gelegt worden. Dazu gehören neben der Atomtechnologie die Luft- und Raumfahrttechnik und die Datenverarbeitung. Der „technische Fortschritt“ wurde aus Konkurrenzgründen mit den USA von Staat und Kapital gemeinsam gefördert (aus Steuermitteln), gleichzeitig waren die Ergebnisse die Voraussetzung einer Umwälzung der Klassenstruktur.

Der US-Schlag von 1973 paßte also auch voll in das vom BRD-Kapital vorbereitete Modernisierungskonzept. Nämlich: weg vom Öl bedeutete hin zu neuen Verkehrssystemen (weg vom Auto), bedeutete weg von der Ölheizung und hin zu der mit Atomstrom betriebenen Nachtspeicherheizung oder stromgetriebenen Wärmepumpen. Das „Weg vom Öl“ und das später zusätzlich zum Hauptthema erhobene Energiesparen bedeutete auch die rationalisierte Energieverwendung beim Übergang zur großtechnologischen Automation.

Unzweifelhaft sollte in der Perspektive nicht mehr das importierte billige Öl die tragende Säule der Volkswirtschaft sein, sondern im Inland erzeugter Strom und andere Energieträger. Es ist klar, daß auf dieser Schaltebene das Profitinteresse der deutschen Konzerne verschmolzen war mit ihren gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen. Wenn sich Konzerninteressen (Maschinenbau, Elektro, Energie etc.) umsetzen in Gesellschaftspolitik, heißt das für uns immer: hier geht es um die Reorganisation der Kontrolle von oben.

Defacto lief also der Krisenangriff seit '73 über die Außenwirtschaft hausgemacht, von der her dem Binnenkapital klar gemacht wurde, daß von nun an zu sparen sei. Es sollte beim Benzin- und Heizölverbrauch gespart werden und auch bei den Löhnen. Mit dem von den Energiemultis eingezogenen Sparkapital sollten dann sowohl die OPEC-Staaten mit Grundrente bezahlt als auch der Aufbau einer neuen metropolitane Energieerzeugung finanziert werden. Dazu kam das Recycling für die Finanzierung anderer Umstrukturierungsmaßnahmen. Dieser Zusammenhang war ja schon des öfteren benannt worden.

Der Energiepreis bei Benzin, Heizöl und Strom bewirkt selbstredend „durch Marktkräfte“ eine Steuerung im Verbrauch, die für neue Richtungen, für Investitionen in die Zukunftsbranchen die Impulse liefert. Der steigende Benzinpreis wird tendenziell zum Disziplinierungsmittel, mit dem der Verzicht aufs Auto für die neuen Armutsschichten klar gemacht wird. Wer kein Auto mehr fährt und modernerweise aufs Rad oder die neue Elektroschnellbahn umsteigt, der kann auf den Teil seines Einkommens verzichten, den er bislang fürs Auto brauchte, um ihn den Stromkonzernen zu geben. Wenn's Heizöl teurer wird, wird eben eine „alternative Energieversorgung“ mit Wärmepumpe angeschafft und die Bauwirtschaft mit Abdichtung der dünnen Stellen am Haus beauftragt. Auf jeden Fall wird mit den weiter steigenden Energiepreisen der Strukturwandel vorangetrieben. Strobo tut so erst recht not.

Ich möchte nochmal auf den Zusammenhang von neuen Energiezentren und der Neuordnung der Arbeitsmärkte eingehen. Zunächst bringt die AKW-Planung von vonherin einen überregionalen neuen Zugriff auf die Energie und damit die Industrieproduktion, weil sie eine völlig anders geartete Standortplanung notwendig macht als die herkömmliche Kohle-Stahl-Verbindung.

In den 60er Jahren wurden die ersten neuen Gesamt-BRD-Raumplanungen im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen entwickelt. Im Kriegsfall sollten keine Abhängigkeiten von den alten Industriegebieten (Ruhrgebiet, Hamburg, Hannover-Salzgitter u.a.) mehr bestehen, sondern es sollten eigenständige **Teilverteidigungswirtschaften** geschaffen werden mit eigener AKW-Energieversorgung. Diese Dezentralisierung für den Ernstfall fand sich im zivilen Bereich genauso wieder. (Zu der Teilverteidigungswirtschaft s. Autonomie 4/5, S. 90) Dort heißt das Leitmotiv sehr demokratisch: Gleiche Lebensbedingungen überall in der BRD. Dahinter verbirgt sich aber ein gewaltiger Angriff auf die gewachsene Struktur von Industriestädten, alten Zentren und agrarischen Gebieten. Die nationale Raumplanung von oben (die in der BRD an sich Ländersache ist) möchte praktisch geometrisch eine Rangfolge von Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren über das ganze Land spannen und hat dies auch schon mit der Verwaltungsreform und den fast überall durchgeplanten Flächennutzungen und Infrastrukturausstattungen getan. Nur: Was gebraucht wird, sind ebenso gleichmäßig verteilte Arbeitsplätze bzw. Produktionsstätten, und dafür brauchte es die AKWs. Die naturwüchsige Zuordnung von Industriegebieten zu den vorhandenen Bodenschätzen oder besonderen geographischen Vorteilen war mit der Entwicklung einer weitgehend standortunabhängigen Energiequelle aufzuheben. Jetzt konnte das Kapital gegen die alten Ballungen aus dem letzten Jahrhundert einen geographischen Angriff starten. Nunmehr kam es auf Planung aus des Politikers Hand an, wo etwas Neues entstehen sollte, und nicht mehr auf das, was im Boden steckte.

Tatsächlich ist der Widerstand gegen AKWs, der ganze Regionalismus ja die Konsequenz dieser übergeordneten Unterwerfungsabsichten gegen die gewachsenen Regionen.

Nun wäre genauer zu beschreiben, welche Industriezweige in den alten Ballungsgebieten stecken und welche in den neuen auf der grünen Wiese aufgebaut werden sollen. Beispielsweise das Ruhrgebiet als typisches Gebiet für die Kopplung von Kohleförderung, Stahlproduktion, Maschinenbau, aber auch arbeitsintensiver taylorisierter Fabrik (das Bochumer Opel-Werk). Vor allem, was der Niedergang des einen und die Modernisierung des anderen Gebietes für die Menschen, die dort leben, bedeutet, wie sie aus einer anscheinend notwendigen ökonomischen Entwicklung zu Objekten degradiert werden und nur Spielball in einem rasanten Prozeß sind. Der ökologische Widerstand, der Häuserkampf, der Kampf gegen Stilllegungen (sehr ambivalent allerdings) stehen alle diesem überregionalen geplanten Raumordnungs- und Neuzusammensetzungsprozeß gegenüber. Ja, wie gesagt, das wäre genauer zu beschreiben. An dieser Stelle allerdings nicht. Ich kann nur versuchen, einige „Rahmenbedingungen“ zu nennen.

Heute sieht es so aus, daß sowohl der Schrumpfungsprozeß im Ruhrgebiet weitaus dramatischer verläuft als ursprünglich von oben vorgesehen als auch daß die Errichtung neuer Zentren ziemlich verlangsamt wurde und erst jetzt mit dem neuesten Krisenprogramm wieder beschleunigt werden soll.

Im Ruhrgebiet sollen, um sozusagen einen Aufstand der dort anschwellenden Massenarmut zu verhindern und gleichzeitig den (Geld-)Hunger der Leute auszubeuten, neue Möglichkeiten nach Art einer „freien Produktionszone“ für die Multis geschaffen werden. Mit der Verlagerung und dem Rückgang der Stahlproduktion einerseits, mit den nicht eingelösten Hoffnungen auf umfangreiche neue Kohleprojekte, mit der Krise der arbeitsintensiven Fließbandproduktion ist dort die



Verarmung der Leute schon so weit vorangeschritten, daß selbst eine regionale „Reagonomics“-Politik denkbar erscheint. Das heißt, daß die „Errungenschaften“ des Sozialstaats und der arbeitsrechtlichen Absicherung, des Arbeitsschutzes, des Umweltschutzes, all die sogenannten administrativen Hemmnisse, die den Unternehmern Kosten bereiten, abgeschafft werden sollen: – Singapur in Dortmund? – unter dieser Fragestellung wird allen Ernstes unter Regionalplanern bereits diskutiert (in: Stadtbauwelt Nr. 74 (1982)). Wenn die Planer auch das Maximalprogramm verwerfen, es zeigt doch die Richtung an, in der es weitergehen soll. In den besonders betroffenen Krisengebieten sollen die Arbeitskosten, also nicht nur die Löhne, sondern die ganzen „social costs“ soweit gesenkt werden, daß sich das Investieren für neue Fabriken usw. lohnt. Damit würden dann tendenziell die Standortvorteile von sog. Billiglohnländern wieder wettgemacht durch andere hier in der BRD. Wie wir das bisher schon kennen wird es nicht mit der Brechstange auf einmal kommen, sondern stufenweise, dosiert und jeweils am Widerstand orientiert, der ihnen zeigt, wo es für sie geht und wo der Widerstand noch zu groß ist. Wir müssen also auch die kleinen Vorstöße der Gegenseite ernstnehmen, weil sie Teil eines größeren Programms sind.

Während regionalisierte Krisenpolitik nach dem einen Vorschlag den „Rückzug“ des Staates aus den verelendenden Gebieten vorschlägt, um die neuen Investitionen anzulocken, wollen die anderen eine noch genauere Feinplanung von oben. So stellt sich z.B. eine Regionaluni, die Oldenburger, auf die Krise ein, indem die Forschung Ostfriesland und den Nordwestraum sozialwissenschaftlich neu vermißt. Es wird nach dem Vorbild tayloristischer Arbeitswissenschaften der letzte Vorrat an Arbeitszeitressourcen in der Freizeit der Bevölkerung aufgespürt. Als Modell und Anregung für die Kontrolle der armen ostfriesischen Bevölkerung, arm, weil es wenig Industrie und viele Arbeitslose gibt (auch schon früher gab), dient die Alternativszene. Deren Alternativökonomie dient Forschern wie Vonderach, Krafft und anderen dazu, den „informellen Sektor“ oder eine Subsistenzökonomie der Landbevölkerung als Bestandteil von „Daseinsgrundfunktionen“ zu entdecken.

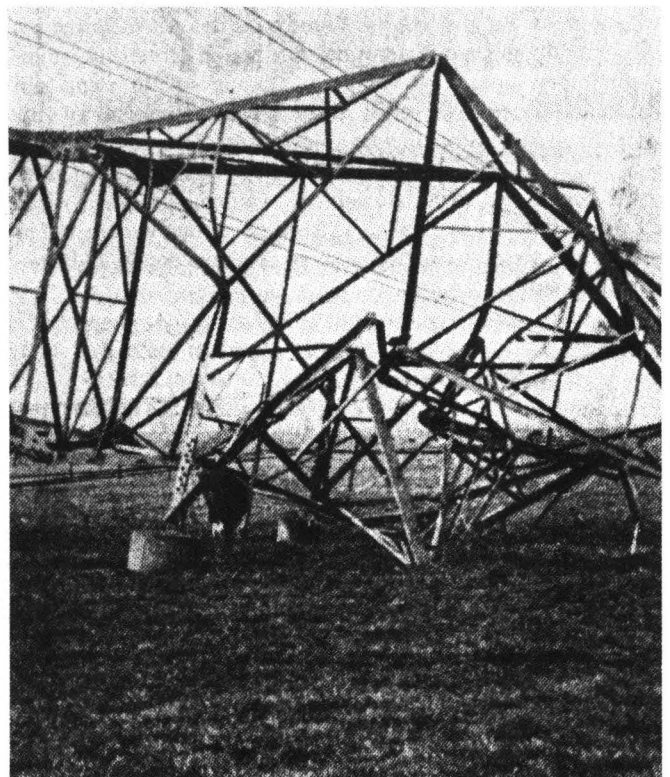
Im Grunde passiert etwas, was in den drei Kontinenten seit Anfang der Siebziger genauso abgelaufen ist. Schrebergärten, kleine Landwirtschaft, Schwarzarbeit, Nachbarschaftshilfe usw. werden als Mittel zur Deckung des Lebensunterhalts anerkannt. Die Oldenburger Studentenzeitung schreibt: „Besonders in den Randzonen (z.B. der Nordwestraum Niedersachsens) kann die Verallgemeinerung des Konzepts zu einer teilweisen Subsistenzwirtschaft (Gartenbau plus notwendige Schwarzarbeit) verbunden mit einem ‚alternativwirtschaftlichen Kreislauf‘ eine besonders prekäre Verelendungsstrategie herbeiführen.“ (OSZ, S. 43)

Daß diese und ähnliche Verelendungspolitiken die genaue Kehrseite des Atomprogramms seien, darauf versuchen wir schon seit ein paar Jahren hinzuweisen. Nicht nur in den drei Kontinenten werden die Energiezentren und modernen Fabriken als „Kathedralen in der Wüste“ entwickelt, auch bei uns bringt die Brutalität des Spätkapitalismus eine ähnliche Erscheinung hervor. Was Claudia v. Werlhof als die Hausfrauisierung der Arbeit bezeichnet hat, ist konkret die Verarmung der ehemaligen Massenarbeiterfamilien, der Frauen, Jugendlichen und Ausländer im Umland der Festungen des Kapitals.

Die breite Diskussion möglicher Alternativen zum „Atomprogramm“ ist bekanntlich ein Ergebnis der Anti-AKW-Bewegung, die zwar praktisch einen Teil des Modernisierungsprogramms für die Klassenherrschaft blockiert hat, aber theore-

tische Entwürfe fast nur für den Energiebereich bzw. den Umweltbereich thematisiert hat, statt den zugrunde liegenden Plan des Kapitals zu diskutieren. Das ist insofern sehr schlimm, weil selbst der weltgrößte Energiekonzern Exxon die Ergebnisse der Alternativen Forscher akzeptiert hat und nicht mehr auf Atomenergie setzt. Amory Lovins durfte in den „Foreign Affairs“, also einem Hausblatt der größten US-Konzerne und des US-Außenministeriums, seine Vorschläge für den sanfteren Weg vortragen. Unter Carter hatte sich immerhin ein Teil des US-Kapitals von der unbedingten Priorität des „harten Wegs“ abgewandt (was sich z.B. im Harvard Energie Report ablesen läßt). Der Anti-AKW-Bewegung fehlte meiner Meinung die weitertreibende theoretisch revolutionäre Konzeption und Analyse, was sich heute noch als Defizit in der Strategiedebatte bemerkbar macht. Wir haben in unserer Nummer zum AKW-Kampf schon einiges zum Freiburger Öko-Institut und Florentin Krause gesagt. Ich kann diese Einschätzungen nur noch mal wiederholen, weil sich sein Gerede von der Energiewende und das von anderen über die „Unvernunft“ der Energieplanung in der BRD (Dieter Teufel und Barbara Ruske, Das sanfte Energie Handbuch) auf die Programmatik der Grün-Alternativen niederschlägt. So wichtig die Blockade des Atomprogramms ist, so sehr sollten wir uns davor hüten, mit einem Alternativprogramm – womöglich zur Arbeitsbeschaffung mit Niedriglöhnen – den Kapitalisten unter die Arme zu greifen. Die gemeinsamen Programme von Grünen, Eppler-Fans und dem DGB liegen schon fertig in der Schublade und werden der SPD-Opposition zum Einfangen der Linken dienen.

Die dezentrale arbeitsintensive Energieproduktion in kleinen bürgernahen Kraftwerken ist für den DGB ein erwägenswertes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Ein gewisser Botho Riegert, verantwortlich für Fragen der Energiepolitik beim DGB-Bundesvorstand, betrachtet die Untätigkeit der Arbeitslosen als brachliegendes volkswirtschaftliches Kapital, das man **kostenlos** – also in Form unbezahlter oder niedrigbezahlter Arbeit – für neue dezentrale Kraftwerke bzw. Energiesparmaßnahmen anderer Art einsetzen könne. Interessant wie die Dezentralisierung der Produktion und Energieerzeugung von ihm mit der Spaltung der Arbeitsmärkte verbunden werden. (in: V. Hauff, Argumente in der Energiediskussion: Energieversorgung und Lebensqualität, S. 247 f.)



Die Erforschung der regionalen Untergrundwirtschaft soll herausbekommen, wie die Arbeit der neuen Teilzeitkräfte und Heimarbeiter mit der „Eigenarbeit“ so ineinandergreift, daß die tatsächliche Verarmung und Lohndrückerei möglichst unsichtbar bleibt. Vielleicht wird der unmittelbare Austausch von Lebensmitteln und ein Schwarzmarkthandel schon in die absehbare Elendspolitik eingebaut. Genauso wahnsinnig finde ich den „Reichweitenansatz“ in der Regionalforschung. Es wird geguckt, wie groß die optimale Entfernung vom Heim zum Arbeitsplatz und zu den kommunalen Einrichtungen ist, um daraus den Schluß zu ziehen, welche Arbeitskräfte auf ein Auto verzichten können und welche nicht. Und wieviel bei den Infrastrukturausgaben gespart werden kann usw. Auf allen Ebenen wird der Rückwärtsgang eingelegt, um den Rückzug aus der Konzeption von Nachfrigesteigerung (Keynesianismus), also allmählich steigenden Reallöhnen, in der gesamten Infrastrukturplanung umzusetzen. Das hat enorme Auswirkungen auf den Städtebau, wenn dort das alte Konzept der „Charta von Athen“ aus den dreißiger Jahren, nämlich die Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Konsumieren, aufgehoben wird. Das ist nämlich möglich, seitdem die Großfabrik menschenleer gemacht wird und möglichst alles an nerviger Arbeit in die dezentralen Klitschen (Kleinbetriebe, Mittelbetriebe, Heimarbeit, Subsistenz-, Alternativökonomie) verlagert wird. Dann kann und darf der Arbeitsplatz wieder in der Nachbarschaft sein, weil es ja nur immer ganz kleine Ansammlungen vom „Störfaktor Mensch“ sind. Also nicht mehr die Gefahr wie z.B. in Danzig besteht, daß aus der Nachbarschaft von Hochhaus-Mietskasernen und Großwerft der Massenarbeiteraufstand losbricht.

Die Planung verläßt sich darauf, daß gerade die Durchmischung von Menschen ganz unterschiedlicher Klassenlage gegenseitige Kontrolle garantiert, ja es geht soweit, daß in ein und demselben Menschen die Art der Beschäftigung wechseln kann – und damit sein jeweiliges Kampfbedürfnis. Arbeitskämpfe sind sinnlos: Wem's nicht paßt, der kann ja gehen – z.B. Pflaumenkuchen für den Nachbarn backen und damit 2,50 DM pro Stunde verdienen (Hausfrauisierung der Arbeit!?).

An dieser Stelle breche ich ab, einerseits, weil ich keine Zeit mehr habe, andererseits muß in jedem Fall eine Menge konkreter Untersuchungsarbeit in den Regionen „vor Ort“ geleistet werden. Zum ersten Mal könnte innerhalb einer sozialrevolutionären Perspektive das Wissen aus der AKW-Bewegung mit der alltäglichen Erfahrung von neuen Unterdrückungsmaßnahmen zusammenkommen. Daraus müßte dann ein Konzept für den autonomen regionalen Befreiungskampf entwickelt werden. Von sozialrevolutionärer Seite muß eine eigenständige Kritik an alternativ-grünen Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit formuliert werden, wenn wir nicht Objekte einer neuen „linken“ Mehrheit werden wollen, die in scheinbar fortschrittlicher Weise an die Ziele der AKW-Bewegung anknüpft.

## Literatur

### zu I: Eisenbahn als strategischer Sektor

- Hobsbawm, Eric J.: Industrie und Empire, Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, Bd. I, Frankfurt/M. 1970<sup>2</sup>
- Mottek, Hans: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. II, Berlin 1973<sup>2</sup>
- List, Friedrich: Werke Bd. III, Schriften zum Verkehrswesen, Berlin 1929.
- Wagenblaus, Horst: Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835-1860, Stuttgart 1973.
- Francis, John: A History of the English Railway, 1851.

### Energiepolitik

- Eisenhans, Hartmut (Hrsg.): Erdöl für Europa, Hamburg 1974.
- Chevalier, Jean-Marie: Energie – die geplante Krise, Ursachen und Konsequenzen der Ölknappheit in Europa, Frankfurt/M. 1976.
- Mommer, Bernard: Die Bedeutung der Grundrente in der Petroleumproduktion, Analytische Geschichte ihrer Entwicklung von den Anfängen in den USA bis zur internationalen Ölkrise der Ge-

genwart, (Diss.) Tübingen 1977.

- Meinert, Jürgen: Strukturwandlungen der westdeutschen Energiewirtschaft von 1950-1977 unter Berücksichtigung internationaler Abhängigkeiten, Frankfurt/M. 1980.
- Akins, James E.: The Oil Crises: This Time The Wolf is Here, in: Foreign Affairs, Vol 51, No. 3, April 1973 (!).
- Wilson, Carroll L.: A Plan for Energy Independence, in: Foreign Affairs, Vol 51, No. 4, July 1973 (!).
- Hager, Wolfgang (Hrsg.): Erdöl und internationale Politik, München 1975.

### Recycling und Naher Osten

- Altwater, Elmar: Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt, in: PROKLA (Probleme des Klassenkampfes) Nr. 42 (1981).
- Knieper, Rolf: Multinationales Unternehmen und Nationalstaat im Konflikt? – Am Beispiel des Internationalen Währungssystems, in: Däubler, W.; Wohlmuth, K. (Hrsg.): Transnationale Konzerne und Weltwirtschaftsordnung, Baden-Baden 1978.
- Junne, Gerd: Eurogeldmarkt, multinationale Konzerne und die verminderte Wirksamkeit von Staatsinvestitionen, in: Leviathan (1975).
- Fricke, Walter-Ernst: Der Eurogeldmarkt – Entwicklung und wirtschaftspolitische Probleme, Dipl.-Arb. Bremen 1981.
- Jonas, R.; Minte, H.: Petrodollar – Chance für die kooperative Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Gälli, Anton: Die sozioökonomische Entwicklung der Opec-Staaten, Auswirkungen und Perspektiven des Devisenreichtums, München 1979.
- Birks, J.S.; Sinclair, C.A.: Arab Manpower, The Crisis of Development, New York 1980.

### ferner

- Massarat, M.: Links-bürgerliche Analysen der „Energiekrise“, in: PROKLA H. 23 (1976).
- Eisenhans, Hartmut: Ökonomistische oder politökonomische Analyse der Ölkrise, Anmerkungen zu den Thesen von M. Massarat, in: PROKLA H. 28.
- Massarat, M.: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt/New York 1980.
- Adelman, M.A.: The World Petroleum Market, Baltimore 1972.
- Stobaugh, R.; Yergin, D.: Energie-Report der Harvard Business School, München 1980.
- Bettin, Franco: Zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der amerikanischen Energiepolitik, in: Energiewirtschaft 1/1981.

### zu III. Energie und Neuzusammensetzung in der BRD

- Polke, Susanne: Wer braucht Atomkraft? oder: Ist der Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland unaufhaltsam? in: Kritisches Tagebuch Heft 1/1977.
- Autonomie NF Nr. 4/5: AKW-Widerstand – Atomstaat, Hamburg 1980 (dort: Atombombe und AKW, Radikaler Strobo, Mossmann über Why!).
- Geröllheimer, Barni: Region Unterelbe – Industrieansiedlung und Arbeitsmarkt, in: Autonomie (alte Folge) Nr. 12, München/Frankfurt 1978.
- Hauff, Volker (Hrsg.): Argumente in der Energiediskussion Bd. 6: Energieversorgung und Lebensqualität, Villigen-Schwenningen 1978 (wichtig!).
- Riegert, Botho: Alternative Energie- und industriepolitische Innovationsstrategien, in: Hauff, Volker, a.a.O.
- Turowski, Gerd: Zusammenhang von Energieversorgung und Siedlungspolitik, in: Hauff, Volker, a.a.O.
- Fels, Gerhard: Zum Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kiler Diskussionsbeiträge (Institut für Weltwirtschaft Kiel) Februar 1980.
- Klauder, Wolfgang: Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1980.
- Muske, Gitta: Theoretische Arbeitsmarktforschung in der Entwicklung: Ein forschungsstrategisches Angebot aus einer sozialgeographischen Perspektive, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/1980.
- Oldenburger Studentenzeitung Nr. 23/24, Feb. 1982, Schwerpunkt: Regionalforschung und Institutsbildung.
- Thoss, Rainer u.a. (Hrsg.): Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung Bd. 25: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – auch bei abnehmender Bevölkerungszahl?, Münster 1981.
- v. Einem, Eberhard: Enterprise Zones: Freie Wirtschaftszonen im Ruhrgebiet?, in: Stadtbauwelt 74.
- Krause, Florentin u.a.: Energiewende, Raubdruck 1980.
- Ruske, Barbara; Teufel, Dieter: Das sanfte Energiehandbuch, Wege aus der Unvernunft der Energieplanung in der BRD, Reinbek 1980
- BI gegen Atomenergie Osnabrück: Das Emsland: Informationen zur Erschließung und Industrialisierung einer Region, Osnabrück (Mellerstr. 49) 1980.
- Projekt F 26, Uni Dortmund: Die Atomwirtschaft oder unsere strahlende Zukunft, Am Beispiel: Atomenergiezentrum Datteln/Waltrop, Aachen 1977 (Klenkes Verlag Oppenhoffallee 107).
- Meyer-Renschhausen, Martin: Das Energieprogramm der Bundesregierung, Frankfurt/New York 1981.
- Autonome Industriegruppe der BUJ Hamburg: Die Katastrophe wird zum Alltag, Gegen die Industrialisierung der Unterelbe, Hamburg 24.12.78.

# PERSPEKTIVEN NACH DEM REGIERUNGSWECHSEL

## (Zusammenfassung einer Diskussion in der Hamburger Redaktion)

### 1.

Verfolgt man die auch in der Linken geführte Diskussion über den Regierungswechsel, so wundert man sich über die vorherrschende Sprach- und Begrifflosigkeit, die allenfalls der neuen Schießbuden- und Gallionsfigur ironisierende Prädikate zuerkennt und mit erstaunlicher Vergeßlichkeit dem sozialdemokratischen Krisenmanagement nachtrauert, dem wir immerhin den deutschen Herbst, die Trakte, die Höchrüstung, den Weg in den Atomstaat verdanken. Die Furcht vor Zimmermann, so berechtigt sie sein mag, läßt Nostalgie gegenüber der Epoche aufkommen, in der Baum mit dem Ex-Terroristen Mahler konferierte.

Die jüngsten Haushaltsbeschlüsse des neuen Regimes werfen die Frage auf, ob die Inhalte des Lambsdorff-Papiers, die die „Reagonomics“ auch für die BRD auf die Tagesordnung setzen und die immerhin für einen Koalitionsbruch gut genug waren, inzwischen Makulatur sind und ob Stoltenberg gezwungen ist, für eine Kontinuität der ehemals sozialliberalen Krisenpolitik zu sorgen. Aus der Retrospektive läßt sich eindeutig sagen, daß die Politik der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren darin bestanden hat, die Auswirkungen der metropoliten Krise der 70er Jahre dosiert in Mechanismen des Krisenmanagements zu transformieren. Die CDU steht nun vor dem Problem, entweder diese Politik modifiziert fortzuführen, wobei die Möglichkeiten des staatlichen Deficit-Spending schon seit Jahren ausgeschöpft scheinen, oder aber die Schleusen zu öffnen und auch für BRD eine Krise in englisch-italienisch-amerikanischen Verhältnissen zu inszenieren. Letzteres stellt freilich das Risiko des Verlusts jeglicher Legitimationsbasis für das gegenwärtige Regime dar – zumal angesichts einer Reihe bevorstehender Wahlen, die dies Regime als „Übergangsregierung“ kennzeichnen.

Gegenüber der Anberaumung eines Wahltermins für Anfang kommenden Jahres steht diese Übergangsregierung in einem Patt, weil die FDP die Wahl nicht will (denn ihr Zerfall ist nicht mehr aufzuhalten) und sich die CDU/CSU durchaus nicht sicher sein kann, gegenüber einer sich anbahnenden Koalition aus SPD und Grünen eine absolute Mehrheit zu erreichen. Somit würde der Wahltermin auf 1984 fallen, was aber nach allen Prognosen der Zeitpunkt sein wird, zu dem Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit vor dem Höhepunkt stehen werden. Zumal der Regierungswechsel, via Genscher, mit amerikanischer Absegnung erfolgt ist, fragt sich dann, ob und wann das gegenwärtige Regime überhaupt wieder geneigt sein kann, sich einer Wahl zu stellen, oder ob das nun abgelaufene Szenario der erste Teil eines Putschversuches ist.

Wenn nun einerseits Schmidt das Scheitern der sozialliberal-spätkeynesianischen Politik der mangelnden Kooperation der Bundesbank anlastet und andererseits Kohl/Stoltenberg der sozialliberalen Regierung unseriöse Haushaltsführung nachsagen, deren Folgen wir in der Zukunft zu tragen hätten, so steckt dahinter nichts als das gemeinsame Wissen, daß in den 80er Jahren der Angriff auf die metropoliten Klassen zuende geführt werden muß: jegliche Investitionswelle, jegliche Modernisierung der Mittelstandsbetriebe und auch die Privatisierung öffentlicher Funktionen heißt nichts, als Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung der Arbeitsmärkte, Arbeitszwang und Rekonstruktion der Mehrwertstätten in den Metropolen. Auch die schon von der SPD seit 1980 betriebene Einkassierung staatlicher Sozialleistungen ist von welcher Regierung auch immer nicht zu umgehen.

„Kontinuität oder Reagonomics“ ist also unserer Auffassung nach eine Scheinalternative, da das keynesianistische Verhältnis Kapital/Klasse unweigerlich zuende ist und es lediglich um unterschiedliche sozialtechnische Konzepte für den Übergang vom Welfare- zum Workfare-State geht.

### 2.

Bei der Ironisierung des Cuts und der plumpen Rethorik eines Kohl wird nur zu leicht übersehen, daß die CDU/CSU durchaus über eine sozialpolitische Programmatik verfügt. Die Kohlsche Phrase „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ enthält einerseits die Fortsetzung der Adenauerschen nachnazistischen Restaurationspolitik (eine modernisierte Fassung der Einbindung der Produktivität von unten, der ideologischen Auflösung der „Klasse an sich“, des Appells an das Subsidiaritätsprinzip in rechtskatholischer Fassung: jeder soll sehen, wie er durchkommt – und dies verkauft als Eigenverantwortlichkeit).

Zu diesem nur schlecht verschleierte darwinistischen Konzept wird notwendigerweise die breite Marginalisierung unproduktiver und unangepaßter Klassenteile gehören – eine Marginalisierung, die über die vom Konsens des SPD-Modells Deutschland abweichenden Minoritäten hinausreichen wird.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich ein solcher „Klimawechsel“ auf der unteren Ebene bereits jetzt bemerkbar macht: die neue Frechheit der Vertrauensärzte oder der Beamten auf den Sozialämtern, die staatliche Inszenierung der Ausländerfeindlichkeit, die Kürzung des Bafög . . . Auf der anderen Seite scheint es ~~un~~eine Fehleinschätzung zu glauben, daß sich ein Kohl- oder ein Straußregime das Risiko einer Mobilisierung einer faschistischen Massenbasis würde leisten können. Denn es müßte sich dann zugleich zutrauen, die sozialen Aspirationen einer solchen Bewegung in einem neuen 1934 unter Kontrolle bringen zu können. Vielmehr besteht die Modernität auch eines christdemokratischen Regimes darin, über einen technologisch-datenmäßigen Zugriff auf die Klassenrealität zu verfügen, demgegenüber jegliche soziale Mobilisierung anachronistisch wäre. Die ideologische Restauration der Eigenverantwortlichkeit korreliert geradezu mit der informationellen Auflösung sozialer Beziehungen.

Die Frage, die uns am Regierungswechsel zunächst am nächsten angeht, ist, ob vom gegenwärtigen Regime eine massive Verschärfung der Repression in einem Ausmaß, wie es etwa in Italien der Fall gewesen war, zu erwarten ist.

Zweifellos werden Angriffe gegen Minderheiten benutzt werden, um einen repressiven Konsens ohne soziale Öffentlichkeit herzustellen und so dem Regime eine Mehrheit zu verschaffen – andererseits erscheint ein Angriff gegen die Linke (anders als gegen die Ausländer) von italienischen Dimensionen gegenwärtig nicht wahrscheinlich, einerseits weil die CDU/CSU fürchten müßte, damit ein mögliches Bündnis zwischen SPD und Grünen zu stabilisieren, in dem Teile der Linken repräsentiert wären; andererseits würde eine solche Politik das Auseinanderbrechen der FDP gegenwärtig beschleunigen, weil sich dann ein Flügel der FDP zu einem solchen Bündnis gesellen würde. Für die gegenwärtige Übergangsphase erwarten wir deshalb keine breite Repressionswelle, die über das bisher gängige Ausmaß wesentlich hinausgehen würde. Die Rebmann-Linie braucht konsolidierte Machtverhältnisse. Hierbei ist nicht berücksichtigt, daß es im Verlauf der NATO-

Rüstungseskalation zu einer Nord/Süd und Ost/West-Krisenkonstellation kommen kann, die sich nach innen als Notstandssituation übersetzen lassen und dem Regime die Handhabe für den zweiten Teil eines kalten Putsches liefern würde. Allerdings können wir nicht übersehen, daß zwischen der NATO-Servilität eines Genscher und der Strauß/Kohlschen Aufwärmung der deutsch-französischen Allianz Adenauerscher Prägung durchaus Unterschiede bestehen.

### 3.

Die Fähigkeit der SPD, sich bereits vor dem Verschleiß ihrer Macht zum Integrationspunkt einer Oppositionsbewegung aufzuwerten, der gewissermaßen nur noch die Konsensfähigkeit der Grünen fehle, stellt die Rahmenbedingung dar für die Konstitution eines neuen Widerstandes von unten. Diese Integrationskraft, breite soziale Bewegungen in herrschaftskonforme politische Repräsentanz zu übersetzen, hat die SPD schon bei der Atomrüstung der 50er und 60er Jahre und dann 1969 bis '72 im Aufkauf der Studentenbewegung bewiesen, nun geht es um die Friedensbewegung und die ökologischen Strömungen. Diese Integrationskraft hat freilich bislang funktioniert, weil die SPD vermittels der Gewerkschaften über eine stabile Mitte verfügte. Obwohl das soziale Fundament dieser sozialen Mitte schmilzt und obwohl syndikalistische Einkommensforderungen und grün-alternativer Konsumverzicht grundsätzlich nicht vereinbar sind (Löwenthal gegen Glotz, Schmidt gegen Brandt), erscheint eine SPD-grüne Koalition auch jetzt noch in der Lage, die sozialen Bewegungen der 70er Jahre institutionell zu hegemonisieren. Jenseits der ideologischen Ungereimtheiten eines rot-grünen Bündnisses zeichnet sich ein neo-sozialdemokratisches Projekt ab, dessen Realitätsgehalt in einem Funktionswandel der

Mittelklassen liegt: in einem Verfall der traditionellen Mittelschichten, die das Wählerpotential der FDP gestellt hatten, und dem Aufstieg jener Mittelschichten, die aus den eigenen Erfahrungen der 70er Jahre über ein sozialtechnisches Sensorium verfügen, das sich in Gestalt der Grünen als Bestandteil eines sozialgrünen Herrschaftsblocks anbietet. Offenkundig sind die Grün-Alternativen zur Zeit dabei, diese Erfahrung aus der Bewegung über ein ökologisches Programm hinaus zur Okkupation des sozialen Terrains nach unten hin zu benutzen: in Richtung auf Organisation der Arbeitslosen, grüne Arbeitsbeschaffungsprogramme usw. Zur Fraktion eines neosozialdemokratischen Machtblocks — sei es in der Opposition oder als Regime — empfehlen sich die Grünen erst dadurch, daß sie in der Lage scheinen, nicht nur die AKW- oder die Friedensbewegung zu pazifizieren, sondern über ihre sozialtechnische Mittelstandsfunktion eine Alternative zur repressiven Herrschaftssicherung über die neu zusammengesetzten Unterschichten zu bieten.

### 4.

Haben wir damit die Machtblöcke der kommenden Jahre: links gegen rechts, gekennzeichnet, so wird alles darauf ankommen, diese Auseinandersetzung zu verlassen und uns zu konzentrieren auf die entscheidende Auseinandersetzung: unten gegen oben, wofür eine Programmatik und organisatorische Voraussetzung allererst zu schaffen sind. Wir müssen um der Notwendigkeit eines revolutionären Durchbruchs willen verhindern, daß die künftigen sozialen Konfliktpunkte in linke politische Positionen übersetzt und regierbar gemacht werden. Wir müssen beanspruchen, nicht nur eine minoritäre Facette, sondern die Totalität des Widerstands von unten präsent zu machen.



# alternative

## 137 Louis Althusser

Frühe Schriften zu Literatur und Kunst (dt. Erstveröffentlichungen) — Heiner Müller: «Mich interessiert der Fall Althusser ...»

## 138 «Wird Zeit, daß wir leben»

Sprache unter Verhör. Siebtes bremer Literaturgespräch mit Beiträgen von H. Bicknese, J. Fuchs, K. H. Roth, G. Will, P. P. Zahl — Knastzeitungen: legale-illegale — Die Dachbsteiger von Tegel: «politische» oder «soziale» Gefangene?

## 139 Unversöhnlich. Frauen zwischen Befreiung und Vereinnahmung

Die Schützengraben-Mentalität der westdeutschen Frauenbewegung — Frauenhaus Köln: Politische Arbeit oder Dienstleistung für den Sozialstaat? — Berliner Hausbesetzerinnen: Mehr als ein «Zimmer für Frauen allein» — Universität Bielefeld: Entweder ein Institut für Frauenforschung ohne Männer oder gar keines — Stefan Schütz: Das Haus der Mütter steht still

## 140 Volksfeind — Staatsfeind

141 Was heißt jüdische Identität? — Antisemitismus und Nationalsozialismus — «Utopische Kampfmaschine» / Das Magische am Faschismus — Staatsfeinde und Feindbilder in der BRD — «Sprachlosigkeit» als sozialer Topos



## 142 Indiz «Sprachlosigkeit»? Eine Dokumentation

Kein Verzicht auf Gewalt. Aus der «Kuckuck-Diskussion zwischen 68er Linken, Startbahn-West-Gegnern und Berliner Hausbesetzerinnen — Aufzeichnungen aus besetzten Häusern. Scene-Sprachen — «In Dachau ist nichts mehr los»: Rocktexte. Punk-Rock-Gruppen sprechen über sich selber — Die alltäglichen Gewaltphantasien der «ordentlichen Leute» — H. Nagel: Sprachlosigkeit als sozialer Topos (II)

## 143 Projektionsraum Romantik

144 Dokumentation: Romantik in der Akademie 1982 — Margaretha Huber: Grenzgänge des Denkens. Zur romantischen Philosophie der Weiblichkeit — Brief der Caroline an Bettine zu zwei jüngst publizierten Tractaten aus dem Hannöverschen — Henriette Beese: «Lucinde» oder Die neue Liebesreligion — Christa Wolf: «Kultur ist, was geliebt wird»

Jahresabonnement 25 DM (Ausland 30 DM): nur über den Alternative Verlag, 1 Berlin 15, Postfach 150 230. Einzelnummer 6 DM, Doppelnummer 9 DM: über jede Buchhandlung

# WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT



WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

### Schwerpunkt:

Technische Kommunikation — Kanalisierung der Sinne: ONLINE '82 \* Entwicklung der Telekommunikation \* Computer sprechen, Menschen reagieren \* Wer verstopft den offenen Kanal \* Eiszeit statt Freizeit \* Aufstehen gegen Kabelfernsehen \* VIDEO — ich sehe \*

### Weitere Themen:

Der Untergang des math.-naturw. Unterrichts \* Angepaßte Technologie \* Der Forscher \* AGÖF am Scheideweg \* Kriegsforscherquote \* Wissenschaftsläden in der BRD \*

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG

Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

DM 5.— Einzelheft

DM 20.— Abonnement für 4 Hefte

(incl. Versandkosten).

erscheint vierteljährlich

# OSTEUROPA-INFO

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE



Heft 3/1982

## ANTIMILITARISMUS IN OSTEUROPA

mit Beiträgen aus der DDR, CSSR, Ungarn, der Sowjetunion und Polen

104 Seiten, DM 8.—

Jahresabonnement (4 Nummern): DM 30.—

Bestellungen richten an:

Junius Verlag, Von-Hutten-Straße 18

2000 Hamburg 50

# blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Schwerpunkthema:

Nr. 103 · August 1982



Außerdem:

Tschad  
Das Ende des Krieges

Guatemala  
Völkermord wird fortgesetzt

US-Indianer  
Campingplatz oder Kultstätte?

Eskimos  
Keiner lebt mehr im Gletscher

Rüstung  
Bremen — Waffenhandel in alle Welt

Einzelpreis: DM 4.—; Jahresabo: DM 35.— (DM 25.— für einkommenschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postf. 5328, 7800 Freiburg



*achlosenasyll*

*Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen*

